

**Beirat für
Wirtschafts- und Sozialfragen**

OSTÖFFNUNG

Wien 1992

BEIRAT FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALFRAGEN

Mitglieder:

August Astl
Johann Farnleitner
Christian Festa
Wilhelmine Goldmann
Karl Haas
Sylvia Sarreschtehdari-Leodolter
Rupert Lindner
Werner Mühl
Günther Ofner
Johannes Schima
Wolfgang Tritremmel
Heinz Zourek

Geschäftsführer:

Thomas Delapina
Werner Teufelsbauer

Ständige Experten:

Fidelis Bauer
Günther Chaloupek
Gerhard Huemer
Helmut Kramer
Josef Peischer

VORWORT

Wohl kaum eine internationale Entwicklung von entscheidender Bedeutung für Österreich ist in den letzten Jahrzehnten so überraschend eingetreten wie der Zusammenbruch der sozialistischen Planwirtschaften in Europa und der Sowjetunion. Neu ist auch die Dynamik, mit der sich seit diesem Zusammenbruch nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die innen- und außenpolitischen Verhältnisse der nunmehr als „Reformländer“ bezeichneten Staaten laufend verändern. Die Öffnung dieser Länder für Marktwirtschaft und Demokratie ist grundsätzlich zu begrüßen und bietet nicht nur den Reformländern, sondern auch den westlichen Industrieländern — und hier besonders auch Österreich — große Chancen. Nicht übersehen werden darf aber, daß sich gleichzeitig für westliche Industriestaaten — und hier vor allem für Österreich — auch ernste kurz- und langfristige Anpassungsprobleme ergeben, die einer sorgfältigen Analyse, aber auch entschlossenen Handelns bedürfen. Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen hat diese Herausforderung aufgegriffen und in Form der vorliegenden Studie den Versuch einer Bestandsaufnahme der Probleme und Möglichkeiten gemacht. Die starke Dynamik der Ereignisse in den Reformländern machte es schwer, die nötige Aktualität der Daten und Aussagen zu sichern. Schweren Herzens mußte ein Redaktionsschluß mit Jahresende 1991 festgelegt werden. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß die Bedeutung der Probleme in einzelnen Teilbereichen auch in Zukunft ein Engagement des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen erforderlich machen wird, wodurch sich automatisch eine Aktualisierung und Vertiefung der einzelnen Problembereiche ergeben wird.

Der Dank des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen gilt den Autoren einzelner Kapitel, insbesondere dem Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, für ihre Bereitschaft zur Mitarbeit und zur Akzeptanz von Änderungen, die aus Gründen der Aktualität notwendig waren.

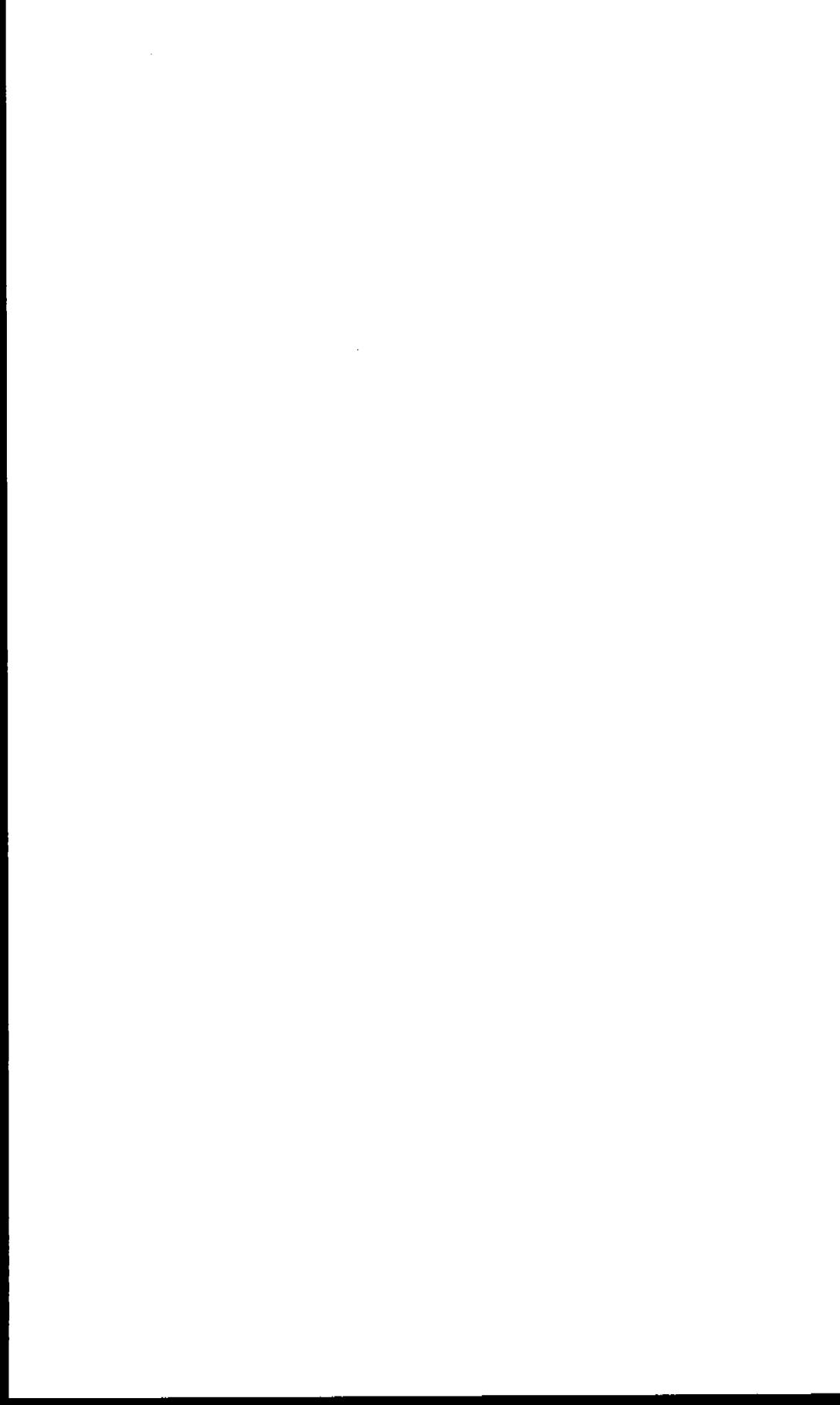
Wien, im Oktober 1992

Werner Muhm
Vorsitzender des Beirats
für Wirtschaft und Sozialfragen

INHALTSVERZEICHNIS

I. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	7
II. Aspekte der Ostöffnung für Österreich	23
1. Szenarien des Übergangs zur Marktwirtschaft in europäischen ehemaligen RGW-Ländern	23
1.1. Einleitung	23
1.2. Aktuelle Wirtschaftslage und Stand der Übergangspolitik	31
1.2.1. ČSFR	31
1.2.2. Polen	36
1.2.3. Ungarn	43
1.2.4. Sowjetunion/GUS	48
1.3. Kurz- und mittelfristige Perspektiven der Wirtschaftsentwicklung	56
1.3.1. ČSFR	56
1.3.2. Polen	59
1.3.3. Ungarn	62
1.4. Ausländische Direktinvestitionen	69
1.4.1. Überblick	69
1.4.2. ČSFR	70
1.4.3. Polen	73
1.4.4. Ungarn	76
1.4.5. Sowjetunion/GUS	81
1.5. Relative wirtschaftliche Entwicklungsniveaus	87
2. Auswirkungen für Österreich	95
2.1. Wirtschaftsstruktur und die regionale wirtschaftliche Dynamik	95
2.1.1. Entwicklung 1990/91	95
2.1.2. Perspektiven	95
2.2. Außenwirtschaftspolitik	99
2.2.1. Der österreichische Außenhandel mit den mittel- und osteuropäischen Staaten	99
2.2.2. Die Europaverträge der EG	102
2.2.3. Die Beziehungen der EFTA-Staaten mit den Reformstaaten	105
2.3. Der Finanzplatz Wien: Ausgangsbedingungen, Konsequenzen und Chancen	109

2.4. Verkehrsinfrastruktur	119
2.5. Förderungsinstrumente für österreichische Unternehmen	130
2.5.1. Exportförderung Osteuropa	130
2.5.2. Förderungsinstrumente für Direktinvestitionen	136
2.6. Umwelt	145
2.6.1. Die Umweltsituation in den Oststaaten	145
2.6.2. Die Verbindung zu Österreich	147
2.6.3. Umweltpolitische Aktionsprogramme	147
2.6.4. Umweltdumping	148
2.6.5. Finanzierung	148
2.7. Energie	151
2.7.1. Ausgangslage	151
2.7.2. Zu lösende Aufgaben	152
2.7.3. Hemmnisse	153
2.7.4. Internationale Lösungssätze und Österreichs Beitrag	154
3. Arbeitsmarktpolitische Konsequenzen	155
3.1. Ausgangslage	155
3.1.1. Entwicklung der Erwerbstätigen bis zum Jahr 2000	155
3.1.2. Entwicklung der Beschäftigung	159
3.2. Aktuelle Entwicklung in Österreich	164
3.3. Auswirkungen der Ausländerbeschäftigung: Substitution, negative Lohndrift, Strukturentwicklung	169
3.4. Infrastrukturbedarf bei Zuwanderung	173
3.4.1. Schulwesen	173
3.4.2. Wohnungsmarkt	147
III. Statistischer Anhang zu Abschnitt II.1	183



I. ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Auswirkungen der Ostöffnung auf Österreich, also der Bemühungen der ehemaligen RGW-Staaten um eine Etablierung marktwirtschaftlicher Systeme, werden maßgeblich durch die in einzelnen Ländern eingeschlagenen Varianten der Übergangspolitik beeinflusst.

Abschnitt II.1. der vorliegenden Arbeit analysiert die Gestaltung der Übergangsprozesse und deren Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung in den Ländern ČSFR, Ungarn, Polen sowie der ehemaligen Sowjetunion. Österreich muß dabei an Übergangsstrategien interessiert sein, die zu möglichst geringen Leistungs- und Wohlfahrtsverlusten führen. Gemeint sind hier Strategien, die zwar unmißverständlich und entschlossen auf die Errichtung marktwirtschaftlicher Strukturen und wirtschaftliche Stabilisierung ausgerichtet sind, jedoch das Tempo ihres Vorgehens den bestehenden mikroökonomischen Restriktionen anpassen und immer auch die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kosten im Auge behalten. Nachteilige Konsequenzen einer Schocktherapie könnten sich für Österreich in mehrfacher Hinsicht ergeben: Exportrückgang durch die Beschränkung der internen Nachfrage, Billigkonkurrenz auf internationalen Märkten durch Abwertungen, radikaler Anstieg der Arbeitslosigkeit, Destabilisierung der sozialen und politischen Verhältnisse, und dadurch auch eine höhere Neigung zur Arbeitsmigration und verschlechterte Bedingungen für rentable Investitionen. Letzteres ist allerdings auch bei einem zu schleppenden Fortschritt der institutionellen Reformen in Richtung Marktwirtschaft zu erwarten.

Bislang kam es durch die Liberalisierungen der entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu einer rapiden Zunahme der registrierten Unternehmen mit ausländischer Beteiligung, von denen jedoch einstweilen nur ein Bruchteil in Betrieb ist. Das Volumen des bisher tatsächlich investierten Auslandskapitals ist meist noch gering. Direktinvestitionen in den untersuchten Ländern sind angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Instabilität und der häufigen Änderungen der relevanten Rechtsgrundlagen mit erheblichen Risiken behaftet. Zur Erleichterung der Internationalisierung österreichischer Unternehmen bieten derzeit drei Institutionen, nämlich die Finanzierungsgarantiegesellschaft im Rahmen des Ost-West-Fonds, die BÜRGES-Förderungsbank GmbH und der ERP-

Fonds im Rahmen des Osteuropaprogramms verschiedene Förderungsinstrumente an, mit denen das wirtschaftliche Risiko von Beteiligungsinvestitionen im Ausland vermindert werden kann. Hauptmotiv westlicher Investoren scheint weniger die Erwartung rascher Gewinne zu sein als die Strategie, frühzeitig auf den betreffenden Märkten Fuß zu fassen. Generell ist der gesamte Ressourcentransfer aus dem Ausland in Form von Direktinvestitionen wesentlich von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und somit auch von der Übergangspolitik der einzelnen Länder abhängig.

Mittel- und längerfristig bietet die wirtschaftliche Umgestaltung Osteuropas besonders für die angrenzende österreichische Wirtschaft ein enormes Wachstumspotential. Da zwei Drittel der österreichischen Exporte in einem Umkreis von 300 km abgesetzt werden und durch die Beseitigung des Eisernen Vorhangs an die 40% der österreichischen Grenze belebt werden, ergeben sich neue Aufgaben in der regionalen Zusammenarbeit und im kleinen Grenzverkehr. Dieses Potential wird zu nutzen sein, allerdings im Bewußtsein, daß die Öffnung keine Einbahnstraße ist. Bis die dazu notwendigen Strukturanpassungsprozesse im Osten vollzogen sind, werden die Impulse für Österreich allerdings nicht von gesamtwirtschaftlich großem Gewicht sein. Speziell Großprojekte sind aufgrund der nach wie vor bestehenden Ineffizienzen in Planung, Verwaltung und Finanzierung mit erheblichem Risiko behaftet.

Auch die Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur wird durch den Transformationsprozeß in Osteuropa beeinflusst. Einerseits sind einzelne Wirtschaftszweige davon unterschiedlich betroffen, andererseits können ostösterreichische Regionen davon profitieren, daß sie von einer Randlage an einer toten Grenze ins Zentrum eines neuen Europas rücken. Kurzfristig werden besonders Wien und die umliegenden Regionen davon profitieren, daß die für Handel, Produktion und Finanzierung erforderliche Infrastruktur angeboten werden kann. Die Gebiete entlang der ehemaligen toten Grenze sind vom Strukturwandel in anderer, häufig ungünstigerer Weise betroffen als die Ostregion Österreichs insgesamt. In diesen Grenzgebieten sind daher Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung als Standort und den veränderten Bedingungen entsprechend auch Förderungsmaßnahmen zur Bewältigung der Strukturanpassung verstärkt zu setzen.

Branchenmäßig sind kurzfristig die besten Chancen für die Bauwirtschaft, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsdienste sowie für den

Ausbau von Kommunikations- und Fremdenverkehrseinrichtungen vorhanden. Über einen eher langen Zeithorizont sind dagegen Chancen auf den Gebieten Umweltschutz und Energie (Produktion, Versorgung, Einsparung) zu erwarten, die aufgrund der Größe und des Finanzierungsaufwandes jedoch nicht ad hoc realisiert werden können.

In gewissen Niedriglohn- und -qualifikationsbereichen ist mit einer Standortverlagerung nach Osten zu rechnen, wobei allerdings zu meist die übergeordneten Leitungsfunktionen in Österreich verbleiben. Eine Entwicklung der osteuropäischen Länder zu mittel- und längerfristig interessanten Handelspartnern setzt allerdings voraus, daß ihnen in der internationalen Arbeitsteilung auch gewisse Produktionsbereiche überlassen werden.

Die künftigen wirtschaftlichen Beziehungen mit den mittel- und osteuropäischen Staaten werden ein Musterbeispiel für die abnehmende Gestaltungsmöglichkeit der bilateralen Außenwirtschaftspolitik sein. Sie werden sich in die neue europäische Struktur einfügen müssen, dh in einem ersten Schritt in ein Freihandelsgefüge mit den EFTA-Staaten sowie in Assoziationsabkommen mit der EG („Europaverträge“), wobei das Endziel dieser Bestrebungen der Beitritt zur EG, sowohl der EFTA- als auch der mittel- und osteuropäischen Staaten ist. erinnert man sich an die österreichischen Bemühungen um eine nähere Anbindung an die EG, so wird die Dimension der kommenden Herausforderungen und des notwendigen Lernprozesses klar, die zusätzlich noch durch die Unterschiedlichkeit der Wirtschaft- und Sozialsysteme vergrößert werden.

Aus diesen Unterschieden resultieren — verstärkt durch das noch mangelhafte Funktionieren des Marktmechanismus — ungleiche Wettbewerbsbedingungen. So wird die unter dem Motto „Handel statt Hilfe“ stehende geforderte Marktöffnung zur Nagelprobe für das Bekenntnis zum Freihandel für alle Beteiligten. Die Wettbewerbsvorteile der ehemaligen RGW-Länder liegen in erster Linie bei jenen Produkten, die in Westeuropa als sensitiv gelten, nämlich den Sektoren Landwirtschaft, Textil und Bekleidung, Stahl und rohstoffnahe Waren.

Die Produktionskosten werden sich in den Reformländern jedoch mittelfristig einerseits durch den wirtschaftlichen und sozialen Aufholprozess sowie andererseits durch die Notwendigkeit der Internalisierung bisher nicht berücksichtigter Kosten (Umwelt) erhöhen.

Im Zuge der Erleichterung des Marktzutrittes werden mittelfristig nicht nur Zölle gesenkt, sondern auch quantitative Beschränkungen und nichttarifarisches Maßnahmen abzubauen sein. Schutzmaßnahmen können jedoch beibehalten werden, wenn kein fairer Wettbewerb gegeben ist, so wie auch andere Mittel der Außenhandelspolitik, etwa Anti-Dumping-Verfahren und Ausgleichsabgaben bei verbotenen Subventionen, ergriffen werden können, die bisher in der Praxis eine nur untergeordnete Rolle spielten.

Die sich aus dem Nebeneinander der Verträge der EG- und der EFTA-Staaten mit den Reformstaaten ergebenden Probleme belegen, daß zur Aufrechterhaltung des Freihandels zwischen EG und EFTA ein europaweites Konzept im eigentlichen Sinn des Wortes notwendig ist. In den bilateral geführten Verhandlungen mit den Reformstaaten hat die stärkere Wirtschaftsmacht EG Vereinbarungen ohne Rücksichtnahme auf die EFTA-Staaten getroffen, was sich auch zum Nachteil von in Österreich oder in den Reformstaaten tätigen EG-Firmen auswirkt. Für Österreich ist dies ein weiterer Hinweis darauf, daß nur ein Beitritt vor Diskriminierung selbst in den regionalen Handelsbeziehungen schützt.

Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen beschränken sich immer weniger nur auf Handelsbeziehungen, sie umfassen auch die Liberalisierung des Kapital-, Dienstleistungs- und Personenverkehrs sowie der Investitionen. Besondere Probleme birgt die Internationalisierung des Dienstleistungssektors wegen der unterschiedlichen Regulierungen und der Bedeutung des Faktors Arbeit in sich, sowohl dessen Ausbildung als auch dessen Beweglichkeit betreffend. Unter diesem Gesichtspunkt wird deshalb ein integriertes Konzept der österreichischen Wirtschaftspolitik notwendig sein. Dies umso mehr, als es das gesamteuropäische Ziel der geänderten Wirtschaftspolitik gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie den Nachfolgestaaten der Sowjetunion ist, einen Beitrag zur Stabilisierung der politischen Lage in diesen Staaten zu leisten und durch eine tiefgreifende Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation den Immigrationsdruck abzubauen. Gleichzeitig muß jedoch klar sein, daß die Veränderungen nicht nur in den betroffenen Staaten selbst notwendig sind, sondern diese auch solche in Europa im allgemeinen, aber in Österreich im besonderen notwendig machen. Dies gilt nicht nur für die bereits mehrfach angesprochenen sensiblen Produkte, sondern auch für höherwertige Konsumartikel, deren Anteil an den Im- und Exporten der Reformstaaten ständig ansteigen. Das

Leitmotiv hat zu lauten: Anpassung und Innovation statt Protektionismus.

Durch die exponierte geopolitische Lage ist Österreich unmittelbar in vielfältiger Weise und in besonderem Ausmaß von der Entwicklung der Stabilität im Mittel- und Osteuropa betroffen (Außenhandel, Arbeitsmarkt, Börse, Altschulden). Die Eroberung der Märkte mit 350 Millionen Konsumenten setzen die Schaffung von geeigneten — vor allem infrastrukturellen — Rahmenbedingungen voraus, um Mittel- und Osteuropa an Westeuropa anzubinden. Die Brückenfunktion, die Österreich in diesem Prozeß einnehmen wird, darf allerdings nicht vernachlässigen, daß das letzte Ziel eine Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen sein soll, und nicht eine Regionalisierung.

Man muß davon ausgehen, daß sich das derzeit beobachtbare Anwachsen der österreichischen Exporte nach Mittel- und Osteuropa und der Marktanteilsgewinn in diesen Ländern nicht unbedingt auf die Dauer fortsetzen wird, da kurzfristige Ungleichgewichte in den Ostmärkten Sondereinflüsse ausüben. Aufgrund ihrer Wirtschaftsstruktur fragen diese Staaten mehr Halbfabrikate und Konsumwaren als hochentwickelte Industrieprodukte nach.

Durch Investitionen in den mittel- und osteuropäischen Staaten selbst können deren komparative Kostenvorteile voll realisiert werden, und die direkte Positionierung in diesen Märkten erleichtert auch deren Durchdringung. Der hohe Anteil österreichischer Firmen an Joint Ventures in den Reformstaaten spricht dafür, daß einerseits die Zusammenarbeit mit österreichischen Firmen gesucht wird, andererseits diese durchaus bereit sind, sich unter Inkaufnahme eines Risikos in diesen Staaten zu engagieren. Zum Behaupten und Vergrößern von Marktanteilen in den Reformstaaten wird es zusätzlich hilfreich sein, künftig eine führende Stellung im Groß- und Einzelhandel in diesen Staaten einzunehmen.

Ein politisch willkommener Effekt einer solchen Politik, die Arbeitsplätze schafft und den Technologietransfer fördert, ist ein Beitrag zur politischen Stabilisierung und zur Verminderung des Auswanderungsdrucks, von dem Österreich wegen seiner geografischen Lage besonders betroffen ist. Die zu erwartende Dauer des Anpassungs- und Reformprozesses in Mittel- und Osteuropa erfordert eine langfristig angelegte Außenhandelspolitik, die den eher kurzfristig angelegten Strategien von Unternehmen Leitlinien und Zielvorgaben gibt. Während dieser langen Übergangszeit wird Österreichs Wirt-

schaft vor allem mittelfristig noch das traditionelle Instrumentarium effektiv einsetzen können: Bis zur vollen Einbindung in das internationale marktbestimmte Wirtschaftssystem werden mangels Konvertibilität der Währungen, mangels Devisenreserven und mangels internationaler Marketing-Erfahrungen der Betriebe in den Reformstaaten alle Formen des Gegengeschäftes noch eine wichtige Rolle spielen. Der Wettbewerbsvorteil österreichischer Unternehmen durch jahrzehntelang akkumuliertes Know-how sowie durch traditionelle Bekanntschaften wird allerdings in verstärktem Ausmaß der internationalen Konkurrenz ausgesetzt sein.

Auch die österreichische Fremdenverkehrsbranche wird durch die historischen Bande und geografische Nähe profitieren. Dies gilt sowohl für das zur Verfügung stellen von Tourismus-Know-how (Hoteltbau), als auch für den vermehrten Zustrom von Touristen aus den Reformstaaten. Geringschätzung, Fremdenfeindlichkeit und Angst, durch Billigtouristen zahlungskräftige Kunden abzuschrecken, ist eine kurzsichtige, kontraproduktive Einstellung, die nicht berücksichtigt, daß Billigtouristen später in das höhere Segment der Touristen überwechseln werden. In einem neuen, touristisch aufzuwertenden, attraktiven Großraum im Dreieck Wien—Budapest—Prag rückt Wien insbesondere für überseeische Reiseveranstalter von einer Randlage mehr ins Zentrum, was durch entsprechende Angebote in organisatorischer und verkehrstechnischer Hinsicht zu unterstützen sein wird.

Vor allem der Wiener Raum wird trachten müssen, seine Attraktivität als Standort für ausländische Investitionen sowohl gegen Budapest und Prag, aber auch gegenüber Berlin, durch ein entsprechend attraktiv gestaltetes Angebot zu behaupten. Gefährdung und Handlungsbedarf seien nur am Beispiel des Luftverkehrs aufgezeigt, wo der Flughafen Wien-Schwechat und die AUA, die jahrzehntelang die Drehscheibe im Ost/West-Fluggeschäft waren, nach dem Wegfall des Eisernen Vorhanges ihre fast monopolartige Stellung verloren haben.

Ähnliches gilt auch für den Finanzplatz Wien, der einige der in der Vergangenheit wesentlichen exogenen Vorteile im Zugang zum Osten tendenziell einbüßt. Dennoch kann im Prinzip davon ausgegangen werden, daß die Öffnung der osteuropäischen Märkte und der dort in Gang befindliche Transformationsprozeß zu einem marktwirtschaftlichen System für den Finanzplatz Wien eine Chance bedeutet. Während sich Wien in absehbarer Zeit realistischerweise nicht zu einem globalen internationalen Finanzplatz auf einer Stufe mit Lon-

don, Frankfurt oder Zürich entwickeln wird, erscheint die Möglichkeit durchaus attraktiv, die Position Wiens als spezialisierter Finanzplatz mit spezifischer Orientierung nach Osteuropa zu festigen und auszubauen. Eine solche Strategie müßte sowohl durch den Ausbau der Finanzierung realwirtschaftlicher Beziehungen (Osthandelszentrum) und besonders durch die komparativen Vorteile des Standorts Wien im osteuropaspezifischen Informationspotential nachhaltig unterstützt werden. Dadurch wären gesamtwirtschaftlich unmittelbar Beschäftigungs- und Wertschöpfungsgewinne in einem Bereich, der selbst innerhalb des Dienstleistungssektors eine besondere Wachstumsdynamik aufweist, zu erwarten. Darüberhinaus kann mit positiven externen Effekten gerechnet werden, wenn dadurch auch die Attraktivität des Standortes Wien für Produktions- und Dienstleistungsunternehmen weiter erhöht wird.

Wenn auch das Systemrisiko eines auf spezialisierten und realwirtschaftlichen Grundlagen aufgebauten Finanzzentrums geringer ist als das eines globalen internationalen Finanzplatzes, so beinhaltet ein verstärkt ausgebauter Finanzplatz Wien mit spezifischer Ostorientierung notwendigerweise Risiken, die wesentlich von der zukünftigen ökonomischen Entwicklung in den osteuropäischen Länder bestimmt werden. Selbst unter stabilen politischen Verhältnissen ist aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Osteuropa das individuelle Finanzierungsrisiko bei osteuropäischen Projekten fast uneinschätzbar. Im Vergleich zur direkten Risikokapitalfinanzierung osteuropäischer Staaten und Unternehmen viel weniger riskant ist die Finanzierung der Ostaktivitäten westlicher Unternehmen und das Angebot der nichtbilanzwirksamen Finanzdienstleistungen. Gerade in diesem attraktiven Bereich tritt der Finanzplatz Wien unter den neuen Rahmenbedingungen in indirekte Konkurrenz zu anderen westeuropäischen Finanzzentren. Ebenso können international tätige Firmen auf eingespielte Beziehungen zu diesen Zentren zurückgreifen. Um ein Ausweichen sowohl des westlichen als auch des osteuropäischen Kundenpotentials auf andere Standorte zu vermeiden, muß das Wiener Angebot tatsächlich nach marktwirtschaftlichen Kriterien attraktiv sein und den Interessenten relevante Vorteile gegenüber dem Angebot anderer Standorte bieten.

Geografische Lage und die Drehscheibenfunktion Österreichs bringen zwangsläufig auch Herausforderungen für die österreichische Verkehrspolitik mit sich. Derzeit ist es vor allem der Personenverkehr nach und aus dem Osten, der wesentlich zu den Engpaßpro-

blemen im ostösterreichischen Straßennetz beiträgt. Das Potential des Ost-Güterverkehrs wird selbst unter optimistischen Annahmen kaum in diesem Jahrzehnt voll zum Tragen kommen. Angesichts der langen Planungs- und Bauzeit von Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sollten aber bald Maßnahmen zur Bewältigung der zur erwartenden Verkehrsströme getroffen werden. Vor allem gilt es, die Beeinträchtigung der Umwelt durch den Verkehr zu verhindern.

Die Voraussetzungen zur Lösung der Verkehrsprobleme sind im Güter- und Personenverkehr recht verschieden. Die gegenwärtigen bilateralen und multilateralen Abkommen über den grenzüberschreitenden Personenverkehr ermöglichen einen freien Individualverkehr. Der Linienbusverkehr bedarf bilateraler Konzessionen, der Gelegenheitsverkehr unterliegt gewissen steuerlichen Bestimmungen. Den Bahnverkehr regeln die nationalen Bahnverwaltungen. Die Möglichkeiten, den Pkw-Verkehr auf Massenverkehrsmittel umzuleiten, sind derzeit gering. Raschere Bahnverbindungen können vor allem den Städtetourismus mit der Bahn fördern. Gut organisierte und preisgünstige Pauschalangebote für Bahn- und Busreisen würden mithelfen, im Urlaubsverkehr den Anteil der Massenverkehrsmittel zu erhöhen.

Während die Bahn im Personenverkehr mit dem Osten vor der Öffnung nur wenig Bedeutung hatte, war sie im Güterverkehr das weitaus wichtigste Transportmittel — ganz im Gegensatz zum Westverkehr, den bereits der Straßengüterverkehr dominierte. Die Bahn war im Ostverkehr durch die Planwirtschaft der RGW-Länder und die Warenstruktur begünstigt. Die Umstellung auf ein marktwirtschaftliches System wird den Straßengüterverkehr im Osten beleben. Auch im Außenhandel der Oststaaten wird die Tendenz, mehr mit dem Lkw zu transportieren, zunehmen. Die Entwicklung des grenzüberschreitenden Verkehrs läßt sich über die bilateralen Straßenverkehrsabkommen steuern. Österreich hat durchaus die Möglichkeit, über die Vergabe von Fahrgenehmigungen für Straßentransporte den Ostverkehr zu begrenzen. Allerdings wurden, umgelegt auf die Bevölkerung, für den Straßengüterverkehr mit der BRD 1991 fast dreimal soviel Genehmigungen erteilt, wie für die ČSFR. Es ist jedenfalls darauf zu achten, daß die Genehmigungspolitik bei den Kontinenten die Handelsbeziehungen nicht erschwert.

Partielle Nachtfahrverbote und Regelungen für die Lkw-Emissionen, ähnlich wie im Abkommen mit der EG, könnten die Umweltbelastungen des Straßengüterverkehrs senken. Während also das

Wachstum des Lkw-Verkehrs mit dem Osten einigermaßen kontrollierbar ist, kann der Pkw-Verkehr nur durch eine grundsätzliche Änderung der internationalen Verkehrspolitik eingebremst werden. Ein gewisser Ausbau von Hauptverkehrsstrecken in Ostösterreich ist jedenfalls unumgänglich und auch in Bezug auf Lebensqualität und Umwelt vertretbar.

Ein besonderes Problem bilden die hohen spezifischen Schadstoffemissionen der Pkw aus den Oststaaten. Bevor im Zuge der laufenden Bestandserneuerung eine Besserung eintritt, sollten zumindest Maßnahmen getroffen werden, die die Luftbelastungen durch Ost-Pkw in den österreichischen Ballungszentren in Grenzen halten.

Der Straßenbau wird durch Finanzierungsmöglichkeiten und in zunehmendem Maße durch den Widerstand von Bevölkerungsgruppen eingeengt. Dies gilt teilweise auch für den Eisenbahnbau. Die Leistungsfähigkeit der Verkehrswege läßt sich aber bis zu einer gewissen Grenze durch technisch-organisatorische Maßnahmen erhöhen, die Möglichkeiten dafür sind insbesondere im Straßenwesen nur wenig genutzt. Es geht aber auch darum, die knappe Verkehrsfläche ökonomischer zu nutzen. Marktwirtschaftliche Systeme (z. B. Roadpricing) könnten den volkswirtschaftlichen Nutzen des verfügbaren Straßennetzes erhöhen. Freilich würden diese Systeme die einkommensschwachen Autofahrer aus den Osten empfindlich treffen.

Umwelt und Energie

Die zur Zeit erhältlichen, sehr groben Daten über die Umweltsituation in den östlichen Reformländern zeichnen ein Bild beunruhigender Umweltzerstörung durch die jahrzehntelange Konzentration auf Schwerindustrie und Energiegewinnung. Das Müllaufkommen ist um ein vielfaches höher als in Österreich, große Mengen an wild deponiertem Industrie- und Hausmüll gefährden auf lange Sicht Boden und Grundwasser. Der Müllvermeidung zur Abfallreduktion wurde bisher kein Augenmerk geschenkt. Noch akuter dürfte das Problem der gefährlichen Abfälle sein. In einigen Ländern ist diese Abfallkategorie nicht einmal erfaßt, erste gesicherte Deponien und moderne Problemstoffverbrennungsanlagen werden erst geplant. In manchen Gegenden Osteuropas ist die Trinkwasserversorgung bereits zu einem Problem geworden. Die abwasserintensiven Produktionsver-

fahren und das Fehlen geeigneter Kläranlagen ergeben einen großen Handlungsbedarf.

Österreich ist unmittelbar vor allem durch die hohen Luftschadstoffimporte betroffen. Aufgrund der veralteten Produktionsmethoden, der fehlenden Filteranlagen und der Verwendung von niederwertiger Kohle bei der Energiegewinnung, aber trotz der geringen Kraftfahrzeugdichte auch durch den Verkehr, verursacht die Luftverschmutzung die größten volkswirtschaftlichen Schäden in den Ostländern. Aufgrund der hohen Abhängigkeit dieser Länder von Wärmekraftwerken muß man davon ausgehen, daß nur wenige der alten, ineffizienten Wärmekraftwerke stillgelegt werden. Der Einbau von Rauchgasentschwefelungsanlagen in die alten Kraftwerke wird daher bis auf weiteres die zentrale Möglichkeit sein, die Luftverschmutzung zu reduzieren.

Das langsame Anlaufen der Umweltschutzmaßnahmen ist nur zum Teil auf die Absicht zurückzuführen, auf diese Weise Wettbewerbsvorteile zu lukrieren, sondern auf die fehlenden finanziellen Mittel und auf das zur Zeit noch geringe Umweltschutzbewußtsein in diesen Ländern. Sollen die nötigsten Umweltsanierungsmaßnahmen zumindest mittelfristig in Angriff genommen werden, so ist verstärkte internationale Hilfe nötig. Österreich kann angesichts der riesigen Dimension des Problems nur bescheidene Beiträge leisten. Österreich sollte sich selbstverständlich an allen internationalen Programmen mit einem seiner Größe entsprechenden Beitrag beteiligen. Direkte Hilfen sollten sich weniger auf Großprojekte konzentrieren, da damit die bescheidenen verfügbaren Mittel nur allzu rasch absorbiert würden. Sinnvoll wäre es, sich auf kleine Projekte, vor allem im Bereich der Energieverwendung, sowie auf grenznahe Projekte zu konzentrieren. Dadurch wäre auch eine bestmöglich Einbindung der österreichischen Unternehmen und ein größeres Verständnis der österreichischen Bevölkerung für finanzielle Hilfestellungen erreichbar. Effizienter innerstaatlicher Umweltschutz kann dadurch gefördert werden, indem jene Emittenten bei der Umstellung auf umweltverträglichere Verfahren verstärkt unterstützt werden, die für einen Großteil der heimischen Luftverschmutzung verantwortlich sind. Das Hauptaugenmerk in Österreich sollte auf Emissionsreduktionen im Energiesektor gelegt werden, da hier zumindest mittelfristig keine Möglichkeit besteht, die Energiegewinnung mit Hilfe von Wärmekraftwerken zu reduzieren. Auch die Verwendung minderwertiger, heimischer Kohle wird sich in der nächsten Zukunft kaum ändern. Neben

der finanziellen Förderung von Sanierungsprojekten sowie immateriellen Leistungen (Studien, Bauüberwachung, Schulung, Beratung) sowie dem Exportartikel Umweltschutztechnologie, erscheinen vor allem internationale Kooperationen und Joint-ventures als effizienter Weg, um westliches Kapital und Know-how in verstärktem Maße zur Problemlösung in Osteuropa zu nutzen. Eine interessante Chance könnte diesbezüglich auch die Entwicklung des „Finanzplatzes Wien“ als Drehscheibe für marktbezogene Finanzierungen von Energieprojekten im Osten sein.

In Österreich besteht ein vitales Interesse an einer Erhöhung der Sicherheit bestehender Kernkraftwerke. Eine Optimierung des Energieeinsatzes und das Ausschöpfen des enormen Energiesparpotentials ist jedenfalls einem weiteren Ausbau der Kernenergie vorzuziehen.

Eine gezielte und effiziente Hilfe Österreichs ist aber nur unter Kenntnis der tatsächlichen Lage in Osteuropa und der Verbindung zu Österreich möglich. Sollen die Hilfsmaßnahmen nicht nur projektorientiert und eher zufällig einsetzen, so ist zur Ergänzung der Datenbasis eine umfassende Datenbestandsaufnahme notwendig.

Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt

In seiner Studie über die soziale Sicherung im Alter ging der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen von einer jährlichen Netto-Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte im Zeitraum 1990 bis zum Jahr 2000 von durchschnittlich 19.000 Personen pro Jahr aus. Eine geringere Zahl kann Wachstumseinbußen infolge fehlender Arbeitskräfte zur Folge haben. Die soziale Akzeptanz und die realen Möglichkeiten der Integration werden jedoch in jedem Fall zu berücksichtigen sein.

Die Annahme von ca 19.000 Zuwanderern pro Jahr liegt zwar deutlich über der in den letzten Jahrzehnten beobachteten, andererseits wurde diese Zahl in den beiden letzten Jahren deutlich übertroffen. Verantwortlich dafür war allerdings vor allem die Arbeitsmigration aus den traditionellen Herkunftsländern, Jugoslawien und Türkei, während die Wanderung aus den osteuropäischen Reformländern dabei keine dominierende Rolle spielte.

Sowohl die Intensität der Arbeitsmigration als auch deren Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur sind von einer Vielzahl von Bestimmungsgründen abhängig, insbesondere der Ent-

wicklung von Produktion und Produktivität in Österreich und der politischen und ökonomischen (De-)Stabilisierung in den Reformländern, also von der Entwicklung des Wohlstandsgefälles. Durch die Neugestaltung der internationalen Arbeitsteilung, sowohl in Westeuropa, als auch in den ehemaligen RGW-Ländern, verstärken sich Chancen und Risiken. Wachstumsprognosen sind in einer solchen Situation mit besonderen Unsicherheiten behaftet, und die Vorhersage der Produktivitätsentwicklung umso mehr, da diese von der Position abhängt, die Österreich in einer neugeordneten internationalen Arbeitsteilung einnehmen wird.

Als Beispiel für mögliche Entwicklungsrichtungen führt der Beirat vier Szenarien aus einer IFD/ÖROK-Studie an, die sich laut dieser Quelle aus der Kombination von wirtschaftlicher Prosperität bzw Stagnation in Österreich einerseits und ökonomischem Aufholprozeß (mit politischer Stabilisierung) bzw ökonomischer (und politischer) Destabilisierung in den östlichen Reformländern andererseits, ergeben.

Diese vier Szenarien ergeben folgende jährliche Nettozuwanderungen:

- I Österreich: Prosperität; Reformländer: Destabilisierung:
+ 50.000
- II Österreich: Prosperität; Reformländer: Aufholprozeß:
+ 25.000
- III Österreich: Stagnation; Reformländer: Destabilisierung:
+ 15.000
- IV Österreich: Stagnation; Reformländer: Aufholprozeß:
+ 5.000

Die Szenarien I und II wurden mit einer Extrapolation der Erwerbsbeteiligung sowie einer Nachfrageschätzung nach Arbeitskräften verknüpft, welche aus der Beiratsstudie zur sozialen Sicherung im Alter übernommen und aktualisiert wurden. Danach ergäbe sich bis zum Jahr 2001 für Szenario I eine Verdoppelung der Zahl der Arbeitslosen, und bis 2011 ein weiterer Anstieg der Arbeitslosenzahl um 100.000, für Szenario II um 60.000 gegenüber dem heutigen Stand.

Unter Weglassung der Maximalvariante I, die bis zum Jahr 2000 einen Anstieg der Arbeitslosenquote bis gegen 10 Prozent ergeben würde, zeigt eine Durchrechnung der regionalen Konsequenzen des zusätzlichen Erwerbstätigenpotentials, daß die Ostregion erstens da-

von in überproportionalem Ausmaß betroffen ist, und weiters die Alternativen der Nettozuwanderung speziell für die Ostregion völlig unterschiedliche Entwicklungspfade bedeuten:

In Szenario II entfallen 56% der Zuwanderung auf die Ostregion, auf die Westregion (Salzburg, Tirol, Vorarlberg) 17% — also proportional dem Anteil an Erwerbstätigen —, und auf Oberösterreich, Steiermark und Kärnten nur ein unterproportionaler Anteil. Die geringeren Zuwanderungen aus Szenario III und IV würden sich noch stärker auf die Ostregion konzentrieren, was für diese eine Differenz von 235.000 Erwerbstätigen bis zum Jahr 2031 zwischen Szenario II und IV ergibt.

Während bis zum Jahr 2000 die Zahl der Erwerbstätigen auch ohne Zuwanderung kaum unter ihr augenblickliches Niveau sinken würde, treten speziell in den Ostregionen ab diesem Zeitpunkt je nach Szenario erhebliche Tendenzwenden ein. Im Extremfall (Szenario IV) würde die Erwerbstätigkeit bis zum Jahr 2031 auf 80 Prozent des Ausgangsniveaus absinken.

Demzufolge müssen gesamtösterreichische Überlegungen im Auge behalten, daß das Hauptgewicht des durch die Wanderungsbewegungen entstehenden Anpassungsbedarfs auf die Ostregion entfällt. Die Alternativen von mehr oder weniger Zuwanderung für Wien entscheiden allein über ein Viertel der Erwerbstätigen.

Nicht nur die Zahl, sondern auch die Struktur (Qualifikation, Alter) und die Art der Verwendung der zuwandernden Arbeitskräfte haben einen Einfluß auf die Entwicklung von Wirtschaftsstruktur, Produktivität und Arbeitsmarkt in Österreich, wenn man davon ausgeht, daß sich auch in Zukunft — wie in den letzten beiden Jahren — die Qualifikationsstruktur des zuwandernden Arbeitskräftepotentials nicht weitgehend mit der des Bestandes deckt. Entscheidend dabei ist weniger die formale Qualifikation, sondern die überwiegende Verwendung.

Da die Bereitschaft der Arbeitsmigranten aus den Reformländern, zu sehr niedrigen Löhnen zu arbeiten, aufgrund der stark von Kaufkraftparitäten abweichenden Wechselkurse sehr ausgeprägt ist, kann der Zuwachs des Arbeitskräftepotentials zu Substitutionseffekten auf verschiedensten Ebenen führen: Substitution von Arbeitsplätzen und Tätigkeitsbereichen im Betrieb, und insbesondere dann, wenn Unternehmen durch die Nutzung billiger Arbeitskräfte Wettbewerbsvorteile gegenüber solchen Unternehmen erlangen, deren Strategie auf Produktivitätssteigerung ausgerichtet ist.

Wenn Umfang und Struktur des Beschäftigungszuwachses die Produktivität dämpfen und Niedriglohnbereiche expandieren, würden damit enorme Strukturprobleme für Österreichs Wirtschaft in der neuen internationalen Arbeitsteilung entstehen. Die positivsten Struktureffekte für Österreichs Wirtschaft ergeben sich unter zwei Annahmen:

Erstens eine qualifikationsorientierte Zuwanderungspolitik, die kontraproduktive Tendenzen vermeidet, und zweitens der Aufbau konkurrenzfähiger Anbieter im Bereich verschiedener Grundstoffe und technologisch einfacher Fertigwaren in den Reformländern — gefördert durch westliche Direktinvestitionen —, der auch den Anreiz für das billige Anbieten der Arbeitskraft in Österreich vermindert.

Strukturpolitische Anstrengungen sind notwendig, um diesen Prozeß abzustützen, der verlängerte Werkbänke mit lohnintensiven Fertigungen über die Grenze verlagert und dispositive und technologieintensive Funktionen in Österreich stärkt, wodurch sich Komponenten-Zulieferverflechtungen ähnlich den zwischen Süddeutschland und Westösterreich bestehenden entwickeln könnten. Dies würde für Österreich ein Abwandern von Niedriglohnindustrien, hohes Qualifikationsprofil und hohe Pro-Kopf-Einkommen bedeuten.

Aufgrund des komplexen Zusammenhanges von Ausländer- und Inländerbeschäftigung bzw Arbeitslosigkeit können allerdings die bisherigen Substitutionsprozesse nicht so interpretiert werden, daß eine bewußte Verknappung des ausländischen Arbeitskräfteangebots zu einer genau entsprechenden Abnahme der inländischen Arbeitslosigkeit führen würde. Die derzeit am Arbeitsmarkt beobachtbaren Entwicklungen werden nicht ausschließlich durch das erhöhte Angebot an ausländischen Arbeitskräften bewirkt. Sowohl die Struktur der Produktion als auch des inländischen Arbeitskräfteangebots tragen ebenfalls in einem gewissen Maße dazu bei. Dies zeigt sich etwa an den Schwierigkeiten, inländische Arbeitslose gemäß dem Gesetz vor Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung für Ausländer beantragte Arbeitsplätze zu vermitteln. Beschäftigung auf solchen Arbeitsplätzen wäre für viele Personen aus dem im Inland wohnhaften Arbeitskräftepotential mit einer deutlichen beruflichen Abwärtsmobilität verbunden.

Positive Effekte können von einem „Know-how-Transfer durch Qualifikation“ erwartet werden, indem ausländische Arbeitskräfte, insbesondere aus den nördlichen und östlichen Nachbarstaaten, in

Österreich moderne Produktionstechniken und -standards kennenlernen und nach einer Verbesserung der Lebensbedingungen in ihren Heimatregionen dorthin zurückkehren. Österreichische Unternehmen, die beabsichtigen, sich an solchen Standorten der Reformstaaten niederzulassen, können dann auf entsprechend qualifizierte inländische Arbeitskräfte zurückgreifen.

Die Struktur des inländischen Arbeitskräfteangebots und der Produktion, die Elastizität der Arbeitskräftenachfrage und Alternativoptionen betreffend die eingesetzte Technologie im Falle einer Verknappung ausländischer Arbeitskräfte, die in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen sind, konnten in der vorliegenden Untersuchung nicht analysiert werden. Eine detaillierte Quantifizierung bzw. Lokalisierung dieser strukturellen Probleme könnte allenfalls in speziellen weiterführenden Untersuchungen erfolgen.

Auch die verstärkte Inanspruchnahme diverser Infrastrukturbereiche ist eine Konsequenz der Dynamik der Zuwanderung. Der Beirat setzt sich in Abschnitt II.3.4. mit den Folgen für das Schul- und Wohnungswesen auseinander, in Abschnitt II.2.4. wird auch das Verkehrswesen behandelt.

Da die Integrationsaufgabe vor allem vom *Pflichtschulbereich* zu bewältigen ist, muß hier durch die verstärkte Zuwanderung — abgesehen von pädagogischen, soziologischen und psychologischen Problemen der Integration einer rasch ansteigenden Zahl von Ausländerkindern — vor allem auf die zusätzlichen Kosten hingewiesen werden, die einerseits durch die wachsende Schülerzahl (Kapazitätsaspekt), und andererseits durch kostspieligere Unterrichtsmethoden (Qualitätsaspekt), die mehr Lehrer und mehr Raum erfordern, entstehen.

Durch die Kompetenz unterschiedlicher Gebietskörperschaften und die regional unterschiedliche Schärfe, mit der sich dieses Problem stellt, existieren keine Gesamtübersichten und Prognosen. Der Ausländeranteil an österreichischen Schulen ist nach Bundesländern zwischen 0'6 Prozent (Steiermark) und 0'9 Prozent (Kärnten) bzw. 11'6 Prozent (Wien) und 12'7 Prozent (Vorarlberg) gestreut.

In Wiener Pflichtschulen kam es in den achtziger Jahren zu einem kräftigen Anstieg der Zahl ausländischer Kinder, in Hauptschulen und Sonderschulen auf über 25 Prozent, die meisten davon jugoslawischer oder türkischer Herkunft. Eine Fortschreibung des Statusquo-Trends ergibt für das Jahr 2000 einen 35 prozentigen Ausländerkinderanteil an Wiener Pflichtschulen.

In Wiener Kindergärten waren im Jahr 1988 etwa 15 Prozent der

betreuten Kinder Ausländer. Auch in diesem Bereich ist in Zukunft mit einer Zunahme von Ausländerkindern zu rechnen und somit auch mit vermehrten Kosten durch eine mehrsprachige Betreuung als integrative Maßnahme.

Am *Wohnungsmarkt* wird der derzeit schon bestehende Nachfrageüberhang je nach Zuwanderungsszenario (I— IV) weiter verstärkt. Szenario I würde gegenüber der jetzt knapp unter 40.000 liegenden jährlichen Wohnbauleistung eine Steigerung um fast zwei Drittel erfordern, Szenario II um gut ein Drittel. Selbst bei der in Szenario IV fast ausbleibenden Zuwanderung würde die Dynamik der Haushaltsentwicklung bis zum Jahr 2001 46.000 neue Wohnungen pro Jahr erfordern, erst danach könnte die Wohnbauleistung wieder auf das jetzige Niveau absinken.

Rein rechnerisch ergibt sich insgesamt je nach Szenario ein zusätzlicher Bedarf zwischen 118 Mio und 740.000 Wohnungen bis 2011. Eine noch höhere Wohnbauleistung wäre erforderlich, will man das zu Beginn der neunziger Jahre schon bestehende Defizit abbauen.

In Westösterreich und Oberösterreich müssten bis 2001 in jedem Fall, je nach Szenario um 30 bis 90 Prozent, mehr Wohnungen gebaut werden als bisher, danach nur noch im Westen bei stärkerer Zuwanderung. Im Osten ist bei starker Zuwanderung eine 50prozentige Steigerung notwendig, nur bei fast ausbleibender Zuwanderung könnte die Wohnbauleistung unter das Niveau der achtziger Jahre absinken.

Abgesehen von der nachgefragten Menge wird sich auch das qualitative Strukturproblem verschärfen. Die bisherigen Erfahrungen in Wien zeigen eine Tendenz zur Slumbildung durch die Konzentration von Ausländern in schlecht ausgestatteten Substandardwohnungen, die überbelegt und für Ausländer teurer als für Inländer sind.

Eine Neuorientierung der Wohnungspolitik sollte ein ausreichendes Angebot an preiswerten Wohnungen bereitstellen, und institutionelle Rahmenbedingungen im Wohnungsbereich müssten überdacht werden, um die erfolgreiche Integration von Einwanderern zu erleichtern. Dazu gehören das derzeitige System der Wohnbaufinanzierung und -förderung, die Mietrechtsregelung und die qualitativen Veränderungen des Wohnungsbestandes. Ausländer sind teils durch gesetzliche Regelungen, teils durch die Vergabep Praxis gemeinnütziger Wohnbauträger vom Zugang zu geförderten Neubauwohnungen abgeschnitten und auf den schrumpfenden Markt (mit steigenden Preisen) von Substandardwohnungen angewiesen.

II. ASPEKTE DER OSTÖFFNUNG FÜR ÖSTERREICH

1. Szenarien des Übergangs zur Marktwirtschaft in ehemaligen RGW-Ländern Europas

(Die Arbeiten an diesem Abschnitt wurden am 1. 3. 1992 abgeschlossen)

1.1. Einleitung

Die politischen Umwälzungen seit dem Jahr 1989 brachten für die ehemaligen RGW-Länder den Zerfall der planwirtschaftlichen Strukturen und die ersten Schritte in Richtung Marktwirtschaft. Dieser Übergangsprozeß kann sich bekanntlich weder auf eine adäquate Theorie des Systemwandels noch auf ausreichend vergleichbare Erfahrungen stützen. Unter den verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen (interne und externe Ungleichgewichte) und verschiedenen Konzepten der Übergangspolitik verlief die Entwicklung in den einzelnen Ländern natürlich unterschiedlich.

In Polen, Ungarn und der ČSFR wurden in den Jahren 1989 und 1990 die traditionellen kommunistischen Regimes von demokratisch gewählten Regierungen abgelöst; die Weichen wurden in Richtung Marktwirtschaft gestellt. *Polen* begann unter der Regierung Mazowiecki mit Jahresbeginn 1990 als erstes RGW-Land — mit Unterstützung des IWF und der Weltbank — den radikalen Übergang zur Marktwirtschaft. Entsprechend dem wirtschaftspolitischen Credo dieses monetaristisch orientierten Ansatzes — vorrangige monetäre Stabilisierung der Wirtschaft und Bekämpfung der Inflation — lagen bisher die Schwerpunkte auf einer restriktiven Fiskal- und Geldpolitik (ausgeglichenes Budget, positiver Realzinssatz auch bei sehr hoher Inflationsrate), einer starken Abwertung der Währung bei Konvertibilität zunächst nur im Bereich der Handelsbilanz, einer drastischen Begrenzung des Wachstums der Nominallöhne (Senkung der Reallohne) bei gleichzeitiger und umfassender Preisliberalisierung und auf der Öffnung der Wirtschaft gegenüber dem Ausland (Importliberalisierung). Dieser Weg wird allgemein auch als Schocktherapie bezeichnet. In der *Tschechoslowakei* beschritt man ein Jahr später einen ähnlichen Weg, nachdem 1990 eine restriktive Geld- und Fiskalpoli-

tik bereits eingeleitet, Nahrungsmittelsubventionen gekürzt, Einzelhandelspreise erhöht und die Krone stark abgewertet sowie rechtliche Voraussetzungen für die Gründung von Privatunternehmen und für die Liberalisierung des Außenhandels geschaffen worden waren. In *Ungarn*, wo die Traditionen schrittweiser Reformmaßnahmen stark ausgeprägt sind, kam eine Therapie wie in Polen oder der ČSFR nicht in Frage. Die neue konservative Regierung unter Ministerpräsident Antall setzte 1990 die Politik des graduellen Übergangs zur Marktwirtschaft fort, die dann auch vom IWF akzeptiert wurde. Sie fand ihren Ausdruck in weiterer Preis- und Importliberalisierung, in Subventionskürzungen, der Überwindung des Budgetdefizits sowie verstärkten Bemühungen um Privatisierung.

In Bulgarien, Rumänien und in der UdSSR brach die alte kommandowirtschaftliche Ordnung zusehens zusammen, während mit dem Übergang zur Marktwirtschaft praktisch noch nicht begonnen wurde. In *Bulgarien* und *Rumänien* war es Teilen des früheren Machtapparates weitgehend gelungen, ihre Position zu halten. Trotz Beteuerungen, daß auch sie den Weg der Umwandlung in Marktwirtschaften gehen wollten, hat sich die Opposition nicht mit dieser Führung abgefunden — die politischen Auseinandersetzungen behinderten die Einleitung radikaler Reformen. Bulgarien schwenkte unter einer neuen Mehrparteienregierung Anfang 1991 auf den Weg einer „Schocktherapie“ ein; seit November 1991 stellt die ehemalige Opposition die Regierung. In Rumänien wurden die im November 1990 begonnenen Liberalisierungen und Stabilisierungsmaßnahmen sukzessive ausgebaut, sodaß im November 1991 Preise und Außenhandel weitgehend liberalisiert waren und die interne Konvertibilität eingeführt wurde.

In der *UdSSR*, die zusehends in eine tiefe wirtschaftliche und politische Krise geriet, hat sich der Desintegrationsprozeß seit dem fehlgeschlagenen Militärputsch im August 1991 noch beschleunigt. Nach dem Zerfall der Union und der Errichtung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) im Dezember 1991 begann man Anfang 1992, vor allem in Rußland, mit Wirtschaftsreformen.

Einen Sonderfall bildet die *frühere DDR*. Wenn auch die rasche Vereinigung mit der BRD in der Art, wie sie stattfand, unter den bestehenden politischen Bedingungen die einzig mögliche Lösung gewesen sein mag, versetzte der gewählte Kurs des Umtausches der Ostmark in DM im Verhältnis 1 : 1 bei Preisen und Löhnen (was eine starke Aufwertung der DDR-Mark bedeutete), verbunden mit der

abrupten Öffnung gegenüber dem Konkurrenzdruck der mächtigen westdeutschen Wirtschaft, der gänzlich unvorbereiteten DDR-Wirtschaft einen Schock, der nur durch massive Transfers aus den westlichen Ländern der BRD zu verkraften ist. Aus diesen Erfahrungen lassen sich für die Probleme des Übergangs zur Marktwirtschaft in den hier untersuchten zentral- und osteuropäischen Ländern, die keinen reichen Bruder im Westen haben, wichtige Schlußfolgerungen ziehen. Eine Kommandowirtschaft kann sich nicht von einem Tag auf den anderen dem hoch entwickelten Ausland gegenüber öffnen, ohne eine Katastrophe zu riskieren.

Nahm der Prozeß des wirtschaftlichen Übergangs im Jahre 1990 in den einzelnen Ländern einen unterschiedlichen Verlauf, so war die Wirtschaftsentwicklung allgemein gekennzeichnet von *Rezession* (angebotsbestimmt in jenen Ländern, die den Übergang zur Marktwirtschaft praktisch noch nicht begonnen hatten, nachfragebestimmt in den anderen), Inflation, sinkenden Realeinkommen und dem Auftreten von Arbeitslosigkeit. Im Jahre 1991 vertiefte sich der wirtschaftliche Einbruch in der Region: Zum einen hat sich der Kreis jener Länder, in denen die Inlandsnachfrage durch rigide Stabilisierungsprogramme drastisch sinkt, erweitert, zum anderen haben die zentral- und osteuropäischen Länder im Zuge des Zerfalls der traditionellen RGW-Handelsbeziehungen schwere externe Schocks erlitten. Das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) schätzt den Rückgang des Bruttoinlandsprodukts für Mittel- und Osteuropa (Bulgarien, ČSFR, Polen, Rumänien, Ungarn) auf 13–15% (1990: –8'4%), für die Sowjetunion auf 13% (1990: –2'0%), wobei keines der genannten Länder Anzeichen eines Aufschwungs zeigt. Angesichts der Tiefe (und Dauer) des Produktionsrückgangs ist der ECE¹) darin zuzustimmen, daß die wirtschaftliche Lage besser als *Depression* denn als *Rezession* zu charakterisieren ist.

Im folgenden werden die Wirtschaften der ČSFR, Ungarns und Polens (Ost-Mitteuropa), sowie (mit Ausnahme von Abschnitt II.1.3.) der ehemaligen UdSSR untersucht. Aus der Tatsache, daß auf Südosteuropa hier nicht im Detail eingegangen wird, darf keineswegs der Schluß gezogen werden, daß diesem Raum in Österreich eine geringere Bedeutung beigemessen werden kann. Die Länderauswahl ergibt sich zum einen daraus, daß die genannten vier Länder unter den ehemaligen europäischen RGW-Ländern traditionell die höchsten Anteile am österreichischen Außenhandel hatten, wenn diese auch im Jahr 1990 lediglich jeweils zwischen einem und 1'8% bzw. 2'2% der

gesamten österreichischen Importe bzw. Exporte betragen. Zum anderen ist der künftige politische und wirtschaftliche Kurs, und dies nur in den Grundsätzen, lediglich in der ČSFR, in Polen und Ungarn erkennbar. Bedingt durch den Zerfall der Sowjetunion und die damit einhergehende Unübersichtlichkeit der Lage ist es hier zur Zeit nicht möglich, haltbare Entwicklungsszenarien zu umreißen.

Inhaltlich liegt der Schwerpunkt der Analysen auf der Gestaltung der *Übergangsprozesse* (Systemtransformation und Stabilisierungspolitik) und deren Auswirkungen auf die *Wirtschaftsentwicklung* der einzelnen Länder. Die Analyse der bisherigen gesamtwirtschaftlichen Abläufe (Abschnitt II.1.2.) bezieht sich auf Daten für die ersten drei Quartale 1991. Soweit vorläufige Daten für das gesamte Jahr verfügbar waren, sind diese in den Texttabellen berücksichtigt. Maßnahmen im Bereich der Systemtransformation, mit Berücksichtigung der Fragen der Rechtsordnung, Eigentumsstrukturen und Unternehmensorganisation, sind im wesentlichen bis Ende 1991 abgedeckt. Ausgehend von einer Kurzcharakteristik der erwarteten Ergebnisse des Jahres 1991 werden Szenarien für die mittlere Frist (bis Mitte der neunziger Jahre) entwickelt (Abschnitt II.1.3.).

Bei den *Szenarien* wurde davon ausgegangen, daß die Wirtschaftsentwicklung der kommenden Jahre in erster Linie von den eigenen politischen Entscheidungen über die Gestaltung der Übergangspolitik — Stabilisierung und Systemtransformation — bestimmt wird. Im Vergleich zu bereits funktionierenden Marktwirtschaften treten in mittlerer und längerer Frist für die Übergangswirtschaften konventionelle außenwirtschaftliche Faktoren relativ in den Hintergrund: ob und wie sich die östlichen Wirtschaften an Änderungen in den Rahmenbedingungen wie Ölpreis und Zinsniveau anpassen können, hängt weitgehend von der Reformentwicklung ab, die Reformpolitik beeinflusst die Kredit- und Investitionsbereitschaft des Westens und die (effiziente) Verwendung der bereitgestellten Mittel, mit entsprechenden Rückwirkungen auf die Wirtschaft.

In Anbetracht der ungewöhnlichen Vielzahl von internen und externen Unsicherheitsfaktoren und Instabilitäten auf politischer und wirtschaftlicher Ebene hat selbst eine qualitative Diskussion verschiedener Entwicklungsszenarien eine stark spekulative Komponente. Die erforderlichen Anpassungen bringen bei jeder Übergangspolitik zunächst eine Schrumpfung der Wirtschaft mit sich, deren Tiefe und Dauer jedoch von der konkreten Politikvariante abhängen; es ist zu befürchten, daß keines der untersuchten Länder schon 1991 die Tal-

sohle der Entwicklung durchschritten hat. Allerdings könnten sinkende Wirtschaftsaktivitäten grundsätzlich eine notwendige Reallokation von Ressourcen, Kapital und Arbeit zu effizienteren Sektoren widerspiegeln, besonders wenn, wie dies in manchen Ländern der Fall ist, gleichzeitig der einstweilen gesamtwirtschaftlich meist noch kleine private Sektor prosperiert.

Nach Einschätzung namhafter Forschungsinstitute besteht jedoch bei den monetaristisch orientierten Ansätzen einer Schocktherapie, wie sie beispielsweise in der *ČSFR* und in *Polen* praktiziert werden, eine hohe Gefahr, daß die notwendige Schrumpfung der Wirtschaft in eine dauerhafte Depression — mit der Vernichtung selbst sanierbarer und überlebensfähiger Unternehmen und mit bremsenden Wirkungen auf den Strukturwandel — münden kann, begleitet von krassen Einkommensunterschieden sowie Armut und Arbeitslosigkeit an einem Pol der Gesellschaft und möglicherweise anhaltend hohen Inflationsraten. Im Falle einer Schocktherapie könnten insbesondere die hohen sozialen Belastungen und daraus entstehenden gesellschaftlichen Spannungen zu Modifikationen in Richtung einer gemäßigeren Politik führen, die in weiteren Szenarien betrachtet werden. In diesen Fällen würde sich die Rolle des Staates auf eine aktivere Struktur-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik zubewegen.

In *Ungarn* sind die Weiterführung des traditionell eher gradualistischeren Ansatzes und im konkreten die Hauptlinien des Regierungsprogrammes (auch unter Ökonomen) relativ unumstritten. Die Erfolgsaussichten dieses Programms hängen entscheidend davon ab, ob die doppelte Herausforderung durch den Zusammenbruch der früheren RGW-Märkte und die sinkende heimische Nachfrage bewältigt werden kann. Die Chancen, die schrumpfenden Ostmärkte rasch durch westliche Märkte zu ersetzen, stehen angesichts der Erfahrungen der letzten zwei Jahre ziemlich gut. Eine rasche strukturelle Anpassung bringt allerdings auch hier die Gefahr höherer Arbeitslosigkeit und somit sozialer und politischer Instabilität mit sich.

Im Falle der *GUS* wird die künftige Wirtschaftsentwicklung wesentlich davon abhängen, ob die anderen Republiken ihren eigenen Weg in Reformen und Stabilisierungspolitik gehen oder sich an Rußland orientieren werden. In beiden Fällen muß allerdings zumindest kurzfristig mit einer weiteren beträchtlichen Schrumpfung der Wirtschaft gerechnet werden. Ein koordiniertes Vorgehen könnte die

wirtschaftlichen Aussichten verbessern, ist aber angesichts der ersten Erfahrungen zu bezweifeln.

Nach den bisherigen Erfahrungen werden sich die Erfolge des *Transformationsprozesses* in den ehemaligen RGW-Ländern jedenfalls mühsamer und *langwieriger* einstellen, als von vielen in anfänglicher Euphorie angenommen wurde, und dies auch nur unter der Voraussetzung, daß es zu keinen gravierenden politischen Erschütterungen kommt. Die Wohlfahrtsverluste, die im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems auftreten, könnten ein Ausmaß erreichen, das geeignet ist, die noch zerbrechlichen neuen Demokratien durch sozialen Unfrieden und/oder nationalistische Konflikte zu destabilisieren.

Obwohl die möglichen Konsequenzen für einzelne Teilbereiche der *österreichischen Wirtschaft* weiter unten behandelt werden, seien hier einige grundsätzliche Überlegungen angestellt. Im Zuge der zu erwartenden Rezession in den untersuchten Ländern könnte zunächst deren Bedeutung als *Exportmarkt* sinken. Darüber hinaus dürfte der Entwicklungsrückstand (ausgedrückt im realen Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, Abschnitt II.1.5.) zu Österreich, welcher seit Mitte der achtziger Jahre besorgniserregend zugenommen hat, zumindest bis 1995 noch krasser werden, ebenso das *Wohlstandsgefälle*. Somit ist auch von einer steigenden Neigung zur Arbeitsmigration und einem steigenden potentiellen Druck auf den österreichischen Arbeitsmarkt auszugehen. Wie hoch diese Neigung ausfallen wird, wird nicht zuletzt von der Wahl der Übergangspolitik in den untersuchten Ländern abhängen. Dies gilt auch für die Verbesserung der internationalen *Wettbewerbsfähigkeit* im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels und somit für einen zunehmenden Konkurrenzdruck seitens zentral- und osteuropäischer Exporteure auf die österreichische Wirtschaft.

Ein spezieller Abschnitt ist den *ausländischen Direktinvestitionen* gewidmet (Abschnitt II.1.4.). Während hier Angaben über Anzahl und investiertes Kapital bis Ende des dritten Quartals 1991 verfügbar sind, mußte sich die Analyse anderer Indikatoren auf frühere Zeitpunkte beschränken. Die daraus gezogenen Schlußfolgerungen qualitativer Art können dennoch aufrechterhalten werden, weil sich Strukturen erfahrungsgemäß innerhalb kurzer Zeit nicht radikal ändern. In allen untersuchten Ländern ist es zu weitgehenden Liberalisierungen der entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen, darunter die Zulassung von Unternehmen in ausländischem Alleineigentum, und

zu einer rapiden Zunahme der registrierten Unternehmen mit ausländischer Beteiligung gekommen, von denen jedoch einstweilen nur ein Bruchteil in Betrieb ist. Das Volumen des bisher tatsächlich investierten Auslandskapitals ist meist noch gering. Direktinvestitionen in den untersuchten Ländern sind angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Instabilität und der häufigen Änderungen der relevanten Rechtsgrundlagen mit erheblichen Risiken behaftet. Ein Hauptmotiv westlicher Investoren scheint auch weniger die Erwartung rascher Gewinne als die Strategie zu sein, frühzeitig auf den betreffenden Märkten Fuß zu fassen. Während die genannten Unsicherheitsfaktoren in der ehemaligen Sowjetunion besonders ausgeprägt sind, ist im Falle Polens die hohe Auslandsverschuldung ein Hemmnis für ausländische Direktinvestitionen. Bei Ungarn fällt die hohe Auslandsverschuldung weit weniger ins Gewicht: zum einen ist hier die Schrumpfung des Binnenmarktes wesentlich mäßiger, zum anderen dürften die im Zuge langjähriger Reformprozesse angesammelten Erfahrungen ungarischer Unternehmen und Manager einen positiven Faktor darstellen. Die relativ niedrige Auslandsverschuldung der ČSFR könnte, für sich betrachtet, den Zustrom ausländischer Direktinvestitionen erleichtern. Auch werden sich im Rahmen der Privatisierung von Staatsbetrieben künftig neue Investitionsmöglichkeiten ergeben. Generell gilt jedoch, daß der gesamte Ressourcetransfer aus dem Ausland in Form von Direktinvestitionen nicht zuletzt von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und somit auch von der Übergangspolitik in den einzelnen Ländern abhängen wird.

Insgesamt scheinen mehrere Faktoren für ein wohlverstandenes Interesse Österreichs an *Varianten der Übergangspolitik* in den zentral- und osteuropäischen Ländern zu sprechen, die zu weniger starken Leistungs- und Wohlfahrtsverlusten führen. Gemeint sind hier Strategien, die zwar unmißverständlich und entschlossen auf die Errichtung marktwirtschaftlicher Strukturen und wirtschaftliche Stabilisierung ausgerichtet sind, jedoch das Tempo ihres Vorgehens den bestehenden mikroökonomischen Restriktionen anpassen und immer die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kosten im Auge behalten. Nachteilige Konsequenzen für Österreich aus der sog. Schocktherapie in den betroffenen Ländern können sich in mehrfacher Hinsicht ergeben:

- Die damit verbundene drastische Beschränkung der internen Nachfrage beschränkt die Märkte für alle wesentlichen Exporteure, und damit auch die österreichischen, stärker als bei einem

graduellen Übergang. Die gewöhnlich starke Abwertung der nationalen Währung setzt die Unternehmen in den östlichen Ländern unter den Druck, (fast um jeden Preis) in den Export auszuweichen und somit verstärkt im internationalen Wettbewerb aufzutreten.

- Die „Schockvariante“ bringt die Arbeitslosigkeit auf ein weit höheres Niveau als gradualistische Varianten.

Damit verbunden sind nicht nur die Gefahren eskalierender sozialer und politischer Instabilität im Nahraum Österreichs, sondern auch eine relativ höhere Neigung zur Arbeitsmigration. Bislang war die Bevölkerung, insbesondere in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, wo die Regierungen einen raschen Übergang zur Marktwirtschaft versprochen hatten, noch bereit, Entbehrungen als notwendigen Preis für die Befreiung vom Kommunismus hinzunehmen. Doch sollte der Bogen der Geduld und Belastbarkeit der Bevölkerung nicht überspannt werden. Im übrigen werden auch die Möglichkeiten rentabler Investitionen für westliche Anleger umso geringer sein, je stärker der wirtschaftliche Rückgang, je höher die Arbeitslosigkeit, je instabiler die sozialen und politischen Verhältnisse und je schleppender die institutionellen Reformen in Richtung Marktwirtschaft sind.

1.2. Aktuelle Wirtschaftslage und Stand der Übergangspolitik

1.2.1. ČSFR

Die Wirtschaft der ČSFR war Anfang 1990 von einer Reihe gravierender Strukturprobleme gekennzeichnet, wie sie für die ehemals zentralverwalteten Volkswirtschaften Osteuropas symptomatisch sind, wies aber die geringsten Ungleichgewichte auf dem heimischen Konsumgütermarkt und eine niedrige Auslandsverschuldung auf. Der Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) betrug im Durchschnitt 1990 nur 2,5%, beschleunigte sich aber im Jahresverlauf. Der expandierende Privatsektor, konzentriert auf Bauwirtschaft, Dienstleistungen und Textilproduktion, blieb gesamtwirtschaftlich noch von marginaler Bedeutung.

Wesentliche Faktoren für den Produktionsrückgang im Jahr 1990 waren der Ausfall von Erdöllieferungen aus der UdSSR, der einsetzende Zerfall der Intra-RGW-Beziehungen, insbesondere der Märkte der Sowjetunion und der ehemaligen DDR, das Fehlen wirksamer Marktmechanismen nach der Abschaffung der Plandirektiven an die Unternehmen und erste Maßnahmen einer restriktiven Wirtschaftspolitik. Gleichzeitig kam, zu einem guten Teil durch politische Differenzen bedingt, die ökonomische Reformgesetzgebung nur schleppend voran. Trotz des deutlichen Sieges des Bürgerforums und seiner slowakischen Schwesterorganisation „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ beruhigte sich die politische Lage nach den Parlamentswahlen im Juni 1990 nicht. Vielmehr nahmen die Kompetenzstreitigkeiten zwischen der Bundesregierung und den beiden Republiken zu, und die nationalen Spannungen verschärfen sich.

Zur Jahresmitte 1990 wurden im Zuge einer erheblichen Subventionskürzung die Nahrungsmittelpreise (administrativ) um durchschnittlich 25% erhöht, begleitet von Ausgleichszahlungen von monatlich 140 Kčs pro Kopf. Wenig später wurden die Benzinpreise um 50% angehoben. Die bestehenden Regelungen zur Kontrolle des Lohnwachstums wurden zusehends unterlaufen. Die Inflationsrate stieg auf 10% im Jahresdurchschnitt, beschleunigte sich aber deutlich in der zweiten Jahreshälfte. Die Geldeinkommen der Bevölkerung sanken im Jahresschnitt real um 3,2%, das Bruttoinlandsprodukt ging um 2,5% zurück. Der Staatshaushalt wies einen geringen Überschuß aus.

Drei Abwertungen im Jahresverlauf ließen den Wechselkurs von

ursprünglich 15 Kčs auf 28 Kčs je US-Dollar steigen, dennoch drehte sich bei schrumpfendem Handelsvolumen der Handelsbilanzsaldo in ein Defizit, bedingt durch spekulativ vorgezogene Importe von Unternehmen und Haushalten. Mit einer Hartwährungsverschuldung von brutto 8,1 Mrd. \$ kann die Außenfinanzierungsposition der ČSFR demnach auch Ende 1990 als solide bezeichnet werden.

Anfang 1991 wurde in der ČSFR ein mit dem IWF vereinbartes Reformprogramm („Schocktherapie“) begonnen, verbunden mit Krediten des IWF und der Weltbank in Höhe von 1,8 Mrd. \$. Im Zuge einer weitgehenden Preisliberalisierung blieben nur etwa 15% der Preise (darunter die Energiepreise) unter staatlicher Kontrolle in Form von Höchstpreisen, die allerdings infolge von Subventionskürzungen deutlich angehoben wurden. Die Liberalisierung des Außenhandels und die Einführung (beschränkter) interner Konvertibilität waren mit einer bereits im Dezember 1990 beschlossenen Abwertung verbunden. Importe von Konsumgütern wurden vorübergehend mit einer Abgabe von 20% belegt, die mit 1. Mai 1991 auf 18% und mit 1. Juli auf 15% gesenkt wurde. Im Sinne der Inflationsbekämpfung wurden diese Maßnahmen von einer restriktiven Fiskalpolitik (für 1991 wurde ein Haushaltsüberschuß von 8 Mrd. Kčs angestrebt) und Geldpolitik begleitet. Zusätzlich wurde das laufende Lohnwachstum einer prohibitiven Besteuerung unterworfen. Mit einem Budgetüberschuß von 11,4 Mrd. Kčs wurde in den ersten neun Monaten 1991 das budgetpolitische Ziel zwar übertroffen, allerdings gingen in den letzten Monaten des Jahres die Staatseinnahmen aus der Unternehmensbesteuerung infolge des Produktionseinbruches stark zurück. Für 1991 insgesamt dürfte ein leichtes Defizit (unter 1% des BIP) anfallen.

Der Preisschock zu Beginn des Jahres 1991, der diesmal von keiner Einkommenskompensation begleitet war, dürfte den ohnehin mäßigen Kaufkraftüberhang im Haushaltssektor weitgehend abgeschöpft haben. In den folgenden Monaten lösten die rapide sinkende Inlandsnachfrage und der Zusammenbruch des Intra-RGW-Handels einen Absatz- und Produktionseinbruch aus. In den ersten drei Quartalen 1991 blieb die Industrieproduktion um rund 20% unter dem Ergebnis der Vergleichsperiode des Vorjahres, die Leistung der Bauwirtschaft um 33%. Die Anzahl kleinerer Betriebe, die wiederum nur zu einem kleinen Teil in privater Hand sind, nahm zwar zu, ihr Anteil ist jedoch gesamtwirtschaftlich immer noch sehr niedrig²⁾. Die registrierte Arbeitslosigkeit stieg von 77.000 Personen Ende 1990 auf 446.000

Ende September 1991; die Arbeitslosenquote war in der Slowakei mit 9'6% mehr als doppelt so hoch wie in der tschechischen Teilrepublik (3'8%). Gegenüber dem Vorjahr betrug der Preisanstieg in den ersten neun Monaten 1991 rund 60%, mangels effektiver Nachfrage sanken die Einzelhandelsumsätze zu konstanten Preisen in der gleichen Periode um 40%.

Eine gewisse Anpassung der liberalen Preispolitik äußerte sich im Laufe des Jahres 1991 in einem wiederholten Aufschub der Erhöhung der Wohnmieten, der Elektrizitätspreise und der Transporttarife. Weiters wurde die restriktive Fiskal- und Geldpolitik durch Senkungen der Umsatzsteuersätze (um rund zwei Prozentpunkte), des Importzuschlags auf Konsumwaren (von 20% auf 15%), des Diskontsatzes (von 14% auf 12% bzw. 9'5%) und des Kreditzinssatzes der Geschäftsbanken (von 24% auf 22% bzw. 17%) etwas gelockert.

Von Jänner bis September 1991 fiel im Außenhandel mit den ehemaligen RGW-Staaten ein Defizit von 11'4 Mrd. Kčs an, im Handel mit westlichen Industrieländern ein Überschuß von etwa 14'6 Mrd. Kčs. Die gesamte Handelsbilanz verzeichnete einen Überschuß von 10'2 Mrd. Kčs. Die Exporte in die UdSSR sollen um nahezu 50% zurückgegangen sein. Die ČSFR ist von allen post-sozialistischen Ländern mit rund 5 Mrd. \$ der größte Gläubiger der Nachfolgestaaten der Sowjetunion; diese hatte bereits vor ihrer Auflösung angekündigt, ihre Zahlungsverpflichtungen innerhalb der nächsten fünf Jahre nicht einhalten zu können.

Im April 1990 wurden zur Fortführung der *Wirtschaftsreform* Gesetze über die Rechtsstellung der Unternehmen verabschiedet. Private Unternehmen bedürfen seitdem nur noch der amtlichen Registrierung und sind grundsätzlich mit anderen Eigentumsformen gleichberechtigt. Das in Anlehnung an die BRD und Österreich gestaltete Aktiengesetz räumt ausländischen Aktionären das Recht auf Namensaktien ein (ein eventueller Verkauf ist genehmigungspflichtig). Novellierungen des Joint-Venture- und des Devisengesetzes brachten einige Erleichterungen für ausländische Investoren (z. B. Vereinfachung des Genehmigungsverfahrens, Zulassung von Unternehmen in vollständig ausländischem Eigentum, Gewinntransfer ins Ausland und von Beteiligungen an bestehenden Unternehmen).

Die Gesetze über die „kleine“ *Restitution und Privatisierung* traten Ende 1990 in Kraft, jene über die „große“ Restitution und Privatisierung sowie das Bodengesetz folgten im Februar und Mai 1991. Die Gesetze sehen äußerst weitgehende Restitutionsregelungen vor. Die

physische Rückgabe des Besitzes an die früheren Eigentümer bzw. deren Erben, die nach der kommunistischen Machtübernahme (1948) enteignet wurden und tschechoslowakische Staatsbürger mit ständigem Wohnsitz in der ČSFR sind, genießt Vorrang gegenüber einer Entschädigung. Die Privatisierungsgesetze beziehen sich nur auf staatliches Betriebsvermögen, das nach der Abwicklung der Restitution in Händen des Staates verbleibt. Die kleine Privatisierung läuft über Auktionen, in den meisten Fällen ist die Einräumung eines Pachtvertrages für fünf Jahre vorgesehen. Erst an einer eventuellen zweiten Runde können, falls sich kein heimischer Käufer findet, auch Ausländer teilnehmen. Von Jänner bis Ende September 1991 wurden in der Tschechoslowakei über diese Auktionen etwa 16.000 Objekte verpachtet oder verkauft. Die Betriebe, die in die „große“ Privatisierung einbezogen werden, werden vom zuständigen Ministerium ausgewählt und in staatliche Aktiengesellschaften umgewandelt. Der (partielle) Aktienverkauf erfolgt nach einem vom Betrieb ausgearbeiteten und vom Ministerium genehmigten Privatisierungsprojekt. Zur Anwendung kommen sowohl in Marktwirtschaften gebräuchliche Methoden wie z. B. der Direktverkauf (auch an Ausländer) und Auktionen wie auch eine Privatisierung über Coupons. Danach kann jeder tschechoslowakische Staatsbürger über 18 Jahre in jeder Privatisierungsrunde einen Anteilschein im Wert von ca. 1.000 Kčs an den bisher staatlichen Unternehmen erwerben. In die erste Privatisierungswelle, die im Februar 1992 begann, sollten etwa 2.000 Betriebe einbezogen werden. Im Bodengesetz schließlich wurden die besonders umstrittenen Fragen der Transformation der sozialisierten Agrarbetriebe und des Kirchengüterbesitzes ausgeklammert. So regelt das Bodengesetz in erster Linie die Frage der Rückgabe des Grundeigentums an die früheren Eigentümer. Rund 70% der landwirtschaftlichen Nutzfläche sind potentiell von der Restitution (berechtigt sind Deviseninländer) betroffen³). Ein spezielles Transformationsgesetz, das den Weg zur Umwandlung der alten in neue marktkonforme Genossenschaften oder andere Wirtschaftssubjekte frei machen soll, wurde mit erheblicher Verzögerung Ende Dezember 1991 verabschiedet.

Kommerzialisierung, Entmonopolisierung und Privatisierung der Staatsbetriebe befinden sich erst in ihren Anfängen und werden durch den extrem hohen Grad der Verstaatlichung, Monopolisierung und Konzentration der tschechoslowakischen Industrie erschwert⁴).

Ein zweistufiges *Bankensystem* war bereits Anfang 1990 geschaffen

Tabelle 1

ČSFR: Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung
Veränderung gegen das Vorjahr in %

	1986	1987	1988	1989	1990	1991 ¹⁾
Nettomaterialprodukt						
Produziert	2'6	2'1	2'3	0'7	-1'1	-20'1
Verwendet	4'9	2'8	2'0	3'2	4'7	.
Bruttoinlandsprodukt	-2'5	-16
Industrie						
Bruttoproduktion	3'2	2'5	2'1	0'7	-3'5	-23'1
Beschäftigte	0'5	0'1	0'3	-0'6	-3'2	-10'8
Arbeitsproduktivität	2'7	2'4	1'8	1'3	-0'3	-13'8
Landwirtschaft						
Bruttoproduktion	0'6	0'9	2'9	1'8	-3'5	- 8'7
Pflanzenbau	-2'5	1'8	4'0	1'7	-3'6	.
Tierhaltung	2'9	0'3	2'1	2'0	-3'5	.
Bruttoanlageinvestitionen	1'4	4'4	4'1	1'6	7'7	30'9
Privater Konsum	2'3	2'8	4'9	1'8	4'8	.
Einzelhandelsumsätze						
Nominell	2'8	3'0	4'9	3'5	12'0	- 3'3
Real	2'2	2'8	4'8	2'3	1'3	-39'9
Einzelhandelspreise	0'5	0'1	0'2	1'4	10'0	57'9
Durchschnittliche Löhne und Gehälter						
Nominell	1'5	2'0	2'3	2'3	3'7	15'8
Real	1'1	1'9	1'9	0'7	-5'6	-27
Geldeinkommen der Be- völkerung						
Nominell	3'2	3'3	4'3	3'2	6'6	.
Real	2'7	3'2	4'1	1'9	-3'2	.
Wohnbau in 1.000 Ein- heiten	78'7	79'6	82'9	88'5	69'3	.
Exporte insgesamt ²⁾	1'6	3'4	5'5	1'7	-1'0	49'7 ³⁾
In den Westen ²⁾	1'2	2'5	10'5	16'1	34'6	84'3 ³⁾
Importe insgesamt ²⁾	4'3	1'4	1'5	2'5	10'9	31'4 ³⁾
Aus dem Westen ²⁾	12'3	8'5	6'8	3'1	52'1	47'7 ³⁾

¹⁾ Vorläufig. — ²⁾ Auf Kcs-Basis, zum laufenden Wechselkurs. — ³⁾ Höhe der Wachstumsraten bedingt durch dreimalige Abwertung der Krone (um insgesamt 64%).
Quelle: WIIW-Datenbank.

worden. Ein neues Gesetz über das Bankensystem, das Anfang Februar 1992 in Kraft trat, sieht vor, daß die Geschäftsbanken bis zu 60% privatisiert werden sollen und ausländische Beteiligungen bis zu 25% erreichen können. Gleichzeitig dürfen ausländische Banken als Universalbanken tätig sein. Ein *Kapitalmarkt* ist kaum entwickelt. Nur die Emission von Anleihen, die besonders Komerční banka, Slo-

venská banka, Investiční banka bereits 1990 durchführten, spielt eine gewisse Rolle. Mitte 1992 sollen eine Börse in Prag und eine zweite Börse in Preßburg gegründet werden.

Das neue *Handelsgesetz* trat mit Jahresanfang 1992 in Kraft und ersetzt die bisherigen Wirtschafts- und Außenhandelsgesetze, die 1991 als Übergangsregelungen gegolten haben. Demnach sind für Außenhandels- und Auslandsaktivitäten tschechoslowakischer Unternehmen keine speziellen Genehmigungen mehr erforderlich, und auch Kaufleute, die nicht im Handelsregister eingetragen sind, dürfen Außenhandel treiben.

1.2.2. Polen

Die erste nicht-kommunistische Regierung der Nachkriegszeit unter Ministerpräsident Mazowiecki trat im September 1989 ihr Amt an und erarbeitete mit Unterstützung des IWF ein radikales Programm zur Stabilisierung der unter extremen externen und internen Ungleichgewichten leidenden Wirtschaft und zur Systemtransformation. Es wurde am 1. Jänner 1990 mit einer fast vollständigen Freigabe der Preise und Beseitigung von Subventionen, einer restriktiven Geld- und Fiskalpolitik, der Einführung einer prohibitiven Lohnzuwachsbesteuerung und der internen Konvertibilität des Zloty sowie mit der Liberalisierung des Außenhandels begonnen. Der Staatshaushalt schloß daraufhin 1990 mit einem Überschuß ab, ebenso die Handels- und erstmals auch die Leistungsbilanz in konvertiblen Währungen (2,2 Mrd. \$ bzw. 668 Mill. \$). Die Verschuldung der Wirtschaft gegenüber dem Bankensektor ging real zurück, die Nominallöhne blieben im Rahmen der gesetzten Norm, obwohl sich gegen Jahresende erneut eine Beschleunigung ihres Wachstums abzeichnete. Die Inflation konnte im Jahresverlauf zwar eingedämmt werden, aber bedingt durch den Anstieg der Rohölpreise und das raschere Lohnwachstum im Herbst nahmen auch die Preissteigerungsraten (gegenüber dem Vormonat) wieder zu. Aufgrund des realen Rückgangs der Geldmenge, der stärker ausfiel als ursprünglich beabsichtigt, war der Rückgang der Industrieproduktion höher als erwartet. Offiziell nahm das Bruttoinlandsprodukt um 12% ab; diese Angabe wird jedoch von verschiedenen Experten als zu niedrig angesehen.

Der Wiederanstieg der Inflationsrate Ende des Jahres bewog die Regierung zu einer erneuten Verschärfung der Restriktionen in der Geld- und Lohnpolitik, mit dem Erfolg, daß nach einem starken

Preisanstieg im Jänner 1991 die monatliche Inflationsrate bis Mai auf rund 2% bis 3% abnahm. 1991 traf die Wirtschaft zusätzlich ein externer Schock durch den Zusammenbruch der sowjetischen und den Ausfall der ostdeutschen Nachfrage sowie durch die Verteuerung der Energieimporte aus der UdSSR. Im ersten Quartal 1991 folgte daher ein starker Einbruch der Auslandsnachfrage und — entgegen den Erwartungen der Regierung — der Inlandsnachfrage (vor allem der Investitionen), und damit der Industrieproduktion, von dem sich die Wirtschaft im Verlaufe des Jahres nicht mehr erholte. Andererseits zeigte der Staatshaushalt im Unterschied zu 1990 stark defizitäre Tendenzen. Im Außenhandel zeichnete sich wie erwartet eine Passivierung der Handels- und Leistungsbilanz ab, die sich vor allem aus dem Übergang zu Hartwährungsverrechnung und Weltmarktpreisen im Handel mit der UdSSR ergab. Zwar setzte sich der Exportboom in EG- und EFTA-Länder fort, allerdings nahmen die Westimporte, vor allem des privaten Sektors, noch stärker zu.

Ab Anfang 1990 sank die Beschäftigung insgesamt langsamer als die Produktion; dies war nicht auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft, sondern auf wachsende Beschäftigungsüberhänge in den Staatsunternehmen zurückzuführen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen betrug nach dem ersten Quartal 1990 267.000, Ende 1990 1,1 Mill. und Ende Oktober 1991 2 Mill. Personen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit, der Anfang 1990 noch 50.000 bis 60.000 Personen pro Monat betragen hatte, verlangsamte sich aber. Trotz einer gesamtwirtschaftlich sehr restriktiven Geld- und Fiskalpolitik verfügten die Staatsbetriebe offenbar über genügend finanzielle Mittel, um steigende Beschäftigungsüberhänge zu finanzieren. Mit sinkender Arbeitsproduktivität und steigenden Nominallöhnen nahmen daher die realen Lohnstückkosten erheblich zu, obwohl die Reallöhne sanken. Die Wirtschaftspolitik setzte einseitig auf Stabilisierung, sodaß von ihr nur wenig Impulse für den Strukturwandel ausgingen. Bei einer Fortsetzung der restriktiven Politik dürfte sich daher in den nächsten ein bis zwei Jahren die Arbeitslosigkeit verdoppeln.

Der Abbau extremer Ungleichgewichte in der Leistungsbilanz und auf den Binnenmärkten durch eine restriktive Geld-, Fiskal- und entsprechende Wechselkurspolitik ist eine unerläßliche Voraussetzung für den *Überhang zur Marktwirtschaft*. So ist z. B. der Aufbau eines umfassenden Finanzsektors, wie ihn eine funktionsfähige Marktwirtschaft erfordert, in einer hyperinflationären Umgebung nicht mög-

lich. Allerdings ist dazu auch nicht unbedingt eine Inflationsrate von Null erforderlich. Erfahrungen aus Lateinamerika zeigen, daß Unternehmen selbst bei relativ hohen Inflationsraten Anpassungsmechanismen entwickeln und rationale langfristige Entscheidungen treffen können. Überdies liegen die Ursachen inflationärer Prozesse in den ehemals sozialistischen Ländern nicht in einer inadäquaten Geldpolitik, sondern im Fehlen von Wettbewerb zwischen autonomen Wirtschaftssubjekten. Eine entsprechend restriktive Geld- und Fiskalpolitik vermag dann zwar — vom makroökonomischen Gesichtspunkt — in relativ kurzer Zeit eine angebotsbeschränkte in eine nachfragebeschränkte Volkswirtschaft umzuwandeln, aber die mikroökonomischen Defizite einer vormals planwirtschaftlichen, hochzentralisierten Wirtschaft werden dadurch nicht automatisch beseitigt. Anzustreben wäre eine Wirtschaft mit Zehntausenden autonomer Unternehmen verschiedenster Größe und mit gewinnorientierten und risikobewußten Managern an der Spitze, die zudem marktwirtschaftliche Erfahrungen besitzen. Dies kann nur das Ergebnis einer Reform des Unternehmensrechts sein, die mit einer Förderung der Privatwirtschaft, der Autonomisierung („Kommerzialisierung“) und Privatisierung von Staatsbetrieben und der Schaffung von Märkten (einschließlich Kapital-, Geld- und Devisenmärkten) sowie einer umfassenden Reform des Unternehmens-, Steuer- und Verwaltungsrechts einhergeht. Dazu gab es in Polen bereits vor 1990 einige gesetzliche Grundlagen (z. B. Handelsgesetzbuch, Konkursrecht), und seither wurden weitere geschaffen. Allerdings bestehen noch immer erhebliche legislative Lücken, und die Verwirklichung der mit den Gesetzen angestrebten Ziele (z. B. Privatisierung) verzögert sich. Eine Stabilisierungspolitik, die wie in Polen zu wenig auf die mikroökonomischen Defizite Rücksicht nimmt und der zudem aus ideologischen Gründen eine strukturpolitische Ergänzung fehlt, läuft daher Gefahr, die Wirtschaft in eine schwere Depression zu führen, die auch potentiell sanierungswürdige Unternehmen zerstört.

Ein wichtiges Element für die Herstellung funktionsfähiger Märkte war die Freigabe der *Preisbildung*. Sie erfolgte auf den Lebensmittelmärkten bereits im August 1989 und allgemein am 1. Jänner 1990. Anfang 1991 wurden noch 17% der Einzelhandelspreise und 12% der Großhandelspreise von der Regierung entweder festgesetzt (vor allem die Preise einiger Energieträger wie Erdöl, Gas, Strom und Kohle sowie Transporttarife und Mieten) oder in irgendeiner Weise kontrolliert (z. B. Preise für im Inland produzierte Pkw). Ein weiteres

Element der Reform war die Neuregelung der Beziehungen zwischen Wirtschaftssubjekten und Staatshaushalt mit dem Ziel, eine allgemeine Abgrenzung beider herbeizuführen und die bisher an den Erfordernissen der zentralen Planwirtschaft orientierten individuellen durch allgemeine, an der Leistungsfähigkeit orientierte Besteuerungsmethoden abzulösen. Die Reform des Steuersystems ist jedoch noch in Vorbereitung, und erst Anfang 1992 wurde eine individuelle Lohnsteuer eingeführt.

Seit Anfang 1990 herrscht grundsätzlich *Gewerbefreiheit*; seither war ein Boom privater Firmengründungen zu beobachten, wobei Einzelunternehmer deutlich überwogen. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die Investitionstätigkeit des privaten Sektors nicht mit der selbständigen Existenzgründung Schritt hält. Auch wurden die Beschränkungen für Immobilientransaktionen, einschließlich Grund und Boden, für Inländer aufgehoben. Eine Novellierung des Gesetzes über ausländische Direktinvestitionen, die einige Vorschriften insbesondere für den Gewinntransfer ins Ausland und die Registrierung von Joint Ventures lockert, wurde vom Parlament im Juni 1991 verabschiedet. Eingeschränkt ist bisher noch der Erwerb privatisierter Staatsbetriebe und von Grund und Boden. Hier bedarf ein entsprechendes Engagement ausländischer Interessenten der ausdrücklichen Genehmigung durch das zuständige Ministerium.

In Polen geht, wie in den anderen Ländern, die *Privatisierung von Staatsbetrieben* nur sehr schleppend voran, obwohl im Mai 1990 mit dem Privatisierungsgesetz die gesetzliche Grundlage geschaffen wurde. Ein spezielles Ministerium ist damit beauftragt, die Staatsunternehmen in einem ersten Schritt in Gesellschaften des Handelsrechts (Aktiengesellschaften, GmbH) umzuwandeln und damit einen unabhängigen Status herzustellen („Kommerzialisierung“); in einem weiteren Schritt soll es die Gesellschaften entweder über Restitution, Verkauf (zumeist kleinerer Einheiten), Emission von Aktien (zumeist für große Einheiten) oder kostenlose Verteilung von „Vouchers“ privatisieren. Große Unternehmen können auch entflochten werden, um die Privatisierung kleinerer und rentabler Einheiten zu erleichtern. Mittlerweile wurden einige Tausend kleiner Betriebe sowie ein großer Teil von Einzelhandelsgeschäften, Apotheken usw. verkauft oder an frühere Eigentümer zurückgegeben. Insgesamt bestanden aber Ende September 1991 noch 8.400 Staatsunternehmen sowie 308 Unternehmen nach dem Handelsrecht im Eigentum des Staates („kommerzialisierte Staatsunternehmen“). Bis Ende 1991 wurden lediglich

sieben große Staatsunternehmen über die Emission von Aktien privatisiert.

Nachdem bereits 1988 ein Gesetz über die Emission von Unternehmensobligationen beschlossen worden war, folgte im Frühling 1991 ein Gesetz über den Handel mit Wertpapieren, sodaß die *Aktienbörse* in Warschau ihre Tätigkeit aufnehmen konnte. An ihr werden derzeit nur die erwähnten sieben Aktienwerte gehandelt. Daneben besteht jedoch ein Sekundärmarkt für Unternehmensobligationen und Staatsschuldverschreibungen (bisher zwei Emissionen). Weitere Wertpapierformen (z. B. Rentenpapiere) gab es bisher noch nicht. Somit ist der institutionelle Zusammenhang zwischen Sparen und Investieren insgesamt nur rudimentär.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Absicht der Regierung, bis Ende 1993 einen Großteil der staatlichen Industrie (die bisher rund 80% des Outputs und einen noch größeren Teil des Anlagevermögens stellte) zu privatisieren, wenig realistisch. Zu erwarten ist allenfalls eine weitgehende Umwandlung der Staatsbetriebe in Kapitalgesellschaften und damit Herstellung von Autonomie („Kommerzialisierung“) als Vorstufe einer echten Privatisierung. Allerdings kann auch dann ein unternehmerisches *Verhalten der Manager* noch nicht vorausgesetzt werden. Denkbar sind gegenwärtig drei Verhaltensformen:

1. Manager haben jahrzehntelang die Erfahrung gemacht, daß Reformen scheitern. Sie wollen ihre Position behalten, warten daher zunächst ab und vermeiden schmerzhaft Entscheidungen — umso mehr, als sie nach dem Wegfall der Kontrolle durch die staatliche Administration und die kommunistische Partei im Betrieb weitgehend von der „Arbeiterselbstverwaltung“ abhängig sind.
2. Manager fürchten als Folge von Kommerzialisierung und Privatisierung den Verlust ihrer Position und versuchen zuvor, von ihrer Stellung im Staatsunternehmen höchstmöglich zu profitieren. Auf diese Weise verschlechtern sie zusätzlich die Startbedingungen der privatisierten Unternehmen.
3. Manager sehen Kommerzialisierung und Privatisierung als Chance, neue Reputation zu erwerben und ergreifen daher alle Möglichkeiten, für das Wohl des Unternehmens zu arbeiten, seine Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Diese dritte Möglichkeit ist offenkundig die für die gesamte Wirtschaft vorteilhafteste, sie scheint jedoch gegenwärtig noch nicht weit verbreitet zu sein.

Die Reform des *Bankensektors* ist relativ weit fortgeschritten. Ein zweistufiges Bankensystem umfaßt die Zentralbank (Nationalbank) und Geschäftsbanken, die als Universalbanken tätig werden können. Ein großer Teil des Bankensektors wird allerdings noch von Banken im Staatseigentum dominiert; es sind dies sowohl Staatsbanken (analog zu Staatsunternehmen) wie etwa PKO oder die aus der Nationalbank 1988 ausgegliederten Geschäftsbanken als auch Aktiengesellschaften in 100prozentigem Eigentum des Staates. Den Geschäftsbanken wurden bei der Ausgliederung aus der Nationalbank die hohen, teils uneinbringlichen Kreditforderungen der Nationalbank gegenüber dem Unternehmenssektor übertragen. Da die Einlagen keine ausreichende Deckung entsprechender Ausfälle ermöglichen, würde eine Insolvenzswelle staatlicher Unternehmen auch den Bankensektor in erhebliche Schwierigkeiten bringen. Neben diesen Großbanken agieren Genossenschafts- und Privatbanken (in Form von Aktiengesellschaften) mit allerdings erst geringem Geschäftsvolumen. Auch ausländische Banken oder Banken mit ausländischem Kapitalanteil (Joint Ventures) können aktiv werden (Ende 1991 hatten sieben ausländische Banken, darunter zwei österreichische, entsprechende Lizenzen erhalten). Der Zinssatz, wie auch andere typische Instrumente zur Steuerung der Bankenliquidität, spielt derzeit eine geringe Rolle. Wenn auch die Nationalbank die Zinsen auf Refinanzierungskredite auf einem Niveau zu halten trachtet, das über der Jahresinflationrate liegt, wird die Kreditvergabe der Banken doch in großem Umfang durch Kreditausgabegrenzen der Nationalbank beschränkt.

Geringe Fortschritte sind in der Bildung eines funktionsfähigen *Arbeitsmarktes* zu beobachten. Weder die Arbeitnehmer- noch die Arbeitgeberseite stellt derzeit starke und überbetriebliche Verhandlungspartner. Löhne und Gehälter werden vorwiegend auf betrieblicher Ebene ausgehandelt. Die Entstehung des Arbeitsmarktes wird auch dadurch behindert, daß das Fehlen eines freien Wohnungsmarktes und die von der Regierung eingeführte prohibitive Besteuerung des Lohnwachstums die Mobilität der Arbeitnehmer einschränken. Nach dem Gesetz über Beschäftigung und Arbeitslosigkeit vom 16. Oktober 1991 untersteht die Arbeitsmarktverwaltung direkt dem Arbeits- und Sozialministerium. Die Zahlung und Finanzierung von Arbeitslosengeldern erfolgt nicht im Rahmen eines Versicherungsmodells. Vielmehr disponiert das (dem Ministerium unterstellte) zentrale Arbeitsamt über einen entsprechenden Fonds, der von Abgaben der Arbeitgeber sowie aus dem Staatsbudget gespeist wird.

Tabelle 2

*Polen: Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung
Veränderung gegen das Vorjahr in %*

	1986	1987	1988	1989	1990	1991 ¹⁾
Nationalprodukt²⁾						
Produziert	4'9	1'9	4'9	- 0'2	-14'9	-8 bis -10
Verwendet	5'0	1'8	4'7	0'1	-19'8	.
Industrie³⁾						
Bruttoproduktion ...	4'2	2'8	4'8	- 0'8	-25'9 ⁴⁾	-15
Beschäftigung	0'2	-0'5	-1'7	- 3'1	9	.
Arbeitsproduktivität ..	4'0	3'3	6'6	2'4	-17'8	.
Bauwirtschaft³⁾						
Bruttoproduktion ...	2'5	0'4	5'7	- 5'9	-16'9	- 2'5
Beschäftigung	0'3	-1'2	-2'5	-10'2	-14'1	.
Landwirtschaft						
Bruttoproduktion ...	5'0	-2'3	1'2	1'5	- 2'2	-6 bis -8
Pflanzenproduktion ...	6'3	-2'0	-0'3	2'7	0'0	.
Tierproduktion	3'2	-2'7	3'2	- 0'1	- 5'2	.
Bruttoanlageinvestitionen						
Real	5'1	4'2	5'4	- 2'4	-10'1	-10
Einzelhandelsumsätze						
Nominell	24'4	29'7	68'3	239'8	477	.
Real	5'9	4'0	3'9	- 2'7	-17'4	.
Durchschnittliche Monatslöhne³⁾						
Nominell	20'4	21'1	81'9	289'4	402	.
Real	2'7	-3'5	14'4	8'4	-23'9	.
Geldeinkommen der Bevölkerung						
Nominell	20'2	26'8	81'2	283'8	448	.
Konsumgüterpreise⁶⁾ ...	17'5	25'3	61'3	243'8	617'8	70 bis 75
Exporte (zu laufenden Preisen)⁵⁾						
in konvertibler Währung (Dollar)...	6'1	8'7	17'4	2'7	40'9	8
In die westl. Industrieländer	2'8	24'1	19'6	8'8	37'3	.
In nicht-konvertibler Währung (Rubel) ...	10'7	6'0	9'0	2'3	- 9'9	.
Importe (zu laufenden Preisen)⁵⁾						
In konvertibler Währung (Dollar)...	7'1	7'5	24'9	6'3	6'3	59
Aus den westl. Industrieländern ..	6'0	16'5	30'2	- 3'0	- 3'2	.
In nicht-konvertibler Währung (Rubel) ...	7'8	1'0	-1'1	- 6'6	-34'3	.

¹⁾ Schätzung, — ²⁾ Netto, — ³⁾ Sozialistischer Sektor, — ⁴⁾ Umsätze, — ⁵⁾ fob, — ⁶⁾ Einschließlich Dienstleistungen.

Quelle: WIW-Datenbank.

Mit 1. Jänner 1990 wurde der *Außenhandel* mit dem Westen größtenteils liberalisiert. Direkte Kontrollen wurden eingeschränkt oder durch GATT-konforme Mechanismen ersetzt. Exportlizenzen werden nur noch für einige wenige Mangelgüter sowie für jene Waren erteilt, für die westliche Länder eine Beschränkung der Importmengen vorsehen (z. B. Textilien, Schuhe, Stahlprodukte). Importlizenzen sind nur noch für Waffen und radioaktive Güter erforderlich. Durch die Einführung einer begrenzten Konvertibilität des Zloty (grundsätzlich auf laufende Transaktionen beschränkte „Inländerkonvertibilität“) wurden damit (einheitlicher) Wechselkurs und (einheitliche) Zolltarife zu den wichtigsten Instrumenten der Handelspolitik. Das Begehren der polnischen Regierung, angesichts dieser Veränderungen das Beitrittsprotokoll zum GATT neu zu verhandeln, stieß bisher jedoch noch auf Zurückhaltung des GATT. Trotz des Zerfalls des Intra-RGW-Handelsregimes und der Anwendung eines einheitlichen Zolltarifs gelten im Handel Polens mit den ehemaligen RGW-Ländern, insbesondere mit der UdSSR bzw. ihren Nachfolgestaaten, einige Regelungen, die noch als Verstoß gegen das Prinzip der Nichtdiskriminierung angesehen werden. Dazu zählen insbesondere bestimmte Regierungsabkommen über Bartergeschäfte, etwa seit Anfang 1991 nach dem Übergang zu Hartwährungsverrechnung und Weltmarktpreisen sog. „Indikativlisten“ im Handel. Im Dezember 1991 schloß Polen mit der EG einen Assoziierungsvertrag ab, dessen Kern die stufenweise Einführung einer Freihandelszone zwischen März 1992 und Anfang 2002 darstellt. Dabei öffnet die EG ihre Grenzen rund drei Jahre früher als Polen. Das Handelsabkommen sieht für die EG die sofortige Beseitigung aller quantitativen Importkontingente (Ausnahme: Textilien und Kohle) und Zollsenkungen bei Industriegütern vor.

1.2.3. Ungarn

In der Entwicklung der ungarischen Wirtschaft sind, neben deutlichen Krisensymptomen, die ersten ermutigenden Anzeichen einer Strukturanpassung zu beobachten. 1990 wurde ein deutlicher Erfolg im außenwirtschaftlichen Bereich erzielt. Ein Exportüberschuß von 945 Mill. \$ im Handel in konvertiblen Währungen und ein Leistungsbilanzüberschuß von 127 Mill. \$ überstiegen sogar die optimistischsten Erwartungen von Anfang 1990⁵⁾. Damit und zusätzlich mit

einem sehr geringen Budgetdefizit wurden die strengen Auflagen des IWF sogar übererfüllt.

Insgesamt entwickelte sich die Wirtschaft jedoch weniger günstig: Das Bruttoinlandsprodukt sank real um 4%, die Industrieproduktion um 5%⁶⁾. Der Rückgang der Produktion ist allerdings auf die schrumpfende Aktivität der Staatsindustrie zurückzuführen und spiegelt damit den Beginn notwendiger Strukturanpassungen wider. Die stürmische Expansion der Privatwirtschaft konnte die Rezession im Staatssektor zwar nicht ganz kompensieren, dank der Aufnahmefähigkeit der relativ arbeitsintensiven Privatunternehmen blieb jedoch die Arbeitslosenquote bis Jahresende mit 17% relativ niedrig⁷⁾. Der rasche Anstieg der Verbraucherpreise — die Inflation betrug im Jahresdurchschnitt rd. 29% — traf fast alle Schichten der Gesellschaft.

Anstelle der Ausarbeitung und Durchsetzung einer konsequenten Wirtschaftspolitik standen 1990 infolge verschiedener Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungskoalition Improvisationen. Erfolge brachten hauptsächlich Liberalisierungen und Maßnahmen, die noch unter dem alten Regime eingeleitet worden waren.

Während 1990 für Ungarns Westhandel ein gutes Jahr war (in Dollar: Exporte +17%, Importe +12%), folgte im Handel mit dem Rubelverrechnungsbereich ein Einbruch (Exporte —23%, Importe —17%⁸⁾), mit dem man erst in der Folge des Übergangs zur Hartwährungsverrechnung im Handel mit den RGW-Ländern Anfang 1991 gerechnet hatte. Die Bruttoverschuldung Ungarns stieg um 750 Mill. \$ auf 21,5 Mrd. \$⁹⁾.

In den ersten drei Quartalen 1991 beschleunigte sich der Rückgang der Industrieproduktion in Unternehmen mit über 50 Beschäftigten auf fast 19%. Die rasche Expansion der Privatwirtschaft, auch in der Industrie, hielt an: In den ersten sechs Monaten überstieg die Produktion der Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten das Vorjahresniveau um 50%. Die gesamte Industrieproduktion fiel in den ersten neuen Monaten 1991 um 16,6% zurück¹⁰⁾.

Im Gegensatz zu 1990 ging der Produktionsrückgang 1991 Hand in Hand mit einer drastischen Zunahme der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen erhöhte sich bis Ende September auf 298.000. Innerhalb von neun Monaten schnellte die Arbeitslosenquote von 17% auf 61%. Regional ist sie sehr unterschiedlich: in den nordöstlichen Bezirken des Landes besonders drückend, im Westen Ungarns und in Budapest hingegen geringer¹¹⁾.

Ende des dritten Quartals 1991 wurde deutlich, daß sich die wirt-

schaftlichen Spannungen im Budget kristallisierten. Die Steuereinnahmen lagen weit unter dem prognostizierten Niveau. Obwohl sich die Ausgaben weitgehend innerhalb der geplanten Grenzen hielten, überschritt das Defizit mit 87,4 Mrd. Ft bereits Ende des dritten Quartals jene Höhe, die im Budgetgesetz für das gesamte Jahr festgelegt worden war (78 Mrd. Ft)¹²).

Nach Schätzungen des Ministeriums für Internationale Wirtschaftsbeziehungen fiel das Exportvolumen in den ersten acht Monaten um 12—14% (das Finanzministerium berichtete einen Rückgang um 6—9%)¹³). Die Exporte in die ehemaligen RGW-Länder fielen, zu laufenden Forintpreisen, um 17%, was einen realen Rückgang um rund 60% bedeutet. Die Lieferungen in die OECD-Länder stiegen zu konstanten Preisen wahrscheinlich um mehr als 20%¹⁴). Der Anteil der ehemaligen RGW-Länder am ungarischen Export ging dramatisch zurück, von rund 28% in den ersten neun Monaten 1990 auf knapp unter 20% im gleichen Zeitraum 1991¹⁵). Die Regionalstruktur der Importe änderte sich nicht wesentlich (der Anteil der ehemaligen RGW-Länder betrug knapp 25%), da die höheren Preise für Energie- und Rohstoffimporte den Rückgang des Importvolumens aus dieser Region weitgehend kompensierten.

Laut Ungarischer Nationalbank verzeichnete die Handelsbilanz in den ersten drei Quartalen 1991 einen Überschuß von 2 Mill. \$ (nach Zahlungsbilanzstatistik)¹⁶), die Leistungsbilanz einen Überschuß von 279 Mill. \$¹⁷). Beträchtliche Nettoeinnahmen aus dem Tourismus und durch unentgeltliche Transferzahlungen aus dem Ausland, die vor allem aus nichtberichteten Exporteinnahmen bestanden, erreichten etwa dieselbe Höhe wie die fälligen Zinszahlungsverpflichtungen. Ende des dritten Quartals 1991 belief sich Ungarns Bruttoauslandsverschuldung in konvertierbarer Währung auf rd. 20,4 Mrd. \$ — um 152 Mill. \$ weniger als Ende September 1990. Nach einer Reihe erfolgreicher Anleihenemissionen verzeichneten die Reserven der Ungarischen Nationalbank an konvertierbaren Währungen einen bedeutenden Anstieg, und zwar von einem gefährlich niedrigen Niveau von 1 Mrd. \$ Ende September 1990 auf 2,7 Mrd. \$ Ende des dritten Quartals 1991.

Zwar betrieb Ungarn seit 1968 — wenn auch mit Unterbrechungen — eine Politik der *Wirtschaftsreformen*, die anhaltender und stärker als in anderen osteuropäischen Ländern auf die Einführung von Marktelementen gerichtet war, von einer *Transformationspolitik* im Sinne eines politischen und wirtschaftlichen Systemwandels kann

*Ungarn: Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung
Veränderung gegen das Vorjahr in %*

	1986	1987	1988	1989	1990	1991 ¹⁾
Bruttoinlandsprodukt ..	1'5	4'1	-0'1	0'2	-4	-7 bis -8
Industrie ²⁾						
Bruttoproduktion	1'9	3'8	0'0	-1'0	-9'6 ³⁾	-17 bis -19
Beschäftigte	-0'7	-2'5	-2'6	-1'7	-5'5	.
Arbeitsproduktivität	2'6	6'5	2'7	0'7	-4'3	.
Landwirtschaft						
Bruttoproduktion	2'4	-2'0	4'3	-1'3	-3'8	.
Pflanzenbau	3'7	-5'5	7'5	0'1	-7'8	.
Tierhaltung	1'1	1'5	1'5	-2'7	0'2	.
Bruttoinvestitionen	2'3	7'6	-7'7	4'4	-9'8	-10 bis -12
Durchschnittliche Löhne und Gehälter						
Nominell	7'4	8'1	10'1	18'2	22'3	.
Real	1'9	-0'4	-4'9	0'9	-5'1	.
Realeinkommen pro Kopf	2'6	1'0	-1'0	2'5	-1'6	.
Einzelhandelsumsätze						
Nominal	8'3	14'2	10'3	17'6	19'6	.
Real	3'6	5'8	-5'3	-0'2	-7'6	.
Privater Konsum pro Kopf	2'4	4'2	-3'8	2'4	-4'2	.
Konsumgüterpreise	5'3	8'6	15'5	17'0	28'9	35'0
Exporte — insgesamt, nominell	-1'0	6'5	13'8	16'0	5'7	.
In konvertibler Währung	-7'8	14'8	30'0	23'7	25'1	.
Importe — insgesamt, nominell	7'7	4'5	3'8	13'6	4'1	.
In konvertibler Währung	4'9	10'3	10'6	23'5	19'5	.

¹⁾ Vorläufig. — ²⁾ Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten. — ³⁾ Der Rückgang der Produktion ist 5'0%, wenn Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten auch in Betracht genommen werden.

Quelle: WIIW-Datenbank.

man aber erst seit 1988 sprechen. Da in Ungarn die Tradition schrittweiser Reformmaßnahmen sehr ausgeprägt ist, kam die Durchführung einer Schocktherapie wie in Polen und jüngst in der ČSFR nicht in Frage. Diese Strategie wurde auch vom Internationalen Währungsfonds akzeptiert.

Wichtige gesetzliche Grundlagen des Übergangs sind das im Jänner 1989 in Kraft gesetzte Gesellschaftsgesetz und das Gesetz zur

Umwandlung der Staatsunternehmen in Gesellschaften (in Kraft seit Juni 1989), die den institutionellen Rahmen zur *Entstaatlichung* in der Wirtschaft bilden. Das Gesellschaftsgesetz gab mit der Wiedereinführung von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung einen Anstoß zur Gründung privater Firmen; gleichzeitig stellte es ausländische Anleger mit Inländern gleich und gestattete damit die Bildung von Gesellschaften in ausschließlich ausländischem Eigentum. Das Gesetz zur Umwandlung von Staatsunternehmen formulierte zwecks Erleichterung der bis dahin nur beschränkt erfolgreichen Privatisierung Richtlinien für die Umwandlung der staatseigenen Unternehmen in eine der obgenannten Gesellschaftsformen. Die Regierung hegt wenig Vertrauen in „spontane Privatisierungen“, bei welchen die Manager der Staatsbetriebe die Umwandlung einleiten und heimische sowie ausländische Investoren zur Beteiligung einladen. Die Staatliche Vermögensagentur andererseits, die im März 1990 zur Einleitung und Durchführung der Privatisierung von Staatsbetrieben ins Leben gerufen worden war und auch alle von Betriebsleitungen initiierten Umwandlungsmaßnahmen überwachen soll, war bis Herbst 1991 nicht in der Lage, den Prozeß zu beschleunigen.

Während die Umwandlung langsamer als geplant erfolgt, werden die neuen Gesellschaftsformen für Neugründungen rasch angenommen. Dennoch ist der Konzentrationsgrad in der ungarischen Wirtschaft noch immer hoch: 1990 produzierten die 200 größten der insgesamt 28.000 Unternehmen 42% des BIP; 70% aller Hartwährungshandelsgeschäfte wurden von nicht mehr als 60 bis 64 Unternehmen durchgeführt¹⁸⁾.

In den letzten Jahren wurden eindrucksvolle Fortschritte in Richtung Marktwirtschaft erzielt. Nach schrittweisen *Liberalisierungen* sind seit Anfang 1991 fast alle Preisregelungen aufgehoben, die Banken bestimmen ihre Zinssätze selbst, und für 90% der Importgüter sind keine Bewilligungen mehr erforderlich. Geschäftsbanken und Unternehmen können Kredite direkt im Ausland aufnehmen. Ausländische Anleger können Gewinne und Kapital in der Währung der Investition repatriieren.

Das *institutionelle Gerüst der Marktwirtschaft* ist großteils bereits funktionsfähig. Seit 1988 gilt ein Mehrwertsteuer- und Einkommensteuersystem westlicher Prägung. Ein Gesetz über ein marktconformes Buchführungssystem wurde kürzlich vom Parlament verabschiedet und tritt ab Anfang 1992 in Kraft. Als Voraussetzung für ein soziales Netz wurde der Anspruch auf Mindestlöhne und Arbeitslosen-

geld eingeführt, die Lohnbildung soll durch kollektive Verhandlungen erfolgen. Im Juni 1990 nahm die Budapester Börse den Betrieb wieder auf. Im ersten Geschäftsjahr wurden Wertpapiere im Wert von 50 Mrd. Ft gehandelt, was etwa 2'5% aller staatlichen Vermögenswerte entsprach¹⁹). Im Mai 1991 verabschiedete das ungarische Parlament ein Gesetz über Konzessionen, welches neue Impulse für ausländische Investitionen in die unterentwickelte Infrastruktur setzen soll.

1.2.4. Sowjetunion/GUS

Die Sowjetunion geriet Anfang 1991 in eine tiefe wirtschaftliche und politische Krise. Die Unionsregierung verlor weitgehend die Kontrolle über die Wirtschaft. Das Streben der einzelnen Unionsrepubliken nach mehr Selbständigkeit trug zum derzeitigen Chaos, zur Entstehung zahlreicher Regionalmärkte und, infolge der Desorganisation, zum Rückgang der Produktion bei. Während des Jahres 1990 gab es praktisch *keine Ansätze zu einer Stabilisierungspolitik*. Im Gegenteil: Die langen Diskussionen über die zukünftige Reformpolitik und die resultierende Kompromißlösung (z. B. Gorbatschows „Leitlinien für die Stabilisierung der Wirtschaft und den Übergang zur Marktwirtschaft“ vom November 1990) verschärften eher die Differenzen zwischen dem Zentrum und den einzelnen Republiken. Der gescheiterte Putsch im August 1991 besiegelte das Ende der Sowjetunion endgültig, öffnete gleichzeitig aber auch den Weg für echte Reformen. Am 8. Dezember 1991 wurde die Errichtung einer *Gemeinschaft Unabhängiger Staaten* (GUS) von Rußland, der Ukraine und Weißrußland ausgerufen und später von acht weiteren ehemaligen Sowjetrepubliken unterzeichnet. Die im Jänner 1992 begonnenen Wirtschaftsreformen (vor allem Preisliberalisierung, Abwertung des Rubels und Übernahme der Kontrolle über Außenhandelslizenzen und die Zentralbank durch Rußland) könnten dazu beitragen, das zur Zeit herrschende Kompetenzchaos zu klären, indem die anderen Republiken gezwungen werden, entweder gleichzuziehen oder ihren eigenen Weg zu gehen. Während beide Alternativen kurz- und mittelfristig weitere wirtschaftliche Härten mit sich bringen werden, könnte die erstgenannte — d. h. die Implementierung von koordinierten Stabilisierungsprogrammen und Reformen — die Aussichten für die Wirtschaftsentwicklung langfristig verbessern. Für 1992 muß mit einem weiteren Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten in der

GUS (Schrumpfung des BIP um etwa 20%) und womöglich auch mit sozialen Unruhen gerechnet werden.

Nach offiziellen — noch immer ungenügend deflationierten — Angaben sank das Bruttosozialprodukt 1990 um 2%, das produzierte Nationaleinkommen sogar um 4%²⁰). Der Produktionsrückgang in fast allen Sparten wird zum Teil den Schwierigkeiten bei der Umstellung der Rüstungsbetriebe auf zivile Produktion zugeschrieben. Viel wichtiger waren allerdings die rasch fortschreitende Auflösung der alten Kommandostrukturen, die noch nicht durch andere (marktwirtschaftliche) Mechanismen ersetzt wurden, die oben erwähnte Regionalisierung der Märkte, die die zwischenbetrieblichen Lieferungen behindert, sowie der Einfluß der wachsenden politischen und nationalen Spannungen und die Zunahme der Umwelt- und Arbeitskonflikte. Die spürbare Kürzung der Investitionen — insbesondere der aus zentralen Mitteln finanzierten Vorhaben — trug maßgeblich zu einem besorgniserregenden Rückgang der Erdölförderung (1990 um 6% auf 570 Mill. t, 1991 um weitere 10% auf etwa 515 Mill. t) bei. Gekoppelt mit dem (vor allem durch Streiks bedingten) Sinken der Kohleförderung, dem niedrigem Wachstum der Gasförderung und der Stagnation der Elektrizitätserzeugung kam es zu regionalen Versorgungsengpässen. Vom Rückgang der Ölproduktion waren hauptsächlich die Exporte in die (ehemaligen) RGW-Länder betroffen: Die sowjetischen Öllieferungen in diesen Raum sanken 1990 schätzungsweise um fast 30 Mill. t, während die Energieexporte in den Westen und der Binnenverbrauch kaum gesenkt wurden. Diese Entwicklung hat sich 1991 noch beschleunigt.

Im Außenhandel profitierten die sowjetischen Exporteinnahmen zwar in der zweiten Jahreshälfte 1990 von der Golfkrise (höhere Energiepreise), gingen aber insgesamt um etwa 12% (auf Rubelbasis) zurück. Die Importe sanken um 2%, sodaß ein Handelsdefizit von etwa 10 Mrd. Rbl entstand. Im Westhandel fiel das Defizit mit umgerechnet 4,8 Mrd. \$ niedriger aus als erwartet. Im Handel mit den (ehemaligen) RGW-Ländern nahm die Sowjetunion 1990 — in Erwartung hoher Terms-of-Trade-Gewinne nach der Umstellung auf Verrechnung zu Weltmarktpreisen in Hartwährungen ab Anfang 1991 — ein Defizit von über 9 Mrd. Rubel bewußt in Kauf.

Auch die inflationären Entwicklungen haben sich in den letzten zwei Jahren verstärkt: Die Staatsschuld stieg sprunghaft an, und die Geldeinkommen der Bevölkerung erhöhten sich 1990 um rd. 17%, was angesichts des stagnierenden Angebots zu einem weiteren An-

*UdSSR: Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung
Veränderung gegen das Vorjahr in %*

	1986	1987	1988	1989	1990	1991 ¹⁾
Nationaleinkommen						
Produziert	2'3	1'6	4'4	2'4	— 4'0	—15
Verwendet	1'6	0'7	4'6	3'2	0'0 ²⁾	—16
Industrie						
Bruttoproduktion ...	4'4	3'8	3'9	1'7	— 1'2	— 7'8
Beschäftigte	0'3	— 0'3	—0'8	—1'4	— 2'0	— 2'2 ²⁾
Arbeitsproduktivität .	4'1	4'1	4'7	3'1	0'8	— 6'0 ²⁾
Landwirtschaft						
Bruttoproduktion ...	5'3	— 0'6	1'7	1'3	— 2'3	— 7
Bruttoinvestitionen ...	8'4	5'6	6'2	4'7	— 8'7	—10 ²⁾
Einzelhandelsumsätze ³⁾	0'4	1'1	6'9	8'4	10'4	74'8
Öffentlicher Konsum ³⁾ .	5'4	5'0	7'7	6'6	10'4	.
Durchschnittl. Nominallöhne	2'7	3'0	7'0	9'5	12'3	70
Pro-Kopf-Einkommen .	0'1	0'9	3'2	1'0 ²⁾	— 2'0 ²⁾	— 2'0 ²⁾
Einzelhandelspreise. ...	2'0	1'0	3'0	7'5	10'0 ²⁾	96
Wohnungsbau, Mill. m ²	118	129'7	129'5	128'1	115'0	93'3
Exporte ⁴⁾						
Insgesamt	— 6'0	— 0'1	—1'9	2'4	—11'9	—33
In den Westen	—29'4	8'4	3'4	11'8	6'0	—16
Importe ⁴⁾						
Insgesamt	— 9'9	— 3'0	6'5	10'9	— 2'2	—44
In den Westen	—17'8	12'6	17'6	25'6	— 1'5	—33

¹⁾ Vorläufig (Ekonomika i zhizn Nr. 6, 1992). — ²⁾ Schätzung. — ³⁾ Zu laufenden Preisen. — ⁴⁾ Auf Rubelbasis.

Quelle: WIIW-Datenbank.

stieg des Geldüberhangs²¹⁾ und der Zwangsparsnisse und zu noch breiteren Rationierungen führte. Die (bis April 1991 noch immer größtenteils administrativ kontrollierten) Verbraucherpreise nahmen im Jahresdurchschnitt 1990 offiziell um fast 7% zu, die Inflation hat sich allerdings gegen Jahresende stark beschleunigt. Angesichts der versteckten Inflation dürften die Realeinkommen der Bevölkerung 1990 um geschätzte 1—2% gesunken sein.

Der offizielle Bericht über die Wirtschaftsentwicklung im Zeitraum Jänner—September 1991 bezieht sich auf die „neue“ Union, d. h. er beinhaltet keine Daten über die Baltischen Republiken. Die Verlässlichkeit der publizierten Statistiken hat sich aber wahrscheinlich verschlechtert. Demnach gingen das Bruttonationalprodukt um 12%

und der Verbrauch um 17% zurück²²). Dies würde auf eine nur leichte Beschleunigung des Rückgangs im dritten Quartal im Vergleich mit dem ersten Halbjahr 1991 hinweisen (siehe Tabelle 4). Gleichzeitig heizte jedoch das wachsende Defizit des Unionsbudgets die Inflation an, zerrüttet das Finanzsystem und verringerte den Wert des Rubels (Ende 1991 wurde auf Hartwährungsauktionen in Moskau 1 US-Dollar für mehr als 100 Rubel gehandelt). Offiziell betrug in den ersten drei Quartalen 1991 (gegenüber der gleichen Periode 1990) der Deflator für das Nationaleinkommen 80%, der Anstieg der Großhandelspreise in der Industrie 117% und der Anstieg der Einzelhandelspreise 70%. Nominallöhne und Kompensationen für Preissteigerungen nahmen etwa im Gleichklang mit den Einzelhandelspreisen zu (die Geldeinkommen der Bevölkerung stiegen um 69%). Bedingt durch die rückläufige Produktion und die rasch wachsende Geldmenge — vor allem im dritten Quartal 1991 — nahmen sowohl Inflation als auch Versorgungsmängel ständig zu. Die Realinkommen der Bevölkerung dürften — trotz Kompensationen — in den ersten drei Quartalen 1991 um mindestens 10% gefallen sein (erstes Halbjahr: —15%). Gleichzeitig nahmen nicht nur die Bargeldbestände der Bevölkerung, sondern auch die privaten Ersparnisse beträchtlich zu.

Der Rückgang der Bruttoindustrieproduktion beschleunigte sich. Er war real betrachtet höchstwahrscheinlich stärker als die offiziell berichtete Abnahme um 6,4% in den ersten drei Quartalen 1991, wenn man die starken Preissteigerungen und die traditionell unzureichende Deflationierung berücksichtigt. Letzteres gilt sehr wahrscheinlich in noch höherem Maße für den offiziell berichteten Rückgang der Investitionen (—4%). Auch die landwirtschaftliche Bruttoproduktion fiel um 10%. Die Getreideernte 1991 (abzüglich Schäl- und Trocknungsverlusten) war mit rd. 160 Mill. t um 25% niedriger als 1990. Noch schwerwiegender war allerdings die Tatsache, daß die staatlichen Getreideankäufe wesentlich niedriger waren (um 40%) als im Vorjahr. Eine ähnliche Situation — in Folge der relativ niedrigen Staatsankaufpreise, der Lockerung der administrativen Kontrolle und der wachsenden Barrieren zwischen den einzelnen Republiken und Regionen — herrscht im Fall der anderen landwirtschaftlichen Produkte. Der Zusammenbruch des staatlichen Ankaufs- und Distributionssystems führte nicht nur zu höheren Verlusten bei den Produzenten, sondern auch zu leeren staatlichen Läden, zunehmenden Verkäufen landwirtschaftlicher Produkte auf lokalen Kolchosmärk-

ten zu bedeutend höheren Preisen oder zu Bartergeschäften zwischen Unternehmen.

Der Rückgang der Beschäftigung im Staatssektor konnte durch den zwar rasch wachsenden, aber noch immer sehr kleinen Privatsektor nicht ausgeglichen werden. Allerdings sank die Beschäftigung insgesamt (in den ersten drei Quartalen 1991 um weniger als 2%) wesentlich schwächer als die Produktion. Offiziell wurde die Zahl der Arbeitslosen Ende September 1991 auf 2 Mill. Personen geschätzt, von denen nur rund 1 Mill. registriert waren (letzteres entspricht einer Arbeitslosenrate von weniger als 1%); mehr als 700.000 Flüchtlinge verließen die Konfliktregionen im Kaukasus und in Zentralasien. Als Folge des Starts der Wirtschaftsreformen Anfang 1992 muß mit einer stark steigenden Arbeitslosigkeit gerechnet werden.

Seit Anfang 1991 befindet sich der sowjetische Außenhandel in einer ernsten Krise. Die Auflösung des RGW und die Bestrebungen, die drohende externe Liquiditätskrise durch eine Rezentralisierung zu vermeiden, hatten schwerwiegende Folgen: In den ersten drei Quartalen 1991 fielen die Gesamtexporte um rd. 30%, die Importe wurden um rd. 45% gekürzt. Als Folge verzeichnete die Handelsbilanz einen Überschuß von Rbl 7,2 Mrd. (4,2 Mrd. \$ zum kommerziellen Wechselkurs). Diese aggregierten Zahlen verdecken allerdings eine regional äußerst unterschiedliche Entwicklung. Im Handel mit den ehemaligen RGW-Ländern (ohne Ostdeutschland) fielen sowohl Exporte als auch Importe um rund 60%, was in einem nur geringen Handelsdefizit (Rbl 0,9 Mrd.) resultierte. Im Westhandel hielten die Trends der ersten Jahreshälfte (Exporte: -6%, Importe: -41%, Handelsüberschuß Rbl 2,4 Mrd., gerundet), höchstwahrscheinlich im dritten Quartal an. Im Handel mit Ländern außerhalb des früheren RGW (d. h. mit dem Westen und den Entwicklungsländern) fielen Exporte und Importe (-14% bzw. -36%) schwächer; der resultierende Exportüberschuß, vermutlich vor allem im Handel mit dem Westen, betrug 4,6 Mrd. \$²³). Der Hauptgrund für das Sinken der sowjetischen Exporte war der Rückgang im Ölhandel: Während die Erdgasexporte etwa auf dem Niveau des Vorjahres blieben, fielen in den ersten drei Quartalen 1991 die Exporte von Rohöl um 48 Mill. t, von Ölprodukten um 8 Mill. t und von Kohle um 18 Mill. t. Selbst unter der Annahme einer Stabilisierung der Ölexporte im letzten Quartal des Jahres würde sich der Rückgang der Ölexporte — vor allem in Richtung ehemalige RGW-Länder — 1991 insgesamt auf mehr als ein Drittel belaufen (Öl- und Ölproduktexporte würden

1991 rund 100 Mill. t gegenüber fast 159 Mill. t im Jahr 1990 betragen).

Rußland ist dank seines Wirtschaftspotentials und nicht zuletzt als Rechtsnachfolger der ehemaligen Sowjetunion das wichtigste GUS-Mitglied. Aus den offiziellen Daten²⁴⁾ kann geschlossen werden, daß die russische Wirtschaft in den ersten drei Quartalen 1991 anscheinend etwas weniger schlechte Resultate erzielte als der Rest der Union. Das produzierte Nationaleinkommen Rußlands fiel „nur“ um 9%, die Bruttoindustrieproduktion um 3,3%. Allerdings stiegen Einzelhandelspreise und Geldeinkommen der Bevölkerung schneller als in den anderen Republiken. Die russische Getreideernte machte 90 Mill. t aus (—23%, rund 55% der Unionsernte), die staatlichen Getreideankäufe fielen um 36% (d. h. weniger als im Rest der Union). Die Rückgänge der Lebensmittelproduktion und der Einzelhandelsumsätze waren ähnlich hoch wie in der Union, angesichts der schwerwiegenden Lieferausfälle aus anderen Republiken (z. B. Zucker aus der Ukraine, Fleisch aus Litauen und Moldowa) waren allerdings die Lebensmittelengpässe in Rußland wahrscheinlich schlimmer als in anderen Republiken.

Die russischen Exporte in Länder außerhalb der Union, die in den ersten drei Quartalen 1991 80% der gesamten sowjetischen Exporte ausmachten, fielen in diesem Zeitraum „nur“ um 26%. Die spärlichen Daten weisen darauf hin, daß die Exporte in Regionen außerhalb Europas weniger (oder gar nicht) zurückgegangen sind: Die russischen Lieferungen nach Osteuropa, das vor allem von den Kürzungen russischer Ölexporte um 50% betroffen war, sanken um 52%, jene nach Westeuropa um 31%. Da die Importe entsprechend um 47% abnahmen (die russischen Einfuhren stellten weniger als 60% der Gesamtimporte der Union), belief sich der Überschuß im Handel mit Ländern außerhalb der früheren Sowjetunion in den ersten drei Quartalen 1991 auf umgerechnet 10 Mrd. \$.

Eines der besonders kontrovers diskutierten Probleme ist heute die Frage der *Aufteilung und Bedienung der sowjetischen Schulden*. Die sowjetische Bruttoverschuldung in Hartwährung wird mit Ende 1991 auf rund 70 Mrd. \$ geschätzt. Laut einem Memorandum, über das am 28. Oktober 1991 mit der G-7-Gruppe prinzipiell Übereinkunft erzielt wurde, soll die Vneshekonombank (oder ihr Rechtsnachfolger) die Schuldenbedienung abwickeln²⁵⁾. Die zwölf übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken anerkannten ihre Verpflichtung für ihren (noch nicht festgelegten) Anteil an der Verschuldung und garantierten die

ordnungsgemäße Bedienung. Ein „beabsichtigtes“ Abkommen über die Schuldendienstmodalitäten sah auch Verhandlungen mit den Baltischen Republiken über deren Beteiligung vor. Abgesehen davon, daß das genannte Memorandum erst zustande kam, nachdem seitens der G-7 in mehreren Treffen mit Repräsentanten der Republiken ein gewisser Druck ausgeübt worden war, gab es noch keine Einigung über den Beitrag der einzelnen Republiken zum gemeinsamen Schuldendienst. Das Übereinkommen an sich wurde später von der Ukraine, von Aserbeidschan und von Usbekistan angefochten, vor allem mit dem Argument, daß es keine exakten Daten über sowjetische Guthaben und Verpflichtungen gäbe. Das Schuldenmemorandum wurde im November 1991 von acht Republiken bestätigt (d. h. ohne die drei obengenannten Parteien). Gleichzeitig wurde ein Aufschub für die Tilgung mittel- und langfristiger Kredite, die 1992 fällig geworden wären, mit den G-7-Repräsentanten festgelegt.

Ein früheres Abkommen, demzufolge die Schulden unter den Republiken aufgrund von vier Kriterien aufgeteilt werden sollten (Anteil der Republik an Bevölkerung, Nettoproduktion, Exporten und Importen), ließ genügend Spielraum für weitere Unstimmigkeiten, da die Gewichtung dieser Indikatoren unklar blieb. Der Anteil Rußlands könnte je nach Wahl des Indikators zwischen rund 51% und 77% liegen, jener der Ukraine zwischen 13% und 18%, jener Kasachstans zwischen 1·5% und 6% usw. Ausgehend von dem ungewichteten Durchschnitt der vier Indikatoren würde der hypothetische Wert der übernommenen Schuld für Rußland 45 Mrd. \$ ausmachen, für die Ukraine 10·5 Mrd. \$ und für Kasachstan 1·7 Mrd. \$. Die Baltischen Republiken könnten demnach gemeinsam die Haftung für rund 1·7 Mrd. \$ übernehmen. Da ein Teil des Außenhandels nicht einzelnen Republiken zugeordnet werden kann, müßten etwa 0·9 Mrd. \$ der Schuld separat aufgeteilt werden. Es wundert wenig, daß während laufender Verhandlungen widersprüchliche Berichte über sinkende Goldreserven und steil ansteigende Hartwährungsverschuldung zunehmen. Nach neueren Berichten soll Rußland die Haftung für 61% der sowjetischen Schulden übernehmen, die Ukraine für 16%, Weißrußland und Kasachstan für jeweils 4% (gerundet)²⁶.

Von wesentlichem Interesse bei diesen Verhandlungen ist die Einschätzung der Schuldendienstkapazität der einzelnen Republiken, wobei Rußland die relativ geringsten Probleme zu haben scheint. Abgesehen von dem Handelsbilanzüberschuß des Jahres 1991 zeigen vorläufige (russische) Berechnungen, daß der russische Überschuß im

Handel mit den anderen Republiken der ehemaligen Sowjetunion, neu berechnet zu hypothetischen „Weltmarktpreisen“, im Jahr 1991 mehr als Rbl 33 Mrd. betragen hätte²⁷). Eine mögliche Schlußfolgerung wäre, daß Rußland einen noch größeren Teil der sowjetischen Schuld übernehmen könnte — entweder im Austausch gegen Konzessionen seitens der Republiken auf anderen Gebieten oder um seine Kreditwürdigkeit bei westlichen Banken wiederherzustellen. In jedem Fall hat Rußland (abgesehen von seinen „internen“ Problemen) aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke bedeutende Druckmittel gegenüber den anderen Republiken in der Hand: So könnte es z. B. widerstrebenden Republiken damit drohen, im gegenseitigen Handel „Weltmarktbedingungen“ einzuführen.

Eine solche Umstellung im zwischenrepublikanischen Handel hätte negative Auswirkungen auf alle Partner, und dies zweifellos in noch stärkerem Maße als die Auflösung des RGW. Dennoch könnte diese Option leicht Realität werden, wenn der Auflösungsprozeß der Union weiter fortschreitet. Die jüngste Übernahme von Gosbank und Vneshekonombank durch die russischen Behörden sowie die russische Entscheidung bezüglich Preisliberalisierung mit Anfang 1992 deuten darauf hin, daß Rußland offensichtlich immer mehr zum Alleingang neigt, da die Verhandlungen mit den anderen Republiken an einem toten Punkt angelangt sind. Ob die Errichtung der GUS bald zu wirkungsvollen und koordinierten Maßnahmen in Wirtschaftspolitik und Reformen führen wird, bleibt angesichts der ersten Erfahrungen zu bezweifeln.

1.3. Kurz- und mittelfristige Perspektiven der Wirtschaftsentwicklung

1.3.1 ČSFR

Bislang verfolgte die ČSFR im wesentlichen die — vor allem von Finanzminister Klaus vertretene — radikale Variante des Übergangs („Schocktherapie“). Die bisherige Wirtschaftsentwicklung zeigt, daß die Produktionseinbrüche und der Rückgang des Lebensstandards ein wesentlich größeres Ausmaß erreichten, als die Regierung Anfang 1991 erwartet hatte. Für das Jahr 1991 insgesamt betrug der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts etwa 16%, der Industrieproduktion 23% und des privaten Konsums 33%. Bei einer jahresdurchschnittlichen Inflationsrate von 58% stieg die Arbeitslosenrate bis Jahresende auf knapp 7% an. Die Bruttohartwährungsverschuldung nahm 1991 um 1,2 Mrd. \$ auf etwa 9,3 Mrd. \$ zu, jedoch stiegen gleichzeitig auch die Hartwährungsreserven von 1,2 Mrd. \$ auf ca. 3 Mrd. \$, so daß die Nettoverschuldung gesunken ist.

Zu den Rahmenbedingungen der künftigen Entwicklung zählen *politische* Unsicherheitsfaktoren, insbesondere bezüglich der Abspaltung der Slowakei, bei der beide Teilrepubliken wegen der hohen Verflechtung kurzfristig wirtschaftlich verlieren. Von einem Trennungsschock wäre allerdings die Slowakei angesichts der gravierenden Strukturprobleme und der hohen Abhängigkeit von den politisch instabilen GUS-Ländern härter betroffen, andererseits wäre die Tschechische Republik in hohem Maße auf den guten Willen der Slowakei angewiesen, die Erdöllieferungen aus den GUS-Ländern weiterzuleiten. Eine mögliche tschechische Gegenmaßnahme könnte in der Drosselung von Strom und insbesondere von Kohlelieferungen in die Slowakei bestehen.

Die wichtigste Unbekannte im *binnenwirtschaftlichen Bereich* ist das Tempo der Entmonopolisierung, Kommerzialisierung und Privatisierung staatlicher Betriebe als wesentliche Voraussetzungen für eine funktionierende Marktwirtschaft. Das Hauptproblem der künftigen Beschäftigungspolitik besteht in der Notwendigkeit, neue Arbeitsplätze insbesondere im bisher stark unterentwickelten Dienstleistungssektor zu schaffen. Dazu soll eine Expansion im Bank-, Versicherungs- und Nachrichtenwesen sowie im Handel, Fremdenverkehr und schließlich im Umweltschutz beitragen. Die slowakische Regierung will die Konversion der Rüstungsindustrie, die stark auf die Mittelslowakei konzentriert ist, wesentlich langsamer durchführen als

die Bundesregierung, um eine drohende hohe Arbeitslosigkeit in dieser Region zu vermeiden. Allgemein sind in der Slowakei die Strukturprobleme gravierender als in der Tschechischen Teilrepublik. Offen ist auch die Frage, wieweit die Bevölkerung bereit ist, weitere Senkungen des Lebensstandards zu akzeptieren.

Unter den *außenwirtschaftlichen Faktoren* wird die Entwicklung des Handels mit den GUS-Ländern von besonderer Bedeutung sein. Zur Verminderung der hohen Abhängigkeit der tschechoslowakischen Wirtschaft von Rohöllieferungen aus den GUS-Ländern (Importe 1990 13 Mill. t) wird eine Diversifizierung der Importe als wichtiges Ziel betrachtet. Da dies aber die Schaffung neuer Transportsysteme — und somit einige Jahre Zeit und beträchtliche finanzielle Mittel — erfordert, sucht die ČSFR die Lieferungen aus den GUS-Ländern in dieser Übergangsphase auf dem höchstmöglichen Niveau zu halten. Überdies bleibt offen, wie rasch die tschechoslowakischen Betriebe nach dem Zusammenbruch des RGW neue Märkte im Westen finden bzw. die traditionellen Geschäftskontakte mit den ehemals sozialistischen Ländern wieder beleben können. Aufgrund der nun allgemeinen Verrechnung in Hartwährung können aber beide Märkte langfristig nur durch bessere Qualität der Waren und besseres Marketing (verbunden mit einem Abbau des westlichen Protektionismus) neu bzw. wieder gewonnen werden. Angesichts der hohen Abhängigkeit des Landes von Energieimporten ist die Entwicklung der betreffenden Weltmarktpreise von großer Bedeutung. Außerdem muß abgewartet werden, wie sich die bis jetzt mäßige Bereitschaft westlicher Investoren, sich in der ČSFR zu engagieren, künftig entwickeln wird.

Das Jahr 1992 wird in der Tschechoslowakei durch die Wahlen und die große Privatisierung geprägt werden. Eine kurzfristige Prognose der Föderativen Regierung rechnet für 1992 mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 3% bis 6% und einem Anstieg der Arbeitslosenrate auf etwa 12%. Die Inflationsrate soll auf 12% bis 15% gedrückt und der Staatshaushalt ausgeglichen werden. Für die Leistungsbilanz wird ein Defizit von maximal 1 Mill. \$ anvisiert²⁸). Diese relativ optimistischen Ansätze lassen offen, mit welchen Mitteln die Regierung den fortschreitenden starken Produktionsrückgang bremsen will.

Die Fortsetzung der derzeit verfolgten Stabilisierungspolitik würde eine anhaltende Beschränkung auf eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik bedeuten, ohne daß der Staat eine aktive Rolle in Strukturpolitik (besonders in Industrie, Landwirtschaft, Energiesektor), Export-

förderung sowie Beschäftigungspolitik übernahme. Nach einer Studie des Prognostischen Instituts in Prag, die im Frühling 1991 erschien, müßte man in diesem Falle und bei ungünstigen außenwirtschaftlichen Bedingungen (Verlangsamung des Weltwirtschaftswachstums, Vertiefung der Krise in den GUS-Ländern) auch 1992 mit einem Absinken des BIP um 15% bis 20% und der Realeinkommen um 20% bis 30% rechnen, während die Inflationsrate hoch bleiben würde (20%–50%).

So wäre dieser starke Wirtschaftsrückgang mit einem kaum kontrollierbaren Anstieg der Arbeitslosigkeit verbunden. Weder der sich langsam entwickelnde heimische Privatsektor noch ausländische Investitionen, deren Zufluß angesichts einer Depression wohl sehr beschränkt bliebe, wären in der Lage, die freigesetzten Arbeitskräfte zu absorbieren und Produktionsausfälle wettzumachen. Eine leichte Belebung der Wirtschaft ist frühestens 1993 zu erwarten. Bis zum Jahr 1995 wäre kaum mit einem BIP-Niveau wie vor Anfang der Reform (1989) zu rechnen. Ob die nach diesem Szenario zu erwartenden erheblichen Einbußen im Lebensstandard politisch durchzusetzen sind, scheint fraglich.

Wie die aktuelle Entwicklung zeigt, nimmt der *Druck der Vertreter einer sozialen Marktwirtschaft* zu. Dies könnte unter anderem eine weniger rigore Geld- und Fiskalpolitik mit neuen Impulsen für die bisher sehr geringe Investitionsbereitschaft bringen. Eine aktive Strukturpolitik und eine stärkere Berücksichtigung sozialer Aspekte könnten eine Verlangsamung des Subventionsabbaus und der — übrigens unvermeidbaren — Struktur Anpassungen bewirken. Die Zahl der Konkurse von Staatsbetrieben würde nicht so drastisch steigen, wodurch letztlich ein mäßigerer Anstieg der Arbeitslosigkeit erzielt werden könnte.

Die jetzige Regierung hofft, insbesondere durch eine beschleunigte „große“ Privatisierung von etwa zwei Drittel der Staatsbetriebe eine Trendumkehr in der Wirtschaft zu bewirken. Ungelöst ist vorderhand die Frage, wie das notwendige Kapital für die Modernisierung des veralteten Produktionsapparates aufgebracht werden soll. Man hofft einerseits auf die Investitionsbereitschaft eines in der Zwischenzeit erstarkten heimischen Mittelstandes, andererseits vor allem auf ausländisches Kapital. Es ist anzunehmen, daß bei einer weniger rigiden Stabilisierungspolitik und daher weniger tiefen Rezession westliche Investitionen vermehrt zu einer Belebung der Wirtschaft beitragen würden. Unter diesen Voraussetzungen könnte das BIP-Niveau

von 1989 bereits Mitte der neunziger Jahre wieder überschritten werden.

Der gesamte Transformationsprozeß wird sicher ins nächste Jahrzehnt hinüberreichen. In der ČSFR bestand und besteht die Hauptaufgabe nicht in erster Linie in der Wiederherstellung des Marktgleichgewichts, sondern in der Behebung der Folgen einer mangelhaften Entwicklung der Infrastruktur, einer sträflichen Vernachlässigung ökologischer Probleme, einer Überalterung von Produktionsstrukturen, Technologien und Anlagekapital — eine Konstellation, die durch das Ausbleiben von Innovationsanreizen und durch laufende Marktanteilsverluste auf den Weltmärkten verschärft wurde. Die Lösung dieser kumulierten Probleme wird sich über viele Jahre hinziehen.

1.3.2 Polen

Die Wirtschaft Polens ist auch 1991 noch weiter geschrumpft (nach allgemeiner Einschätzung um 8—10%), obwohl die Regierung ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 3—5% erwartet hatte. Auch die Zahl der Arbeitslosen nahm zu und überstieg Ende November 2,1 Mill. (Dez. 1990 1,1 Mill.) Die Wirtschaftspolitik der Jahre 1990 und 1991 zeichnete sich durch ein Übergewicht monetaristischer Annahmen und Ziele aus. Die Wiedergewinnung der Kontrolle über die Geldmenge wurde einseitig hervorgehoben und jede Art staatlicher Intervention rigoros abgelehnt, obwohl ein Ausweg aus der Krise ohne jegliche sektoral-, struktur- und regionalpolitische Maßnahmen nur schwer vorstellbar ist.

Für 1992 rechnen polnische Institute mit einem weiteren Rückgang des Sozialprodukts um bis zu 5%. Tatsächlich erscheinen die Bedingungen für ein Erreichen der Talsohle bereits in diesem Jahr nicht günstig. Der Spielraum für Lockerungen der restriktiven Fiskalpolitik wird immer enger, da 1991 das Budgetdefizit höher als erwartet ausfiel, selbst nachdem das Budgetgesetz im Herbst geändert worden war. Bemerkenswert ist allerdings, daß sich trotz höheren Defizits die monatliche Inflation abschwächte. Die im Dezember 1991 ins Amt gekommene neue Regierung hat zwar mittelfristig eine Lockerung der Budgetrestriktionen angekündigt, mußte jedoch kurzfristig das noch von der alten Regierung beschlossene Budget übernehmen. Lockerungen sind eher bei der Geldpolitik zu erwarten; eine Senkung der Refinanzierungszinsen durch die Nationalbank ist jedoch nur be-

grenzt wirksam, da die Kreditvergabe der Geschäftsbanken durch „informelle“ Limits der Nationalbank gesteuert wird. Mitte Mai wurde der Zloty erstmals seit Ende 1989 abgewertet, und zwar um ca. 17%. Dadurch sollte dem negativen Effekt der Inflation auf die Exportrentabilität, aber auch dem Boom bei privaten Importen entgegengewirkt werden. Außenwirtschaftlich sind nach dem Zusammenbruch des RGW-Handels für die nächsten Jahre keine großen Änderungen oder Schocks mehr zu erwarten. Eine plötzliche Öl- oder Gasverknappung ist wenig wahrscheinlich. Eine eventuelle Produktionseinschränkung in Rußland würde dessen Exportkapazitäten kaum berühren, da der allgemeine Produktionsrückgang dort auch einen geringeren Energiekonsum nach sich ziehen würde. Durch die Streichung etwa der Hälfte (16 Mrd. \$) der Auslandsschulden gegenüber dem Pariser Club und eine mögliche Streichung eines Teils der Forderungen westlicher Banken (rund 11 Mrd. \$ an nicht garantierten Krediten) würde sich der Druck auf die Regierung verringern, durch ständige Abwertungen des Zloty gegenüber den westlichen Währungen einen für die Bedienung der Kredite ausreichenden Überschuß in der Leistungsbilanz erzielen zu müssen. Der Assoziierungsvertrag mit der EG eröffnet weitere Expansionsmöglichkeiten für polnische Exporte, die bei unverändertem realen Wechselkurs des Zloty nur durch eine längere Rezession in der OECD beschränkt werden könnten. Die mittelfristige Entwicklung der Wirtschaft Polens wird daher fast ausschließlich von wirtschaftspolitischen Maßnahmen der polnischen Regierung abhängen. Dabei lassen sich drei mittelfristige Szenarien formulieren.

In einem Szenario „*Fortsetzung der Schocktherapie ohne Konzessionen*“ bleibt die Inflationsbekämpfung durch eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik das wichtigste Ziel der Wirtschaftspolitik. Selbst bei hohen Inflationsraten wird ein positiver Realzins angestrebt. Die durch die Rezession verursachten Einnahmenverluste des Staatshaushaltes werden durch Ausgabenkürzungen ausgeglichen. Lohnkontrollen führen zu keinem oder nur zu einem sehr geringen Anstieg der Real-löhne und damit des Lebensstandards. Das Ziel, den Handelsbilanzüberschuß mit dem Westen aufrechtzuerhalten und die Handelsbilanz mit Rußland und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion auszugleichen, wird weiter verfolgt und durch eine entsprechende Wechselkurspolitik (weitere starke Abwertung in größeren Abständen) erreicht. Besondere Fördermaßnahmen wie etwa Steuer- und Abgabenerleichterungen für private Betriebe oder für Branchen auch

der Staatsindustrie, die eine Überlebenschance haben, werden nicht ergriffen. Bei weiterhin bestehenden Defiziten in der Funktionsweise der Märkte ist dann bis Mitte des Jahrzehnts nur schwer mit einer Überwindung der Depression zu rechnen. Vielmehr dürfte das Bruttoinlandsprodukt auch 1992 und 1993 schrumpfen, wenn auch nicht mehr so stark wie 1990 und 1991, und danach stagnieren. Ausschlaggebend dafür ist der Mangel an rentablen Investitionsmöglichkeiten sowohl für inländische wie auch ausländische Investoren. Dann besteht die Gefahr, daß ein immer größer werdender Teil eines schrumpfenden Sozialprodukts exportiert wird und nicht mehr für konsumtive und investive Zwecke im Inland zur Verfügung steht. Dadurch sinkt einerseits der Lebensstandard weiter, was soziale und politische Instabilität verursachen kann, andererseits fehlen die gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse für strukturverändernde Investitionen, aber auch für die Privatisierung von Staatsbetrieben. Der Nettoumsourcentransfer ins Ausland trotz reduzierter Auslandsverschuldung verringert damit die Flexibilität der ohnehin nur wenig anpassungsfähigen Wirtschaft Polens. Insgesamt besteht dann die Gefahr, daß der gesamte Transformationsprozeß zum Stillstand kommt. Ausländische Direktinvestitionen spielen nur eine marginale Rolle für die Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit steigt rasch an, und die Aussichten auf eine schnelle Wiederbeschäftigung sinken. Unter diesen Umständen nimmt die Neigung zur Arbeitsmigration zu. Angesichts der neuen politischen Verhältnisse nach Parlamentswahlen (Oktober 1991) und Regierungsbildung (Dezember 1991) erscheint dieses Szenario jedoch mittlerweile weniger wahrscheinlich.

In einem zweiten Szenario „*Punktuelle Lockerungen*“ wird die bisherige Politik zwar nicht generell revidiert, jedoch kommt es zu punktuellen und partiellen Lockerungen als Reaktion auf soziale und politische Instabilität, die ihre Quelle sowohl in nicht mehrheitsfähigen Ergebnissen der Parlamentswahl (Lähmung der Politik) und in einer gegenseitigen Blockade von Regierung und Staatspräsident als auch in Streiks und Straßenunruhen aufgrund einer weiteren Verschlechterung der Lebensverhältnisse finden kann. Die Regierung versucht, wo immer sie es zu können glaubt, ihre Politik durchzusetzen und gibt dort nach, wo sie sich dazu gezwungen sieht („muddling through“). Gegenüber dem ersten Szenario verbessern sich die Wachstumschancen weder von der Nachfrage-, noch von der strukturellen Seite der Wirtschaft her. Dafür ist aber mit einer höheren Inflationsrate zu rechnen. Das Land ist für ausländische Investoren

noch weniger attraktiv. Zwar kann mit weniger flächendeckenden sozialen Unruhen gerechnet werden, dafür aber ebenfalls mit einer wachsenden Arbeitsmigration. Dieses Szenario besitzt insofern eine gewisse Wahrscheinlichkeit, als die Parlamentswahlen zu einer extremen Zersplitterung der Parteienlandschaft führten und die nach schwierigen Verhandlungen gebildete Regierung keine gesicherte Mehrheit zu besitzen scheint.

In einem dritten *Szenario* „*Grundlegende Wende in der Übergangspolitik*“ sind Veränderungen in mehrfacher Hinsicht denkbar. Zum einen kann zwar weiterhin eine restriktive Geldpolitik betrieben und eine Vergabe von neuen Preissubventionen vermieden werden, wobei Preise und Import liberalisiert bleiben. Aber es wird nicht mehr danach gestrebt, die Inflation vor der Einführung der wichtigsten institutionellen Voraussetzungen für eine funktionierende Marktwirtschaft vollständig zu eliminieren oder in der Handelsbilanz einen Überschuß zu erzielen. Beispielsweise könnte — wie derzeit von polnischen Wissenschaftlern vorgeschlagen — eine monatliche Inflationsrate von 2% gegenüber dem bisher angestrebten 1% akzeptiert werden.²⁹⁾ Diese etwas weniger restriktive Stabilisierungspolitik könnte zusätzlich durch struktur- und regionalpolitische Maßnahmen ergänzt werden, die auf die Schaffung von günstigen Bedingungen für neue Betriebe und Arbeitsplätze abzielen. Förderungen könnten insbesondere private Betriebe des produzierenden Gewerbes (Handwerk und Industrie), aber auch profitabel arbeitende Staatsfirmen vor allem in der verarbeitenden Industrie (Konsumgüterindustrien und moderner Maschinenbau) erhalten. Darüber hinaus könnte der Entwurf eines Investitionsprogramms zur Verbesserung der Infrastruktur (Verkehrswege, Kommunikation) unter Beteiligung ausländischer Unternehmen die Standortattraktivität auch für ausländische Direktinvestitionen erhöhen. Schließlich wäre es denkbar, daß im Falle geänderter politischer Mehrheiten der Schwerpunkt in der Wirtschaftspolitik von der makroökonomischen Stabilisierung auf die Schaffung institutioneller Voraussetzungen der Marktwirtschaft (Beschleunigung der Privatisierung, der Schaffung von Finanz- und Arbeitsmärkten) verschoben werden könnte.

Vereinfacht bzw. populär formuliert, würde sich ein eher *gradueller Weg* des Übergangs zur Marktwirtschaft, etwa nach dem ungarischen Muster, als Alternative anbieten. In diesem Falle wäre damit zu rechnen, daß der strukturelle Wandel schneller erfolgt und die Anpassungsfähigkeit der polnischen Betriebe an in- und ausländische Nach-

frage wächst. Während in den beiden ersten Szenarien vor allem der IWF und die Weltbank Kredithilfe leisten, könnte in diesem Szenario das Vertrauen der Banken und privater Investoren in die Wirtschaft des Landes zunehmen. Einen entsprechend wachsenden Ressourcetransfer aus dem Westen in Form von Krediten und Direktinvestitionen vorausgesetzt, ist dann nicht ausgeschlossen, daß die wirtschaftliche Entwicklung Mitte 1992 ihre Talsohle erreicht, und nach einer kurzen Stagnationsphase, in der sich rezessive mit belebenden Effekten ausgleichen, ab 1993/94 ein zunächst leichter Aufschwung einsetzt. Die Inflationsrate ist zwar höher als im ersten Szenario, stellt aber für Investitionen ein geringeres Hindernis dar als fehlende Nachfrage, instabile soziale und politische Verhältnisse und vor allem nur schleppend vorangehende institutionelle Reformen. Im Unterschied zu den beiden anderen Szenarien schwächt sich die Tendenz zu sozialen Unruhen und politischer Instabilität ebenso wie die Neigung zur Arbeitsmigration eher ab. Dieses Szenario wäre jedoch nur dann realistisch, wenn entsprechende politische Mehrheiten dafür gefunden werden. Dies würde angesichts der Situation zur Jahreswende 1991/92 entweder einen konsensgeleiteten Konzentrationsprozeß im Parlament oder eine weitgehende Ausschaltung der Volksvertretung durch Regierung oder Präsident voraussetzen. Weder das eine noch das andere zeichnet sich derzeit ab.

1.3.3 Ungarn

Im Jahr 1991 lassen der starke Niedergang in der staatlichen Industrie und die Einbrüche im Handel mit der UdSSR und den osteuropäischen Ländern trotz der raschen Expansion des — noch kleinen — Privatsektors einen Rückgang des registrierten Bruttoinlandsprodukts um 7—9% erwarten. Die rasch steigende Arbeitslosigkeit dürfte bis Jahresende 7% bis 8% der Arbeitskräfte betreffen. Während die Einkommen der selbständig Erwerbstätigen real kräftig gestiegen sind, dürften Löhne, Gehälter und soziale Transferzahlungen real um etwa 7% bis 10% gesunken sein. Das Budgetdefizit wird voraussichtlich die mit dem IWF noch im Vorjahr abgestimmte Höhe (rund 80 Mrd. Ft) wesentlich überschritten haben. Die Entwicklung der Verbraucherpreise in den ersten neun Monaten 1991 weist darauf hin, daß trotz des anhaltend starken inflationären Drucks die Inflation noch unter Kontrolle ist und die von der Regierung geplante Grenze von 35% bis 38% für 1991 nicht überschritten haben dürfte.

Im Außenhandel verringerten die nach dem Golfkrieg sinkenden Erdölpreise den Druck auf die Importe, die Bezugsquellen konnten diversifiziert werden. Die Exporte in die UdSSR werden das in der Indikativliste vorgesehene Niveau nicht erreicht haben, sondern um mindestens 50%, möglicherweise um bis zu 70% gesunken sein. Der Boom der Exporte in den Westen dürfte angedauert haben. Die Leistungsbilanz wird gegenüber dem im Abkommen mit dem IWF vorgesehenen Defizit von 1,2 Mrd. \$ leicht positiv ausgefallen sein. Die Bruttoverschuldung dürfte unverändert geblieben sein.

Im Jahr 1992 werden die widersprüchlichen Tendenzen, die schon 1991 die ungarische Wirtschaft kennzeichneten, weiterbestehen. Einer kräftigen Expansion der Aktivitäten des Privatsektors – vor allem der kleinen Unternehmen, die in den letzten Jahren gegründet wurden – wird eine weitere Schrumpfung der Produktion des kranken Staatssektors gegenüberstehen. Ein ähnlicher Widerspruch wird im Fall des externen und internen Gleichgewichts auftreten. Bei einer ausgeglichenen oder leicht negativen Leistungsbilanz wird es höchstwahrscheinlich zu einem enormen Budgetdefizit kommen.

Die Regierung erwartet für 1992 das Einsetzen einer wirtschaftlichen Erholung: Die optimistische Variante der offiziellen Prognose rechnet mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 5%, die pessimistische Variante allerdings mit einem Nullwachstum. Unabhängige Experten und auch das WIIW teilen diesen Optimismus nicht und prognostizieren für 1992 einen weiteren, wenn auch wesentlich geringeren Rückgang des BIP als im Vorjahr. Die Arbeitslosigkeit wird 1992 weiter zunehmen und Ende des Jahres höchstwahrscheinlich die 10-Prozent-Grenze überschreiten.

Für das Jahr 1992 erwartet die Regierung einen wesentlichen Rückgang der Inflation auf 20–25%. Obwohl einige wichtige Faktoren, die die Inflation 1991 angeheizt hatten (Streichung des Großteils der Subventionen, Übergang zu Hartwährungsverrechnung und Weltmarktpreisen im Handel mit den ehemaligen RGW-Partnern), im Jahr 1992 wegfallen, könnte die bevorstehende Lohnliberalisierung eine Lohn-Preis-Spirale auslösen. Die radikale Reform des Staatsbudgets ist zunächst verschoben worden, denn der Druck zur Erhöhung der Regierungsausgaben ist enorm. Das Budget stellte sich als schwächster Punkt der Wirtschaftspolitik im Jahr 1991 heraus und wird dies 1992 voraussichtlich bleiben. Unter diesen Umständen scheint ein geringerer Rückgang der Inflationsrate (auf 30%) als jener der offiziellen Prognose realistisch.

Zur Anpassung an die sich wandelnden Prioritäten plant die Ungarische Nationalbank eine Änderung ihrer Geld- und Kreditpolitik. An Stelle der auf Eindämmung der Inflation und Vermeidung einer Zahlungsunfähigkeit ausgerichteten, streng restriktiven Geldpolitik der letzten vier Jahre soll eine vorsichtige „Stop-and-Go“-Politik treten. Die UNB beabsichtigt, ein relativ hohes Liquiditätsniveau des Finanzsystems herzustellen und die Ergebnisse sorgfältig zu verfolgen. Dem optimistischen Szenario der UNB zufolge würden die Geschäftsbanken nur aussichtsreiche Projekte finanzieren, und die Zinssätze würden unter den Bedingungen leichter Überliquidität und gelockerten Kreditangebots zu sinken beginnen. Die Investitionen kämen in Schwung, und die leichte Verschlechterung der Leistungsbilanz würde durch weitere massive Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen kompensiert werden. Dem pessimistischen Szenario der UNB zufolge würden die Geschäftsbanken verlustbringende Unternehmen finanzieren und so die Inflation wieder anheizen. Die UNB beabsichtigt, sollte die Verwirklichung des pessimistischen Szenarios drohen, zu einer strikt restriktiven Politik zurückzukehren³⁰).

Ende Februar 1991 gab der neubestellte Finanzminister Mihály Kupa der Öffentlichkeit sein *Wirtschaftsprogramm bis 1994* bekannt. Das Programm sieht bis spätestens 1993 die Schaffung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen und eine Stabilisierung der Wirtschaft vor. Eine Belebung der Wirtschaft soll 1992 einsetzen, die Inflation soll bis 1993 auf 13% gedrückt werden. Parallel dazu soll die Konvertibilität des Forint schrittweise eingeführt werden. Im Frühling 1991 publizierte die größte Partei der Opposition, die Allianz der Freien Demokraten, ein alternatives Programm. Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele und Methoden dieses Programmes weichen nicht wesentlich von jenen des „Kupa-Programmes“ ab. Eine Ablösung der bisher verfolgten Wirtschaftspolitik des Gradualismus durch eine Schocktherapie, wie sie Polen und die ČSFR anwenden, sieht keine der Strategien vor. Allerdings soll nach Meinung der Opposition der Staat in Zukunft eine wesentlich geringere Rolle als bisher und als nach den Plänen der Regierung übernehmen. Hier ist auch das wiederholte Eintreten Béla Kádárs, als Minister für internationale Wirtschaftsbeziehungen der zweite „starke Mann“ im Wirtschaftskabinett, für eine staatlich gesteuerte Entwicklungspolitik zu erwähnen. Da diese das Budget belasten würde, dürften seine Vorstellungen erst im Falle eines künftigen Aufschwungs der ungarischen Wirtschaft mit entsprechenden Steuereinnahmen an Gewicht gewinnen.

Die Erfolgsaussichten des Regierungsprogramms hängen entscheidend davon ab, ob es gelingt, die doppelte Herausforderung durch den Zusammenbruch des RGW und das Schrumpfen der Inlandsnachfrage zu bewältigen. Die Chancen dafür und damit für eine Erholung der Wirtschaft (ab 1993) stehen angesichts der Erfahrungen der letzten zwei Jahre ziemlich gut.

Die Wirtschaftsleistung hängt mittelfristig ganz wesentlich von erfolgreicher Strukturanpassung ab. Ein grundlegender *Strukturwandel* wird in den nächsten Jahren nur ohne hohes Wirtschaftswachstum, vielleicht sogar bei leicht sinkender Produktion erfolgen, weil neue Aktivitäten den Niedergang ineffizienter Aktivitäten nur allmählich kompensieren können. Überdies würde ein Wachstum auf der Basis der alten Strukturen den Schuldenberg erhöhen. Als Indikator der Strukturanpassung empfiehlt sich die Exportleistung: Eine substantielle Steigerung und Strukturverbesserung der Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen bei verbesserten Terms of Trade spiegelt erfolgreiche Anpassungsprozesse wider und umgekehrt. Wichtigen Einfluß haben jedoch auch externe Faktoren, wie die Konjunktur im Westen, eine Erholung der Wirtschaft der ehemaligen RGW-Partner oder ihr weiterer Niedergang, die Entwicklung der Energiepreise, der leichtere Marktzugang infolge des Assoziierungsabkommens mit der EG, usw.

Der immer noch kleine Privatsektor ist zur Zeit das dynamischste Element der ungarischen Wirtschaft und wird es auch in den nächsten Jahren bleiben. Da aber die Privatisierung von Staatsbetrieben nur langsam vorankommt, wird es von entscheidender Bedeutung bleiben, wieweit die Staatsunternehmen ihr traditionelles, auf „weicher“ Budgetbeschränkung beruhendes Verhalten ändern. Gegenwärtig kann bei den Staatsunternehmen zwischen zwei Extremen unterschieden werden. Die eine Gruppe der Unternehmen kann sich erfolgreich an die geänderte Umgebung anpassen: Ihre Exporte nehmen dynamisch zu, und nach oder im Laufe der Modernisierung der Unternehmen initiieren deren Manager eine teilweise oder vollständige Privatisierung, wobei eine Einbindung ausländischer Investoren angestrebt wird. Die andere Gruppe der Staatsunternehmen ist hoffnungslos verschuldet. Hier verkaufen die Manager Unternehmensvermögen, um die Kosten für den täglichen Betrieb zu decken, berechnen unrealistisch niedrige Amortisationskosten und verfolgen kein anderes Ziel, als den Zeitpunkt des Bankrotts hinauszuschieben. Der Großteil der Staatsunternehmen liegt zwischen diesen beiden Extremen, und es steht noch nicht fest, zu welcher Gruppe die Mehrheit

gehören wird. Das Ausmaß der Konkurswelle, die infolge der Novellierung des Konkursgesetzes im September 1991 zu erwarten ist, ist beim Abschluß der vorliegenden Arbeit noch nicht abzusehen.

Paradoxerweise könnte eine rasche Strukturanpassung die gesellschaftliche und wirtschaftliche Stabilität Ungarns in den nächsten ein bis zwei Jahren ernstlich gefährden. Schrumpfen ineffiziente Aktivitäten wesentlich rascher, als effiziente Aktivitäten expandieren, hätte dies eine wesentlich höhere Arbeitslosenrate zur Folge. Wachsende soziale Spannungen könnten das Budget schwer belasten und die Inflation wieder beschleunigen. Die Begrenzung sozialer Spannungen wird daher zu den wichtigsten Aufgaben der Regierung zählen, wobei der Schaffung eines adäquaten (gut funktionierenden) sozialen Netzes hohe Bedeutung zukommt.

Alle Überlegungen, die auf den Leistungen der ungarischen Außenwirtschaft 1991 beruhen, gehen davon aus, daß es Ungarn gelingt, eine *Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden*. In dem (eher unwahrscheinlichen) Fall, daß eine Umschuldung notwendig sein sollte, stünden die Aussichten schlecht: Bei einem starken weiteren Produktionsrückgang wäre für die nächsten drei bis fünf Jahre keine Erholung in Sicht. Mit einigen wenigen Ausnahmen herrscht unter ungarischen Ökonomen weitgehender Konsens, die bisherige Schuldenpolitik weiterzuverfolgen, also eine Umschuldung zu vermeiden. Dies bedeutet aber auch, daß Szenarien für den Fall der Zahlungsunfähigkeit fehlen oder zumindest nicht veröffentlicht wurden. Die gegenwärtige Schuldendienstlast ist allerdings enorm. Allein der Zinsendienst macht rund 5% des BIP aus. Daher erscheint die Fortsetzung der derzeitigen Schuldenpolitik mittel- und langfristig nur dann vertretbar, wenn ein Nettozufluß an ausländischen Direktinvestitionen in derselben Größenordnung erfolgt. Nach vorläufigen Informationen und Schätzungen dürfte der Zufluß an ausländischen Direktinvestitionen 1991 die Summe des Zinsendienstes übertroffen haben.

Die Absicht der Regierung, den Großteil der staatlichen Unternehmen binnen der relativ kurzen Zeitspanne von zwei bis drei Jahren zu privatisieren, kann nur verwirklicht werden, wenn die dezentrale Variante der Privatisierung der Staatsbetriebe flexibler gehandhabt wird. Andernfalls besteht keine Aussicht auf rasche *Transformation und Privatisierung*.

Obgleich noch keine endgültige Entscheidung über den Kreis der Unternehmen gefallen ist, die ganz oder mehrheitlich im Staatseigentum verbleiben sollen, läßt sich doch vorhersagen, daß (mittelfristig)

eine bunte Landschaft verschiedener Rechtsformen privater, halbprivater und staatlicher Wirtschaftssubjekte im Entstehen ist und daß ausländisches Kapital eine wesentliche Rolle spielen wird. Der „echte“ Teil des Privatsektors (Wirtschaftseinheiten, die als Privatfirmen gegründet wurden) wird mittelfristig etwa 40% bis 50% der Produktion liefern. Ausländisches Kapital wird einen signifikanten Anteil (20% bis 40%) am „echten“ privaten Sektor stellen. Der Anteil des Auslandskapitals in privatisierten Staatsunternehmen wird vor allem vom Tempo der Transformation und Privatisierung abhängen. Je zentralistischer die Methoden und je langsamer der Prozeß, desto weniger ausländisches Investitionskapital darf erwartet werden.

Ziel der weiteren *Liberalisierungsbemühungen* ist die Beseitigung fast aller Subventionen innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre. Der Grad der Liberalisierung der Importe (über 90%) wird beibehalten oder erhöht werden. Obgleich die Konvertibilität als eines der Nahziele häufig ins Gespräch gebracht wurde, entspricht die jetzt praktizierte Quasi-Konvertibilität durchaus den unmittelbaren Bedürfnissen und auch den Beschränkungen der Wirtschaft. Gelingt es, die gegenwärtige Dynamik der Ausweitung der Westexporte einigermaßen aufrechtzuerhalten, so kann Ungarn möglicherweise 1993 die Konvertibilität des Forint einführen.

Die noch fehlenden Elemente des *institutionellen Rahmens* einer Marktwirtschaft werden mittelfristig geschaffen werden. Noch im Dezember 1991 wurden die Gesetze über die Rolle der Ungarischen Nationalbank und für die Geschäftsbanken verabschiedet. Beide Gesetze werden zur Reduktion der Rolle des Staates in der Wirtschaft beitragen. Die Umstrukturierung und Modernisierung des Budgets dürfte 1992 stattfinden.

Das neue Buchführungssystem, das Anfang 1992 in Kraft trat, verbessert mit einer Rechnungsprüfung nach westlichem Zuschnitt das Investitionsklima für Ausländer. Die Qualität der allgemeinen statistischen Information über die makroökonomischen Prozesse wird allerdings erst in zwei bis drei Jahren westlichen Standard erreichen.

1.4. Ausländische Direktinvestitionen

1.4.1 Überblick

Gemessen an der *Zahl der registrierten Vorhaben* hat sich die dynamische Entwicklung ausländischer Direktinvestitionen in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn 1991 fortgesetzt (siehe Übersicht 5), während für die Sowjetunion eine Abschwächung der Dynamik festzustellen ist. *Ende September 1991* waren in diesen Ländern bereits 23.500 Vorhaben registriert. Allerdings hat bisher einerseits nur ein Bruchteil der registrierten Unternehmen seine Geschäftstätigkeit aufgenommen, andererseits ist die Mehrzahl der Unternehmen sehr klein. Die Zahl der operativen Projekte betrug z. B. in der Tschechoslowakei Ende März 1991 nur 228 (etwa 14% der registrierten Vorhaben) und in Polen Ende September 3.512 (70% der registrierten Vorhaben).

Das bei der Registrierung eingetragene Kapital der Vorhaben belief sich Ende September 1991 auf rd. 9,3 Mrd. \$. Werden jedoch nur die operativen Projekte berücksichtigt, ist das bisher *tatsächlich investierte Kapital* wesentlich geringer. Lediglich für Ungarn, wo die Registrierung erst nach der Geschäftsaufnahme erfolgen kann, kann der Umfang des bisher investierten Kapitals mit mehr als 2 Mrd. \$ angesetzt werden — ein Betrag, der den Zinsendienst von 1991 bereits übersteigt. Dagegen dürfte das tatsächlich investierte Kapital in der Tschechoslowakei und in Polen nicht mehr als einige Hundert Mil-

Tabelle 5

Ausländische Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa und der Sowjetunion (Ende der Periode)

	Registrierte Vorhaben			Registriertes westliches Kapital (in Mill. \$)	
	1989 Dez.	1990 Dez.	1991 Sept.	1990 Dez.	1991 Sept.
Polen	918	2.799	5.000	353	670
Tschechoslowakei	50	1.600	4.000	n. a.	500
Ungarn	4.600	5.693	10.500	1.000	2.300
Sowjetunion	1.274	2.905	3.900	3.400	5.650
Insgesamt	6.842	12.997	23.500	4.753	9.120

Quelle: United Nations Economic Commission for Europe, East-West Joint Ventures News, verschiedene Ausgaben.

lionen Dollar betragen, legt man die oben genannten Realisierungsquoten zugrunde. Hier ist ausländisches Kapital noch kein wesentlicher Faktor für die Wirtschaft insgesamt und für eine Verbesserung der Zahlungsbilanz geworden.

Analog zu den globalen internationalen Investitionsströmen dürfte sich auch im Falle der ausländischen Investitionen in Mittel- und Osteuropa die These, wonach Arbeitskostendifferentiale ausschlaggebend für die Richtung der Kapitalströme sind, gesamtwirtschaftlich nicht bestätigen (regional und branchenweise betrachtet, kann dies jedoch durchaus der Fall sein). Zur Zeit bestehen beträchtliche Risiken, die aufgrund der instabilen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen in der gegenwärtigen Phase der Transformation noch zugenommen haben. Diese Risiken werden von ausländischen Investoren offenbar am geringsten in Ungarn eingeschätzt, das unter allen Ländern zwar eher als Hochlohnland anzusehen ist, jedoch die meisten Vorhaben und größten Kapitalströme, die derzeit nach Mittel- und Osteuropa gehen, auf sich zieht³¹). Die Sowjetunion hat 1991 für westliche Investoren deutlich an Attraktivität verloren: Die Zahl der neu registrierten ausländischen Investitionsvorhaben ist in diesem Jahr erheblich zurückgegangen.

1.4.2. ČSFR

Ein umfassender *Gesetzesrahmen* für Unternehmen mit ausländischer Beteiligung in der Tschechoslowakei wurde erstmals im Gesetz Nr. 173/1988 festgelegt. Der Übergang von einer zentral verwalteten zu einer Marktwirtschaft erforderte eine Novellierung dieses Gesetzes (Nr. 112/1990) mit 1. Mai 1990.

Als Unternehmen mit ausländischer Beteiligung im Sinne der bestehenden Gesetzgebung ist eine Gesellschaft mit Sitz in der Tschechoslowakei zu verstehen, an deren Gründung bzw. an deren Tätigkeit nach ihrer Gründung ein Ausländer beteiligt ist. Der tschechoslowakische Partner kann eine juristische Person (der Staat oder ein Unternehmen) oder eine natürliche Person sein. Auch die Gründung von Firmen in ausschließlich ausländischem Eigentum ist möglich. Gründung, Rechtsform, rechtliche Bedingungen und Liquidation eines Unternehmens unterliegen den Gesetzen der ČSFR. Eine Vielzahl von Organisations- und Rechtsformen steht zur Verfügung (Kapital- und Personengesellschaften nach westlichem Muster).

Wesentlich vereinfacht wurde der Zugang zu *Genehmigungen* für

die Gründung von Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung (für einen Auslandsanteil von 100% sowie für natürliche Personen als tschechoslowakischer Partner genügt die Registrierung im Firmenregister). Da ein solches Unternehmen juristische Person ist, hat es alle Rechte und Verpflichtungen, die aus dem System der *partiellen Konvertibilität* (seit Anfang 1991) erwachsen. So muß das Unternehmen einer der kommerziellen Banken alle Einnahmen in ausländischer Währung zum amtlichen Kurs verkaufen, kann aber auch Devisen für die Finanzierung von Auslandsgeschäften im nötigen Umfang erwerben. Demnach wickeln die Firmen ihre Geschäfte in Kronen ab. Einzige Ausnahme sind Devisenkonten, über die in konvertibler Währung die Kapitalbeteiligung eingezahlt wird. Die Eröffnung solcher Konten wird von der Tschechoslowakischen Staatsbank genehmigt.

Ein Unternehmen mit ausländischer Beteiligung muß *Gewinnsteuer* und Lohnsummensteuer abführen. Der Gewinnsteuersatz für die ersten 200.000 Kčs des Gewinns ist mit 20% festgesetzt. Höhere Gewinne werden mit 40% besteuert, wenn die ausländische Beteiligung 30% übersteigt. Gegenüber Unternehmen ohne ausländische Beteiligung (bzw. mit einer ausländischen Beteiligung unter 30%) bedeutet dies eine erhebliche Begünstigung: Sie unterliegen einem Gewinnsteuersatz von 55%. Das Gesetz sieht überdies potentielle Steuererleichterungen und selbst Steuerfreijahre (höchstens 2 Jahre ab Unternehmensgründung) für Unternehmen mit ausländischer Beteiligung vor. Diese Begünstigung ist gewöhnlich an die Bedingung geknüpft, daß für ihre Dauer keiner der ausländischen Partner seine Profite ins Ausland transferiert. In der Anfangsphase sollen so Mittel für eine erfolgreiche Unternehmensentwicklung akkumuliert werden. Auch für die Lohnsummensteuer sieht das Gesetz Steuerbegünstigungen vor. Angesichts von Protesten einheimischer Unternehmen gegen ihre *De-facto-Diskriminierung* ist eine Änderung dieser Regelung ab 1993 zu erwarten.

Die Gewinnverteilung in Unternehmen mit Auslandsbeteiligung erfolgt in Kronen. Nach Begleichung aller Verpflichtungen dürfen Gewinne verteilt und Fonds eingerichtet werden. Vom Gesetz vorgeschrieben ist nur ein Reservenfonds von mindestens 10% des Grundkapitals. Der restliche Gewinn kann an die Beteiligten fließen. Die Dividenden der Auslandspartner werden mit einem Steuersatz von 25% besteuert.

Das Gesetz Nr. 112/1990 über Unternehmen mit Auslandsbeteili-

gung behandelt u. a. den Eventualfall der Enteignung bzw. Beschränkung der *Eigentumsrechte*. In solchen Fällen muß dem ausländischen Teilhaber sofortige Kompensation im tatsächlichen aktuellen Wert des Eigentums und in der Währung der ursprünglichen Einlage garantiert werden.

Immobilienkauf durch Unternehmen mit ausländischer Beteiligung ist für den eigenen Bedarf möglich.

Die *statistischen Angaben* über Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung sind in der ČSFR selbst einigermaßen mangelhaft³²⁾.

Laut einer Erhebung des Tschechoslowakischen Bundesfinanzministeriums waren bis zum 29. Mai 1991 bereits 2.901 Unternehmen mit ausländischer Beteiligung *registriert*, 77% davon in der Tschechischen, 23% in der Slowakischen Republik. Die gleiche Erhebung zeigt folgende Aufschlüsselung der ausländischen Investitionen nach dem *Ursprungsland*:

Tabelle 6

*Ausländische Investitionen in der CSFR nach dem Ursprungsland
1990/91
Stand 29. Mai 1991*

	in % der Gesamtzahl von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung
Bundesrepublik Deutschland	29·8
Österreich	28·4
Schweiz	6·8

Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums wurde bis zum 1. Mai 1991 die Gründung von 2.890 Unternehmen mit Auslandsbeteiligung im Gesamtwert von 23·9 Mrd. Kčs bewilligt — der *ausländische Kapitalanteil* betrug 10·3 Mrd. Kčs —, dies entspricht einem Wert von 777 bzw. 335 Mill. \$. Vom Gesamtkapital dieser Unternehmen entfielen 21·5 Mrd. Kčs auf Unternehmen, in denen der Staat ČSFR als Partner figuriert. Ein Großteil des Gesamtkapitals — etwa 64% — war in den folgenden Unternehmen konzentriert:

Tabelle 7

*Die wichtigsten Unternehmen mit ausländischer Beteiligung in der
ČSFR*

9·6 Mrd. Kčs	Skoda-Volkswagen	BRD
1·9 Mrd. Kčs	Gafumin	Belgien
1·6 Mrd. Kčs	Linde-Technoplyn	BRD
1·1 Mrd. Kčs	EVROTEL Praha	Niederlande
1·1 Mrd. Kčs	Aluminium Děčín	Schweiz

Die angeführten Daten des Bundesfinanzministeriums beruhen auf den Angaben im Zuge des Genehmigungsverfahrens. Jedoch hatte erst ein kleiner Teil der Unternehmen das Stadium der *Registrierung* im Firmenregister und der Aufnahme der Geschäftstätigkeit erreicht. Gemäß den bei der Investitionsbank in Prag geführten (landesweiten) Verzeichnissen waren von den per 29. Mai 1991 zugelassenen 2.901 Unternehmen bis 5. Juni 1991 nur etwa 500 Firmen mit ausländischer Beteiligung registriert. Gemessen am Gesamtkapital war der Anteil noch geringer: Nur etwa ein Zehntel der per Ende Mai gemeldeten Investitionen von (etwa) 30 Mrd. Kčs war registriert.

Die meisten ausländischen Teilhaber an registrierten Unternehmen stammten aus Österreich (174). An zweiter Stelle folgte die BRD mit 114 Teilhabern vor der Schweiz mit 40. Aus anderen Ländern stammten zwischen einem und 17 Investoren. Zu den wichtigsten registrierten (operierenden) Unternehmen mit ausländischer Beteiligung gehörten Tatrabanka, MG Tatrakas, Prag-Union, Dialog, Tesla sportovní elektronika und Avex.

Am 29. Mai 1991 verteilten sich die Unternehmen mit ausländischer Beteiligung über die *Tätigkeitsbereiche* wie folgt:

Tabelle 8

*Struktur der Unternehmen mit ausländischer Beteiligung nach Tätigkeitsbereich in der ČSFR
Ende Mai 1991*

	Zahl der Unternehmen	Kapitalwert
	Anteile in %	
Produktion ¹⁾	17'7	65'5
Bauwesen	8'3	9'6
Handel	38'8	13'9
Dienstleistungen	34'7	10'9
Bankensystem	0'3	1'4
Beratungsfirmen	15'5	2'4
Tourismus	4'9	3'3
Spielkasinos, Wettbüros	0'4	0'9

¹⁾ Industrie und teilweise Landwirtschaft.

Am 15. Oktober 1990 wurde ein Investitionsschutzabkommen zwischen Österreich und der ČSFR unterzeichnet; ein Abkommen zwischen den beiden Ländern zur Vermeidung von Doppelbesteuerung durch Einkommens- und Vermögensteuer war im Februar 1975 unterzeichnet worden.

1.4.3. Polen

In Polen selbst gibt es drei Datenbanken mit Informationen über Unternehmen mit ausländischer Beteiligung³³). Die größte *Datenbasis* hat die Auslandsinvestitionsagentur (AIA), die alle von ihr erteilten Genehmigungen an Unternehmen mit ausländischen Beteiligungen enthält: Bis Ende 1990 hatte die Agentur 3.800 und bis Ende September 1991 rund 5.000 Genehmigungen erteilt. Nach seiner Konstituierung, die selbst ein langwieriger und schwieriger Prozeß ist, benötigt das Unternehmen eine statistische (Registrations-)Nummer, bevor es seine erste Rechnung erstellen kann. Diese Nummern werden vom Statistischen Zentralamt (SZA), der zweiten Informationsquelle für Unternehmen mit ausländischer Beteiligung, ausgestellt; demnach waren bis Ende November 1990 an 1.653 und bis Ende September 1991 an 3.512 Firmen Registrationsnummern erteilt worden. Als dritte Quelle dienen die Tätigkeitsberichte dieser Unternehmen, die sie halbjährlich an das SZA abliefern müssen.

Die folgenden Zahlenangaben beruhen auf der Datenbasis des SZA, die Informationen über bereits operative Firmen mit ausländischer Beteiligung enthält (dritte Quelle). Da die Anzahl solcher Unternehmen stürmisch wächst, sind die angeführten Zahlenangaben allerdings von nur kurzfristiger Aktualität. Angaben liegen nur für Ende 1990 vor. Demnach berichteten 1.079 laut Gesetz von 1988 (über Wirtschaftstätigkeit mit Beteiligung ausländischer Partner) konstituierte Unternehmen mit ausländischer Beteiligung über ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in Polen, sowie weitere 41 solcher Unternehmen, die schon nach dem Gesetz von 1986 (über Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung) konstituiert worden waren. Die dritte Kategorie von Firmen in ausländischem Eigentum sind die gemäß Gesetz von 1982 (erloschen im Dezember 1988) gegründeten sog. „Polonia-Unternehmen“; deren Anzahl betrug 730 — alle zu 100% in ausländischem Eigentum und ausschließlich Kleingewerbebetriebe.

Die folgende Strukturanalyse bezieht sich auf die 1.079 bis Ende 1990 aufgrund des Gesetzes von Dezember 1988 zugelassenen und dem SZA berichtenden Firmen. Seither hat sich zwar die Gesamtzahl der Projekte erhöht, aber erfahrungsgemäß dürften sich die Strukturen viel langsamer geändert haben. Von den erwähnten 1.079 Firmen waren 157 (14%) zur Gänze in ausländischem Eigentum. Der *Herkunft* nach waren an 374 Firmen deutsche Investoren beteiligt, von

diesen Firmen waren 59 zu 100% deutsches Eigentum. Demnach wurde ein Drittel aller Firmen mit deutschem Kapital gegründet. An zweiter Stelle rangierten Investoren aus Schweden, die an 85 Unternehmen beteiligt waren (davon 17 zur Gänze schwedisches Eigentum), das sind 7'8% der Gesamtzahl. An dritter Stelle lag Österreich mit 70 Firmen, davon 11 in österreichischem Alleineigentum, und einem entsprechenden Anteil von 6'5%. Es folgten die USA mit 58 Firmen (13 zu 100%), die allerdings gemessen an dem Gesamtwert des investierten Kapitals (10'3 Mill. \$) vor Österreich an dritter Stelle lagen.

Nach den Tätigkeitsberichten von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung war das Volumen des in den Jahren 1989 und 1990 in Polen investierten *ausländischen Kapitals* mit knapp über 100 Mill. \$ erst relativ gering. In fast 40% der Fälle war die ausländische Kapitalbeteiligung jeweils nur das seinerzeit erforderliche Minimum von 50.000 \$. Weitere 40% der ausländischen Investitionen betrug jeweils zwischen 50.000 und 100.000 \$. In weniger als 1% der Unternehmen überschritt die Beteiligung des ausländischen Partners 2 Mill. \$.

Ein Großteil der Unternehmen mit ausländischer Beteiligung war in mehr als einem *Geschäftszweig* tätig: Laut Erhebungen des Forschungsinstituts für Außenhandel in Warschau waren die meisten dieser Unternehmen in durchschnittlich vier Branchen tätig. Das SZA klassifiziert sie nach jener Branche, in der sie den höchsten Umsatz erzielen. Demnach waren die meisten (117) im Bereich mehrspartiger materieller Dienstleistungen (vor allem in der Gebäuderenovierung) tätig, es folgten Bekleidungs- und Unterwäscheerzeugung (85 Unternehmen mit ausländischer Beteiligung), Außenhandel (42), Konsumgütergroß- und Einzelhandel (27), Metallwaren für die Draht- und Blechindustrie (25), an sechster Stelle folgten diverse Dienstleistungen (z. B. Werbung, Übersetzungs- und Dolmetschsinstitute, Vervielfältigungsbüros usw.). 48% aller Unternehmen mit ausländischer Beteiligung waren in 14 Hauptzweigen tätig, die früher in der polnischen Wirtschaft eine geringere Rolle gespielt hatten. Sie erzeugten vornehmlich Konsumgüter und waren in Groß- und Einzelhandel, Baugewerbe und Reparaturdiensten tätig.

In der *regionalen Verteilung* der Unternehmen mit ausländischer Beteiligung bestand eine starke Konzentration auf die Großstädte. 242 oder 26% der Unternehmen mit ausländischer Beteiligung hatten ihren Hauptsitz in und um Warschau, 9% in Poznań (Posen), je 7%

in der Provinz Katowice (Kattowitz), der Provinz Szczecin (Stettin) und der Provinz Gdańsk (Danzig), und weitere 5% in der Provinz Łódz. Fast 60% aller Unternehmen mit ausländischer Beteiligung waren in den 5 Hauptprovinzen registriert.

Im Juni 1991 wurde ein *neues Gesetz* über die Unternehmen mit ausländischer Beteiligung verabschiedet. Mit ihm wurde das diskriminierende Erfordernis einer ausländischen Mindestbeteiligung bzw. -einlage von 50.000 \$ abgeschafft. Das gesetzliche Mindestgrundkapital für polnische Firmen beträgt 10 Mill. Zloty, das sind rund 900 \$ (Februar 1992), Steuerfrei Jahre und Zollerleichterungen wurden reduziert. Solche Begünstigungen werden nur noch ausländischen Investoren gewährt, die mehr als 2 Mill. ECU investieren. Die Repatriierung von Profiten und Grundkapital wurde völlig liberalisiert. Genehmigungen zur Gründung von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung sind, mit Ausnahme einer beschränkten Anzahl von Aktivitäten wie Handel mit Grundbesitz, Großhandel mit importierten Waren und Betätigung in der Waffenindustrie, nicht mehr erforderlich.

Die *Rentabilität* von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung (gemessen am Gewinn-Umsatz-Verhältnis) war mit durchschnittlich 18% im Jahr 1990 relativ hoch. Im selben Jahr beliefen sich die *Exporte* der Unternehmen mit ausländischer Beteiligung auf 130 Mill. \$, die Exporte der 41 gemäß dem Gesetz von 1986 gegründeten Unternehmen mit ausländischer Beteiligung auf weitere 497 Mill. \$ und jene der sog. Polonia-Firmen auf 222 Mill. \$, bei polnischen Gesamtexporten in konvertibler Währung von 11'9 Mrd. \$. Nur bei 10% aller Unternehmen mit ausländischer Beteiligung betragen die Exporteinnahmen mehr als je 840.000 \$. All diese Daten zeigen deutlich, daß die meisten Unternehmen mit ausländischer Beteiligung am Export nicht sonderlich interessiert sind, daß vielmehr ihr Hauptziel der heimische Markt ist. Der monatliche *Durchschnittslohn* in den Unternehmen mit ausländischer Beteiligung lag bei 2'05 Mill. Zloty, in der polnischen Wirtschaft insgesamt betrug der Durchschnittslohn 1990 nur etwa 950.000 Zloty.

1.4.4. Ungarn

In Ungarn sind Angaben über ausländische Direktinvestitionen nur sehr schwer zugänglich. Nach ungarischen Schätzungen betrug die Summe des *investierten ausländischen Kapitals* Ende 1991 mehr als

2,5 Mrd. \$, im Jahr 1991 selbst wurden nicht weniger als 1,5 Mrd. \$ investiert³⁴). Damit ist der Anteil des ausländischen Kapitals am Vermögen des Unternehmenssektors auf über 5% gestiegen, liegt aber noch weit unter dem mittelfristigen Ziel der Regierung (etwa 25%)³⁵). Die meisten Investoren kamen aus Österreich und der BRD, das größte Volumen an Kapital wurde allerdings von Unternehmen aus den USA investiert.

Das Gesetz Nr. VI/1988 über die Gründung von Wirtschaftsgesellschaften sowie das Gesetz Nr. XXIV/1988 über die Investitionen ausländischen Kapitals lieferten den *gesetzlichen Rahmen* für den Zutritt ausländischen Kapitals in die ungarische Wirtschaft. Die seit Jänner 1989 geltenden Vorschriften wurden Anfang 1990 geringfügig und mit 1. Jänner 1991 in mehreren Punkten geändert. Die grundlegenden Vorschriften und Garantien für ausländische Investitionen wurden beibehalten und durch günstigere Bedingungen ergänzt. Dazu gehören insbesondere die Absicherung ausländischen Vermögens gegen Verstaatlichung, bedingungsloser Transfer des ausländischen Anteils an Gewinn und Liquidationsvermögen in konvertibler Währung sowie die Möglichkeit zum Erwerb von Immobilien (bei ausschließlich ausländischem Eigentum bezieht sich dies nur auf die zur Ausübung der wirtschaftlichen Tätigkeit erforderlichen Immobilien).

Anfang 1990 wurde auch die Einschränkung beseitigt, daß ausländische Partner nur Unternehmen sein können. Dementsprechend kann eine ausländische Privatperson eine beliebige Gesellschaft gründen oder bestehenden Gesellschaften beitreten.

Seit Anfang 1991 ist auch zur Gründung von Gesellschaften mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung keine Genehmigung erforderlich. Unternehmen können durch einfache Registrierung beim Handelsgesicht gegründet werden, die dazu benötigten Angaben sind im allgemeinen auch in westlichen Ländern erforderlich.

Eine andere wichtige Bestimmung enthält die Abschaffung der meistbegünstigten Steuerkategorie (20%), in deren Genuß zuvor Firmen mit ausländischer Beteiligung von mindestens 20% oder 5 Mill. Ft gekommen waren. Seit Anfang 1991 genießt eine so niedrige ausländische Beteiligung keine Steuervergünstigungen: als Voraussetzung für eine Steuerermäßigung um 40%, 60% und 100% gilt ein Grundkapital von mindestens 50 Mill. Ft (bisher 25 Mill. Ft), mindestens 30% davon müssen in ausländischem Eigentum sein. Ebenfalls neu ist, daß die Einbehaltung des versteuerten Gewinnanteils auch

dann zu Steuerrückvergütungen berechtigt, wenn er in ein anderes als das eigene Unternehmen investiert wird.

Eine kleinere, aber wichtige Änderung ist, daß die investierten und auf Devisenkonten liegenden Beträge in konvertibler Währung für beliebige Zwecke (also auch für Reisen) verwendet werden können: überdies müssen zollfrei eingeführte Produktionsmittel nachträglich verzollt werden, wenn sie innerhalb von drei Jahren veräußert werden.

Die folgende Analyse, die die Situation zum 31. Dezember 1990 widerspiegelt, basiert auf den Bilanzberichten der ungarischen Unternehmen³⁶). Demnach ist eine Firma — sei es ein neugegründetes Unternehmen oder ein bestehendes ungarisches Unternehmen, an welchem sich ausländische Investoren beteiligten — als „Joint Venture“ zu betrachten, wenn sie in der Bilanzposition „konvertible ausländische Kapitalanlagen“ einen von Null abweichenden Wert angibt. Durch die zeitlichen Verschiebungen von Kapitalanlage, Registrierung im Firmenregister und Bilanzerstellung sowie durch unterschiedliche Datenlieferung entstehen Abweichungen zwischen den offiziellen Angaben und den Bilanzberichten.

In Ungarn kam in den Jahren 1989 und 1990 ein wahrer *Gründungsboom* in Gang. Neue Unternehmen wurden in großer Zahl gegründet, alte Großunternehmen wurden aufgesplittert und setzten ihre Wirtschaftstätigkeit in zahllosen neuen Formen fort, die über

Tabelle 9

*Unternehmen mit ausländischer Beteiligung in Ungarn
Ende 1990*

	Anzahl	Ausländisches Kapital Mill. Ft	Anzahl Veränderung gegen das Vorjahr in %	Kapital
Industrie	1.506	44.800	180	214
Bauwirtschaft	512	6.021	241	970
Landwirtschaft	78	493	225	197
Transport- und Nach- richtenwesen	128	628	288	300
Handel	2.312	16.000	340	64
Wasserwirtschaft	6	17	500	750
Dienstleistungen	726	20.000	212	390
Kultur, Gesundheitswesen, Soziales	301	1.357	402	498
Verwaltung	53	142	104	284
Insgesamt	5.622	89.520	253	206

Jahrzehnte hinweg erstarrte Unternehmensstruktur wurde dadurch grundlegend verändert. Allein im Jahre 1990 wurden mehr Firmen gegründet, als bis dahin in Ungarn insgesamt bestanden hatten. Diese enorme Umstrukturierung ist zugleich durch den Zustrom ausländischen Kapitals charakterisiert. An jeder dritten der neugegründeten Firmen sind Ausländer beteiligt, die Zahl dieser Firmen stieg 1990 auf das 3,5fache.

Hinsichtlich der *Betriebsgröße* fällt die große Anzahl von Kleinunternehmen (gemessen an der Kapitalhöhe) im Handel am meisten ins Auge, ist aber für die gesamte Wirtschaft kennzeichnend. Hierzu trug das im internationalen Vergleich relativ niedrige zur Firmengründung erforderliche Mindestkapital bei. Eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung kann schon mit 1 Mill. Ft gegründet werden (Ende 1991 rund 13.400 \$). Kleinunternehmen wurden also oft zur Umgehung der Zollvorschriften gegründet, um sonst nicht oder nur mit hoher Zollbelastung importierbare Güter einzuführen.

So entstand eine bipolare Struktur der Unternehmen mit ausländischer Beteiligung: 80% der Firmen hielten 4,3% des gesamten ausländischen Kapitals, hingegen 4,3% der Unternehmen etwa 80% des nach Ungarn eingebrachten Kapitals. Das Kapital der 15 größten Unternehmen (6 Aktiengesellschaften in der Industrie, 8 Geldinstitute und ein Handelsunternehmen) betrug das Sechzehnfache des Kapitals der 3.200 kleinsten Firmen.

Unternehmen mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung oder in ausschließlich ausländischem Besitz waren bis Ende 1990 in der Mehrzahl Kleinunternehmen (Jahresumsatz unter 250 Mill. Ft). Das Grundkapital der 229 Unternehmen in ausschließlich ausländischem Eigentum betrug umgerechnet 5,3 Mrd. Ft, etwa 6% der gesamten ausländischen Investitionen. Zwei Drittel dieser Vermögenswerte wurden im Dienstleistungssektor investiert, davon zum größten Teil in Banken bzw. Geldinstituten. Die übrigen zu 100% ausländischen Unternehmen entfielen auf Industrie und Handel.

Die Unternehmen mit ausländischer Beteiligung werden nach der Eintragung im Firmenregister in zwei verschiedenen *Gesellschaftsformen* tätig: als Aktiengesellschaft und als Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Außerdem ist ausländisches Kapital in wenigen in Umwandlung begriffenen Unternehmen und Genossenschaften nachzuweisen.

Die *regionale Verteilung* der Unternehmen mit ausländischer Beteiligung zeigte eine ausgeprägte Konzentration. Auf Budapest entfielen

58% der gegründeten Firmen und des nach Ungarn geflossenen Kapitals. Das Einzugsgebiet von Budapest, das Komitat Pest, nahm sowohl hinsichtlich der Firmenzahl als auch des investierten Kapitals den zweiten Platz ein. Die übrigen Komitate blieben weit zurück, die Rangordnung wird weitgehend von der Transitroute Wien—Budapest bestimmt (Komitate Győr—Sopron, Komárom). Im östlichen Landesteil bedeutet die Nähe zu Budapest bzw. zu der nördlichen Industrieregion einen Anziehungspunkt.

Im allgemeinen beschäftigten Unternehmen mit ausländischer Beteiligung weniger *Arbeitskräfte* und erzielten relativ höhere *Einnahmen* als die übrigen ungarischen Unternehmen. Im Durchschnitt aller Großunternehmen (einschließlich jener mit ausländischer Beteiligung) betrug der Nettoumsatz je Beschäftigten 2'1 Mill. Ft, jener der Unternehmen mit Auslandsbeteiligung 2'5 Mill. Ft. Ein durchschnittliches Kleinunternehmen nahm je Beschäftigten 1'2 Mill. Ft ein, ein kleines Unternehmen mit Auslandsbeteiligung das Doppelte (2'4 Mill. Ft).

Von 568 großen Unternehmen mit ausländischer Beteiligung arbeiteten 77% gewinnbringend, mit einem *Durchschnittsgewinn* von 76'6 Mill. Ft. Beides entsprach etwa dem Durchschnitt aller Großunternehmen. Dahinter verbarg sich jedoch eine große Streuung: In der Industrie blieb das Gewinnniveau der großen Unternehmen mit Auslandsbeteiligung mitunter bedeutend hinter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt zurück, während es im Handel und anderen Dienstleistungen den entsprechenden Durchschnitt um 20% bis 60% überstieg.

Unter den Kleinunternehmen war der Anteil gewinnbringender Firmen wesentlich geringer, jedoch war der Gewinn in Unternehmen mit ausländischer Beteiligung mit durchschnittlich 5'4 Mill. Ft fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt, und dies in allen Wirtschaftsbereichen. Andererseits erwirtschafteten 42% der 5.054 kleinen Unternehmen mit Auslandsbeteiligung 1990 Verluste (durchschnittlicher Verlust 1'7 Mill. Ft).

Der jährliche *Durchschnittslohn* (brutto) betrug z. B. in großen Dienstleistungsunternehmen (Datenverarbeitung, Beratung, Geldinstitute) 184.000 Ft, in jenen mit ausländischer Beteiligung hingegen 423.000 Ft. Dieses Verhältnis von mehr als 1 : 2 gilt vermutlich nicht für alle Bereiche und dürfte im Handel etwas, in der Industrie wesentlich niedriger sein.

Die Unternehmen mit ausländischer Beteiligung lieferten 1990 rund 14% bzw. 15% des gesamten Exports in Rubel bzw. Dollar. Be-

sonders in kleinen Unternehmen mit ausländischer Beteiligung war die Relation von Exportumsatz zu Gesamtumsatz hoch (Dollarexport 42%, Rubelexport 31%, gegenüber 34% bzw. 29% im Durchschnitt der Kleinunternehmen). Trotz ihrer Exportorientierung entfiel auf die kleinen Unternehmen mit ausländischer Beteiligung in beiden Relationen nur etwa ein Fünftel des Exports, der insgesamt von den Großunternehmen getragen wurde.

Seit 1. September 1989 ist ein Investitionsschutzabkommen zwischen Österreich und Ungarn in Kraft. Seit 1976 gilt auch ein Abkommen zwischen den beiden Ländern zur Vermeidung von Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer.

1.4.5. Sowjetunion/GUS

Sowjetische Quellen gaben für Ende 1990 eine Zahl von 2.905 Unternehmen mit ausländischer Beteiligung in der Sowjetunion an. Der Anteil der bereits operativen Unternehmen mit ausländischer Beteiligung wurde allerdings auf nur 20% geschätzt, die Mehrzahl der Projekte blieb relativ klein (pro Projekt rd. 40 Beschäftigte), wobei die Tendenz sinkend war. Die ECE schätzte das bis Ende 1990 investierte *ausländische Kapital* auf rund 3,2 Mrd. \$ bei einem gesamten Gründungskapital von etwa 5 Mrd. Rubel. Nach sowjetischen Angaben betrug die Zahl der operativen Unternehmen mit ausländischer Beteiligung am 1. April 1991 1.288, davon 481 in der Industrie, 70 in der Bauwirtschaft, 100 im Handel, 103 in Forschung und Entwicklung und 434 in anderen Bereichen (vor allem Dienstleistungen). Diese Unternehmen produzierten 1990 Waren und Dienstleistungen für 3.460 Mill. Rbl für den sowjetischen Markt (etwa 0,35% des BNP) sowie Leistungen im Wert von 650 Mill. Rbl für Hartwährung³⁷). 1990 entfiel die Hälfte der registrierten Unternehmen mit ausländischer Beteiligung auf die verarbeitende Industrie³⁸), andere Daten über die Verteilung nach Herkunftsländern oder Industriebranchen liegen nicht vor. Ein Dekret des Präsidenten vom November 1990 (über „Ausländische Investitionen in der Sowjetunion“) ermöglichte auch ausländisches Alleineigentum. Im Juli 1991 wurde ein Gesetz über ausländische Investitionen verabschiedet³⁹). Dieses Gesetz sieht den Schutz für ausländische Investitionen und ihre Gleichstellung mit inländischen Investitionen vor. Nach der Auflösung der

UdSSR bereiten die einzelnen Nachfolgerepubliken ihre eigene Gesetzgebung vor.

Die meisten Probleme, die Unternehmen mit ausländischer Beteiligung in der Sowjetunion hatten, wurzelten in der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krise des Landes, die sich seit der zweiten Hälfte 1990 zusehends verschärft hat. So wurde bereits im Oktober und November 1990 ein starker Rückgang in der Registrierung von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung gemeldet. Hinzu kommen aber auch Unsicherheiten aus der raschen Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Gesetzgebung. Angesichts dessen werden *Garantien* für ausländische Investoren immer wichtiger. Einerseits sichern die Gesetze über „Rechtliche Grundlagen von Investitionen in der UdSSR“ vom Dezember 1990 und über „Ausländische Investitionen in der UdSSR“ vom Juli 1991 allen Investoren gleiche Rechte zu, und der sowjetische Staat verpflichtet sich, alle Investitionen ohne Diskriminierung bestimmter Eigentumsformen zu schützen. Ausländisches Kapital kann auch nicht mehr ohne volle Entschädigung verstaatlicht oder konfisziert werden. Andererseits werden aber Garantien durch nationales Recht im allgemeinen nur als zweitrangig gegenüber internationalen Vereinbarungen, etwa Investitionsschutzabkommen, angesehen. Darüber hinaus bleibt die Frage offen, was die lokale Rechtsprechung unter einer „vollen“ Entschädigung bei nicht-konvertibler Währung oder permanentem Abwertungsdruck versteht.

Gleichwohl enthält das erwähnte Gesetz über Investitionsgrundlagen eine bisher völlig neue Bestimmung. Danach wird jeder neue legislative Akt, der eine zusätzliche Beschränkung für Investoren einführt, erst nach Ablauf von mindestens einem Jahr rechtsgültig. Allerdings kann auch hier die Frage, was als Beschränkung zu interpretieren ist, äußerst strittig sein. Alles in allem erscheinen die Schutzbestimmungen für ausländische Investoren angesichts der instabilen politischen Lage noch nicht als ausreichend. Das manifestiert sich übrigens auch in dem im Jänner 1991 erlassenen Dekret, wonach KGB und Polizei ohne entsprechende richterliche Ermächtigung Durchsuchungen und Überprüfungen auch bei Unternehmen mit ausländischer Beteiligung vornehmen dürfen, sowie in der unsicheren rechtlichen Lage nach dem Zusammenbruch der UdSSR.

Nach dem Unionsgesetz über die Besteuerung von Unternehmen, Vereinigungen und Organisationen vom Juni 1990 kommen nur noch Unternehmen mit einem ausländischen Kapitalanteil von mehr als

30% in den Genuß einer ermäßigten *Gewinnsteuer* von 30%, während für Unternehmen mit niedrigerem ausländischen Kapitalanteil ebenso wie für die meisten sowjetischen Unternehmen der allgemeine Steuersatz von 45% gilt. Mit dieser Differenzierung soll eine größere ausländische Beteiligung bewirkt und die Entstehung von „Schein-Joint-Ventures“ gebremst werden. Ab 1. Jänner 1991 werden repatrierte Gewinne (nach Besteuerung) nicht mehr mit 20%, sondern nur noch mit 15% besteuert. Praktisch ist ein Transfer von Rubelgewinnen jedoch noch immer nicht möglich, weil diese nicht in konvertible Währung umgetauscht werden können — es sei denn auf Devisenauktionen (siehe weiter unten). Gewinne in harten Währungen sind dagegen nach Abzug der Steuern frei repatriierbar. Allerdings brachte das neue Steuersystem auch neue Unsicherheiten und Unschärfen, und zwar im Fall sogenannter „Superprofite“, die aus Verzerrungen der Relation von Weltmarkt- und sowjetischen Preisen resultieren. Diese sollen höher besteuert werden.

Ursprünglich waren Unternehmen mit ausländischer Beteiligung von der *Umsatzsteuer* befreit. Hauptsächlich aus fiskalischen Gründen wurde dieser Zustand beendet: Die Umsatzsteuer kann nun bis zu 90% bei einigen Konsumgütern, z. B. alkoholischen Getränken, betragen. Ein weiteres Argument für die Einführung der Umsatzsteuerpflicht waren die angeblichen Verzerrungen im Wettbewerb mit sowjetischen Unternehmen. Unternehmen mit ausländischer Beteiligung können allerdings um Steuerbegünstigungen ansuchen.

Bis einschließlich 1990 lag die Kompetenz für die *Genehmigung* von neuen Unternehmen mit ausländischer Beteiligung auf Unionsniveau, wobei das Finanzministerium für die Prüfung der Gründungsunterlagen, einschließlich der Feasibility-Studien, zuständig war. Dieser Vorgang absorbierte relativ viel Zeit. Der Trend zur wachsenden Selbständigkeit der Republiken trug dazu bei, daß Unternehmen mit ausländischer Beteiligung bereits auch ohne zentrale Genehmigung gebildet wurden. Seit Anfang 1991 konnten sich westliche Investoren auch formal mit dem Antrag auf Genehmigung an die zuständigen Republiksministerien wenden. Es wurde sogar für größere Subregionen, wie z. B. Moskau und Leningrad, die die meisten ausländischen Investoren anziehen, eine Übertragung von Genehmigungskompetenzen an die lokalen Behörden erwogen. Allerdings kann diese Art von administrativer Dezentralisierung auch eine weitere Aufsplitterung des bisher gesamtsowjetischen Marktes zur Folge haben, und die Kompetenzen sind weitgehend ungeklärt. Unbegründet hohe Pacht-

gebühren für die Grundstücke, wobei häufig Bezahlung in Devisen verlangt wird, erschweren die Standortsuche, wenn einmal ein Unternehmen mit ausländischer Beteiligung behördlich genehmigt worden ist. Ist ein Standort gefunden, ergeben sich weitere Probleme bei seiner Aufschließung. So kann etwa die Errichtung von Produktionshallen durch örtlich geleitete Organisationen 6 Jahre und länger dauern.

Es hat einige Bemühungen der sowjetischen Regierung gegeben, Unternehmen mit ausländischer Beteiligung den Zutritt zu harten Währungen zu erleichtern. Frühere Gesetzesversionen erlaubten die Erwirtschaftung harter Währungen nur durch entsprechende Exporte. Nunmehr können Unternehmen mit ausländischer Beteiligung ihre Produkte auch auf dem sowjetischen Markt gegen harte Währungen verkaufen. Darüber hinaus können seit September 1990 — auf Grundlage des Ministerratdekrets vom 4. August über die „Bildung eines Devisenmarktes“ — Unternehmen mit ausländischer Beteiligung an *Devisenversteigerungen* teilnehmen, die anfangs vierzehntäglich, später wöchentlich, von der Vneshekonombank organisiert werden. Diese Auktionen stellen eine — wenn auch sicherlich nicht die optimale — Möglichkeit dar, leicht zu erzielende Gewinne aus Rubeltransaktionen in harte Währung umzutauschen. Nach Berichten der Vneshekonombank stellen Unternehmen mit ausländischer Beteiligung offenbar bereits die größte Einzelgruppe von Hartwährungskäufern auf den Versteigerungen. Es werden Fälle berichtet, daß einzelne von ihnen Käufe von bis zu 3 Mill. \$ beantragten, was ein Hinweis auf enorme Rubelprofite ist. Der durchschnittliche Verkaufskurs lag im Herbst 1990 bei 21 bis 23 Rubel per \$ (zu dieser Zeit betrug der kommerzielle Kurs etwa 1'66 \$); Mitte 1991 ist er auf etwa 40 Rubel per \$ gestiegen. Die Umsätze stiegen von 10 Mill. \$ im September auf 23 Mill. \$ im Dezember 1990 und blieben daher sehr gering. Ähnliche Auktionen werden seit Sommer 1990 von der Estnischen Bank in Tallin veranstaltet. Anfang Jänner 1992 ist der Auktionskurs auf 140 Rbl per \$ gestiegen.

Erleichterungen brachte auch das Dekret des Präsidenten vom 2. November 1990 „Über Devisenregeln 1991“: Unternehmen mit ausländischer Beteiligung und andere Formen ausländischen Engagements sind nicht wie sowjetische Unternehmen dazu verpflichtet, 40% ihrer Exporteinnahmen in harten Währungen an den zentralen Valutafonds zum sog. kommerziellen Wechselkurs (etwa 1'6 Rbl pro \$) abzuführen.

Abgesehen von den politischen und rechtlichen Risiken ist gegenwärtig das zentrale Problem, vor das sich alle ausländischen Investoren gestellt sehen, die weiterhin *fehlende Konvertibilität* des Rubels. Sie führt bereits bei der Berechnung der Kapitalanteile der Partner zu Schwierigkeiten: Das Grundkapital, das von beiden Seiten in Gestalt einer bestimmten Summe (entweder in Rubel oder in Hartwährung) festgelegt wird, stellt praktisch immer eine Kombination von Währungseinlagen, Maschinen und Anlagen, Technologien, Know-how usw. dar. Wie die angestrebten Anteile am Grundkapital erreicht werden sollen, ist somit zwangsläufig Gegenstand langwieriger und kostenintensiver Verhandlungen. Die Existenz von mindestens drei verschiedenen Wechselkursen — dem offiziellen, dem kommerziellen und dem „speziellen“ (Auktions-)Kurs — bringt zusätzliche Verwirrung in die Verhandlungen. Immerhin wurden durch eine Verordnung des Finanzministerium vom 6. Juni 1990 einige Diskrepanzen zwischen sowjetischen und westlichen Buchhaltungsprinzipien beseitigt, sodaß dadurch die Ermittlung von wichtigen Finanzgrößen, vor allem aber des Gewinns, nach westlichen Prinzipien erleichtert wird.

Angesichts des rapid fallenden Werts des Rubels gegenüber dem US-Dollar und der stärker werdenden Inflationstendenz (1991 mehr als 100%) sind ausländische Direktinvestitionen besonders stark von Abwertungsrisiken bedroht, die nur beschränkt vertraglich verringert werden können (z. B. durch Kurssicherungsklauseln). Berichtet wird aber auch davon, daß Abwertungen die operativen Annahmen eines Unternehmens mit ausländischer Beteiligung zerstören: sie alle haben mehr oder weniger präzise berechnet, welcher Anteil der Produktion exportiert werden und wie hoch der Importanteil sein muß, um den gewünschten Anteil von Hartwährungen an den Gesamtumsätzen zu erreichen. Diese Kalkulation müßte dann neu durchgeführt werden.

Ein besonders diffiziler Bereich ist gegenwärtig und in absehbarer Zukunft die Frage der Finanzierung. Generell können Unternehmen mit ausländischer Beteiligung *Kredite* in Rubel und in ausländischen Währungen aufnehmen. Kredite in ausländischer Währung stammen entweder von der sowjetischen (derzeit russischen) Außenhandelsbank oder — mit deren Einverständnis — von westlichen Banken. Die Unternehmen sind daher der Willkür der Außenhandelsbank ausgeliefert. Selbst wenn sie die Genehmigung erhalten, brauchen sie eine Garantie, welche die Außenhandelsbank nur selten erteilt. Im

Falle von nicht ausreichend vorhandenen Sicherheiten muß die Firma höhere Garantiegebühren zahlen. Darüber hinaus streben westliche Banken danach, im Falle einer Kreditvergabe an ein Unternehmen mit ausländischer Beteiligung in der GUS das Finanzierungsrisiko mit der betreffenden Außenhandelsbank entsprechend den Kapitalanteilen der Beteiligten zu teilen: Bei einem Kredit der westlichen Bank an ein Unternehmen mit 49% westlichem Anteil muß die Außenhandelsbank oder aber der westliche Partner mit seinem Vermögen außerhalb dieses Unternehmens 51% des Kredits garantieren. Die gegenwärtige politische Entwicklung in der GUS verstärkt aus westlicher Bankensicht das Risiko und verschlechtert daher die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen mit ausländischer Beteiligung.

Ende 1991 gab es in *Rußland* mehr als 2.600 registrierte Unternehmen mit ausländischer Beteiligung, die etwa 130.000 Personen beschäftigten und in diesem Jahr Waren und Dienstleistungen für mehr als 11 Mrd. Rbl produzierten⁴⁰). Die seit Anfang 1992 geltende neue russische Gesetzgebung hat allerdings die Bedingungen für ausländische Investoren verschlechtert (z. B. wurde die Steuerfreiheit abgeschafft). Unternehmen mit ausländischer Beteiligung mit einem ausländischen Kapitalanteil von über 30% waren zuvor von den Hartwährungsabgaben formell befreit, die neue Gesetzgebung bestätigt diese Vergünstigung allerdings nicht ausdrücklich. Darüber hinaus gibt es keine Regelung, wie der ausländische Kapitalanteil von Hartwährung in Rubel umgerechnet werden soll. Es wird allgemein damit gerechnet, daß sich die relevanten Gesetze und Verordnungen noch mehrmals verändern werden.

1.5. Relative wirtschaftliche Entwicklungsniveaus

Schätzungen der relativen Entwicklungs-, Produktivitäts- und Einkommensniveaus der Wirtschaften der ehemaligen RGW-Länder (und Jugoslawiens) untereinander sowie im Vergleich zu entwickelten westlichen Marktwirtschaften, insbesondere zu Österreich, können als Ausgangsbasis für eine Einschätzung der relativen internationalen Wettbewerbsposition und der Marktgröße sowie einkommensmotivierter Arbeitsmigration dienen. Internationale Vergleiche dieser Art werfen eine Vielzahl statistisch-methodischer und konzeptueller Probleme auf. Der bislang am breitesten durch Studien abgedeckte Bereich sind internationale Vergleiche des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP), die — wie im übrigen auch für traditionelle Marktwirtschaften — für die ehemals zentralverwalteten Wirtschaften kein eindeutiges Ergebnis liefern.

Nachdem nunmehr praktisch alle ehemaligen RGW-Länder eigene BIP-Schätzungen in nationaler Währung veröffentlichen, reduziert sich das Problem internationaler BIP-Vergleiche im wesentlichen auf die Ermittlung eines geeigneten Umrechnungskurses. Die Anwendung der offiziellen Wechselkurse ist zu diese Zwecke selbst im Fall westlicher Marktwirtschaften äußerst problematisch und umso weniger geeignet für Vergleiche zwischen westlichen Ländern und ehemaligen Planwirtschaften bzw. für Vergleiche der Oststaaten untereinander. Besonders wenn es um reale Produktions-, Konsum- und Lebenshaltungsniveaus geht, werden bei internationalen Vergleichen bevorzugt Kaufkraftparitäten (Purchasing Power Parities, PPPs) verwendet, über welche es aber für die meisten ehemaligen RGW-Länder noch keine verlässliche und aktuelle Information gibt. Dies bedeutet jedoch nicht, daß an ihrer Stelle die offiziellen Wechselkurse herangezogen werden sollten. Aufgrund der systematischen Verzerrungen der Wechselkurse im Verhältnis zu den Kaufkraftparitäten (exchange rate deviation bias), der zeitweise hohen Wechselkursschwankungen und nicht zuletzt aufgrund unterschiedlicher Wechselkurspolitik der einzelnen Länder führt die Verwendung laufender Wechselkurse bei der Umrechnung von BIP/BNP-Daten aus nationaler in internationale Währung zu höchst umstrittenen Ergebnissen. Konkret wird im Falle der osteuropäischen Reformländer nach der Einführung der sog. internen Konvertibilität bei einem stark unterbewerteten offiziellen Wechselkurs die reale Wirtschaftsleistung (gemessen am BIP-Pro-Kopf) stark unterschätzt, wodurch diese Länder auf das

Niveau mancher Entwicklungsländer degradiert werden. Diese Unterbewertung verzerrt nicht nur die Beurteilung des realen Entwicklungsstadiums und der Leistungskraft der ehemaligen Planwirtschaften, sondern kann auch zu falschen Strategien in bezug auf Transformationspolitik und Investitionsentscheidungen führen.

Alternative BIP-Schätzungen, die das Problem der fehlenden Kaufkraftparitäten weitgehend umgehen und einen Vergleich sämtlicher ehemals zentralverwalteter Wirtschaften mit dem Westen er-

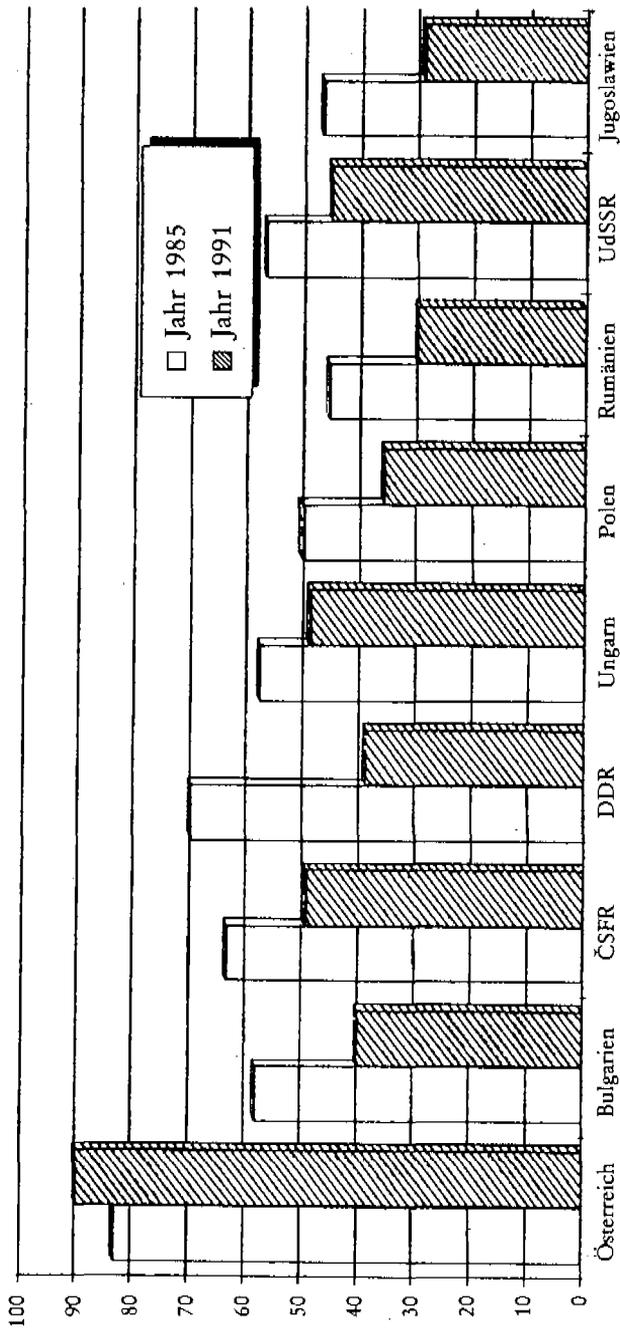
Tabelle 10

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf¹⁾
(zu laufenden US-Dollar)

Jahr	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
Bulgarien	7.474	8.021	8.165	8.495	8.871	8.384	6.976
DDR	8.993	9.365	7.813	10.250	10.896	9.383	6.765
Polen	6.441	6.740	6.771	7.080	7.268	6.640	6.215
Rumänien	5.852	6.184	6.283	6.570	6.716	6.066	5.236
Tschechoslowakei	8.153	8.516	8.844	9.275	9.752	9.832	8.589
Ungarn	7.431	7.800	8.100	8.570	8.815	8.887	8.503
UdSSR	7.328	7.744	8.002	8.368	8.781	8.945	7.908
Jugoslawien	6.022	6.370	6.478	6.653	6.829	6.455	5.035
USA	12.870	13.482	14.223	15.196	16.137	16.947	17.448
Österreich	10.682	11.080	11.633	12.476	13.535	14.641	15.683
USA = 100%							
Bulgarien	58'1	59'5	57'4	55'9	55'0	49'5	40'0
DDR	69'9	69'5	69'0	67'5	67'5	55'4	38'7
Polen	50'0	50'0	47'6	46'6	45'2	39'2	35'6
Rumänien	45'5	45'9	44'2	43'2	41'6	35'8	30'0
Tschechoslowakei	63'3	63'2	62'2	61'0	60'4	58'0	49'2
Ungarn	57'7	57'9	56'9	56'4	54'6	52'4	48'7
UdSSR	56'9	57'4	56'3	55'1	54'4	52'8	45'3
Jugoslawien	46'8	47'2	45'5	43'8	42'3	38'1	28'9
USA	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0
Österreich	83'0	82'2	81'8	82'1	83'9	86'4	89'9
USA = 100%							
Bulgarien	70'0	72'4	70'2	68'1	65'5	57'3	44'5
DDR	84'2	84'5	84'4	82'2	80'5	64'1	43'1
Polen	60'3	60'8	58'2	56'8	53'7	45'4	39'6
Rumänien	54'8	55'8	54'0	52'7	49'6	41'4	33'4
Tschechoslowakei	76'3	76'9	76'0	74'3	72'1	67'2	54'8
Ungarn	69'6	70'4	69'6	68'7	65'1	60'7	54'2
UdSSR	68'6	69'9	68'8	67'1	64'9	61'1	50'4
Jugoslawien	56'4	57'5	55'7	53'3	50'5	44'1	32'1
USA	120'5	121'7	122'3	121'8	119'2	115'8	111'3
Österreich	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0

¹⁾ Jahr 1985 geschätzt nach der PIG-Methode; bis 1991 mit geschätzten Wachstumsraten extrapoliert.
Quellen: 1985 eigene Schätzung; Wachstumsraten laut Handbook of Economic Statistics (1990); eigene Berechnungen und Schätzungen. Daten für 1990 und 1991 sind vorläufig.

Pro-Kopf-BIP im Ost-West-Vergleich nach der PIG-Methode (USA = 100%)



Quelle: WIIW-Schätzung

möglichen, können auf physischen Indikatoren basieren (sog. PIG-Methode — Physical Indicators Global). Die PIG-Methode bietet sich als Möglichkeit an, mit verhältnismäßig geringem Aufwand zu international vergleichbaren Daten über die wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus zu gelangen. Obwohl diese Methode viele wichtige System- und Qualitätsunterschiede nicht berücksichtigen kann und daher die Wirtschaften der Oststaaten eher überbewertet, liefert sie zumindest plausible Resultate bezüglich der Rangordnung einzelner Länder. Eine Extrapolation der Basisschätzungen (für das Jahr 1985) mit geschätzten Wachstumsraten ergibt für das Jahr 1991 folgende Relationen zwischen dem Pro-Kopf-BIP in den Oststaaten und in Österreich (= 100%): ČSFR: 54'8%, Ungarn: 54'2%, Sowjetunion: 50'4%, Bulgarien: 44'5%, ehemalige DDR: 43'1%, Polen: 39'6%, Rumänien: 33'4% und Jugoslawien: 32'1% (vgl. Abbildung 1 und Tabelle 10).⁴¹⁾

Die angeführte Rangordnung der relativen Entwicklungsniveaus erscheint wesentlich realistischer als eine, die sich aus mechanischer Umrechnung zu offiziellen Wechselkursen für das Jahr 1990 ergeben würde. Ehemalige DDR: 43%, Bulgarien: 30%, Jugoslawien: 27%, Ungarn und Sowjetunion: 15%, ČSFR: 14%, Polen und Rumänien: 8% (vgl. Tabelle 11).

Welche der verfügbaren alternativen Schätzungen des Pro-Kopf-BIP (auf Wechselkurs, Kaufkraftparität oder PIG-Methode beruhend) zu empfehlen ist, steht in Abhängigkeit von dem Zweck des Vergleichs. Während traditionelle Wechselkursmethoden eher den Grad der Wettbewerbsfähigkeit auf westlichen Märkten und die Marktgröße zum Ausdruck bringen, werden bei Schätzungen mit Kaufkraftparitäten und physischen Indikatoren eher die Kapazität, Waren vor allem für den heimischen Bedarf zu erzeugen, und wirtschaftliche Entwicklungsniveaus verglichen. Obwohl die PIG-Schätzungen die oft wesentlichen Qualitätsunterschiede mehr als andere Methoden (etwa die Kaufkraftparitäten) vernachlässigen, bieten sie, solange keine verlässlichen Schätzungen der Kaufkraftparitäten für alle vormals zentralverwalteten Länder vorliegen, ein vollständigeres und realistischeres Bild der relativen Entwicklungsniveaus (der Rangordnung) einzelner Länder (nicht aber der absoluten Niveaus des Pro-Kopf-BIP in \$).⁴²⁾

Alternative Schätzungen des Pro-Kopf-BIP sind in Tabelle 11 zusammengefaßt. Die mit Wechselkursen umgerechneten BIP-Daten der vormals zentralgeplanten Wirtschaften stellen die Länder im

*Alternative Schätzungen des Pro-Kopf-BIP (BNP)
in laufenden Dollarwerten und in %*

Methode/Quelle Jahr	ICP 1989 USA = 100%		CIA 1989 USA = 100%		Physische Indikatoren 1990 USA = 100%		Kaufkraftparitäten 1990 USA = 100%		Wechselkurse 1990 USA = 100%	
	\$	Österr. = 100%	\$	Österr. = 100%	\$	Österr. = 100%	\$	Österr. = 100%	\$	Österr. = 100%
Bulgarien	.	.	5.690	27,2	8.380	49,5	5.430	25,0	6.290	28,9
DDR	.	.	9.670	46,3	9.380	55,4	8.500	39,1	8.820	40,6
Polen	4.900	24,1	4.560	21,8	6.640	39,2	3.910	18,0	1.740	8,0
Rumänien	.	.	3.440	16,5	6.070	35,8	2.950	13,6	1.540	7,1
Tschechoslowakei	.	.	7.900	37,8	9.830	58,0	7.940	36,5	2.810	12,9
Ungarn	6.200	30,0	6.090	29,2	8.890	52,4	5.920	27,2	3.160	14,5
UdSSR	.	.	9.230	44,2	8.490	52,8	5.060	23,3	5.660	26,0
Jugoslawien	5.320	25,7	5.460	26,1	6.455	38,1	5.140	23,6	.	.
USA	20.690	100,0	20.890	100,0	16.950	100,0	21.730	100,0	21.730	100,0
Österreich	13.710	66,3	.	.	14.640	86,4	14.400	66,3	20.620	94,9

Quellen: ICP-World Development Report 1991, The World Bank (1991); CIA-Handbook of Economic Statistics (1990) und OECD; Kaufkraftparitäten — Plancon Report (1990); Wechselkurse — vorläufige WITW-Schätzungen; Physische Indikatoren — WITW-Schätzungen.

Übergang zur Marktwirtschaft (insbesondere Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei) im wesentlichen mit vielen afrikanischen und lateinamerikanischen Entwicklungsländern auf eine Stufe und sind als verlässlicher Maßstab ihrer tatsächlichen Wirtschaftskraft und ihres absoluten und relativen Entwicklungsniveaus kaum geeignet. Doch zeigen sie, wie sehr die binnenwirtschaftlichen Aktivitäten dieser Länder in letzter Zeit durch Abwertungen der heimischen Währung unterschätzt werden, wenn Wechselkurse angewendet werden, die eigentlich dem Ziel der Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit dienen. Die beiden Schätzungen auf Basis von Kaufkraftparitäten (ICP-Ergebnisse für 1989 und Planecon-Daten für 1990; letztere liegen, mit Ausnahme der Sowjetunion, den CIA-Schätzungen nahe) liefern ein weit realistischeres Bild. Die (mit geschätzten Wachstumsraten vom Eckjahr 1985 extrapolierten) Schätzungen nach physischen Indikatoren schließlich charakterisieren recht gut die Rangordnung der einzelnen Länder, stellen aber wahrscheinlich eine Obergrenze der absoluten Entwicklungsniveaus der (vormals) zentralverwalteten Länder im Vergleich zu Marktwirtschaften dar.

Vorläufig werden wir uns wohl damit abfinden müssen, daß es einigermaßen verlässliche Aussagen nur für die Rangordnung des Pro-Kopf-BIP der mittel- und osteuropäischen Länder gibt. Mitte der achtziger Jahre (und unmittelbar vor den politischen Veränderungen, die 1989/90 stattfanden) lag die DDR in Führung, gefolgt von der Tschechoslowakei, danach kamen eine aus Ungarn, Bulgarien und der Sowjetunion bestehende Gruppe und, weit abgeschlagen, Jugoslawien und Rumänien (Tabelle 10). Im Jahr 1990 mag Ostdeutschland zeitweilig von der ČSFR überholt worden sein, wohl weitgehend infolge des Schocks, den die deutsche Vereinigung der ostdeutschen Wirtschaft versetzte. Die in den extrapolierten PIG-Schätzungen angedeutete relative Verbesserung Bulgariens und der Sowjetunion in der Rangordnung beruht vermutlich auf den für diese Länder zu hoch angenommenen Wachstumsraten. Leider gibt es keine allgemein akzeptierten Daten für den Vergleich der BIP-Niveaus mit den westlichen Ländern. Ob z. B. das Pro-Kopf-BIP in Polen im Jahre 1990 8% oder 27% oder vielleicht 45% des österreichischen Niveaus erreichte, ist eine zwar entscheidende, aber noch nicht befriedigend beantwortete Frage. Während die Wahrheit, wie in vielen solchen Fragen, wohl irgendwo dazwischen liegt, hat ein einzelner Schätzwert ohne Erklärung des methodischen Hintergrunds jedenfalls wenig Aussagekraft. Ungeachtet dessen, daß die PIG-Schätzungen die Lei-

stungskraft der Oststaaten etwas überschätzen, ist der jüngste wirtschaftliche Rückfall dieser Länder bedrohlich: im Zeitraum 1985—1991 hat sich z. B. die relative Position Ungarns gegenüber Österreich um etwa 15 Prozentpunkte, jene der ČSFR, Polens und Rumäniens um etwa 21 Punkte, Bulgariens um 26 Punkte und der Sowjetunion um 18 Punkte verschlechtert (vgl. Abbildung 1 und Tabelle 10).

Anmerkungen zu Abschnitt II.1.

¹⁾ ECE Economic Bulletin for Europe. Vol. 43, November 1991, S. 1.

²⁾ Im September 1991 waren in der ČSFR zwar 1,1 Mill. Personen (etwa 14% aller Beschäftigten) als Privatunternehmer registriert, von ihnen war aber nur etwa ein Fünftel hauptberuflich im Privatsektor tätig. Das Interesse konzentriert sich auf die Bauwirtschaft, den Dienstleistungssektor (Handel, Reisebüros, Spedition, Software), Metallbearbeitung und Bekleidungsindustrie.

³⁾ Die Parlamente der beiden Teilrepubliken können über einige Fragen der Rückgabe oder Entschädigung an ČSFR-Bürger deutscher und ungarischer Nationalität getrennt entscheiden (*Der Standard*, 22. Mai 1991, S. 19).

⁴⁾ Betriebe mit bis zu 500 Beschäftigten machen nur 8,8% der Gesamtzahl der Betriebe aus (Polen 63,5%, BRD 95,1%, Österreich 98%).

⁵⁾ KOPINT-DATORG, *Külkereskedelem Számokban*, 1991, und Ungarische Nationalbank, *Market Letter*, 1991 (2).

⁶⁾ KSH, *Statisztikai Évkönyv 1990*.

⁷⁾ *Világgazdaság*, 5. Februar 1991.

⁸⁾ *Hungarian Foreign Trade Statistics, Monthly Bulletin*, Jänner bis Dezember 1990.

⁹⁾ Ungarische Nationalbank, *Market Letter*, 1991 (2).

¹⁰⁾ *Statisztikai Havi Közlemények* 10/1991.

¹¹⁾ *Magyar Hírlap*, 11. Dezember 1991.

¹²⁾ *MTI-ECONEWS*, 15. Oktober 1991.

¹³⁾ *Napi Világgazdaság*, 15. Oktober 1991.

¹⁴⁾ *Napi Világgazdaság*, 15. Oktober 1991, und *Statisztikai Havi Közlemények* 9/1991.

¹⁵⁾ *Statisztikai* 9/1991.

¹⁶⁾ Basierend auf Daten der Zollstatistik zeigte die Handelsbilanz laut Statistischem Zentralamt ein Defizit von 1,4 Mrd. \$. Der Unterschied zur Zahlungsbilanzstatistik läßt sich größtenteils mit methodologischen Problemen erklären, vgl. *WIIW-Forschungsberichte* No. 180. „Depression and inflation: Threats to Political and Social Stability“.

¹⁷⁾ *Heti Világgazdaság*, 7. Dezember 1991.

¹⁸⁾ *Világgazdaság*, 15. Juni und 4. Juli 1991.

¹⁹⁾ *Világgazdaság*, 19. Juni 1991.

²⁰⁾ Damit wurde erstmals in der Geschichte der Sowjetunion ein Produktionsrückgang in Friedenszeiten gemeldet (für einen detaillierten Bericht über die Wirtschaftsentwicklung 1990 vgl. *Ekonomika i zhizn*, Nr. 5, 1991, S. 9—13).

²¹⁾ Dieser wurde von der EG-Expertengruppe schon Ende 1990 — eher konservativ — auf 240 Mrd. Rbl (etwa 25% des sowjetischen BIP) geschätzt — vgl. „Stabilization, liberalization and devolution. Assessment of the economic situation and reform process in the Soviet Union“, in: *European Economy*, Nr. 45, Dezember 1990, EG-Kommission, Brüssel 1991, S. 116—117.

²²⁾ Siehe *Ekonomika i zhizn*, Nr. 43, 1991, S. 7—10.

²³⁾ In der ersten Hälfte 1991 entfielen rund 60% des sowjetischen Exportüberschusses mit „nicht-sozialistischen“ Ländern (3,8 Mrd. \$) auf den Handel mit dem Westen.

²⁴⁾ Siehe Beilage zu *Ekonomika i zhizn*, Nr. 44, 1991, S. 2—3.

²⁵⁾ Siehe *Izvestija*, 29. Oktober 1991, S. 3. Auch die Angaben über die sowjetische Verschuldung sind höchst widersprüchlich. Einige Berichte geben die Hartwährungsbruttoverschuldung mit 81 Mrd. \$ (47,2 Mrd. Rbl) an, weitere 18 Mrd. Rbl werden den früheren RGW-Ländern geschuldet. Andererseits betragen ausländische Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion 94 Mrd. Rbl (größtenteils in nichtkonvertierbarer Währung) — siehe *Süddeutsche Zeitung*, 13. November 1991, S. 31.

²⁶⁾ Siehe *Izvestija*, 5. Dezember 1991, S. 1.

²⁷⁾ Siehe *Ekonomika i zhizn*, Nr. 44, S. 6.

²⁸⁾ *Hospodárske noviny*, 11. Dezember 1991, S. 1.

²⁹⁾ Vgl. z. B. J. Mujzel, „Pact antyrecesyjný“, in: *Zycie gospodarcze*, Nr. 23, 9. Juni 1991, S. 1 ff.

³⁰⁾ *Tözsdekurir*, 16. Jänner 1992.

³¹⁾ Nominelle monatliche Durchschnittslöhne und -gehälter in der Industrie: Polen 166 \$ (Sept. 1991), CSFR 129 \$ (Jan.—Sept. 1991), Ungarn 220 \$ (Sept. 1991), umgerechnet zum aktuellen offiziellen Wechselkurs.

³²⁾ Die folgenden Daten beruhen auf Informationen, die von Dr. Karel Zeman, wissenschaftlichem Mitarbeiter im Forschungsinstitut für Volkswirtschaft (Prag), zusammengestellt wurden.

³³⁾ Die Daten in diesem Abschnitt stützen sich auf Informationen, die von Frau Ewa Sadowska-Cieslak, Mitarbeiterin der Auslandsinvestitionsagentur, Warschau, zur Verfügung gestellt wurden.

³⁴⁾ *Világgazdaság*, 15. Juni 1991, *Magyar Hírlap*, 18. Jänner 1992, und Informationen des Ministeriums für außenwirtschaftliche Beziehungen.

³⁵⁾ *Tözsdekurir*, 20. Juni 1991.

³⁶⁾ Daten und Informationen aus der Analytischen und Prognostischen Hauptabteilung der KOPINT-DATORG (Budapest), die von Dr. Eva Csollány zusammengestellt wurden.

³⁷⁾ Vgl. *Ekonomika i zhizn*, Nr. 48, 1991, S. 7.

³⁸⁾ Vgl. dazu detailliertere Zahlen in *WIIW-Mitgliederinformation*, 1991/5, S. 49 ff.

³⁹⁾ Vgl. *Izvestija*, 6. Juli 1991, S. 1.

⁴⁰⁾ Vgl. *Ekonomitscheskaja gazeta*, Nr. 5, 1992, S. 13.

⁴¹⁾ Vgl. P. Havlik, „East-West GDP Comparisons: Problems, Methods and Results“, *WIIW-Forschungsberichte* No. 174, September 1991.

⁴²⁾ Eine detaillierte Analyse dieser Problematik findet sich in dem genannten Forschungsbericht des WIIW.

2. Auswirkungen für Österreich

2.1. Wirtschaftsstruktur und die regionale wirtschaftliche Dynamik

Der Transformationsprozeß in Osteuropa wird auch die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur Österreichs beeinflussen. Einerseits sind einzelne Wirtschaftszweige davon unterschiedlich betroffen, andererseits können ostösterreichische Regionen davon profitieren, daß sie sich nicht mehr in einer Randlage an einer toten Grenze befinden, sondern im Zentrum eines neuen Europas. Die nach wie vor bestehenden Unsicherheiten über die weitere politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, über die Stabilität der sich neu formierenden Marktwirtschaften, machen allerdings derzeit eine genaue Erfassung und Prognose der Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft unmöglich. Eine solche kann daher, gestützt auf einige Daten der jüngsten Vergangenheit, vorläufig nur spekulativen Charakter haben.

2.1.1. Entwicklung 1990/91

- Aus der in den Jahren 1990 und 1991 beobachtbaren Velagerung der regionalen Wirtschaftsdynamik vom Westen nach Ostösterreich kann noch nicht auf den zunehmenden Einfluß der Öffnung Osteuropas geschlossen werden. Speziell in der Industrie waren dafür konjunkturelle Faktoren sowie der Importsog aus Deutschland maßgebend. Etwa stärker beeinflusste die Ostöffnung dagegen schon andere Wirtschaftsbereiche wie die Bauwirtschaft sowie diverse Dienstleistungsarten.
- *Industrie*: Der Spätphase der Konjunktur entsprechend verzeichneten nach Ende des Grundstoffbooms vor allem der Technologiesektor, Investitionsgüter und langlebige Konsumgüter eine kräftige Nachfrage, wovon die ostösterreichische Industrie besonders profitierte. Der Einfluß der Ostöffnung dürfte dabei nur insofern eine bedeutendere Rolle gespielt haben, als der rasche Anstieg der Ausländerbeschäftigung Engpässe am Arbeitsmarkt zu vermeiden half.
- *Bauwirtschaft*: Die kräftige Belebung der Bauumsätze in Ostösterreich ist in stärkerem Zusammenhang mit der Ostöffnung zu sehen. Neben dem vergrößerten Arbeitskräftepotential schlägt sich

in der Bauwirtschaft auch die erhöhte Nachfrage nach Infrastrukturleistungen und Wohnungen infolge der Zuwanderung und der Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen wieder. Vor allem der Bürobau erlebte in Wien nach jahrelanger Stagnation einen Boom, der durch die erwartete Nachfrage nach zusätzlichen Kapazitäten ausgelöst wurde.

- *Handel*: Eine kurzfristige Einkaufswelle, in der angesparte harte Devisen umgesetzt wurden, ist rasch wieder verebbt. Mittelfristig wird der kleine Grenzverkehr allerdings gewisse Auswirkungen auf den Handel haben.
- *Fremdenverkehr*: In diesem Sektor bewirkte die Ostöffnung sowohl angebots- als auch nachfrageseitige Strukturverschiebungen. Angebotsseitig bewirkte die Entstehung neuer Destinationen eine gewisse Umlenkung des Urlauberstroms (z. B. von Westdeutschen, die in Österreich Billigquartiere nachfragten, nach Ostdeutschland). Der dadurch mögliche Trend zur Qualitätsverbesserung des österreichischen Tourismusangebots wird allerdings durch nachfrageseitige Verschiebungen gebremst, da Kurzurlauber und weniger kaufkräftige Touristen aus Osteuropa, vor allem aus der ČSFR und Polen, vermehrt Billigquartiere und Privatpensionen, auch in Westösterreich, nachfragen.

2.1.2. Perspektiven

- *Außenhandel*: Während die Reformen im Osten kurzfristig das BIP nur marginal beleben, sorgte der Zusammenbruch des Systems des RGW für ein Anwachsen des Außenhandelsvolumens, anfänglich am stärksten allerdings nur über den Umweg über Deutschland. Bisher war der österreichische Warenhandel mit Osteuropa durch eine Struktur gekennzeichnet, der dem Muster zwischen Industrie- und Entwicklungsland entspricht: exportseitig dominierten Industriewaren, Vorprodukte für die (Schwer-) Industrie, sowie Nahrungsmittel, importseitig Roh- und Brennstoffe sowie einfache Industriewaren. Bei den Exporten könnte zukünftig eine Verlagerung hin zu Maschinen/Fahrzeugen, chemischen Erzeugnissen und hochwertigen Konsumgütern eintreten, wofür auch die erheblichen Zuwachsraten dieser Sparten sprechen, wobei diese allerdings von einem niedrigen Niveau ausgehen und daher die Gesamtstruktur noch nicht wesentlich verändern.

- *Kurzfristige Chancen:* Während die Umschichtung der Außenhandelsstruktur erst nach einer Konsolidierungsphase im Osten mittel- und langfristig nachhaltig spürbar werden wird, so ergeben sich für eine Reihe von Wirtschaftszweigen schon unmittelbare Chancen, die sich vor allem auf die Schaffung der für diese Konsolidierung notwendigen grundlegenden Strukturen beziehen. Dazu zählt vor allem die Bauwirtschaft, die infolge des Mangels an Verkehrsinfrastruktur und von Hotels durch den bereits eingesetzten (Geschäfts-)Tourismus an dem Aufbau von Verkehrsverbindungen und Fremdenverkehrseinrichtungen partizipieren kann. Ebenfalls relativ kurzfristige Geschäftsmöglichkeiten ergeben sich für den Handel sowie für Finanz- und unternehmensbezogene Dienstleistungen wie etwa Anwälte, Steuerberater, Anlageberater, technische Berater, Marketingexperten usw. Diese Dienstleistungen werden sowohl am Standort Wien als auch in den östlichen Nachbarländern selbst nachgefragt. Über einen längeren Zeithorizont sind dagegen Chancen auf den Gebieten Umweltschutz und Energie (Produktion, Versorgung, Einsparung) zu erwarten, die allerdings aufgrund der Größe und des Finanzierungsaufwandes der Projekte nicht ad hoc realisiert werden können.
- *Standort Österreich:* Durch den Umbruch im Osten hat sich die Qualität des Standorts Österreich für Produktion, Handel und als Finanzzentrum erheblich verbessert. Ein neuer zentraleuropäischer Ballungsraum, der südschechische Gebiete, Preßburg, Westungarn und Budapest — und vielleicht einmal Slowenien und Kroatien — miteinschließt, bietet ein enormes Entwicklungspotential, in näherer Zukunft vor allem bezüglich des Ausbaus von Energiewesen, Transportinfrastruktur und Telekommunikation. Aufgrund der historischen Verbundenheit und geographischen Nähe sollten österreichische Unternehmen diese Marktchancen besser nützen können als westliche Konkurrenten. Wien bietet sich aufgrund des Niveaus des Infrastrukturausbaus (Telekommunikation, Finanzdienstleistungen, Hotel- und Bürokapazitäten, . . .) als Handels- und Finanzzentrum und als Hauptsitz für multinational tätige Unternehmen in diesem neuen Ballungsraum an.

Strukturelle Verschiebungen können sich dadurch ergeben, daß arbeitsintensive Produktionen mit niedrigen Qualifikationsanforderungen östlich der österreichischen Grenzen angesiedelt wer-

den, wobei allerdings die eine ausgebaute Infrastruktur erfordernden Headquarterfunktionen in der Regel in Österreich angesiedelt werden.

- *Regionale Strukturveränderungen:* Neben Wien profitieren auch die Bundesländer Niederösterreich, Oberösterreich, Burgenland, Steiermark (und evtl. Kärnten) davon, daß sie aus einer Randlage ins Zentrum Europas gerückt sind. Es erscheint allerdings fraglich, ob die Belebung der wirtschaftlichen Dynamik in Ostösterreich zu einem nachhaltigen Abbau des innerösterreichischen West-Ost-Gefälles der Pro-Kopf-Einkommen führen wird. Insbesondere eine stärkere Einbindung Österreichs in den EG-Binnenmarkt läßt eine weitere Stärkung der westösterreichischen Wirtschaft mit ihren engeren Verbindungen zu den dynamischen EG-Regionen Süddeutschland und Norditalien erwarten, sodaß durch die Ostöffnung bloß die Tendenz zur weiteren Zunahme des West-Ost-Einkommensgefälles in Österreich gedämpft würde.

2.2 Außenwirtschaftspolitik

2.2.1. Der österreichische Außenhandel mit den mittel- und osteuropäischen Staaten

Die Staaten Ost- und Mitteleuropas sind für Österreich seit jeher wichtige Handelspartner. Im Jahr 1975 ging mit 15'5% ein beträchtlicher Teil unserer Exporte nach Osteuropa, im selben Jahr kamen 9'5% aller Importe aus diesen Ländern. Damit sind die maximalen Werte der österreichischen Handelsverflechtung der letzten 20 Jahre mit den Oststaaten markiert. Der Exportanteil ging in den achtziger Jahren zurück und fiel dann 1985 unter die 10-Prozent-Marke. Der Importanteil der Oststaaten schwankte um die 9% und erreichte 1985 mit 10% seinen Höchstsatz. Aufgrund der zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich in den mittel- und osteuropäischen Staaten zeigten, nahm ihr Anteil am österreichischen Handel gegen Ende der achtziger Jahre ab: 1990 gingen 8'5% der österreichischen Exporte in diese Ländergruppe, 6% der österreichischen Gesamtimporte stammten aus diesen Staaten.

Die jüngste Entwicklung der Exporte für das Gesamtjahr 1991 zeigt stark überdurchschnittliche Exportsteigerungen nach Polen (+70'9%), Ungarn (+38'7%), abgeschwächt nach Rumänien (+4'4%) und der ČSFR (+6'0%). In den übrigen Ostländern kam es zu Exportrückgängen zwischen -27'6% und praktischem Stillstand +0'1% (Albanien, Bulgarien); Sowjetunion -7'4%.

Die dennoch starke Stellung Österreichs auf den Ostmärkten belegt ein internationaler Vergleich. So bestritt Österreich im Jahre 1990 1'7% aller OECD-Exporte weltweit; von den OECD-Exporten in die Länder Osteuropas hält Österreich aber bei einem Anteil von 6'4%! Besonders hoch ist Österreichs Marktanteil mit 17'0% in Ungarn und mit 15'6% in der ČSFR. Im Zeitablauf (seit 1970) hat sich der Marktanteil Österreichs in der ČSFR verdoppelt, in Ungarn ist er um rund $\frac{1}{3}$ gestiegen. Wichtigster westeuropäischer Handelspartner für die mittel- und osteuropäischen Staaten ist Deutschland mit einem stark gestiegenen Anteil. Die Marktanteile Frankreichs und Großbritanniens in Osteuropa haben sich seit 1970 ungefähr halbiert und liegen weit unter dem österreichischen Wert. Die Schweiz hielt in den Oststaaten 1990 bei einem Anteil von 3'3% aller OECD-Exporte und liefert damit halb so viel wie Österreich.

Das wegen den 1989 erfolgten politischen Umwälzungen besonders kritische Jahr 1990 brachte für den österreichischen Ostausen-

Tabelle 12

Österreichs Marktanteile in Osteuropa *)

Handelspartner	Marktanteile in Prozent	
	1970	1990
ČSFR	7'8	15'6
Ungarn	12'9	17'6
Polen	5'0	5'9
Ost-Mittleuropa	8'1	11'5
Bulgarien	8'2	7'7
Rumänien	6'6	3'7
UdSSR	3'1	3'3
Osteuropa	5'7	6'4
Jugoslawien	6'7	7'9

*) Anteil der österreichischen Exporte an den Exporten aller OECD-Länder.
Quelle: OECD

handel zwar nicht den befürchteten Zusammenbruch, wohl aber einen Rückgang. Da 1990 aus diesem Grund eine gewisse Sonderstellung einnimmt, soll es im folgenden kurz näher analysiert werden.

Ein Plus von 1'9% bei den Gesamtexporten lag deutlich unter der durchschnittlichen Wachstumsrate von 8'6%. Mit einem Anteil von 8'5% an den Gesamtexporten konnte der bisherige Stand jedoch nahezu gehalten werden (1989: 9%). Länderspezifisch betrachtet kam

Tabelle 13

Marktanteile einiger OECD-Staaten in Osteuropa *)

Handelspartner	Marktanteile in Prozent	
	1970	1990
Österreich	5'7	6'4
BR Deutschland	21'6	29'5
Italien	11'3	10'4
Frankreich	9'8	5'8
Großbritannien	9'7	4'4
Japan	7'2	6'5
Finnland	5'7	7'4
USA	5'4	8'5
Schweden	4'3	2'2
Schweiz	3'1	3'3

*) Anteil der jeweiligen Exportländer an den Exporten aller OECD-Länder nach Osteuropa (ohne DDR, ohne Jugoslawien)
Quelle: OECD

es zu starken Schwankungen, die die politische und wirtschaftliche Situation in den Aufnahmeländern reflektieren: starker Rückgang der Ausfuhren in die Sowjetunion ($-12'2\%$), starke Zunahme in die ČSFR ($+72'5\%$, $+105'2\%$ laut EFTA auf US-\$-Basis), Rumänien ($+98'6\%$) und Ungarn ($+20'8\%$), wellenartige Exportentwicklung nach Polen, jedoch $-16'5\%$ im Jahresdurchschnitt in Abhängigkeit der jeweiligen Fluktuation der nationalen Wirtschaftspolitik, Rückgänge in Relation zum devisenarmen Bulgarien ($-32'3\%$).

Die Zunahme der österreichischen Importe blieb mit $+7\%$ knapp hinter dem Trend der Entwicklung der Gesamtimporte ($+8,1\%$) zurück; auch der Anteil an den Gesamtimporten blieb mit 6% konstant (1989: $6'1\%$). Die Ausweitung der Importe aus der Sowjetunion ($+20'2\%$) war eine Funktion der gestiegenen Energiekosten. Polen und Ungarn erreichten ihrerseits beachtliche Steigerungsraten von $+15'2$ bzw. $11'4\%$.

Bezeichnend für eine bereits einsetzende Neuorientierung der Zusammensetzung der Exporte der Reformstaaten sind die Exporte der ČSFR: Obwohl die österreichischen Gesamtimporte um $-4'9\%$ zurückgingen, was insbesondere dem Rückgang der Rohstoffexporte zuzuschreiben war, verzeichneten Maschinen und Konsumgüter mit plus $113'4\%$ und $51,8\%$ hervorragende Steigerungsraten. Hier zeigen die Umstrukturierungsmaßnahmen bereits erste Erfolge, sind für Österreichs Wirtschaft jedoch auch gleichzeitig ernstzunehmende Vorboten neuer Konkurrenz, auf die mit Rationalisierung, Produktivitätssteigerung und neuer Produktpolitik (Sortimentänderung, Nischenaufspüren), nicht aber durch Ruf nach Protektionismus, zu begegnen ist.

Dem steht aber nicht entgegen, daß bei Vorliegen von Marktstörungen aufgrund unfairer Wettbewerbsbedingungen Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Wirtschaftlich gerechtfertigt sind solche Rücknahmen von Begünstigungen und andere Schutzmaßnahmen in einer Übergangszeit, in der in den Reformstaaten noch Bedingungen herrschen, die mit einem fairen Wettbewerb im internationalen Handel nicht vereinbar sind. Konkrete Beispiele sind staatliche Subventionen, die zu verzerrten Preisen führen, wie insbesondere solche für Energie und Transport.

Grundsätzlich müssen derartige Maßnahmen in Übereinstimmung mit internationalen Regeln zur Erleichterung der Strukturanpassung stehen und dürfen die Ausnützung von Wettbewerbsvorteilen der Reformstaaten in einem fairen Wettbewerb und die Ausnützung kompa-

rativer Kostenvorteile durch internationale Arbeitsteilung nicht verhindern.

Tabelle 14 unterstreicht die Bedeutung der Reformstaaten für Österreich im Kontext der EFTA und belegt die Sinnhaftigkeit des Abschlusses von Freihandelsverträgen mit diesen Staaten aus österreichischer Sicht.

Österreich nahm 1990 wenigstens ein Drittel der Gesamtexporte aller angeführten Staaten auf, 1988 war lediglich Rumänien unter dieser Marke geblieben, überrundete 1990 jedoch anteilmäßig Polen. Ungarn ist sowohl anteilmäßig als auch in absoluten Zahlen gemessen der wichtigste Handelspartner: $\frac{2}{3}$ der ungarischen Importe in EFTA-Staaten gehen nach Österreich, umgekehrt beträgt der österreichische Teil an den Importen Ungarns aus der EFTA ebenfalls $\frac{2}{3}$.

Die ČSFR nimmt unbestritten den zweiten Rang ein, der Prozentsatz des EFTA-Anteiles an den Importen hat sich von 1988 bis 1990 auf ca. 56% eingependelt, während sich die Ausfuhren von 45 auf 60% steigern konnten. Der Zuwachs der Exporte gemessen in absoluten Zahlen auf Dollar-Basis war 1990 mit einem Plus von 105·2% besonders ausgeprägt, er wurde lediglich von Rumänien mit einem Plus von 136·2% übertroffen, allerdings auf einem vergleichsweise niedrigem Niveau von 91,4 Millionen US-Dollar im Vergleich zu 776·7 Millionen US-Dollar im Falle der ČSFR.

Auffällig ist der Verlust an Marktanteilen an andere EFTA-Staaten bei den Exporten nach Polen, Rumänien und Bulgarien, bei denen 1990 die Anteile unter jene von 1988 gefallen sind.

Tabelle 14

Österreichs Außenhandel (Importe/Exporte) mit

	1988	1989	1990
ČSFR	490'5/380'5	508'7/378'5	576'2/776'7
% Gesamt-EFTA	56'4/ 44'9	55'6/ 46'3	56'3/ 60'5
Ungarn	516'4/553'7	592'1/655'4	785'6/941'5
% Gesamt-EFTA	56'9/ 55'6	59'6/ 59'7	64'0/ 66'2
Polen	343'6/301'9	328'6/395'7	450'6/393'0
% Gesamt-EFTA	33'9/ 34'1	31'2/ 39'3	34'8/ 33'7
Bulgarien	28'9/196'6	36'6/155'2	49'8/125'0
% Gesamt-EFTA	41'3/ 48'2	47'5/ 38'5	40'8/ 47'2
Rumänien	68'2/ 41'4	67'8/ 38'7	50'5/ 91'4
% Gesamt-EFTA	26'2/ 57'7	35'1/ 47'4	38'3/ 48'2

Angaben in Millionen US-Dollar.

% Gesamt-EFTA: Anteil Österreichs an Gesamt-Ein-/Ausfuhren der EFTA.

Quelle: EFTA, eigene Berechnungen.

2.2.2. Die Europaverträge der EG

Das sich abzeichnende Zerfallen des von der Sowjetunion dominierten Wirtschaftssystems in Mittel- und Osteuropa hatte die EG bereits 1990 veranlaßt, mit der ČSFR, Ungarn und Polen (den Reformstaaten) in Assoziationsverhandlungen einzutreten, um das entstehende Vakuum wirtschaftlich und politisch zu füllen. Der gescheiterte Putsch in Moskau im August 1991 beschleunigte den Verhandlungsprozeß, sodaß die sogenannten „Europaverträge“ noch im Dezember 1991 unterzeichnet wurden.

Wenngleich sie ein erster Schritt in Richtung auf eine Ostöffnung der EG sind, wie die Präambeln der Verträge bestätigen, die die Mitgliedschaft der drei Staaten als letztes Ziel anerkennen, nennen die auf 10 Jahre ausgelegten Verträge keinen Beitrittszeitpunkt. Entgegen den Vorstellungen der Reformstaaten ist auch keine Automatik vorgesehen, die ein Hineinwachsen der Reformstaaten in die Gemeinschaft erlauben würde.

Während der zehnjährigen Übergangs- bzw. Versuchszeit werden die Marktzutrittsbeschränkungen asymmetrisch abgebaut werden, d. h. die EG wird grundsätzlich rascher liberalisieren als die drei Reformstaaten. Das Spannungsfeld zwischen Außenpolitik, die den Reformprozeß fördern will, um die Lage wirtschaftlich und sozial zu stabilisieren, und der von konkreten ökonomischen Interessen beeinflussten Wirtschaftspolitik, die Importschutz und Exportförderung

Tabelle 15

Änderungen des österreichischen Außenhandels in Prozent

	1988/89	1990
<i>Importe:</i>		
Bulgarien	+ 26'6	+ 36'1
Ungarn	+ 14'7	+ 32'7
ČSFR	+ 3'7	+ 13'3
Polen	— 4'4	+ 37'1
Rumänien	— 0'6	— 25'5
<i>Exporte:</i>		
Polen	+ 31'1	— 0'7
Ungarn	+ 18'4	+ 43'7
Bulgarien	— 21'1	— 19'5
Rumänien	— 6'5	+ 136'2
ČSFR	— 0'5	+ 105'2

Quelle: EFTA

einfordert, wurde bei der unterschiedlichen Behandlung von allgemeinen Industrieprodukten und Stahl, Kohle, Textilien sowie landwirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukten, deutlich.

Letztere Produkte sind von besonderem Exportinteresse für die Reformstaaten und gelten in der EG — wie auch in Österreich — als „sensibel“, d. h. erst nach Übergangsfristen dem freien Wettbewerb aussetzbar. Hält man sich vor Augen, daß eben diese Produkte mehr als $\frac{1}{3}$ der polnischen Exporte in die EG während der ersten neun Monate 1991 ausmachten, wird einem nicht nur die aktuelle wirtschaftliche Bedeutung dieser Warengruppen klar, sondern auch das darin steckende Wachstumspotential bei Wegfall der bestehenden Beschränkungen. Andererseits ist die angesprochene Sensibilität der Produkte nicht zu unterschätzen, deren Überschußproduktion in der EG ein großes politisches Problem darstellt und beispielsweise die GATT-Uruguay-Runde mehrfach verzögert und mit dem Scheitern bedroht hat.

Die parallel zur Uruguay-Runde verhandelte Liberalisierung des Stahlhandels sorgte auch in den Verhandlungen mit den mittel- und osteuropäischen Staaten für Zündstoff, da insbesondere Spanien sich von potentiellen Importsteigerungen bedroht fühlt und kritisierte, daß die EG-Hilfe nicht wie im eigenen Fall an Kapazitätsabbauverpflichtungen gebunden ist.

Auf der anderen Seite versuchte Ungarn, den geschützten Finanzdienstleistungssektor möglichst wenig der EG-Konkurrenz zu öffnen und in Hinblick auf bereits getätigte (Suzuki) und geplante (Hyundai, General Motors) Investitionen den Automobilmarkt nur zeitverzögert zu öffnen.

Diese wenigen Beispiele belegen, daß der Marktöffnungs- und Liberalisierungsprozeß auf beiden Seiten einen Lern- und Anpassungsprozeß notwendig macht, der sich in einem klaren rechtlichen Rahmen der Weltwirtschaft bei einem erfolgreichen Abschluß der GATT-Uruguay-Runde leichter bewerkstelligen ließe. Dies gilt insbesondere auch für den Dienstleistungsbereich. Bereits in den bestehenden Strukturen nahm der Handel zwischen der EG und den Reformstaaten im Zeitraum 1988—1990 zu (vgl. Tabelle 16).

Aus der Kombination von Marktzugang, Importliberalisierung und Annäherung der Rechtssysteme an den Acquis der Gemeinschaft, insbesondere an das Wettbewerbsrecht und die die staatlichen Beihilfen betreffenden Regelungen, erwarten sich die Reformstaaten einen In-

Entwicklung des EG-Handels mit den Reformstaaten

	Exporte	Importe
	in/aus EG	
Ungarn	27%	22%
ČSFR	22%	17%
Polen	53%	59%

Quelle: Financial Times, 17. 12. 1991, S. 2.

vestitionsschub, der bisher nicht zuletzt wegen der Unsicherheit des Marktzuganges von Produkten in die EG ausblieb. Im Hinblick auf die angesprochene Finalität des Beitrittes der Reformstaaten sind die Europaverträge weiter angelegt als klassische Freihandelsabkommen, inklusive der von den EFTA-Staaten mit den Reformstaaten angestrebten Freihandelsabkommen (siehe unten).

Die Vertragsbestimmungen der Europaverträge institutionalisieren einen politischen Dialog, die klassische Freiheit des Warenverkehrs, legen die Basis für Schaffung der zusätzlichen Freiheiten des Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs, sehen die Annäherung von Rechtsbestimmungen vor und schreiben im Rahmen der finanziellen Kooperation das PHARE-Programm weiter fort. Damit besteht die Möglichkeit einer graduellen Annäherung der Reformstaaten an die EG, wobei der EG durch die regelmäßige Überprüfung der Einhaltung und Implementierung der Vertragsbestimmungen ein Instrument in die Hand gegeben wird, den Prozeß zu kontrollieren. Politische Überlegungen könnten jedoch beschleunigend wirken, da die Umstrukturierungsprogramme zu rasch zu merkbaren Verschlechterungen, jedoch zu langsam zu spürbaren Verbesserungen führen, was die bereits bestehenden Instabilitäten zu stark verstärkt. Das entsprechende Beispiel in der EG ist Griechenland: Aus politischen Überlegungen wurde die Wiege der europäischen Demokratie in das demokratische Europa eingebunden, trotz einer noch nicht europareifen Wirtschaft.

2.2.3. Die Beziehungen der EFTA-Staaten mit den Reformstaaten

Der Startschuß für eine weitere institutionelle Annäherung der EFTA-Staaten mit den Reformstaaten wurde aus den gleichen Gründen wie oben bei der EG dargestellt im Juni 1990 mit den Deklarationen von Göteborg gegeben. Auf deren Basis wurden im Herbst des-

selben Jahres Verhandlungen mit dem Ziel des Abschlusses von Freihandelsabkommen aufgenommen. In den parallelen Verhandlungen der EG und EFTA mit den Reformstaaten wurde auf Vereinbarkeit der Vertragsbestimmungen Rücksicht genommen und damit die Basis für eine immer enger werdende wirtschaftliche Kooperation von vorerst 22 europäischen Staaten geschaffen.

Dennoch ist klar, daß die EFTA-Verträge weniger weitgehend sind als die Europaverträge der EG, da sie sich an den Mustern der Freihandelsabkommen zwischen der EG und der EFTA aus dem Jahr 1972 orientieren. Dies ist nicht auf mangelnden politischen Willen der EFTA-Staaten, sondern auf die sehr unterschiedliche juristische und politische Natur der EG und EFTA zurückzuführen. Über normale Freihandelsabkommen hinausgehend beinhalten die drei Vertragsentwürfe parallel zur EG einen asymmetrischen Abbau von Marktzugangsbeschränkungen zugunsten der Reformstaaten, Regeln betreffend geistige Eigentumsrechte, öffentliches Beschaffungswesen sowie staatliche Monopole und staatliche Subventionen. Durch Evolutivklauseln wird die Möglichkeit geschaffen, den anfänglichen Geltungsbereich der Abkommen auszudehnen, wobei insbesondere Dienstleistungen und Investitionen im Vordergrund stehen werden.

Im Unterschied zum industriell-gewerblichen Bereich wird die Landwirtschaft bilateral verhandelt. Mit der ČSFR konnte bereits ein Abschluß erreicht werden, dessen Grundprinzipien — präferenzielle Behandlung der traditionellen Warenlieferung, Absicherung der bestehenden Handelsströme, Gegenseitigkeit bei Konzessionen — auch für Ungarn und Polen Gültigkeit haben sollen. Wegen der Marktnähe, beispielsweise zu Ungarn, der Kleinheit des österreichischen Marktes und der Unterschiede in den Agrarstrukturen erscheint es für Österreich derzeit nicht praktikabel, den Reformstaaten die gleichen Zugeständnisse zu machen, wie sie von der EG gewährt werden. Grundsätzlich wird anerkannt, daß die traditionellen Lieferungen abgesichert werden sollen.

Das Nebeneinander der Freihandelsabkommen zwischen der EG einerseits und den EFTA-Staaten andererseits mit den Reformländern schafft jedoch bereits große Probleme, da ein Bindeglied zwischen ihnen fehlt. Dadurch wird der durch das Freihandelsabkommen der EG mit den EFTA-Staaten 1972 bereits geschaffene Freihandelsraum für den industriell-gewerblichen Sektor gestört. Eine Sanierung wird voraussichtlich erst wieder durch einen EG-Beitritt Österreichs möglich sein. Drei Hauptproblemkreise lassen sich dabei herausarbeiten:

- a) Wenn EFTA-Produkte in EG-Ländern be- oder verarbeitet und die verarbeiteten Produkte in ein osteuropäisches Land exportiert werden sollen, so werden diese Produkte bezüglich der Ursprungsregeln wie solche aus Drittstaaten (z. B. Hongkong oder auch Korea) behandelt. Das gleiche gilt auch umgekehrt für EG-Produkte. Obwohl beinahe identische Abkommen zwischen EG-Osteuropa und EFTA-Osteuropa bestehen, war es bisher nicht möglich, Kumulierungsregeln zu vereinbaren, welche den genannten Effekt vermeiden lassen.
- b) Ein besonderer Aspekt dieses Problems des Fehlens der Kumulierungsmöglichkeit ergibt sich im passiven Veredelungsverkehr. Zollfreies Wiedereinbringen aus den Reformstaaten in die EG ist nur vorgesehen, wenn die zu verarbeitenden Waren aus der EG stammen. Dies zerstört häufig schon seit langem etablierte Handelsbeziehungen von EFTA-Ländern, die EFTA-Ware in Osteuropa lohnverarbeiten ließen und die Fertigware in ein EG-Land lieferten.
- c) Ebenfalls in Zusammenhang mit dem Problem der Nichtkumulierung stehen die Direktversandregeln, wie sie in den gegenwärtigen Vereinbarungen der EG mit Osteuropa gehandhabt werden. Die Aufteilung von Sendungen (Umpacken, Umadressierung etc.) in EFTA-Ländern ist nicht mehr möglich, weil letztere keine EG-Ursprungsnachweise ausstellen dürfen. Solche Möglichkeiten bestehen jedoch sehr wohl im Rahmen der Präferenzgewährung für Entwicklungsländer (GSP-Schema) wie auch für durch Österreich in die Türkei gebrachte EG-Güter im Rahmen des entsprechenden Assoziierungsabkommen.

Probleme ergeben sich auch für die osteuropäischen Partner. Diese Probleme verringern die Attraktivität Osteuropas für Direktinvestitionen und behindern die Exportchancen. Wenn z. B. ein multinationales Unternehmen ein Tochterunternehmen in Ungarn gründen und für dessen Produktion Komponenten aus Österreich verwenden will, geht die präferenzielle Behandlung der Exporte aus Ungarn in die EG verloren und es müssen die gleichen EG-Zölle bezahlt werden, die für fernöstliche Länder gelten.

Diese Probleme stellen sich noch nicht mit den auf dem Reformweg weniger weit fortgeschrittenen Ländern Bulgarien und Rumänien. Mit diesen wurden im Dezember 1991 anlässlich der EFTA-Ministerratstagung in Genf Deklarationen unterzeichnet, die sich an

denen von Göteborg orientieren und die Grundlage für eine vertiefte Kooperation mit diesen Staaten sein werden.

Ebenso wie bei allen anderen Deklarationen und Abkommen stehen die Förderung der Umwandlung der Volkswirtschaften in Marktwirtschaften durch die Gewährung von technischer Hilfe, Informationsaustausch und Kooperation auf den Gebieten der Statistik, Schaffung neuer Rechtssysteme, insbesondere auf dem Wirtschafts- und Außenhandelssektor, im Vordergrund.

Beschleunigt durch die unmittelbare Nachbarschaft der drei von allen EFTA-Staaten bereits anerkannten baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen mit den nordischen EFTA-Staaten, unterzeichneten die EFTA-Minister bei ihrem Treffen in Genf im Dezember 1991 Erklärungen über gemeinsame Zusammenarbeit. Diese sollen die notwendigen bilateralen Kooperationen vertiefen und die Eingliederung dieser Staaten in die Weltwirtschaft erleichtern.

Bei Verwirklichung des EWR haben sich die EFTA-Staaten mit den künftigen Freihandelsabkommen mit den Reformstaaten, über die in absehbarer Zeit auch mit Bulgarien und Rumänien verhandelt werden wird, sowie der Kontaktnahme mit den baltischen Staaten einen institutionellen Rahmen geschaffen, der nicht nur ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und zentralen Lage in Europa gerecht wird, sondern ihnen auch die Grundlage bieten wird, bei Verhandlungen mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), aufzubauen. Rußland, Weißrußland und die Ukraine, aber auch das an Rumänien angrenzende Moldavien sind erste Kandidaten für solche Verhandlungen, die allerdings wieder in Parallelität mit der EG zu führen sein werden, da sie die Wirtschaftskraft und das politische Gewicht einer (Rest-)EFTA übersteigen werden. Wenngleich am europäischen Charakter der Mehrheit der Mitglieder der GUS gezweifelt werden kann, erscheint es wahrscheinlich, daß diese, wie im Falle der KSZE und der EBRD, denen sie kollektiv beigetreten sind, insbesondere aus wirtschaftlichen Gründen gemeinsam verhandeln werden.

Der EFTA als Institution könnte dadurch die Aufgabe zufallen, eine Art Vorbereitungsfunktion auf dem Weg zur EG-Vollmitgliedschaft zu erfüllen. Denkbar ist ferner, daß die EFTA über die Jahre ihre Mitglieder wechselt, da die meisten oder alle Gründungsmitglieder EG-Mitglieder geworden sind und — zumindest für eine begrenzte Zeit — mit den Reformstaaten und einigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion weiter besteht.

2.3. Der Finanzplatz Wien nach der Öffnung Osteuropas: Ausgangsbedingungen, Konsequenzen und Chancen

2.3.1. Nachhaltig veränderte Rahmenbedingungen für historisch traditionelle Finanzierungsbeziehungen

Die durch die politische und ökonomische Öffnung der osteuropäischen Staaten nachhaltig veränderten Rahmenbedingungen machen auch für die zukünftige Position des Finanzplatzes Wien eine Neueinschätzung erforderlich.

Historisch gesehen waren das österreichische Bankwesen und die österreichischen Finanzmärkte traditionell eng mit den Ländern verbunden, die nun in einen Transformationsprozeß zu einem marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftssystem westlicher Prägung eingetreten sind. Die Entwicklung des Finanzzentrums Wien in der Monarchie baute auf den industriellen und handelspolitischen Grundlagen auf, die dem politischen Zentrum des Reiches als zentraler Koordinationsstelle für Finanztransaktionen zukamen (Baltzarek 1980, März 1981). Der Verlust eines wesentlichen Teiles dieser realwirtschaftlichen Basis war in der Folge eine der Ursachen für die schwere Krise des österreichischen Bankwesens und die Bankenzusammenbrüche in der Ersten Republik (Ausch 1986, März/Weber 1983).

Aber auch nach dem Zweiten Weltkrieg und speziell im Ausland haben Darstellungen zum Finanzplatz Wien immer wieder die große Bedeutung des Marktes der osteuropäischen Länder für das österreichische Bankwesen und die daraus abgeleitete potentielle Rolle Wiens als — internationaler — Finanzplatz hervorgehoben (Winckler 1981, Laudemann 1989). Heute muß allerdings davon ausgegangen werden, daß die aufgrund der „alten“ Bedingungen gewonnenen Einschätzungen kaum mehr gelten können. Damit stellt sich die Frage, inwieweit die jüngsten Ereignisse in Osteuropa die Zukunftsperspektiven des Finanzplatzes Wien verändert haben (Haiss 1991 a, 1991 b).

2.3.2. Unterschiedliche Bestimmungsgründe und Funktionen von Finanzplätzen

Eine über deskriptive Illustrationen hinausgehende Einschätzung der Zukunftsperspektiven des Finanzplatzes Wien setzt ihre Fundierung in theoretischen Kriterien voraus. Zwei Ansatzpunkte erschei-

nen dafür hilfreich: Das Konzept einer Hierarchie von Finanzplätzen und der von ihnen ausgeübten Funktionen sowie die Herausarbeitung derjenigen Bestimmungsgründe, die für Entstehung, Existenz und Bestand konkreter Finanzplätze relevant (gewesen) sind.

Die vorliegende Darstellung versucht in Kurzform, eine Zusammenstellung solcher Merkmale vorzunehmen und auf die Situation des Wiener Finanzplatzes anzuwenden. Dazu werden einige empirische Anhaltspunkte zu den komparativen Vorteilen eines Ostschwerpunktes des Finanzzentrums Wien diskutiert.

Hierarchien von Finanzplätzen

Die übliche Verwendung des Begriffes Finanzplatz oder Finanzzentrum wird meist mit der Einbindung einer Stadt bzw. eines Landes in internationale Finanzbeziehungen gleichgesetzt. Internationale Finanzzentren stellen aber nur einen spezifischen Typ unter Finanzplätzen verschiedener Ausprägung dar, denen jeweils unterschiedliche Funktionen zuzuordnen sind. Der Frage nach den Bedingungen und Chancen eines Finanzplatzes Wien wird diese allgemeine Form der Problemstellung zu wenig gerecht. Akzeptiert man die Vorstellung funktioneller Unterschiede zwischen verschiedenen Typen von Finanzplätzen, so muß sich die Analyse darauf konzentrieren, für welche spezifische Art von Finanzplatz die Voraussetzungen in Wien (Österreich) gegeben bzw. günstig sein könnten.

Internationale Finanzplätze sind dadurch charakterisiert, daß Geschäfte ohne unmittelbaren Standortbezug einen dominierenden Geschäftsbereich darstellen (Bank of England 1989). Sie betreuen, vermitteln bzw. intermediarisieren Finanztransaktionen zwischen Gläubigern und Schuldern mit Sitz außerhalb des Landes. Als globale internationale Finanzzentren gelten heute in erster Linie London, New York und Tokio, andere Städte werden diesen Anforderungen nur mehr eingeschränkt gerecht.

Auf einer zweiten Finanzplatzebene ist die Unterscheidung zwischen internationalen Finanzzentren mit eher ökonomischer und solchen mit eher außerökonomischer Basis illustrativ. Ballungszentren mit großem Wirtschaftspotential stellen mit ihrem Finanzbedarf und ihrer Wachstumsdynamik eine natürliche Basis für Finanztransaktionen und die damit einhergehende Internationalisierung des Finanzmarktgeschehens dar. Vielfach beruht die Attraktivität von internationalen Finanzzentren aber überwiegend auf speziellen außerökono-

mischen Faktoren, vor allem aus dem Bereich (fehlender oder geringer) staatlicher Reglementierungen (Schweiz, Luxemburg, Offshore-Finanzzentren) und dem allgemeinen (gesellschafts-)politischen Umfeld (politische Stabilität).

Schließlich behaupten sich Finanzzentren mit internationaler Bedeutung in spezifischen Finanzmarktnischen, wobei eine Spezialisierung auf bestimmte Finanzdienstleistungen, abgegrenzte Geschäftsbereiche oder auch regionaler Natur komparative Vorteile gegenüber Konkurrenten schafft (Chicago, Versicherungszentren).

Eine Position als internationales Finanzzentrum baut jedoch, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auf der Funktion als nationales Finanzzentrum auf. Sie setzt eine kritische Masse an Finanzierungstransaktionen als Basis des internationalen Geschäftes voraus, die vor allem aus der Rolle eines nationalen Finanzmarkt-Koordinationszentrums gewonnen werden kann. Mehrere internationale Finanzzentren in einem Land bzw. bedeutende Positionen mehrerer regionaler Finanzplätze eines Landes auf internationaler Ebene gibt es kaum. Am ehesten wahrscheinlich sind sie in großen Ländern mit vielen Städten hoher Wirtschaftskraft.

Bestimmungsfaktoren von Finanzplätzen

Als konstitutiv für die Entstehung und den Bestand eines Finanzplatzes können historisch viele unterschiedliche Faktoren und Bedingungen festgestellt werden, die dann den konkreten Typus des Finanzplatzes und seine Position in der Hierarchie von Finanzplätzen bestimmen. Die wichtigsten dieser Bestimmungsgründe lassen sich unter die drei Kategorien (a) exogene Faktoren, (b) externe Skalenerträge und (c) interne Skalenerträge subsumieren.

(a) Als *exogene Faktoren* werden Merkmale bezeichnet, die die allgemeinen Umweltbedingungen für ein Finanzzentrum besonders günstig gestalten. Diese Merkmale können sowohl die Angebotsbedingungen als auch spezifische Bedingungen der Nachfrage für Finanzdienstleistungen betreffen. Ebenso kommen gleichermaßen außerökonomische wie unmittelbar ökonomische Rahmenbedingungen dafür in Frage. Der konkrete Einfluß dieser unterschiedlichen Faktoren spiegelt sich direkt in den — daraus abgeleiteten — Hierarchien von Finanzplätzen wider, das kumulative Zusammentreffen mehrerer Elemente verstärkt die Positionierung einer Stadt als — „höherwertiges“ — Finanzmarktzentrum.

Zu den wesentlichen Angebotsbedingungen auf ökonomischer Ebene zählen die Verfügbarkeit, die Qualität und die Kosten der für die Produktion von Finanzdienstleistungen erforderlichen Produktionsfaktoren. Aus heutiger Sicht ist das vor allem das verfügbare Angebot an Arbeitskräften, an Büroraum und an den für das moderne Finanzsystem essentiellen Telekommunikationseinrichtungen. Für den Finanzsektor spezifisch wichtige Gesichtspunkte stellen die Kosten, die Verfügbarkeit und die Mobilisierungskapazität von Finanzmitteln dar. Gerade die Einschätzung dieses „Produktionsfaktors“ kann jedoch nicht losgelöst von außerökonomischen Faktoren gesehen werden. Unterschiede in den Kosten der Mittelaufbringung werden in der Realität ergeblich von Unterschieden zwischen den nationalen regulatorischen Rahmenbedingungen für das Finanzsystem und von der Risikokomponente geprägt, die mit der Einschätzung der politischen Stabilität und der gesellschaftspolitischen Attraktivität des Standortes verbunden ist.

Gegenüber den angebotsseitigen Faktoren haben die standortbezogenen Bestimmungsgründe der Nachfrage nach Finanzdienstleistungen im Lauf der Entwicklung stark an Bedeutung verloren. Die in der Vergangenheit vielfach enge Verbindung zwischen der realwirtschaftlichen Charakteristik eines Standorts (Hafen, Handelszentrum, industrielles Zentrum) und seiner Qualifikation als Finanzplatz ist zwar nicht völlig verschwunden, hat aber im Zeitalter der elektronischen Medien und der Telekommunikation gegenüber anderen Faktoren stark an Einfluß verloren. Lediglich für spezifische Teilbereiche von Finanzmarktaktivitäten mit dem Charakter von Kontaktdienstleistungen — vermutlich vor allem im Privatkundengeschäft — stellt die Nähe zur Nachfrage noch einen gewissen Wettbewerbsvorteil dar. Diese Geschäftsbereiche sind aber heute nicht mehr wie in manchen Phasen der Entwicklung des Bankwesens (Credit Mobilier, Kindleberger 1984) ausschlaggebend für eine Qualifikation als Finanzzentrum.

(b) Viele der standortbezogenen Faktoren sind in einer Welt steigender Mobilität und verbesserter Kommunikationseinrichtungen für eine Position als Finanzplatz sehr viel weniger wichtig geworden. Warum gibt es dann überhaupt noch Finanzzentren, warum bleiben sie bestehen und warum scheint sich die Konzentration auf vergleichsweise wenige internationale Finanzzentren eher noch zu verstärken? Zu den entscheidenden Kriterien für die Rolle eines Stand-

ortes als Finanzzentrum entwickelt sich immer mehr die Bedeutung *externer Skalenerträge*.

Die Nutzung von „external economies of scale and scope“ kann in erster Linie mit den Verbesserungen und Vorteilen in der Informationsbereitstellung und der Informationsverarbeitungskapazität eines Finanzplatzes gleichgesetzt werden, die sich aus einem genügend aktiven Marktgeschehen ableiten. Diese Vorteile können dort am besten umgesetzt werden, wo eine vergleichsweise große Zahl von Anbietern von Finanzdienstleistungen mit einer breiten Palette substitutiver und komplementärer Produkte an einem Standort vertreten ist. Es kann erwartet werden, daß Liquidität (= niedrige Transaktionskosten, kurze Transaktionszeiten, geringer Einfluß großer Transaktionen auf das Marktergebnis) und Effizienz (= Einbindung von möglichst viel Information in die Preisbildung) von Finanzmärkten mit der Zahl der regelmäßigen Marktteilnehmer und dem Marktvolumen (überproportional?) zunimmt. Darüber hinaus ist die Breite des dort verfügbaren Produktspektrums für die Nachfrage attraktiv, wodurch sich selbstverstärkende Effekte auf das Angebot ergeben. Ebenso können Verbindungsmöglichkeiten zwischen den verschiedenen Finanzmärkten besser genutzt werden (Swaps, Arbitrage, derivative Märkte etc.).

Gleichzeitig kann ab einer kritischen Mindestmasse an Anbietern und Transaktionen erwartet werden, daß Fixkosten für Background-Einrichtungen von der Gesamtheit der Anbieter leichter getragen werden können und die Standortkonditionen für verbundene Angebote besonders günstig sind, die die Kooperation mehrerer Anbieter voraussetzen (z. B. syndizierte Kredite). An diesen Standorten werden in der Folge die relevanten Standards gesetzt, Innovationen entwickelt und ein Angebot an Spezialisierungen aufrechterhalten, das in kleineren Zentren nicht mehr rentabel wäre.

Entscheidend für die Existenz substantieller externer Skalenerträge ist die verfügbare Informationskapazität und die damit für die Nachfrage verbundene Wahrscheinlichkeit, daß ihr jeweiliger Bedarf an Finanzdienstleistungen an diesem Standort optimal befriedigt werden kann. Geringere Such- und Transaktionskosten sind der unmittelbare Kostenvorteil.

(c) Gegenüber diesen Vorteilen bleiben *interne Skalenerträge* im Finanzmarktbereich vergleichsweise wenig bedeutsam. Da die technisch bedingten Unteilbarkeiten für Finanztransaktionen in der Regel klein sind, kommt dem Einfluß der Unternehmensgröße auf den Kostenverlauf im allgemeinen nicht die Bedeutung wie in manchen indu-

striellen Bereichen zu. Trotzdem gibt es auch im Angebot von Finanzdienstleistungen Faktoren, für die Größe des Anbieters vorteilhaft ist: Dazu zählen etwa die Sicherheit einer hohen Kapitalausstattung, die Bedeutung der Rolle als bestimmender „major player“ in manchen Bereichen und eine weltweite Präsenz, die internationale Transaktionen erleichtert (Revell 1987). Große Anbieter können auch Verbundvorteile aus der gleichzeitigen Präsenz in vielen Marktsegmenten am ehesten lukrieren, sie können hohe Startkosten des Einstiegs in neue Märkte und neue Produkte leichter aufbringen und spezialisierte Produkte permanent anbieten.

Zieht man die hier dargestellten Kriterien als Basis heran, so erscheint es wenig realistisch, daß Wien über die Voraussetzungen für ein globales internationales Finanzzentrum verfügt. Sehr wohl läßt sich aber die Option ableiten, die durch die Öffnung der osteuropäischen Staaten entstandenen Chancen in eine Nischenposition als spezialisierter internationaler Finanzplatz mit Ostorientierung umzusetzen. Da aber gleichzeitig manche der in der Vergangenheit wesentlichen exogenen Vorteile Wiens als Zugang zum Osten tendenziell an Bedeutung verloren haben, müßte diese Strategie durch den Ausbau realwirtschaftlicher Beziehungen (Osthandelszentrum) und besonders der komparativen Vorteile des Standortes Wien im osteuropaspezifischen Informationspotential nachhaltig unterstützt werden.

2.3.3. Einige Anhaltspunkte zu den bestehenden komparativen Vorteilen Wiens als Finanzplatz mit Osteuropaschwerpunkt

Sowohl hinsichtlich externer Skalenerträge als auch bestehender realwirtschaftlicher Verflechtungen mit den osteuropäischen Ländern können die Voraussetzungen für einen Osteuropaschwerpunkt des Finanzplatzes Wien als durchaus günstig eingeschätzt werden.

Osteuropa-Verbindungen des österreichischen Bankwesens

Die Beziehungen mit den osteuropäischen Ländern stellen heute bereits einen/den Schwerpunkt der internationalen Geschäftstätigkeit des österreichischen Bankwesens dar. Von den Mitte 1991 bei der OeNB registrierten 67 Auslandsrepräsentanzen österreichischer Banken entfallen rund 40% auf Osteuropa. Am besten durch Repräsentanzen erschlossen ist die ČSFR, gefolgt von Jugoslawien und der Sowjetunion. Zusätzlich listet Haiss (1991 b) mehr als 50 Beteiligungen

und anderen Ostaktivitäten österreichischer Banken auf. In diesem Bereich rangiert Ungarn an erster Stelle, gefolgt wiederum von der ČSFR, Jugoslawien und der UdSSR. Vergleichsweise wenige institutionalisierte Marktbearbeitung erfolgte bisher offenbar in Polen.

In Österreich waren Ende 1991 4 Banken ansässig, die eine Beteiligung osteuropäischer Staaten aufweisen. Es sind dies die Donau Bank AG (UdSSR), die Adria Bank AG (YU), die Centro International Trade Bank (PL) sowie die Central Wechsel- und Kreditbank AG (H). Die aggregierte Bilanzsumme dieser Institute beträgt freilich aufgrund ihres spezialisierten und wenig bilanzwirksamen Geschäftsbereiches nur rund 33 Mrd. S, das sind weniger als 1% Marktanteil.

Durch Repräsentanzen in Österreich vertreten sind 5 Banken aus Jugoslawien und die bulgarische Außenhandelsbank. Wichtiger als die Präsenz osteuropäischer Banken in Wien ist aber das wachsende Interesse westlicher Banken, durch Einrichtung von Repräsentanzen vom Standort Wien aus den osteuropäischen Markt zu betreuen. Es fällt auf, daß seit der Liberalisierung in Osteuropa eine Reihe von bisher nicht in Österreich tätigen internationalen Banken mit explizit dieser Zielsetzung nach Wien gekommen sind. Von im Sommer 1991 insgesamt 18 durch Repräsentanzen in Wien vertretenen Banken aus westlichen Ländern sind 14 erst seit Mitte 1989 errichtet worden. Darunter sind japanische Finanzinstitute (4) und spanische Banken (3) am stärksten vertreten. 8 dieser 14 Repräsentanzen wurden von Banken eingerichtet, die immerhin zu den weltweit Top 50 in der Reihung der Zeitschrift „The Banker“ gehören.

Auch in den Finanzierungsbeziehungen mit den Oststaaten nehmen die in Österreich ansässigen Banken eine wichtige Rolle ein. Von den Mitte 1990 im Rahmen der BIZ-Berichterstattung erfaßten 82,5 Mrd. US-Dollar an Forderungen westlicher Banken gegenüber Oststaaten (BIZ 1991) rechnet die BIZ Banken mit dem Sitz in Österreich einen Anteil von 11% zu. Nach dem Euromarktzentrum Großbritannien (24%), der BRD (16%) und Frankreich (13%) liegt Österreich als Finanzierungszentrum für den Osten damit bereits an vierter Stelle unter den Bankplätzen. Zum Vergleich: Der Anteil Österreichs an den gesamten von der BIZ erfaßten Auslandsforderungen westlicher Banken liegt nur bei 1,1%.

Darüber hinaus haben sich österreichische Banken eine wichtige Position beim Aufbau von Wertpapiermärkten in den osteuropäischen Ländern gesichert (z. B. Börse Budapest), und auch die österreichische Versicherungswirtschaft ist in Osteuropa bereits sehr aktiv.

Realwirtschaftliche Bestimmungsfaktoren

Im österreichischen Außenhandel nehmen Geschäfte mit den Oststaaten traditionell eine große Rolle ein. Unter den 24 OECD-Staaten war Österreich im Jahr 1990 der viertgrößte Exporteur (nach der BRD, der USA und Japan) und der fünftgrößte Importeur (nach der BRD, Italien, Frankreich und Japan) im Handel mit Osteuropa. In der am Brutto-Inlandsprodukt standardisierten Osthandelsintensität rangiert Österreich bei Exporten wie Importen nach Finnland an zweiter Stelle. Dazu kommt noch ein nicht unerhebliches Volumen an Transithandel über Österreich.

Schätzungen für die Beteiligung österreichischer Unternehmen an „Joint Ventures“ westlicher Staaten mit Osteuropa (Passweg 1991) ergeben für Österreich per Jahresende 1990 einen überdurchschnittlichen Anteil von rund 16%. Besonders stark ist das österreichische Engagement in den Nachbarstaaten ČSFR und Ungarn mit einem Anteil von etwa 25%.

Einen herausragenden komparativen Vorteil Wiens bildet seine Funktion als Osthandelszentrum für österreichische und besonders für ausländische Firmen. Nach Schätzungen der ICD sind in Wien — neben einem ausgebauten Netzwerk von Ostkontakten österreichischer Firmen — derzeit mehr als 1.000 westliche Firmen ansässig, die von hier aus den osteuropäischen Markt bearbeiten. Seit 1989 dürfte sich dieser Trend nach Wien noch verstärkt haben. Immer mehr große internationale Konzerne siedeln das Hauptquartier für ihre Aktivitäten in Osteuropa in Wien an.

Besonders in der Verfügbarkeit von Informationskapazitäten wirkt sich die historische Sonderposition Wiens gegenüber Osteuropa heute positiv aus. Die dadurch gegebenen Vorteile reichen von einer überdurchschnittlichen Kenntnis osteuropäischer Sprachen über Handelsvertretungen aller Oststaaten bis zu Wien als einem Zentrum der Osteuropaforschung (Barisitz 1990). Wichtig erscheint, daß es in Wien seit langer Zeit zu den selbstverständlichen Aufgaben von offiziellen Institutionen, Firmen und den dort tätigen Personen gehörte und gehört, die Entwicklung in Osteuropa — genauer und regelmäßiger als in vielen anderen Ländern — zu verfolgen und Kontakte in die verschiedenen osteuropäischen Länder zu haben. Es ist vor allem diese — nicht exakt quantifizierbare — Selbstverständlichkeit der Beziehungen und die aus ihr gewonnene Erfahrung, die Wien auch unter den geänderten Rahmenbedingungen große komparative Vorteile ge-

genüber anderen Städten zukommen läßt. Und je mehr dieser Vorteil von Unternehmen und Finanzmärkten als wichtig für den Standort Wien angesehen wird, umso mehr verstärkt sich diese Komponente, die für die Nutzung externer Skalenerträge eines spezialisierten Finanzplatzes entscheidend ist.

Literatur zu Abschnitt II.2.3.

Ausch, K.: Als die Banken fielen, Wien 1968

Baltzarek, F.: Finanzplatz Wien — die innerstaatliche und internationale Stellung in historischer Perspektive, Quartalshefte der Girozentrale, 4/1980

Bank of England: London as an international financial centre, Bank of England Quarterly Bulletin, November 1989

Barisitz, St.: Austria — a Business Bridge between East and West, Österreichische Osthefte, Nr. 1, 1990.

BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich): Entwicklung des internationalen Bankgeschäfts und der internationalen Finanzmärkte, Basel, Februar 1991.

Briem, R.: Finanzplatz Österreich, Wirtschaftspolitische Blätter, 2—3/1990

Christensen, B.: Switzerland's Role as an International Financial Center, IMF Occasional Paper No. 45, Washington 1986

Davis, E.: International Financial Centres — An industrial analysis, Bank of England Discussion Papers, No. 51, September 1990

Finanzplatz Österreich, Die Erste — Wirtschaftsanalysen, 1/1990

Gardener, E./Molyneux, Ph.: Changes in Western European Banking, London 1990

Haiss, P.: Central European Strategies of Austrian Banks, Österreichisches Bank Archiv, 5/1991b

Haiss, P.: Finanzplatz Österreich, Österreichisches Bank Archiv, 2/1991a

Hirtle, B.: Factors Affecting the Competitiveness of Internationally Active Financial Institutions, Federal Reserve Bank of New York Quarterly Review, Spring 1991

Kindleberger, C.: A Financial History of Western Europe, London 1984

Kindleberger, C.: The Formation of Financial Centres, Princeton Studies in International Finance, No. 36, 1974

Laudemann, A.: Chancen des Finanzplatzes Wien in spezieller

Ostausrichtung, Hochschule für Unternehmensführung, Koblenz 1989

März, E./Weber, F.: The Antecedents of the Austrian Financial Crash of 1931, Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 5/1983

März, E.: Österreichische Bankpolitik in der Zeit der großen Wende 1913—1923, Wien 1981

Passweg, M.: Joint Ventures in Osteuropa, Zeitschrift über Multinationale Konzerne, 1991

Pohl, R.: Finanz-Freihäfen — Möglichkeiten für die Bundesrepublik Deutschland und Berlin?, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Vierteljahresheft 1—2/1986

Reed, H.: The Preeminence of International Financial Centres, New York 1981

Revell, J.: Mergers and the Role of Large Banks, Institute of European Finance Research, Bangor 1987

Socher, K./Lexa, H./Smekal, Ch.: Finanzplatz Österreich, Schriftenreihe des Österreichischen Forschungsinstituts für Sparkassenwesen, 2/1990

Thießen, F.: Standorttheorie für Internationale Finanzzentren, Köln 1988

Tichy, G.: Die Volkswirtschaftliche Bedeutung eines Finanzplatzes Wien, Quartalshefte der Girozentrale, 4/1981

Winckler, G.: Internationaler Finanzplatz Wien — zusammenfassende Thesen, Quartalshefte der Girozentrale, 4/1981

2.4. Implikationen für die Verkehrsinfrastruktur in Österreich

Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Osteuropa befindet sich im Umbruch. Die Öffnung der Westgrenzen, die Umstellung auf die Marktwirtschaft und das Ende der RGW-internen Arbeitsteilung hat Auswirkungen auf den internationalen Personen-, Güter- und Nachrichtenverkehr. Der folgende Abschnitt behandelt drei Fragen:

1. Wie hoch ist das zu erwartende Potential des Verkehrs der Oststaaten mit und über Österreich?
2. Wo könnten sich Engpaßprobleme im österreichischen Verkehrsnetz ergeben?
3. Welche Maßnahmen sollte die Verkehrspolitik setzen?

2.4.1. Wien — Schnittpunkt europäischer Verkehrswege

Zunächst sind die „neuen“ Verkehrsachsen Österreichs und Westeuropas mit Osteuropa aufzuzeigen. Die Intensivierung der *österreichischen* Ostbeziehung wird vor allem den Verkehr auf der Achse Salzburg — Linz — Wien — Ostgrenze beleben. Zunehmen wird auch der Verkehr auf der Achse Graz — Linz — Prag.

In den letzten vierzig Jahren bildete der Osten Österreichs für das westeuropäische Verkehrsnetz Wien ein „Dead End“. Der Raum Wien wird nun seine eigentliche Bedeutung als *Schnittpunkt europäischer Magistralen* wieder erlangen. Hier schneiden sich die kürzesten Verbindungen zwischen wichtigen Bevölkerungs- und Industriezentren Ost- und Westeuropas. Es sind dies die Achsen:

London — Brüssel — Köln — Frankfurt — Nürnberg — Wien — Budapest — Bukarest,

Hamburg — Hannover (Berlin) — Leipzig — Prag — Wien — Belgrad — Sophia — Saloniki,

Bologna (Mailand, Turin) — Venedig — Udine — Wien — Brünn — Ostrau — Kattowitz — Warschau und

Agram — Wien — Brünn — Krakau — Posen — Danzig.

Weiters bindet sich die Achse

Paris — Metz — Straßburg (Zürich) — Stuttgart — München im Raum Wien in die weiterführenden Südostachsen ein.

Die Ostöffnung belebt auch zwei andere über Österreich führende Verkehrsachsen:

Bologna — Brenner — Pilsen (Prag) — Dresden — Berlin und
Rotterdam — Köln — München — Salzburg — Graz — Agram
— Sarajevo (Belgrad — Sofia).

2.4.2. Bevölkerung bestimmt Verkehrspotentiale

Das Ausmaß der Reisen, Nachrichtenübermittlungen und der Warentransporte zwischen Staaten hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab: Einkommensniveau, touristische Attraktivität, Beschäftigungsmöglichkeiten, Struktur und Umfang der Güterproduktion, Außenhandelskonditionen usw. Einen gewissen Anhaltspunkt für die Potentiale des Verkehrsaufkommens ergeben die Bevölkerungszahlen. Sie sind nicht nur ein Richtwert für den möglichen Reise- und Nachrichtenverkehr, sondern auch für das Potential der Gütertransportnachfrage. Tabelle 17 teilt die Länder Europas nach ihrer Entfernung zu Österreich ein, gemessen von den nächstliegenden Grenzen zu Österreich. Aussagekräftiger wären freilich Distanzen zu Bevölkerungsschwerpunkten unter Berücksichtigung des Ausbauzustands und der Länge der Verkehrsverbindungen. Tabelle 17 unterscheidet zwischen „alten“ und „neuen“ Verkehrspotentialen. „Alte“ Verkehrspotentiale sind Länder, deren Staatsbürger schon immer frei ausreisen konnten und deren Wirtschaft marktwirtschaftlich organisiert ist (ausgenommen Jugoslawien), in „neuen“ Verkehrspotentialen erhielten die Bewohner erst im Zuge der jüngsten Entwicklung Reisefreiheit, die Wirtschaft versucht, den Status der Planwirtschaft zu verlassen.

Zwischen *Anrainerstaaten* entwickeln sich im Normalfall besonders intensive Reise- und Handelsbeziehungen. Österreich ist zudem ein attraktives Freizeitland; für Bewohner der unmittelbar angrenzenden Gebiete lohnen sich auch Tagesausflüge und Kurzurlaube. Das „neue“ Anrainerpotential von 26 Mill. Bürgern aus der ČSFR und aus Ungarn wird vor allem mit dem Wiener Raum enge Verbindungen knüpfen. Ihr Weg zu den wichtigen Märkten in Süddeutschland, der Schweiz und in Oberitalien sowie zu den touristischen Zielen Italiens und Frankreichs führt zum Teil durch Österreich.

Die Liberalisierung in *Polen und die Eingliederung der DDR* in die BRD hat ein Potential von 54 Mill. Menschen erschlossen, das Öster-

Potentiale für den Verkehr nach und durch Österreich

„Alte“ Potentiale		„Neue“ Potentiale	
	Bevölkerung 1989 in Mill.		Bevölkerung 1989 in Mill.
Insgesamt	402.9	Insgesamt	188.2
Anrainerstaaten			
Insgesamt	148.9	Insgesamt	26.2
BRD	61.3	CSFR	15.6
Schweiz	6.6	Ungarn	10.6
Italien	57.4		
Jugoslawien	23.6		
Weitere Länder in einer Entfernung bis zu 300 km ¹⁾			
Insgesamt	55.9	Insgesamt	54.3
Frankreich	55.9	DDR	16.4
		Polen	37.9
Weitere Länder in einer Entfernung bis zu 600 km ¹⁾			
Insgesamt	24.7	Insgesamt	77.8
Belgien, Luxemburg	9.9	Ukraine	51.7
Niederlande	14.8	Rumänien	23.0
		Albanien	3.1
Weitere Länder in einer Entfernung bis zu 1.000 km ¹⁾			
Insgesamt	173.4	Insgesamt	29.9
Spanien	39.0	Litauen	3.7
Großbritannien	57.1	Lettland	2.7
Dänemark	5.1	Weißrussland	10.2
Schweden	8.4	Moldawien	4.3
Griechenland	10.0	Bulgarien	9.0
Türkei	53.8		

¹⁾ Luftlinie zwischen Staatsgrenzen.

reichs Verkehrsinfrastruktur aber voraussichtlich wesentlich stärker frequentieren wird als bisher etwa die gleich weit entfernten Franzosen. Insbesondere der Reise- und Güterverkehr zwischen Polen und Italien bedeutet eine hohe mögliche Transitbelastung.

Die 78 Mill. Bewohner der *Ukraine, Rumäniens und Albanien*s werden vermutlich nicht so bald eine ähnliche Reise- und Außenhandelsintensität entwickeln wie die Niederländer und Belgier.

Die Verkehrsbeziehungen mit Ländern in einer Entfernung von über 600 km Luftlinie sind meist recht schwach ausgeprägt. Spezielle zwischenstaatliche Beziehungen können dennoch einen intensiven Verkehrsstrom auslösen. Als Beispiel sei der Gastarbeiterverkehr aus der Türkei angeführt.

Insgesamt schafft die Reise- und Wirtschaftsliberalisierung in Län-

dern Europas bis zu einer Entfernung von 1.000 km Luftlinie zur österreichischen Grenze für den Verkehr nach und durch Österreich eine Zunahme des Bevölkerungspotentials von bisher 403 Millionen auf 591 Millionen.

2.4.3. Wachstumsperspektiven für den Personenverkehr

Das zusätzliche Potential von 188 Mill. Menschen ist zum Teil im Personenverkehr nach und durch Österreich bereits spürbar. Die Zahl der aus der ČSFR einreisenden Ausländer war im August 1991 achtzehnmal so hoch wie im August 1988. Vergleichsweise sind die Einreisen aus den westlichen Nachbarstaaten nur um 8% gestiegen. Die Zahl der im August aus Jugoslawien einreisenden Ausländer hat sich in der Folge der militärischen Auseinandersetzung im Vergleich zu 1990 halbiert (Tabelle 18). Ein Großteil der Reisenden fuhr im Sommer 1991 über Ungarn, dies erklärt hier die starke Zunahme.

Über viele Jahre mußten die Reisebedürfnisse der Bevölkerung in den Oststaaten unbefriedigt bleiben. Die Erholungsgebiete in den Alpen und an der Adria, die kulturellen Sehenswürdigkeiten des Westens waren ihr lange Zeit verschlossen. Auch das reiche Angebot in den Warenhäusern und die Hoffnung auf Beschäftigung im Westen zieht die Menschen aus dem Osten an. Die Touristen müssen sich freilich nach ihrer noch sehr knappen finanziellen Decke strecken. Busreisen sind am ehesten erschwinglich, Autobesitzer machen Ausflugsfahrten und Urlaubsreisen am liebsten mit dem eigenen Pkw. Von den über niederösterreichische und burgenländische Grenzstellen nach Österreich einreisenden Ausländern benützten im August 1991 nur 4'3% die Bahn (Tabelle 19). 1988 betrug der Anteil der Bahnreisenden noch 12'4%. Der Anteil der Bahnreisenden an den Grenzübertritten in Tirol und Salzburg liegt im Vergleich dazu etwas über 4% und hat sich in den letzten vier Jahren kaum verändert.

Osteuropa ist derzeit weitaus schwächer motorisiert als Westeuropa. Autobesitzer sind reisefreudiger, eine Anhebung der Pkw-Dichte auf das Niveau westeuropäischer Staaten würde sich entsprechend auf den Verkehr in Österreich auswirken. Mit 238 Pkw pro 1.000 Einwohner wies die DDR Ende 1989 die höchste Pkw-Dichte unter den Oststaaten auf, gefolgt von der ČSFR und Ungarn (Tabelle 20). Die derzeitige Pkw-Dichte der ČSFR und Ungarns hatte die BRD bereits vor rund 25 Jahren erreicht. Die inzwischen weit über 5 Mill. Pkw der beiden östlichen Nachbarstaaten sind schon

Tabelle 18

Einreisende Ausländer im August

	BRD	CH	Grenzübergänge nach		H	CS
			I	YU		
1988	11.791	2.072	2.845	3.179	657	177
1989	11.956	1.945	2.839	2.677	1.353	584
1990	12.393	1.755	3.386	2.902	1.619	2.784
1991	12.832	1.943	3.295	1.615	2.653	3.131

Quelle: ÖSTAT.

Tabelle 19

Per Bahn einreisende Ausländer im August

	Burgenland		Niederösterreich		Salzburg		Tirol	
	in 1.000	Anteil in % ¹⁾	in 1.000	Anteil in % ¹⁾	in 1.000	Anteil in % ¹⁾	in 1.000	Anteil in % ¹⁾
1988	86	12,9	15	9,7	148	4,4	317	4,5
1989	146	10,7	22	4,0	165	4,9	323	4,3
1990	189	10,8	51	2,5	164	4,6	321	4,1
1991	152	5,0	54	2,5	157	4,4	348	4,1

¹⁾ Anteil an einreisenden Ausländern auf Bahn und Straße.
Quelle: ÖSTAT.

Tabelle 20

Pkw-Dichte in ausgewählten Ländern, Ende 1989

	1.000 Pkw	Pkw pro 1.000 Einwohner	Jahrgleiche Dichte in der BRD
<i>Westeuropa</i>			
BRD	29.755	487	1989
Italien	26.299 ¹⁾	456	1987
Schweiz	2.900	431	1986
Österreich	2.903	381	1981
<i>Osteuropa</i>			
DDR	3.899	238	1971
ČSFR	3.122	200	1969
Ungarn	1.732	163	1966
Jugoslawien	3.324	141	1964
Bulgarien	1.270	141	1964
Polen	4.846	128	1963
Rumänien	1.190	52	1958

¹⁾ Eigene Schätzung.
Quelle: UNO, ECE, Annual Bulletin of Transport Statistics, New York 1991.

jetzt ein beträchtliches Belastungspotential für Österreichs Straßen. Der weitere Anstieg der Motorisierung in Osteuropa hängt in erster Linie von der Einkommensentwicklung ab. In den letzten Jahren nahm der Pkw-Bestand im Osten wohl bedeutend rascher zu als in den westlichen Industriestaaten — in denen sich schon eine Bestand-sättigung abzeichnete —, aber viel langsamer als in der BRD zum Zeitpunkt, als die Pkw-Dichte dort ungefähr so hoch war wie heute in den Oststaaten (Puwein, 1990).

Neben dem Reiseverkehr der Touristen könnte künftig auch der Gastarbeiterverkehr aus den Oststaaten eine bedeutende Rolle spielen. Die Umstellung der Wirtschaft hat dort bereits viele Arbeitskräfte freigesetzt, das Lohndifferential zu den westlichen Ländern bildet auch für die Beschäftigten einen großen Anreiz, im Westen Arbeit zu suchen. Aus heutiger Sicht ergäbe sich für Rumänien ein sehr großes Potential für den Gastarbeiterverkehr nach und über Österreich. Der Reiseverkehr *aus dem Westen in die Oststaaten* ist noch wenig entwickelt. Verbesserungen des touristischen Angebots und engere Wirtschaftsbeziehungen werden den West-Ost-Reiseverkehr beleben.

Aufgrund der aufgezeigten Potentiale ist eine weitere Verdoppelung des grenzüberschreitenden Personenverkehrs im Osten Österreichs im Zuge des Aufholprozesses der Oststaaten durchaus möglich. Die Geschwindigkeit des Aufholprozesses ist freilich eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung verknüpft.

2.4.4. Potentiale des Güterverkehrs

Weitaus schwieriger als Voraussagen über den Personenverkehr sind solche über den Güterverkehr. Die Grundlage dafür wären güterspezifische Außenhandelsprognosen, die aber derzeit angesichts des kaum begonnenen politischen und wirtschaftlichen Gärungsprozesses in Osteuropa höchst unsicher sind. Auf der Basis der Außenhandelsbeziehungen zwischen westeuropäischen Ländern lassen sich aber Aufholpotentiale für den Ost-West-Außenhandel abschätzen.

In Österreich sind bei einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 2,2% pro Jahr zwischen 1980 bis 1990 die Einfuhren (gemessen in Tonnen) jährlich um 1,6%, die Ausfuhren um 3,6% gestiegen. An der Einfuhrtonnage hatte die Energie (Steinkohle, Erdöl, Erdgas und Produkte daraus) 1990 einen Anteil von 43% (Tabelle 21). Diese Transporte werden großteils per Rohrleitung und Donauschiffahrt durchgeführt, sie spielen daher bei Überlegungen

Tabelle 21

Außenhandel Österreichs und der EG-9, 1990

Österreich mit	Einfuhr		Ausfuhr	
	in 1.000 t	1980 = 100	in 1.000 t	1980 = 100
Welt	43.713	119	22.259	148
Welt ohne Energie	24.869	134	21.785	147
EG-9	14.199	140	14.132	153
EG-9 ohne Energie	12.172	156	13.929	153
Oststaaten	15.692	114	2.377	126
Oststaaten ohne Energie	6.077	114	2.144	117
EG-9 mit	in Mill. t	1980 = 100	in Mill. t	1980 = 100
Welt	1.635	113	908	124
Welt ohne Energie	910	132	668	136
EG-9	671	136	643	130
EG-9 ohne Energie	516	150	490	148
Oststaaten	140	154	18	86
Oststaaten ohne Energie	58	161	17	89

Quelle: ÖSTAT, EUROSTAT.

Tabelle 22

Außenhandel Österreichs mit ausgewählten Ländern, 1990

	Einfuhr, ohne Energie			Ausfuhr, ohne Energie		
	1.000 t	kg pro Kopf	1980 = 100	1.000 t	kg pro Kopf	1980 = 100
BRD	8.410	137	155	6.623	108	100
Italien	1.692	29	142	5.064	88	141
Schweiz	479	73	133	1.457	221	126
Jugoslawien	578	24	189	1.371	58	192
Ungarn	1.412	133	192	508	48	142
ČSFR	1.588	102	68	310	20	208
Frankreich	544	10	129	790	14	263
Polen	582	15	123	132	3	30
DDR	272	17	93	240	15	156
Niederlande	702	47	288	440	30	196
Rumänien	55	2	25	172	7	177
Großbritannien	255	4	134	489	9	124
Bulgarien	114	13	116	64	7	86
UdSSR	2.036	7	175	709	2	133
Summe						
Oststaaten	6.637			3.506		

Quelle: ÖSTAT.

über zu erwartende Kapazitätsengpässe im Straßen- und Schienennetz keine so entscheidende Rolle. Die weiteren Betrachtungen konzentrieren sich daher auf den Außenhandel ohne Energie. Von den Einfuhren kamen 1990 24% aus den Oststaaten, 10% der Ausfuhren gingen in die Oststaaten. Die Außenhandelsintensität der EG mit den Oststaaten war wesentlich geringer (Einfuhren 6'4%, Ausfuhren 2'5% — jeweils ohne Energie).

Bisher konzentrierte sich der Außenhandel der Oststaaten auf den RGW-Raum. Mit dem Westen wurden vornehmlich Roh- und Halbfertigwaren sowie Brennstoffe gegen hochwertige Investitionsgüter ausgetauscht. Dementsprechend einseitig sind die Transportbilanzen. Selbst ohne Energie waren 1990 die Einfuhren Österreichs aus dem Osten gewichtsmäßig 2'8mal so hoch wie die Ausfuhren in den Osten (EG: Faktor 3'4).

Gewisse Rückschlüsse auf den möglichen Umfang des künftigen Außenhandelsvolumens lassen sich aus Vergleichen von Pro-Kopf-Außenhandelszahlen ziehen. Österreich führte 1990 pro Kopf der Bevölkerung des Handelspartners mengenmäßig am meisten Güter (ohne Energie) in die Schweiz aus (221 kg). In der Einfuhr liegen die Bundesrepublik Deutschland und Ungarn an der Spitze (Tabelle 22).

Tabelle 23

Außenhandel Italiens und der BRD mit ausgewählten Ländern, 1990

	Einfuhr, ohne Energie			Ausfuhr, ohne Energie		
	1.000 t	kg pro Kopf ¹⁾	1980 = 100	1.000 t	kg pro Kopf ¹⁾	1980 = 100
<i>Italien</i>						
BRD	14.742	240	135	10.996	179	145
CSFR	710	46	109	117	8	118
Niederlande	3.188	215	170	1.788	121	172
Polen	958	25	244	214	6	111
DDR	142	9	35	50	3	116
<i>BRD</i>						
Jugoslawien	1.603	68	325	1.073	45	113
Ungarn	1.453	137	142	572	54	107
Spanien	3.788	97	121	3.769	97	290
Rumänien	488	21	70	304	13	55
Bulgarien	245	27	119	108	12	51
Griechenland	1.028	103	94	943	94	144
Summe Transit						
Oststaaten	5.599			2.438		

¹⁾ Der Einwohner des Partnerlandes.
Quelle: Eurostat.

Aus der ČSFR wurden 1990 102 kg Waren pro Kopf der ČSFR-Bevölkerung eingeführt, aber nur 20 kg dorthin ausgeführt. Weiter entfernte Handelspartner haben naturgemäß wesentlich geringere Pro-Kopf-Außenhandelswerte als die unmittelbaren Nachbarländer. Für den zu erwartenden *Transitverkehr* ist der Osthandel *Italiens* und der *BRD* besonders relevant (Tabelle 23). Generell erreichen die Pro-Kopf-Werte des Osthandels dieser Länder nur einen Bruchteil ihres Westhandels.

Mit der Veränderung der Wirtschaftsstrukturen und dem Abbau von Außenhandelsbeschränkungen werden sich diese großen Unterschiede im Transportaufkommen voraussichtlich verringern. Die Unpaarigkeit der Transportbeziehungen könnte abnehmen, wenn der Osten sowohl mehr Konsumgüter aus dem Westen einführt als auch an Stelle von Rohstoffen höher verarbeitete Waren ausführt.

In Tabelle 24 sind die Ergebnisse eines ersten Versuches festgehal-

Tabelle 24

Schätzungen des Aufholpotentials des Ostverkehrs nach und über Österreich

	Einfuhr, ohne Energie 1.000 t kg pro Kopf		Ausfuhr, ohne Energie 1.000 t kg pro Kopf	
Österreich				
Jugoslawien	2.832	120	1.652	70
Ungarn	1.590	150	1.060	100
ČSFR	2.340	150	1.560	100
Polen	2.653	70	1.895	50
DDR	1.640	100	1.230	75
Rumänien	1.150	50	460	20
Bulgarien	450	50	180	20
UdSSR	2.857	10	1.429	5
Summe	15.512		9.436	
Italien				
ČSFR	1.560	100	1.092	70
Polen	1.895	50	1.137	30
DDR	1.640	100	820	50
BRD				
Jugoslawien	2.360	100	1.416	60
Ungarn	1.378	130	848	80
Rumänien	920	40	460	20
Bulgarien	360	40	180	20
Transit Summe	10.113		5.953	
Total Summe	25.625		15.389	

ten, das *Aufholpotential* des Ost-West-Güterverkehrs nach und über Österreich abzuschätzen. Würden Österreichs östliche Nachbarn — Ungarn, Jugoslawien und die ČSFR — pro Kopf ihrer Bevölkerung ähnlich viel aus Österreich beziehen wie z. B. die Bundesrepublik Deutschland, so wäre das Transportaufkommen im Ausfuhrverkehr in diese Länder mehr als doppelt so hoch wie derzeit.

Noch größer ist das Wachstumspotential des Güterverkehrs *von Italien durch Österreich* in die ČSFR, nach Ungarn, Polen und in die neuen deutschen Bundesländer. Eine leichte Annäherung des Güter-austausches an die Struktur des Außenhandels zwischen Italien und seinen nördlichen EG-Partnern (Tabelle 23) würde den Transitverkehr auf der Südwest-Nordost-Achse durch Österreich fast vervierfachen. Nicht ganz so große Wachstumspotentiale dürften im *Nordwest-Südost-Transit* liegen. Allein durch die Ausschöpfung des Nachholpotentials könnte aber der *Transitverkehr in Ostösterreich* auf das Doppelte des Niveaus von 1990 steigen. Einschließlich des österreichischen Außenhandelsverkehrs nähme das Transportvolumen im Verkehr über die Ostgrenzen fast auf das 2 $\frac{1}{2}$ -fache zu. Voraussetzung dafür ist freilich eine wirtschaftliche Konsolidierung der Oststaaten und entsprechende Freihandelsabkommen zwischen Ost- und Westeuropa.

2.4.5. Engpässe in der Verkehrsinfrastruktur

Es bestehen bereits Kapazitätsengpässe im österreichischen Straßen- und Bahnnetz, die zu erwartende Zunahme des Binnenverkehrs, des grenzüberschreitenden Westverkehrs und die aufgezeigte mögliche Entwicklung des „neuen“ Ostverkehrs werden die Engpaßprobleme drastisch verschärfen. Die Kapazitätsprobleme werden vor allem im Raum Wien spürbar werden. Die täglichen Stauungen auf den Wiener Nord-, Süd- und Westeinfahrten sowie auf der Südosttangente machen bereits bestehende *Straßenengpässe* deutlich. Die Leistungsfähigkeit der *Westbahntrasse* ist im Abschnitt Neulengbach — Westbahnhof durch die derzeitige Belastung ausgeschöpft. Halten die jüngsten Wachstumstendenzen an, so werden auch die Kapazitäten der anschließenden Süd(auto)bahn und der West(auto)bahn bald nicht mehr ausreichen, ebenso die Straßenanschlüsse in die ČSFR.

Die Qualität der *Donauschifffahrt* leidet unter dem zeitweiligen Niederwasser, das zur Verringerung der Ladungsmenge bzw. zum vollständigen Stillstand der Transporte führt.

Tabelle 25

Direkte internationale Fernleitungen, 1990

	Fernsprech-			Telex-		
	1981 = 100	Je Mill. Fw ¹⁾		1981 = 100	Je Mill. Fw ¹⁾	
BRD	6.441	192	105'2	245	52	4'0
Schweiz	1.663	218	255'5	108	76	16'6
Italien	1.272	263	22'1	134	135	2'3
Jugoslawien	871	291	37'0	72	109	3'1
Ungarn	397	409	37'5	49	132	4'6
CSFR	212	208	13'6	33	100	2'1
Frankreich	333	201	6'0	54	104	1'0
Großbritannien	326	143	5'9	110	83	2'0
Polen	94	448	2'5	34	121	0'9
UdSSR	29	71	0'1	27	123	0'1
Bulgarien	48	686	5'3	18	100	2'0
Rumänien	19	190	0'8	25	100	1'1

¹⁾ Des Partnerlandes.

Quelle: Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung, Geschäftsbericht 1990.

Tabelle 26

Genehmigungen für Fahrten von Straßengüterfahrzeugen nach und durch Österreich, 1991

	Einzel- genehmigungen	Dauer- genehmigungen	Fiktive ¹⁾	
			Einzelgenehmigungen	Pro 1.000 Einwohner
CSFR	15.000	145	29.500	1'89
Ungarn	29.500	30	32.500	3'07
BRD	272.500	75	322.000 ²⁾	5'25

¹⁾ 1 Dauergenehmigung = 100 Einzelgenehmigungen.

²⁾ Zusätzlich 15% Werkverkehr.

Quelle: Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr.

Die *Telefonverbindungen* in den Osten sind schon relativ gut ausgebaut (Tabelle 25). Probleme ergeben sich durch die Handvermittlung und durch die geringe Zahl an Telefonanschlüssen in den Oststaaten.

Literatur zu Abschnitt II.2.4.

Seliger, P. M., Infrastruktur — Situation des Verkehrsträgers Schiene in Ostösterreich, in Faller, P., Seliger, P. M., Gürtlich, G. H., Bacher, R., Situationsanalyse Verkehrsinfrastruktur in Ostösterreich, ÖVG-Spezial, Band 27, Wien 1991.

Puwein, W., „Wachstumspotentiale des Ostverkehrs“, WIFO-Monatsberichte, 1990, 63 (4).

2.5. Förderungsinstrumente für österreichische Unternehmen

2.5.1. Exportförderung Osteuropa

Das Tempo der Ost-West-Integration wird maßgeblich von der Entwicklung des gegenseitigen Waren- und Dienstleistungsverkehrs beeinflußt werden. Jedoch stoßen hierbei westliche Verständnisse von Demokratie, Markt und Wettbewerb auf bisher andere Formen von Staat und Wirtschaft. Situation und Prognose des Integrationsprozesses werden recht unterschiedlich eingeschätzt (vom „Faß ohne Boden“ bis zum „gemeinsamen europäischen Haus“).

Exportstrategien und Exportfinanzierung sind Teilaspekte, die sich in die Umgestaltung Osteuropas einfügen müssen. Die westliche Begriffswelt im Bereich staatlicher Exportförderung erfaßt diese Dimension derzeit nur unzureichend. Die Grundsätze der Selbsttragung und Subsidiarität der Garantiesysteme, des Subventionsverbotes und internationaler Wettbewerbsregeln passen nicht recht zu den Aufgaben und Herausforderungen der Osteuropa-Modernisierung. Solange die Absicherung der Exporte nach Osteuropa vor allem unter dem Blickwinkel der bestehenden offenen Forderungen aus der Zeit der kommunistischen Regime betrachtet wird, bedeutet das, de facto an einem Wiederaufbau dieser Staaten nicht teilzunehmen.

Der von den OECD-Mitgliedsstaaten vereinbarte „Konsensus“ über die Zahlungs- und Finanzierungsbedingungen im Export trägt zwar dem Antisubventionscode des GATT Rechnung, beschränkt aber an sich erstrebenswerte Anpassungen bei der Finanzierung von Osteuropaexporten, insbesondere bei Projektfinanzierungen.

Allgemeine Exportförderung

Mit Ausnahme des Umweltfonds/Ostfonds bietet derzeit Österreich für die ehemaligen kommunistischen Länder Mittel- und Osteuropas keine länder- oder -gruppenspezifischen Instrumente der direkten Exportförderung an.

Umweltfonds/Ostfonds

Lediglich der Umweltfonds-Ostfonds ermöglicht einen verlorenen Zuschuß bis zur vollen Höhe für immaterielle Leistungen österreichischer Firmen in der ČSFR, in (Ex-)Jugoslawien, Polen und Ungarn, die der Reinhaltung der Luft oder der Gewässer dienen und durch

deren Erbringung eine wesentliche Entlastung der österreichischen Umwelt erwartet werden kann.

Seit dem Inkrafttreten der Richtlinien sind jedoch Zusagen in Höhe von ATS 350 Mio. gemacht worden, die auf mehrere Jahre verteilt sind. Für das Kalenderjahr 1992 sieht das Budget ATS 200 Mio. vor. Für 1993 werden ATS 150 Mio. prognostiziert.

Sonderfinanzierungen

Im Rahmen der OECD fanden Diskussionen betreffend der Möglichkeit von Sonderfinanzierungen für die ehemaligen europäischen Ostblockstaaten im Umweltbereich zu Sonderkonditionen statt, wobei man sich seitens der Anrainerstaaten Kreditbedingungen vorgestellt hatte, die deutlich unter dem Grant-Element von 35% liegen, das seitens der OECD als Limit für Projektfinanzierungen in Entwicklungsländern festgelegt wurde. Durch einen Einspruch der USA kam jedoch keine Einigung zustande.

Im Dezember 1991 wurde in Helsinki („Helsinki-V-Paket“) beschlossen, weiche Finanzierungen in Entwicklungsländern nur dort zuzulassen, bei denen die Hilfsmotivation (im Gegensatz zur Handelsmotivation) im Vordergrund steht, d. h. nur solche Projekte zu fördern, die sich wirtschaftlich nicht rechnen.

Anmerkung: Bei der Beteiligung Österreichs an der Finanzhilfe der G 24 zugunsten Bulgariens, der ČSFR und Ungarn handelt es sich um keine Exportförderung. Diese Mittel werden ungebunden für makroökonomische Hilfsmaßnahmen in Kooperation mit dem IWF zur Abdeckung der jeweiligen Finanzierungslücken in der Leistungsbilanz verwendet.

Länderspezifische Exportförderung (Stand 1. 1. 1992)

Albanien: Albanien war im Westen 1991 mit US-\$ 450 Mio. verschuldet.

Das Obligo Österreichs aus übernommenen Bundeshaftungen nach dem AFG betrug zum Stichtag 31. 10. 1991 ATS 2,2 Mrd. Hier ist auch die Beteiligungsgarantie eines namhaften österreichischen Unternehmens auf dem Erdölsektor in Höhe von ATS 2,1 Mrd. enthalten.

Da die „Albanian State Bank for Foreign Relations“ die Schuldentilgungen einstellt, hat die Kontrollbank ab September 1991 die Deckung für Albanien suspendiert.

Bulgarien: Bulgariens Verschuldung bei den westlichen Handelspartnern betrug laut OECD Ende 1990 US-\$ 10'4 Mrd., wobei US-\$ 7'9 Mrd. auf westliche Banken entfielen.

Das Obligo Österreich aus übernommenen Bundeshaftungen nach dem AFG betrug am Stichtag 31. 10. 1991 ATS 3'2 Mrd. Davon wurden im September 1991 ATS 907'4 Mio. umgeschuldet.

Österreichische Banken hielten laut Pressemeldungen Ende 1990 noch ca. ATS 10'7 Mrd. an offenen ungedeckten Bulgarienforderungen.

Im April 1990 wurde die Übernahme von Garantien durch den Bund im Wege der Kontrollbank für Bulgarien — im Einklang mit einem Großteil der Mitglieder der Berner Union — suspendiert, da die Bulgarische Außenhandelsbank bekanntgegeben hatte, ihre Devisenverbindlichkeiten bis auf weiteres nicht bedienen zu können.

Um trotz der angespannten Lage noch Handel in einem vertretbaren Ausmaß zu ermöglichen, übernahm die Kontrollbank — wiederum in Abstimmung mit anderen Mitgliedern der Berner Union — Garantien für kurzfristige Ausfuhrgeschäfte nach Bulgarien, wenn seitens des Kunden ein Sichtakkreditiv der Bulgarischen Außenhandelsbank beigebracht werden kann.

Falls die nächsten Fälligkeiten ordnungsgemäß bedient werden, könnten Deckungsmöglichkeiten erweitert werden.

Das Garantieentgelt für die Übernahme des politischen Risikos durch die Kontrollbank beträgt zur Zeit 4% p. a.

ČSFR: Ende 1990 war die ČSFR bei ihren westlichen Handelspartnern laut OECD mit US-\$ 7'9 Mrd. verschuldet. Davon entfielen etwa US-\$ 5'2 Mrd. auf Banken.

Das Obligo Österreichs aus übernommenen Bundeshaftungen nach dem AFG betrug zum Stichtag 31. 10. 1991 ATS 9'2 Mrd.

Die ČSFR ist der einzige ehemalige Ostblockstaat, für den Anfang 1992 die Kontrollbank sowohl im kurz-, mittel- als auch im langfristigen Bereich Garantien übernimmt.

Allerdings wird das Schuldenmanagement der ČSFR und die Situation der Wirtschaft eine wichtige Voraussetzung für eine Fortsetzung der offenen Garantiepolitik sein.

Für die Übernahme des politischen Risikos berechnet die Kontrollbank ein Garantieentgelt von 1'5% p. a.

Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (ehemalige UdSSR): Die Verschuldung der ehemaligen Sowjetunion gegenüber dem Westen wird

mit Ende 1991 auf US-\$ 70 Mrd. geschätzt, wobei etwa 70% auf internationale Banken und 30% auf Regierungen entfallen.

Das Obligo Österreichs aus übernommenen Bundeshaftungen nach dem AFG belief sich zum Stichtag 31. 10. 1991 auf ATS 41,7 Mrd., wovon ATS 3,4 Mrd. bereits restrukturiert werden mußten.

Solange das Debt Management, d. h. die Aufteilung von Gold- und Devisenreserven sowie der Verbindlichkeiten auf die einzelnen unabhängig gewordenen Staaten bzw. die zukünftige Rolle der Vneshekonombank nicht geklärt ist, wird die Garantieübernahme für die GUS, als Rechtsnachfolger der Sowjetunion, ausgesetzt.

Am 12. 12. 1991 wurde im Einklang mit der EG auch die Ausnützung des ATS-4-Mrd.-Konsumgüterkreditrahmens — es waren noch ATS 400 Mio. offen — suspendiert.

Außerdem werden die Rahmengarantien gekündigt. Promessen konnten weder ausgenützt noch über den 31. 12. 1991 hinaus verlängert werden.

Nachdem sich 17 westliche Gläubigerstaaten im Jänner 1992 bereiterklärt haben, der ehemaligen UdSSR einen Tilgungsaufschub für das Jahr 1992 zu gewähren, will Österreich einen weiteren Umschuldungskredit von rund ATS 3,5 Mrd. einräumen. Der genaue Betrag soll in einem bilateralen Umschuldungsvertrag festgelegt werden.

(ehemaliges) *Jugoslawien*: Die internationale Verschuldung Jugoslawiens betrug Ende 1990 laut OECD US-\$ 16,5 Mrd., wobei davon US-\$ 7,1 Mrd. auf Banken entfielen.

Das Obligo Österreichs aus übernommenen Haftungen nach dem AFG betrug zum Stichtag 31. 10. 1991 ATS 6,2 Mrd., wobei davon ATS 2,9 Mrd. bereits umgeschuldet wurden.

Nach Pressemeldungen hatten österreichische Banken Ende 1990 unbesicherte Forderungen in Höhe von ATS 3,3 Mrd. gehalten.

Aufgrund der drohenden Zahlungseinstellung Jugoslawiens wurde im Mai 1991 die Übernahme von Garantien ausgesetzt. Die einsetzenden Kampfhandlungen verhinderten in der Folge eine Wiederaufnahme der Indeckungnahme von Jugoslawien-Risiken.

In Anlehnung an eine Entscheidung der HERMES (BRD), entschloß sich der Bund im September 1991, die Deckung im kurzfristigen Bereich bei Vorliegen bankmäßiger Sicherheiten wieder aufzunehmen. Allerdings sind nur Einzelanträge möglich.

Eine positive Beurteilung ist insbesondere für den Fall des Vorliegens einer Bankgarantie seitens der „Ljubljanska Banka“ und der

„Zagrebacka Banka“ möglich. Garantien anderer Bankinstitute werden einer strengen Prüfung unterzogen.

Für Akkreditive der Ljubljanska Banka und der Zagrebacka Banka ist ein Rahmen von ATS 350 Mio. vorgesehen.

Für die Übernahme des politischen Risikos berechnet die Kontrollbank 3,5% p. a.

Polen: Polen war 1990 bei seinen westlichen Handelspartnern laut OECD mit US-\$ 48,2 Mrd. verschuldet, wobei auf westliche Banken US-\$ 11,3 Mrd. entfielen.

Das Obligo Österreichs aus übernommenen Bundeshaftungen nach dem AFG betrug zum Stichtag 31. 10. 1991 ATS 44,1 Mrd. Davon wurden bis 1989 bereits ATS 38,78 Mrd. umgeschuldet.

Die ungedeckten Forderungen österreichischer Banken betragen laut Pressemeldungen Ende 1990 ATS 6,1 Mrd.

Im März 1991 wurde Polen von den Gläubigerstaaten im Rahmen des Pariser Clubs eine Halbierung der staatlich garantierten Auslandsschulden zugesagt.

Österreich hat sich im Juli 1991 bereiterklärt, Polen im Wege einer Reduzierung der Umschuldungszinsen um 80% die Hälfte seiner Rückzahlungsverpflichtungen zu erlassen.

Eine Garantieübernahme ist derzeit im kurzfristigen Bereich (max. 12 Monate) möglich, während für Haftungsübernahmen im mittelfristigen Bereich (max. 5 Jahre) pro Geschäftsfall Garantiehöchstbeträge bis ATS 100 Mio. vorgesehen sind. Garantieübernahmen im langfristigen Bereich sind nach wie vor nicht möglich.

Für die Übernahme des politischen Risikos werden derzeit 4% p. a. berechnet.

Rumänien: Die Verschuldung Rumäniens in harter Währung betrug 1991 lediglich US-\$ 0,6 Mrd.

Das Obligo Österreichs aus übernommenen Bundeshaftungen nach dem AFG betrug zum Stichtag 31. 10. 1991 knapp ATS 600 Mio.

Die Garantieübernahme im kurzen und mittelfristigen Bereich erfolgt flexibel. Außerdem muß eine Garantie der Rumänischen Außenhandelsbank oder der „Banca Comerciale Romane SA“ beigebracht werden.

Ungarn: Ungarn war laut OECD 1990 dem Westen gegenüber mit US-\$ 21,7 Mrd. verschuldet, wobei davon auf westliche Banken US-\$ 11 Mrd. entfielen.

Das Obligo Österreichs aus übernommenen Bundeshaftungen nach dem AFG betrug zum Stichtag 31. 10. 1991 ATS 13'1 Mrd.

Währenddem die Garantietübernahme im kurzfristigen Bereich (max. 12 Monate) unproblematisch ist, erfolgt die Garantieübernahme für mittel- und langfristige Risiken flexibel, d. h. erst nach einer eingehenden Projektprüfung.

Das Garantieentgelt für die Übernahme des politischen Risikos beträgt zur Zeit 2% p. a.

Vorausschau

Angesichts der sinkenden Industrieproduktion von 15% (1991), einer steigenden Arbeitslosigkeit von ca. 5'5 Mio. im 1. Halbjahr 1991 (mit steigender Tendenz), einer sinkenden Agrarproduktion und schrumpfender Volkswirtschaften (das Bruttonationalprodukt sank 1991 in der oben behandelten Ländergruppe um schätzungsweise 15 bis 16%), wird die Garantiepolitik der Kontrollbank der Bonität des jeweiligen Landes entsprechend festgelegt werden.

Die Berner Union, die 40 staatliche und private Versicherungsunternehmen aus 32 Ländern als Mitglieder zählt — die Kontrollbank ist Mitglied — beobachtet die Entwicklungen in den neuen Staaten des ehemaligen Ostblocks genau und ermöglicht ihren Mitgliedern durch einen Erfahrungsaustausch und die Zurverfügungstellung von Informationen, die jeweilige Garantiepolitik auf eine gute sachliche Basis zu stellen.

Die europaweite Abstimmung der Garantiepolitik ermöglicht — abgesehen von gewissen nationalen Abweichungen — eine ausgewogene internationale Wettbewerbsgleichheit. Die Exportergebnisse der österreichischen Firmen im vergangenen Jahr bestätigen dies. Der Anteil Österreichs an den Ostexporten der OECD ist seit dem Umbruch von 4'4% auf über 6% gestiegen. Vor allem nahm der Anteil von Konsumgütern zu. Daß sich 1991 der Handel mit der ČSFR, Ungarn, Polen und Rumänien positiv entwickeln konnte, zeigt, daß Marktkenntnisse und Flexibilität bei gleichen internationalen Rahmenbedingungen zum Erfolg führen. In Widerspiegelung der Wirtschaftsdaten der betroffenen Länder sind die österreichischen Exporte nach Albanien, Bulgarien, Jugoslawien und in die ehemalige Sowjetunion rückläufig.

2.5.2. Förderungsinstrumente für Direktinvestitionen

Joint Ventures zählen zu den sog. „neuen Formen internationaler Investitionen“ und gelten als Alternative zu „traditionellen“ ausländischen Direktinvestitionen wie Beteiligungen, Übernahmen und Neugründungen (im 100%igen Eigentum des ausländischen Unternehmens). Im angelsächsischen Raum wird der Joint-Venture-Begriff für jede Art von internationaler Unternehmenskooperation (z. B. im Bereich Marktforschung) verwendet. Bei *Ost-West-Joint Ventures* handelt es sich jedoch regelmäßig um Equity-Joint Ventures, d. h. es wird im RGW-Land eine eigene Joint-Venture-Gesellschaft gegründet, wodurch ein Joint Venture als Form ausländischer Direktinvestitionen verstanden werden kann. Daher kann für Ost-West-Joint Ventures folgende Definition gelten: „Unter einem Ost-West-Joint Venture wird eine kapitalmäßig begründete und vertraglich festgelegte dauerhafte Kooperation zwischen einem westlichen und einem RGW-Unternehmen in Form einer eigenen Gesellschaft mit einem von den Partnern verschiedenen Management in einem der europäischen RGW-Staaten, in denen Joint Ventures zugelassen sind, verstanden, wobei die Partner Einfluß und Kontrolle über das Ost-West-Joint Venture ausüben.“ (Eschenbach 1989)

Je nach Tätigkeitsfeld der Joint Ventures im Verhältnis zur Branche der Partner, wird nach horizontalen, vertikalen und konglomeraten Joint Ventures unterschieden. Während ein vertikales Joint Venture gegenüber seinen Partnern auf einer vor- oder nachgelagerten Stufe tätig ist, arbeitet ein konglomerates Joint Venture in einer anderen Branche. Als Forschungs- und Entwicklungs-, Beschaffungs-, Produktions-, Service- und Vertriebs-Joint-Venture übernimmt die gemeinsame Firma ausgelagerte Teilfunktionen der Partnerunternehmen. Die Mehrzahl der Ost-West-Joint Ventures übernahmen jedoch mehrere ausgegliederte Unternehmensfunktionen. Speziell in der ehemaligen UdSSR, Ungarn und Bulgarien besteht die Möglichkeit, daß Joint Ventures entweder in die Wirtschaft des Gastlandes integriert werden (Onshore Joint Ventures) oder in Sonderwirtschaftszonen agieren (Offshore Joint Ventures).

Die Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West begannen sich in den siebziger Jahren zu entwickeln. Equity-Joint Ventures existieren seit Anfang der siebziger Jahre in Ungarn und Rumänien. Der Anteil des westlichen Partners blieb jedoch lange Zeit auf maximal 49% des Nominalkapitals beschränkt,

und die Bedeutung der Ost-West-Joint Ventures blieb aufgrund ungünstiger Rahmenbedingungen gering.

Seit Anfang 1989 können westliche Investoren in allen osteuropäischen Ländern — ausgenommen Rumänien — Mehrheitseigentümer und in Bulgarien, Ungarn und Polen sogar Alleineigentümer werden, und zwar grundsätzlich in allen Branchen, sofern die nationalen Sicherheitsinteressen nicht beeinträchtigt werden (fälschlicherweise werden auch solche Unternehmen als Joint Ventures registriert). Seit April 1991 sind auch in Rumänien Investitionen mit 100%iger westlicher Beteiligung zulässig. Dies führte zu einem regelrechten Direktinvestitions-Boom in Osteuropa. 1991 konnten im ehemaligen Ostblock rund 25.000 Gemeinschaftsunternehmen mit westlicher Beteiligung registriert werden — darunter etwa 3.600 österreichische Beteiligungen. Der überwiegende Teil der westlichen Direktinvestitionen ist im Dienstleistungsbereich angesiedelt. Die bisher größten Einzelinvestitionen wurden jedoch vor allem im industriellen Bereich getätigt (siehe Tabelle 27).

Probleme für westliche Investoren bestehen jedoch trotz Liberalisierung nach wie vor, zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen und wirtschaftlichen Lage von JV in Ungarn, der ČSFR, Polen und der ehemaligen Sowjetunion siehe Abschnitt II.1.4.

Ungarn: Die Liberalisierung der Rechtsgrundlagen führte vor allem zu Direktinvestitionen im Dienstleistungssektor (Vertriebsniederlassungen). Österreich hat allein 2.000 JV mit einem Gesamtkapital von 300 Mio. \$ (der Anteil deutscher und österreichischer JV ist aber gegenüber den USA rückläufig). Die österreichischen Direktinvestitionen in Ungarn sind in den Bereichen Handel, Informatik, Bau und Maschinenbau angesiedelt.

Seit Mai 1990 ist in der *Tschechoslowakei* 100%iges ausländisches Eigentum erlaubt. Österreich lag unter den westlichen Investoren Anfang Oktober 1991 mit 833 Joint Ventures und einer Kapitalbeteiligung von 347 Mio. S bereits an 2. Stelle hinter der BRD mit 873 Beteiligungen (1990 war Österreich noch auf Rang 1). Zwei Drittel der westlichen Investitionen wurden im Bausektor getätigt. Österreich ist vor allem im Hotelbau und im Dienstleistungsbereich engagiert.

Auch in *Polen* führten Liberalisierungsmaßnahmen 1990 zu einem erheblichen Anstieg der Direktinvestitionen westlicher Länder. Von 4.350 registrierten Projekten (Ende September 1991) stammten 295 aus Österreich. Damit liegt Österreich hinter der BRD mit 1.446, den USA mit 394 und der Schweiz mit 340 Joint Ventures an 4. Stelle;

Die größten Joint Ventures ausländischer Firmen in den osteuropäischen Ländern

Investor	Land	Partner	Land	Bereich	Investition in Mio. S
Volkswagen	BRD	Skoda, BAZ	ČSFR	Automobil	6.630
CBC	F	Tourinvest	ČSFR	Hotels	175
General Electric	USA	Tungram	Ungarn	Beleuchtung	150
Generals Motors	USA	Raba-Győr	Ungarn	Autos/Motoren	150
Pilkington	GB	HSO	Polen	Glas	140
Guardian	USA	Magyar Oreg	Ungarn	Glas	120
Suzuki C Itho	Japan	Ikarus	Ungarn	Automobile	110
Linde	BRD	Technoplyn	ČSFR	Techn. Gase	106
Elektrolux	Schweden	Lehel	Ungarn	Kühlschränke	83
Hamburger	Österreich	Dunapack	Ungarn	Verpackung	82
Ford	USA	Videoton	Ungarn	Autoteile	80
Sanofi	F	Chinoiin	Ungarn	Arzneimittel	80
Oberoi	Indien	Hungar Hotels	Ungarn	Hotels	80
U.S. West Bell	USA	Staatl. Behörden	ČSFR	Telefonnetz	80
Sara Lee	USA	Compack	Ungarn	Lebensmittel	80
ABB	CH	Zamech	Polen	Turbinen	50

Quelle: Der Spiegel, Nr. 28/1991

gemessen am Beteiligungskapital (hinter Frankreich) mit 35,5 Mio. US-\$ an 5. Stelle. Die österreichischen Investitionen sind jedoch mit 114.000 US-\$ (durchschnittliche Beteiligung) größer als die deutschen mit nur 106.000 US-\$. Österreichische Unternehmen investierten in den Produktionssparten Leder, Textil, Holz, Nahrungs- und Genußmittel und im Bauwesen. Schätzungsweise nahmen jedoch bis Ende 1990 erst 1.640 Ost-West-Joint Ventures mit etwa 220 Mio. US-\$ Beteiligungskapital ihren Betrieb auf. Bemerkenswert ist der Trend zu kleinen Joint Ventures im Export-Import-Geschäft.

Im Gebiet der *ehem. Sowjetunion* wurden bisher 220 österreichischen JV registriert, davon befinden sich 175 im Gebiet der RSFR. Der österr. JV-Investitionswert wird mit 4,5 Mrd. öS angegeben. Weitere 200 Projekte sind geplant, davon wurde bei 35 Projekten bereits eine Absichtserklärung unterzeichnet. Österreichs Projekte befinden sich zu 50% im Produktionsbereich (Bau, Maschinen) und zu 50% im Dienstleistungsbereich (Informatik, Fremdenverkehr u. ä.).

Nach der Anzahl der JV (5626) nimmt *Rumänien* einen vorderen Platz unter den ehemaligen sozialistischen Staaten ein. Allerdings handelt es sich fast durchwegs um kleinere Investitionen, da mehr als 90% der JV in Rumänien ein Kapital von weniger als US-\$ 50.000 aufweisen. Das investierte Gesamtkapital beträgt deshalb lediglich 245 Mio. US-\$. Während zu Jahresbeginn 1991 erst 1.200 Joint Ventures registriert wurden, gab es ein Jahr davor nur 5 derartige Unternehmen! Mit 862 Gesellschaften steht die BRD deutlich an der Spitze — gefolgt von Italien (595), Syrien (508), der Türkei (505) und den USA (354). Auch beim Kapitaleinsatz steht die BRD mit 27,2 Mio. US-\$ an der Spitze — gefolgt von Italien (26,1 Mio. US-\$) und den USA (24,2 Mio. US-\$). Österreich hat rund 200 Beteiligungen (Anfang 1991 waren es erst 85), wovon der überwiegende Teil sich mit dem Import und Export von Lebensmitteln und Konsumgütern befaßt. Das neue Gesetz über ausländische Investitionen vom April 1991 schuf weitere positive Anreize für westliche Investoren. Erstmals sind auch 100-Prozent-Beteiligungen u. zw. in allen Bereichen der Wirtschaft zulässig (ausgenommen Grund und Boden). Ähnlich wie auch Ungarn und die CSFR kämpft Rumänien mit Personal-, Liefer-, Infrastrukturproblemen u. ä.

Joint Ventures sind in *Albanien* seit der Parlamentsentscheidung vom 1. August 1990 möglich. Interesse besteht v. a. auf dem Textilsektor, im Fremdenverkehr (Italtrade-Hotels, Sheraton-Hotel-

Vienna Consulting) in der Leichtindustrie (Italien: Aldechi-Schuhe) an Erdölbohrungen im Mittelmeer (BRD: Daminex) und in der Landwirtschaft. Neben den erwähnten Ländern zeigten sich auch die USA, Frankreich und Kanada an Joint Ventures in Albanien interessiert. Bisher fehlen noch attraktive Steuergesetze usw.

Um die Internationalisierung inländischer Unternehmen zu erleichtern, bieten folgende drei Institutionen verschiedene Förderungsinstrumente an, mit denen das wirtschaftliche Risiko von Beteiligungsinvestitionen inländischer Unternehmen im Ausland vermindert werden kann:

- *Finanzierungsgarantie GmbH* (FGG) im Rahmen des *Ost-West-Fonds* (seit 1990); vom gesamten Haftungsrahmen in Höhe von 5 Mrd. öS ist ein Volumen von 2,5 Mrd. öS für Beteiligungsinvestitionen in den ehemaligen RGW-Ländern reserviert;
- *BÜRGES-Förderungsbank GmbH* (BÜRGES) im Rahmen „*Förderung der Internationalisierung von Klein- und Mittelbetrieben durch Garantien*“ (seit 1990); die Mittel wurden von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft als Treugut zur Verfügung gestellt;
- *ERP-Fonds* im Rahmen des *Osteuropaprogrammes*, welches bis Ende Juni 1993 gültig ist.
- *Instrumente* der FGG und BÜRGES, die das wirtschaftliche Risiko decken, sind
 - a) Direktgarantien (Auslandsrisiko) mit Garantiequoten bis maximal 50% der Auslandsinvestition,
 - b) Finanzierungsgarantien im Fall von Kreditfinanzierung, in der Regel in Form einer Ausfallsbürgschaft (FGG hält sich vor, die Regreßforderungen auch in eine für das Unternehmen günstigere Finanzierungsform umzuwandeln) bei Insolvenz des Kreditnehmers aber auch Mißerfolg des Beteiligungsprojektes; die Garantiequote beträgt maximal rd. 80% (bei ERP-Finanzierung auch 90%) der Auslandsinvestition.
- *Förderungswerber* können nur Unternehmen mit Sitz im Inland sein, wobei das Beteiligungsobjekt zur Wettbewerbsstärkung des antragstellenden Unternehmens beitragen soll.
- *Beteiligungsprojekte* sind Auslandsinvestitionen in Form von Beteiligungserwerb, Gesellschafterdarlehen und -zuschüssen, Firmen Gründungen, . . .

Zwischen FGG und BÜRGES gibt es insoweit eine Arbeitsteilung, als die BÜRGES für die Betreuung der Klein- und Mittelbetriebe zuständig ist. Daher ist die Höhe der Internationalisierungsprojekte mit einem Betrag von 10 Mio. öS (je Projekt) nach oben begrenzt. Die BÜRGES wickelt auch die Deckung des politischen Risikos bei Vorliegen einer Garantie gemäß Ausfuhrförderungsgesetz 1981 ab. Die FGG übernimmt Garantien für Beteiligungsinvestitionen in der Höhe von mindestens 10 Mio. öS. Zur Absicherung des politischen Risikos kann bei der OeNB eine Beteiligungsgarantie G4 beantragt werden.

Der *ERP-Fonds* stellt Investitionskredite, die die Investitionen und Kosten während der „Start-up-Phase“ (z. B. Vorlaufkosten, Beteiligungskapital, Sachanlageinvestitionen, Markterschließungsaufwendungen und Abdeckung von Anlaufverlusten) der Gründung einer Auslandstochter bzw. der Beteiligung an einem Joint Venture sowie weitere Kosten für Sachanlageinvestitionen abdecken, zur Verfügung. Das Investitionsprojekt muß einen Kredit von mehr als 500.000 öS erfordern.

Die Direktinvestition hat struktur- und leistungsbilanzpolitische Relevanz für das österreichische Unternehmen sowie Erfolgsaussichten zu haben. Die Laufzeit der ERP-Kredite beträgt 8 Jahre, davon 3 Jahre tilgungsfreie Zeit; der Zinssatz in der tilgungsfreien Zeit beträgt 4% p. a., in der Tilgungszeit 5%, wobei er nach 5 Jahren quartalsweise an die höhere „Industrie-Sekundärmarktrendite“ plus einem Zuschlag von 0,5 Prozentpunkten angepaßt wird. Für ausgewählte Projekte mit „risk-sharing“ kann bei Projektscheitern eine Tilgungsaussetzung festgelegt werden.

Bisherige Erfahrungen der FGG

In den ersten eineinhalb Jahren der Tätigkeit des Ost-West-Fonds (April 90 bis Ende 91) wurde die Übernahme von Garantien für 24 Beteiligungsinvestitionen mit einem Präliminare von insgesamt 2'88 Mrd. öS in der Ländergruppe „Osten“ (ČSFR, Deutschland-Ost, Ungarn, Polen, GUS) beschlossen. Hiermit war der Haftungsrahmen von 2'5 Mrd. öS zu annähernd 60% ausgenützt. Im Vergleich dazu beschloß die FGG im gleichen Zeitraum 12 Internationalisierungsanträge in der Ländergruppe „West“ mit einem Präliminare von insgesamt 1'387 Mrd. öS. Die bisherigen Erfahrungen zeigten, daß für eine sorgfältige Projektplanung und vertragsrechtliche Konkretisierung

Tabelle 28

Garanziezusagen des Ost-West-Fonds (4. 90.-12. 91)

	Präl. Öster- reich in Mio. S	FGG- Anteil	Anzahl der Anträge
Tschechoslowakei			
Erzeugung von Bekleidung und Bettwaren	26	23	1
Druckerei und Vervielfältigung, Filmentwicklung	11	9	1
Elektrotechnische Einrichtungen für Gewerbe und Industrie, Fernseher	40	16	1
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	155	78	1
Summe	232	126	4
Deutschland-Ost			
Waren aus Steinen und Erden, Ziegel, Zement, Kalk	35	14	1
Realitätenwesen, Rechts- und Wirtschaftsdienste, Werbung	25	16	2
Summe	60	30	3
GUS			
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	600	300	1
Summe	600	300	1
Ungarn			
Gewinnung von Natursteinen, Sand, Erden, Ton	22	11	1
Erzeugung von Nahrungs- und Genußmitteln	437	196	2
Erzeugung und Verarbeitung von Papier und Pappe	903	652	2
Druckerei und Vervielfältigung, Filmentwicklung	14	8	1
Erzeugung von Waren aus Gummi und aus Kunststoffen	40	36	1
Verarbeitung von Erdöl, Erdgas, Kohle, Teer, Deriv	100	81	1
Waren aus Steinen und Erden, Ziegel, Zement, Kalk	96	40	2
Hoch- und Tiefbau	50	40	2
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	80		1
Realitätenwesen, Rechts- und Wirtschaftsdienste, Werbung	11	5	1
Summe	1.783	869	14
Polen			
Bearbeitung Metalle, Stahl- und Leichtmetallbau	48	24	1
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	157	71	1
Summe	205	95	2
Anzahl Anträge insgesamt	24		
Summe Präl. Österr. insgesamt	2.880		
Summe FGG-Anteil insgesamt	1.420		

Quelle: FGG

rung der Auslandsinvestitionen eine Vorlaufperiode veranschlagt werden muß, die wesentlich länger als bei inländischen Sachinvestitionen ist (vgl. dazu Tabelle 28).

Das „risk-sharing“-Instrument der FGG hat bei ausländischen wirtschaftspolitischen Stellen und Förderungsorganisationen starkes Interesse gefunden. So bietet die französische Förderungsinstitution SOFARIS ein ähnliches Garantiesystem für Investitionen in den Reformländern Mittel- und Osteuropas an.

Bisherige Erfahrungen der BÜRGES

Die Expertengruppe der BÜRGES hat seit Start der Aktion 29 Garantien (von 85 eingereichten Internationalisierungsprojekten) mit einem Volumen von 126 Mio. öS übernommen. Allein 26 positiv erledigte Anträge beinhalten Internationalisierungsprojekte in den neuen Reformländern und verteilen sich auf verschiedene Branchen wie z. B. Lebensmittelproduktion, Softwareentwicklung, Metallverarbeitung, Pharmazie und Farbenerzeugung. Insgesamt entfielen 80% der Direktinvestitionen auf Produktionsbetriebe. Zielländer waren Ungarn (69%), ČSFR (15%), Jugoslawien (4%) und Polen (12%). Die österreichischen KMU's setzten bei ihren Auslandsengagements überwiegend auf Kooperationen: von 39 positiv beurteilten Projekten haben 28 die Form eines Joint Ventures; 11 Unternehmungen errichteten 100%ige Tochtergesellschaften. 24 dieser Joint Ventures sind Neugründungen. Die Joint Ventures wurden mehrheitlich mit Partnern gleicher oder ähnlicher Unternehmensgröße eingegangen. Für den Großteil der österreichischen Betriebe war das geförderte Internationalisierungsprojekt die erste Auslandsinvestition.

Bisherige Erfahrungen des ERP-Fonds mit dem Osteuropaprogramm

Der ERP-Fonds hat im Rahmen des Osteuropaprogrammes bis Juni 1991 Investitionskredite in Höhe von 495 Mio. öS für insgesamt 37 Internationalisierungsvorhaben in den Osten zur Verfügung gestellt. Die Projektkosten der Vorhaben belaufen sich auf insgesamt 1'650 Mrd. öS. Zielländer sind vorrangig Ungarn, gefolgt von ČSFR und Jugoslawien.

Literatur zu Abschnitt II.2.5.

Eschenbasch/Horak/Plasonig (Hrsg.): Ost-West Joint Ventures auf dem Prüfstand, Verlag Manz: Wien 1989.

Gabrisch, Hubert: Schwierigkeiten bei der Gründung von Joint Ventures in Osteuropa, Forschungsberichte des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (Hrsg.), Wien, März 1991.

Stankovsky, Jan: Mergers & Acquisitions in Osteuropa, in: Internationale Wirtschaft, Nr. 1/2, 11. Jänner 1990.

„ÖGW Aktuell“, Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (Hrsg.), Nr. 3—4/1991.

„HA-Nachrichten“, H 117/8. Mai 1991, Joint Venture in Rumänien.

„Der Spiegel“, Nr. 28/1991

2.6. Umwelt

Nicht erst seit Erscheinen der Ökologiekarte des Österreichischen Ost- und Südosteuropainstitutes ist die österreichische Öffentlichkeit über den Zustand der Umwelt in unseren östlichen Nachbarländern beunruhigt. Die jahrzehntelange Konzentration auf Schwerproduktion und Energiegewinnung hat in den ehemals kommunistischen Ländern schwere Umweltschäden hinterlassen.

2.6.1. Die Umweltsituation in den Oststaaten

Da die Umweltsituation bis vor kurzem kein Thema der offiziellen Politik in den betroffenen Ländern war, sind die vorhandenen Daten nur sehr spärlich und ungenau. Dennoch zeichnen sich folgende Bereiche ab, in denen vordringlich Handlungsbedarf besteht:

Abfall

Das Müllaufkommen besonders in der ČSFR und in Polen ist um ein Vielfaches höher als in Österreich. Große Mengen an Industrie- und Hausmüll haben sich in diesen Ländern angesammelt oder wurden wild deponiert. Die Lagerung des Mülls gefährdet auf lange Sicht Boden und Grundwasser. Erste Recycling-Kreisläufe auf betrieblicher und kommunaler Ebene sind erst im Entstehen. Besondere Aufmerksamkeit soll der Müllvermeidung geschenkt werden, da dieser Aspekt der Abfallreduktion bisher nicht beachtet wurde.

Das Problem der gefährlichen Abfälle dürfte allerdings noch akuter sein. So hatte zum Beispiel Ungarn 1984 einen größeren absoluten Gift- und Sondermüllanfall als die BRD. Die anderen Ostländer haben diese Abfallkategorie nicht einmal erfaßt. Trotz der ungeheuren Mengen, von denen man dennoch ausgehen kann, sind Möglichkeiten, den Problemmüll sicher zu entsorgen, kaum vorhanden. Erste gesicherte Deponien und moderne Problemstoffverbrennungsanlagen werden erst geplant.

Luft

Aufgrund der veralteten Produktionsmethoden, der fehlenden Filteranlagen und der Verwendung von niederwertiger Kohle bei der Energiegewinnung, verursacht die Luftverschmutzung die größten

volkswirtschaftlichen Schäden in den Ostländern. Zu den Hauptverursachern der Luftverschmutzung gehört trotz der geringen Kraftfahrzeugdichte aber auch der Verkehr. Dies führt besonders in Industrieregionen zu einer höheren Kindersterblichkeit, zu verstärkt auftretenden Atemwegserkrankungen bei Kindern und zu einer deutlich niedrigeren Lebenserwartung als in entwickelten europäischen Ländern.

Die Frage, ob die alten, ineffizienten Wärmekraftwerke mit Rauchgasentschwefelungsanlagen ausgerüstet werden sollen oder ob viele dieser Kraftwerke auch kurzfristig besser stillzulegen sind, erhält durch die Abhängigkeit dieser Länder von den Wärmekraftwerken eine besondere Dimension. Man wird wahrscheinlich davon ausgehen müssen, daß nur wenige der Kraftwerke geschlossen werden können. Der Einbau von Rauchgasentschwefelungsanlagen in die alten Kraftwerke wird daher bis auf weiteres die einzige Möglichkeit sein, die Luftverschmutzung zu reduzieren.

Wasser

In manchen Gegenden Osteuropas, insbesondere in Oberschlesien, ist die Trinkwasserversorgung bereits zu einem Problem geworden. Die abwasserintensiven Produktionsverfahren (insbesondere im Kohlebergbau) und das Fehlen geeigneter Kläranlagen (33% aller Abwässer in Polen bleiben unbehandelt und 35% werden nur mechanisch behandelt, der Rest wird in biologisch/chemischen Kläranlagen behandelt) führen dazu, daß die meisten Flüsse maximal Badewasserqualität erreichen, oft jedoch nicht einmal als Brauchwasser verwendet werden können. In Polen ist die Situation wegen der geringen Trinkwasserreserven besonders angespannt. Der Handlungsbedarf besteht jedoch auch in den anderen Ostländern, die ebenfalls kaum über geeignete Kläranlagen verfügen.

Kernenergie

Trotz der veralteten Kernkraftanlagen in den Oststaaten sehen diese dennoch keine Möglichkeit, kurzfristig moderne Anlagen in Betrieb zu nehmen oder mittelfristig aus der Kernenergie ganz auszuweichen. In Österreich besteht ein vitales Interesse an der Erhöhung der Sicherheit bestehender Kernkraftwerke. Die Optimierung des

Energieeinsatzes und die Ausschöpfung des enormen Energiesparpotentials sind jedenfalls einem weiteren Ausbau der Kernkraft vorzuziehen.

2.6.2. Die Verbindung zu Österreich

Österreich ist unmittelbar vor allem durch die hohen Luftschadstoffimporte betroffen. So stammten 1988 weniger als 10% der österreichischen Schwefeldepositionen aus heimischen Schornsteinen, über 40% hingegen aus jenen der Oststaaten (vgl. Abbildung 2).

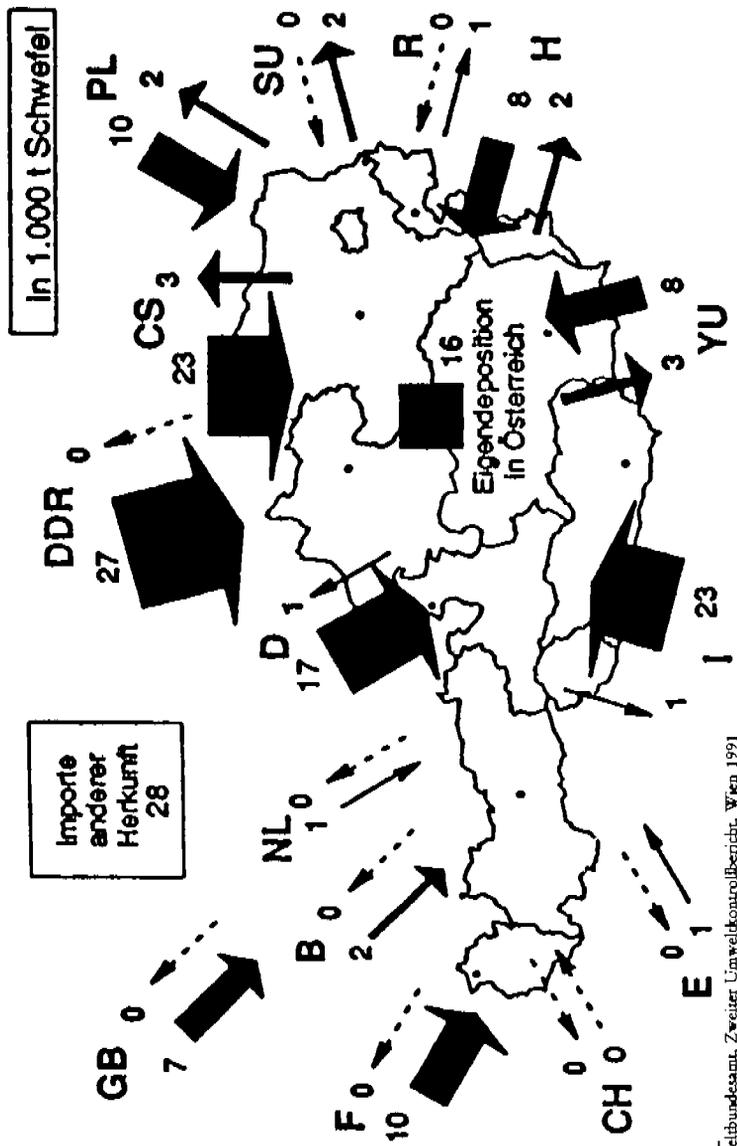
Aber nicht nur der großräumige Schadstoffimport beeinträchtigt die heimische Umweltsituation. Die Ostöffnung bewirkt auch durch die vermehrte Verkehrsbelastung auf österreichischem Staatsgebiet höhere Emissionen. Bereits jetzt haben die Abgasbelastungen durch Ost-Pkws in den Ostregionen Österreichs einen Anteil von 20%. Die Bahn wird wegen ihrer höheren laufenden Kosten kaum benutzt. Die devisenarmen Ostbürger greifen auch vor allem zu Fuhrunternehmen ihrer Heimatstaaten, da diese sowohl billige Lkws als auch billige Fahrer anbieten, die noch dazu mit heimischer Währung bezahlt werden können. Die Tarife der ÖBB sind dagegen höher und müssen mit Devisen gedeckt werden.

2.6.3. Umweltpolitische Aktionsprogramme

Aktionsprogramme sind in den Oststaaten erst ansatzweise und punktuell vorhanden. Fehlendes Expertenwissen und Geld machen einen breiten Umweltschutz unmöglich. Vor allem der effizientere Energieeinsatz steht bei den meisten Ländern an erster Stelle der Dringlichkeitsliste.

Hauptfaktor für die Tragweite der Aktionsprogramme dürfte allerdings das nationale Umweltschutzbewußtsein darstellen. Da über die Hälfte der Polen mit dem derzeitigen Umweltzustand zufrieden ist, sind hoch dotierte Aktionen in diesem Bereich wohl kaum zu erwarten. In der ČSFR sind es hingegen weniger als 20%, die ihre Umwelt als zufriedenstellend einstufen. Demgemäß sind im Jahr 1991 das erste Abfallwirtschaftsgesetz und ein neues Luftreinhaltegesetz in Kraft getreten. Staatliche Sanierungsmaßnahmen sind jedoch ebenfalls kaum vorhanden.

Import-/Exportbilanz von Schwefelverbindungen für Österreich



Quelle: Umweltbundesamt, Zweiter Umweldkontrolbericht, Wien 1991

2.6.4. Umweltdumping

Das langsame Anlaufen der Umweltschutzmaßnahmen ist nicht oder nur zum Teil auf die Absicht zurückzuführen, auf diese Weise große Wettbewerbsvorteile zu haben, sondern auf die fehlenden finanziellen Mittel und auf das zur Zeit noch geringe Umweltschutzbewußtsein in diesen Ländern. Beides scheint jedoch Hand in Hand zu gehen. Eine GATT-Studie hat gezeigt, daß ab einem Jahreseinkommen von ca. 50.000 öS pro Kopf die Umweltbelastung in einer Volkswirtschaft wieder abnimmt. Es ist also auch in den Reformländern zu erwarten, daß sich mit steigendem Wohlstand das Umweltbewußtsein verbessern wird. Bis dieses Wohlstandsniveau erreicht wird, ist der Umweltschutz allerdings kein primäres Ziel der Politik, und internationale Proteste führen eher zu Widerstand. Nur durch Kooperation und finanzielle Unterstützung kann in dieser Übergangsperiode etwas erreicht werden.

2.6.5. Finanzierung

Obwohl in einigen Staaten bereits ein Umdenken im Bereich des Umweltschutzes eingesetzt hat, scheitern die oftmals ehrgeizigen Pläne an den mangelnden finanziellen Mitteln. Sollen aber die nötigsten Umweltsanierungsmaßnahmen zumindest mittelfristig in Angriff genommen werden, so ist verstärkte internationale Hilfe nötig. Bereits bisher haben die Oststaaten von internationalen Organisationen (Weltbank und EG-PHARE-Programm) und von einzelnen Ländern in Form von bilateralen Hilfgeldern finanzielle Unterstützung erhalten. Polen zum Beispiel hat mit ausländischen Geldern 6% seiner Umweltschutzmaßnahmen finanziert.

Österreich hat 1991 155 Mio. öS für vier Kraftwerkssanierungsprojekte in der ČSFR im Rahmen des Ökofonds zur Verfügung gestellt. 1992 sind Unterstützungsleistungen in etwa der gleichen Höhe geplant. Die vom Ökofonds zur Verfügung gestellten Mittel fließen dabei allein in immaterielle Leistungen bezüglich anlagenbezogener Luft- und Wasserreinigungsmaßnahmen, wie Studien, Bauüberwachung, Schulung, Beratung usw., die eine wesentliche Entlastung für Österreichs Umwelt bedeuten. Dabei werden allerdings nur die von österreichischen Unternehmen erbrachten Leistungen gefördert.

Ein sicherlich viel effizienterer Weg, anstehende Umweltschutzprobleme zu lösen, ist es, internationale Joint Ventures einzugehen.

Auf diese Weise könnte westliches Know-how und westliches Kapital in verstärktem Maß eingesetzt werden. Einige Beispiele solcher Joint Ventures, besonders im Abfallbereich, gibt es bereits. Österreich hat eine Förderung zur Bereitstellung von Beteiligungskapital in der Höhe von 5 Mrd. öS für die Sanierung von Dampf- und Wasserkraftwerken beschlossen.

Vorstellbar wäre allerdings auch ein System, das heimischen Betrieben, die Joint Ventures im Osten eingehen, erlaubt, nötige Umweltschutzinvestitionen im Inland zugunsten von Umweltschutzinvestitionen in Osteuropa zu unterlassen. Dabei könnten Projekte, die die österreichische Umwelt *mehr* schützen als das heimische Alternativprojekt, besonders gefördert werden. Allerdings sollten im Sinne einer überregionalen Umweltvorsorge auch Maßnahmen zur Lösung brennender, eher örtlich relevanter Probleme auf diese Weise unterstützt werden.

Die Möglichkeiten in der Zukunft verstärkt Kooperationen im Umweltschutzbereich einzugehen, werden sicherlich steigen. Für 1995 wird ein gegenüber 1991 fünffaches Ausgabenvolumen im Umweltschutzbereich prognostiziert (11 Mrd. US-\$). Besonders in den drei oben genannten Problembereichen (Abfall, Luft, Wasser) sind hohe Wachstumsraten zu erwarten. Dennoch stehen diese Zahlen in keinem Verhältnis zu den benötigten Mitteln. Allein für Rußland wird ein Bedarf von 30 Mrd. US-\$ für die dringendsten Maßnahmen angegeben.

2.7. Energie

2.7.1. Ausgangslage

Der Zusammenbruch der kommunistischen Regime und der zwischen den entsprechenden Ländern geltenden Vereinbarung zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit (RGW) hat auch auf dem Gebiet der Energie schon lange bestehende schwerwiegende Probleme an das Tageslicht treten lassen.

- *Versorgungsprobleme:* Im Rahmen der RGW-Vereinbarungen war die Sowjetunion verpflichtet, die anderen Mitgliedsländer mit Erdöl und Erdgas zu Preisen weit unter dem Weltmarktniveau zu versorgen. Diese Verpflichtung besteht nicht mehr, auch die Sowjetunion verkauft nur mehr zu Weltmarktpreisen. Überdies führt der schlechte technische Standard der sowjetischen Förderwirtschaft zu insgesamt sinkenden Fördermengen und einer geringeren Exportmöglichkeit. Die Versorgungsinfrastrukturen (vor allem Leitungsnetze der ehemaligen RGW-Staaten) sind allerdings (Ex-)UdSSR-zentriert, so daß sich zur Zeit bei der Reorientierung in Richtung verstärkter Versorgung aus dem Westen erhebliche Transportprobleme ergeben. Spezifische Probleme ergeben sich diesbezüglich auch im Elektrizitätsbereich, dessen technische Konfiguration mit dem westeuropäischen Stromversorgungssystem nicht kompatibel ist.
- *Zu hoher spezifischer Energieverbrauch:* die Länder Osteuropas weisen weit höhere spezifische Energieverbräuche (bezogen auf das BIP) auf, als die westeuropäischen Länder. Dies ist zum Teil auf veraltete Techniken der Energietransformation, des Energietransports und der Energieverwendung, zu einem erheblichen Teil allerdings auf die überdurchschnittlich große Bedeutung energieintensiver Wirtschaftsbereiche zurückzuführen.
- *Untragbar gewordene Energiekostenbelastung:* Energie wurde in der Vergangenheit nicht nur unter dem Weltmarktpreis an die anderen RGW-Staaten geliefert, sondern in diesen auch zu weiter subventionierten Preisen an die Endabnehmer abgegeben. Der Übergang zu Weltmarktpreisen bei Importen wie auch die schrittweise Anhebung der Endverbraucherpreise in Richtung Kostendeckung führt zu starken Belastungen der Leistungsbilanzen, macht die Produktion vieler Unternehmen unwirtschaftlich und senkt die Kaufkraft der Konsumenten.

- *Umweltprobleme:* In praktisch allen Bereichen der Energiewirtschaft der RGW-Staaten wurde in der Vergangenheit wenig auf die Umweltverträglichkeit geachtet. Dies hat zu schweren Gesundheitsgefährdungen der lokalen Bevölkerung geführt (z. B. in einzelnen Gebieten der ČSFR ist die durchschnittliche Lebenserwartung um 7 Jahre niedriger als in Österreich), hat ganze Landstriche devastiert und gefährdet im Wege der Verfrachtung durch Luftströmungen die westlichen Nachbarstaaten. Zusätzliche Umweltinvestitionen im Westen haben eine stark abnehmende Grenzeffizienz, weil sie nicht Immissionen aus dem Osten abwehren können.
- *Sicherheitsprobleme in Kernkraftwerken:* in der ČSFR, Jugoslawien und Ungarn bestehen zur Zeit Kernkraftwerke mit einer installierten Leistung von 5.540 MW. Diese Kraftwerke — ebenso wie jene in der ehemaligen Sowjetunion und Bulgarien — weisen sehr schlechte Sicherheitsstandards auf und gefährden — wie das Beispiel Tschernobyl gezeigt hat — massiv ganz Europa. Es muß allerdings gesehen werden, daß zur Lösung der Versorgungs- und Umweltprobleme Kernenergie aus osteuropäischer Sicht ein Mittel darstellt, auf das besonders die ČSFR auch in Zukunft setzen will — allerdings mit westlichen Sicherheitsstandards.

2.7.2. Zu lösende Aufgaben

Ausgehend von der oben dargestellten Ausgangslage lassen sich folgende Aufgabenstellungen definieren, wobei in jedem Fall dem Ausschöpfen des Energiesparpotentials höchste Priorität einzuräumen ist:

- *Senkung der spezifischen Energieintensität* der einzelnen Energieverbrauchenden Aktivitäten durch Anwendung fortschrittlicher Technik in Energieumwandlung und -endverbrauch.
- *Restrukturierung der Wirtschaft* in Richtung weniger energieintensiver Bereiche. Dies bedeutet im wesentlichen eine Reduktion der Schwerindustrie und der Grundstoffchemie — eine Notwendigkeit, welche sich auch als Folge der Abrüstung ergeben wird.
- *Restrukturierung der Energieaufbringung* durch Substitution von Braunkohle durch umweltfreundliche Energieträger. Dies kann aber wohl nur Hand in Hand mit einer Verbesserung der Exportfähigkeit bei sonstigen Gütern gehen.

- *Neuorientierung der Energietransport-Infrastruktur* durch verstärkte Einbindung in transnationale westeuropäische Versorgungssysteme (z. B. UCPTÉ) und Bau neuer Leitungswege (z. B. für Öl und Gas vom Mittelmeer nach Ungarn und ČSFR).

2.7.3. Hemmnisse

Die Lösung der unter 2. genannten Aufgaben stellt nicht nur eine schwierige technokratische Herausforderung dar, sondern muß in einem extrem ungünstigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Umfeld erreicht werden:

- *Finanzierungsprobleme*

Die ECE schätzt, daß eine Sanierung der Energiewirtschaft Osteuropas inklusive der ehemaligen UdSSR erheblich mehr als 1.000 Milliarden US-\$ an Finanzmitteln erforderlich machen wird (das österr. BIP liegt bei rd. 150 Milliarden US-\$). Eine Sanierung aus eigener Kraft Osteuropas ist daher kaum zu erwarten. Internationale Lösungsansätze müssen gefunden werden.

- *Arbeitslosigkeit*

Die notwendige Restrukturierung der Wirtschaft wird — soferne dies im aus Umwelt- und Wettbewerbsgesichtspunkten erforderlichen Tempo geschieht — zu erheblicher Arbeitslosigkeit und damit sozialen Spannungen führen. Diese Spannungen könnten dadurch verschärft werden, daß die Grundstoffindustrie häufig regional konzentriert ist und die so entstehende Arbeitslosigkeit in einigen solchen Regionen bereits bestehende ethnische Unruhepotentiale verstärken könnte (z. B. Slowakei).

- *Resistenz bisheriger Lenk- und Verhaltensweisen*

Praktisch in keinem osteuropäischen Land fand bisher im Wirtschafts- und Verwaltungsbereich ein Austausch der den traditionellen Denk- und Verhaltensweisen Verhafteten statt. Dies wäre auch tatsächlich nur in Grenzen möglich. Dem „alten Apparat“ fehlt aber häufig nicht nur die Motivation, sondern auch das Wissen für neues richtiges Verhalten, sodaß viele durchaus finanzierbare Reformvorhaben nicht im erforderlichen Tempo und mit der möglichen Effizienz abgewickelt werden können.

2.7.4. Internationale Lösungsansätze und Österreichs Beitrag

Es besteht kein Zweifel, daß die energiepolitischen Probleme Osteuropas nicht nur aus Gründen der internationalen Solidarität, sondern im ureigensten Interesse des Westens im Rahmen internationaler Programme gelöst werden müssen. Eine Reihe von solchen Programmen der Weltbank, der EG, der EFTA usw. existieren bereits, können allerdings nur als Tropfen auf dem heißen Stein bezeichnet werden.

Einen wichtigen weiteren Schritt auf globaler Ebene stellt der Beschluß der „Europäischen Energiecharta“ dar, mit der auf Initiative der EG quasi ein „Binnenmarkt für Energie“ unter Einschluß Osteuropas und der ehemaligen UdSSR geschaffen werden soll. Dieser Ansatz ist deswegen so wichtig, weil mit ihm den Marktkräften und damit dem privaten Kapital der Weg zur Beteiligung an Energieprojekten im Osten geöffnet werden soll, womit die Anforderungen an staatliche Hilfen reduziert werden könnten.

Österreich kann angesichts der riesigen Dimension der genannten Probleme nur bescheidene Beiträge leisten, was in der Vergangenheit bei einzelnen Hilfszusagen seitens Österreichs leider übersehen wurde. Österreich sollte sich selbstverständlich an allen internationalen Programmen mit einem seiner Größe entsprechenden Beitrag beteiligen. Direkte Hilfen sollten sich weniger auf Großprojekte konzentrieren, weil damit die bescheidenen verfügbaren Mittel nur allzu rasch absorbiert würden. Sinnvoll wäre es,

- sich auf kleinere Projekte, vor allem auch im Bereich der Energieverwendung und
- auf grenznahe Projekte zu konzentrieren.

Dadurch wäre auch eine bestmögliche Einbindung der österreichischen Unternehmen und ein größeres Verständnis der österreichischen Bevölkerung für finanzielle Hilfestellungen erreichbar. Eine interessante Chance könnte auch die Entwicklung des „Finanzplatzes Wien“ als Drehscheibe für marktbezogene Finanzierungen von Energieprojekten im Osten sein.

3. Arbeitsmarktpolitische Konsequenzen

3. 1. Ausgangslage

3. 1. 1. *Entwicklung der Erwerbstätigen bis zum Jahr 2000*

In einer Studie über die soziale Sicherung im Alter hat sich der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen ausführlich mit der Bevölkerungsentwicklung auseinandergesetzt. Es wurden mehrere Langfristszenarien bis zum Jahr 2030 ausgearbeitet, die alternativen politischen Antworten auf jene Pensionsfinanzierungsprobleme entsprechen, die sich aus der Alterung der Bevölkerung bei gleichzeitig wachsender Arbeitskräfteknappheit nach der Jahrhundertwende mit hoher Wahrscheinlichkeit ergeben werden.

Im sogenannten „Inländerszenario“ wird die Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung erhöht, was insbesondere ein höheres faktisches Pensionsantrittsalter für beide Geschlechter und eine allgemein höhere Frauenerwerbstätigkeit bedeutet. Im „Ausländerszenario“ wird der Arbeitskräfteknappheit durch eine massive Ausländerzuwanderung begegnet, während im Szenario „Erwerbsquotenkonstanz“ erhebliche Einbußen beim Wirtschaftswachstum infolge fehlender Arbeitskräfte in Kauf genommen werden müssen.

Alle drei Szenarien unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Annahmen und Ergebnisse allerdings erst ab der Jahrhundertwende voneinander. Bis zum Jahr 2000 wurde hingegen nur ein einziger, allen gemeinsamer Entwicklungspfad skizziert. Für diesen Zeitraum wurde eine Kombination der Konzepte des „Ausländerszenarios“ und des „Inländerszenarios“ angenommen, wonach der Zusatzbedarf an Arbeitskräften sowohl durch Zuwanderungen aus dem Ausland als auch durch erhöhte Erwerbsquoten gedeckt werden wird. Die Wanderungen für das Jahrzehnt 1991 bis 2000 wurden mit durchschnittlich 19.000 Personen netto jährlich deutlich höher veranschlagt, als es der Realität der vorangegangenen Jahrzehnte entsprochen hatte.

Der Arbeitskräftebedarf der Szenarien ergab sich aus Annahmen über das langfristige Wirtschaftswachstum und die Produktivitätsentwicklung. Grundsätzlich für alle Szenarien gleich, wurden Modifikationen nur entsprechend der nach der Jahrhundertwende im Ausländerszenario und insbesondere im Erwerbsquotenkonstanz-Szenario

verbleibenden Arbeitskräfteknappheit vorgenommen, mit Rückwirkungen auf die Produktivitätsentwicklung und das Wirtschaftswachstum. Auch das Ausländerszenario ermöglicht nicht die vollständige Abdeckung der Nachfrage nach Arbeitskräften entsprechend dem Basis-Wirtschaftsszenario, da hierfür nach dem Jahr 2000 und insbesondere nach 2015 Zuwanderungen von bis zu 70.000 Personen netto über einen längeren Zeitraum hinweg erforderlich wären. In jedem Fall sind dabei allerdings die soziale Akzeptanz und die realen Möglichkeiten der Integration zu berücksichtigen.

Bis zum Jahr 2000 ist das Wirtschaftsszenario allerdings einheitlich: Bei einer jährlichen Wachstumsrate des realen BIP von $3\frac{1}{4}\%$ in den Jahren 1990 bis 1995 und von $2\frac{3}{4}\%$ in den Jahren 1995 bis 2000 und einer jährlichen Veränderung der Personenproduktivität von $2\frac{1}{2}\%$ bzw. $2\frac{1}{4}\%$ würde die Nachfrage nach Erwerbspersonen von 3,474 Mill (1990) auf 3,702 Mill. Personen im Jahr 2000 wachsen. Das bedeutet einen Zuwachs von 23.000 Erwerbspersonen im jährlichen Durchschnitt der neunziger Jahre.

Die knapp 20.000 Netto-Zuwanderer jährlich bewirken in Verbindung mit einer leicht erhöhten Fertilität von 1,56 Kindern pro Frau ab 1995 (bzw einer Nettoreproduktionsrate von 0,75; zum Vergleich 1990: 1,45 Kinder pro Frau, NRR von 0,70) und einer steigenden Lebenserwartung (um ein Jahr im Verlauf der neunziger Jahre) eine neue Wachstumsdynamik der Bevölkerung. Die Einwohnerzahl Österreichs wird sich diesem Szenario gemäß innerhalb von zehn Jahren um eine runde Viertelmillion Personen erhöhen und zur Jahrhundertwende 7,920 Mill Personen betragen. Zum Vergleich: 1990 gab es 7,680 Mill Einwohner.

Die Realität eilte der Prognose allerdings voraus. Die im Frühjahr 1990 abgeschlossenen Durchrechnungen der Bevölkerungs- und Erwerbsszenarien basierten auf einem Wissensstand der demographischen Entwicklung bis Ende 1989. Damals wurden 50.000 (Netto-) Zuwanderer für 1990 prognostiziert. Stattdessen kamen aber rund 125.000. Diese außerordentliche Zuwanderungswelle rekrutierte sich bemerkenswerterweise — ähnlich wie schon die Zuwanderung von gut 50.000 Personen netto im Jahr zuvor — nicht in erster Linie aus den Reformländern Osteuropas, sondern vielmehr aus den traditionellen Herkunftsländern unserer bisherigen Arbeitsmigranten, nämlich aus Jugoslawien und der Türkei. Mitte 1991 hatte Österreich dadurch bereits fast die für 1995 prognostizierte Einwohnerzahl erreicht.

Nach dem Abschluß der Beiratsarbeit über die soziale Sicherung wurde von der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) eine vom Institut für Demographie (IFD) durchgeführte Studie zur Thematik der internationalen Wanderungen und deren Auswirkungen auf Österreich vorgelegt, die bereits unter dem Eindruck der dramatischen Ereignisse in Ost- und Ostmitteleuropa steht. Diese geht von verschiedenen Szenarien zur regionalen Bevölkerungsentwicklung 1991 bis 2031 aus, welche unterschiedliche Zuwanderungsströme nach Österreich in Abhängigkeit einerseits von der wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich selbst und andererseits von der wirtschaftlichen und politischen Zukunft der postsozialistischen Reformländer annehmen. Der Beirat führt in der Folge diese Szenarien als Beispiele für mögliche Entwicklungen an.

Szenario I unterstellt eine anhaltende Prosperität in Österreich bei gleichzeitiger ökonomischer und/oder politischer Destabilisierung in einigen postsozialistischen Ländern Europas. Daraus folgt die Annahme einer Netto-Zuwanderung von 50.000 Personen pro Jahr nach Österreich, die keineswegs nur durch den Arbeitskräftebedarf des heimischen Arbeitsmarktes induziert ist, sondern auch durch einen jährlichen Zuwachs in der Größenordnung von 20.000 dauerhaft in Österreich verbleibenden Flüchtlingen.

Szenario II kombiniert Prosperität in Österreich mit politischer Stabilität und einem ökonomischen Aufholprozeß in der östlichen Hälfte Europas. Das auf längere Sicht weiter bestehende Wohlstandsgefälle ermöglicht die Rekrutierung der von der Wirtschaft benötigten Arbeitskräfte in den Reformländern sowie in den traditionellen Herkunftsländern der Arbeitsmigration. Unter diesen Bedingungen wird eine Netto-Zuwanderung von 25.000 Personen jährlich erwartet, wobei der Anteil von mitwandernden und nicht erwerbstätigen Familienangehörigen geringer ist als beim Szenario I.

Szenario III unterstellt längerfristige wirtschaftliche Stagnation in Österreich bei gleichzeitiger Destabilisierung in Teilen Ost-Mitteleuropas, des Balkans oder der ehemaligen Sowjetunion. Letzteres würde nach diesem Szenario trotz ökonomischer Probleme in Österreich einen jährlichen Wanderungssaldo von 15.000 Personen bedeuten.

Szenario IV formuliert eine Kombination von wirtschaftlicher Stagnation in Österreich und ökonomischer Stabilisierung in den postsozialistischen Ländern, die zu einem geringen Wanderungsgewinn Österreichs von jährlich 5.000 Personen führen würde.

Mit der Beiratsstudie zur sozialen Sicherung im Alter wären bis zum Jahr 2000 am ehesten die Szenarien II und III vergleichbar. Die Wanderungsannahmen der Beiratsarbeit liegen ziemlich genau in der Mitte zwischen diesen Szenarien, und bezüglich Fertilität und Mortalität sind die Annahmen völlig identisch.

Diese Bevölkerungsszenarien der ÖRÖK/IFD-Studie wurden mit einer Extrapolation der Erwerbsbeteiligung verknüpft, welche aus der Beiratsstudie übernommen wurde. Dem solcherart geschätzten Arbeitsmarktangebot wurde im Fall der Szenarien I und II eine Nachfrageschätzung nach Arbeitskräften gegenübergestellt, welche die Annahme einer prosperierenden Wirtschaftsentwicklung in Österreich konkretisiert und die gleichfalls der Beiratsstudie entnommen ist (siehe das oben angeführte Wirtschaftsszenario, das nur noch durch die Arbeitsmarktzahlen des Jahres 1990 aktualisiert wurde).

Im Fall des Zuwanderungsszenarios I (+ 50.000 pa) würde sich bis zum Jahr 2001 die Zahl der Arbeitslosen verdoppeln, wobei Verdrängungseffekte von Beschäftigten in die Arbeitslosigkeit durch neu am Arbeitsmarkt auftauchende Zuwanderer noch gar nicht berücksichtigt sind. Bis zum Jahr 2011 würden weitere 100.000 Arbeitslose hinzukommen. Das Zuwanderszenario II (+ 25.000 pa) würde zusätzlich zu den heutigen Arbeitslosen weitere 60.000 Arbeitslose bis zum Jahr 2001 verursachen (oder die Erwerbsbeteiligung nicht so stark ansteigen lassen wie prognostiziert).

Die entscheidende Neuerung dieser Arbeit ist die Durchrechnung der regionalen Konsequenzen solcher Annahmen über Einwanderung. Unter Weglassung der Maximalvariante einer Nettozuwanderung von 50.000 Personen (die Jahre 1990/91 haben gezeigt, daß unter solchen Bedingungen die Arbeitslosenquote bis zum Jahr 2000 in die Nähe von 10% klettern würde) ergibt sich folgendes Bild:

Eine Zuwanderung von jährlich 25.000 Personen würde sich unter den Modellannahmen zu 56% auf die Ostregion, auf die Westregion (Salzburg, Tirol, Vorarlberg) zu 17%, dh proportional zum Anteil an Erwerbstätigen, auf Oberösterreich, Steiermark und Kärnten aber nur unterproportional verteilen. Geringere Zuwanderungen würden sich noch stärker auf die Ostregion konzentrieren (zu 62%, gegenüber einem Anteil von 45% an den Erwerbstätigen 1990). Bis zum Jahr 2031 ergibt das für die Ostregion demnach eine Differenz zwischen Szenario II und IV (25.000 bzw 5.000 Einwanderer) von 265.000 Erwerbstätigen. Einerseits einen Anstieg bis zum Jahr 2011, danach ein Absinken auf etwa das Ausgangsniveau, im anderen Fall

ab 1996 ein zunächst langsames, ab 2000 aber beschleunigtes und nach 2011 dramatisches Absinken auf 20% unter das Ausgangsniveau. Im übrigen Österreich ergibt sich insgesamt nur eine Differenz von 215.000.

Dies läßt folgenden Schluß zu: Alternativen der Nettozuwanderung bedeuten vor allem für die Ostregion völlig unterschiedliche Entwicklungspfade. Gesamtösterreichische Überlegungen unterstellen entweder implizit eine hohe, anwachsende Unterschiede ausgleichende Mobilität, oder sie gehen an dem Sachverhalt vorbei, daß die Alternativen von mehr oder weniger Zuwanderung für Wien bis 2030 über ein Viertel der Erwerbstätigen entscheiden.

Es muß allerdings nochmals wiederholt werden: Bis zum Jahr 2000 würde die Zahl der Erwerbstätigen auch ohne Zuwanderung kaum unter ihr augenblickliches Niveau sinken, und auch in Wien wäre der Rückgang minimal — in etwa mit der jüngeren Vergangenheit vergleichbar. Die dramatische Entwicklung nach 2010 verlangt allerdings nach einer rechtzeitigen Weichenstellung.

3. 1. 2. Entwicklung der Beschäftigung

Die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitskräftenachfrage

Die Jahre 1989 bis 1991 haben die westeuropäische Wirtschaft weitgehend aus jener Anpassungskrise herausgeführt, die verschiedene exogene Schocks ausgelöst hatten. Neue Initiativen zur Dynamisierung des Integrationsprozesses haben dazu ebenso beigetragen wie die Abschüttelung institutioneller Hemmnisse, die zu Beginn der achtziger Jahre den Begriff Euro-Sklerose geprägt hatten. Der ökonomische Zusammenbruch der Planwirtschaften und die Einleitung mannigfacher Reformprozesse haben in gleicher Weise Risiken und Chancen vervielfacht und werden im kommenden Jahrzehnt jedenfalls für Bewegung und strukturellen Anpassungsbedarf sorgen. Wachstumsprognosen sind in einer solchen Situation nicht nur besonders unsicher, die Bestimmungsgründe für den wirtschaftlichen Erfolg verlagern sich dabei auch von materiellen Größen wie Arbeitskräftepotential, Sparquoten und Einkommensverteilung (woraus sich die Kapitalbildung ergibt), der Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen uam zu Elementen wie Anpassungsleistung, Flexibilität, technischer Fortschritt. Die internationale Arbeitsteilung in Europa wird im kommenden Jahrzehnt neu gestaltet werden, und Österreich wird — da

sich eine Teilnahme am Binnenmarkt abzeichnet — in doppelter Weise davon betroffen sein. Ist in dieser Situation schon die Annahme eines Wachstumspfades für die Wirtschaft einigermaßen risikant, so ist die Annahme einer bestimmten Produktivitätsentwicklung doppelt unsicher, da sich diese aus jener Position ergeben wird, die Österreich in der Neuordnung der Arbeitsteilung zu erreichen in der Lage sein wird.

Geht man von einem erwarteten Entwicklungstrend von gesamtwirtschaftlicher Produktion und Produktivität aus und ermittelt daraus den Bedarf an Arbeitskräften, so wird eine Qualifikationsstruktur im Angebotszuwachs unterstellt, die sich so weit mit jener des Bestandes deckt, daß von ihr kein Einfluß auf Wirtschaftswachstum oder Produktivität ausgeht.

Hält man aber die Qualifikationsstruktur des aus dem Ausland zugewanderten Angebotes 1990/91 für Wanderungsgewinne charakteristisch, so ist dies nicht der Fall. Dabei ist die formale Qualifikationsstruktur relativ unwichtig, entscheidend ist die überwiegende Verwendung, die sich wieder weitgehend aus der Bereitschaft vieler Ausländer ergibt, zu sehr niedrigen Löhnen zu arbeiten. Diese Bereitschaft ist bei Angehörigen der Reformländer aufgrund ungewöhnlich stark von Kaufkraftparitäten abweichender Wechselkurse stärker ausgeprägt als die traditionellen Arbeitsmigranten.

Obwohl die extremen Wechselkursverzerrungen wie auch Verzerrungen der Preisstrukturen im Gefolge hoher Inflationsraten schon in den nächsten Jahren abflachen werden und damit eine Normalisierung der Lohnkosten eintreten wird, wirken die augenblicklichen Marktsignale deutlich in Richtung einer unwillkommenen Veränderung der Struktur.

Daß bei paralleler Zunahme von Ausländerbeschäftigung und Inländerarbeitslosigkeit das Auftreten eines Substitutionseffekts umstritten ist, liegt an der Verwendung des Begriffes „Substitution“ für unterschiedliche Sachverhalte.

Substitution im engeren Sinn tritt auf der Ebene des Arbeitsplatzes ein, nämlich dann, wenn ein zuvor von einem Inländer besetzter Arbeitsplatz von einem Ausländer besetzt wird. Diese in der Praxis selten auftretende Form hat wenig unmittelbare Wirkung und ist makroökonomisch nicht nachweisbar.

Auf der Ebene des Betriebes kann man von Substitution sprechen, wenn ein Tätigkeitsbereich (weil es dafür Arbeitskräfte gibt) zulasten eines anderen ausgeweitet wird. Auf Branchenebene bedeutet Substi-

tution, daß Firmen, die mit verfügbaren (unqualifizierten ausländischen) Arbeitskräften ihr Auslangen finden, expandieren und preisgünstiger anbieten können, und damit andere längerfristig aus dem Markt drängen.

Ebenfalls Substitution auf volkswirtschaftlicher Ebene tritt auf, wenn Tätigkeiten, die vom Markt verdrängt und in die Haushalte verlagert werden (wie Reparaturleistungen), nun durch billige Arbeitskräfte wieder als Marktaktivitäten auftauchen, da dadurch Budgetmittel gebunden werden und sich Qualitätsarbeit relativ verteuert.

Die gravierendsten Einflüsse auf die Struktur sind dort gegeben, wo Firmen geringer Skillintensität mit billig werdender Arbeitskraft vorübergehend Wettbewerbsvorteile gegenüber solchen, deren Strategie stärker in Richtung Produktivitätssteigerung ausgerichtet ist, erlangen. Eine solche, gegen den Trend zur Qualitätssteigerung laufende Entwicklung, kann zukünftig Strukturprobleme schaffen.

Ungleichgewichte und Ausgleichsmechanismen

Die beiden Alternativen der Beiratsstudie zur Erhaltung eines Anteiles aktiver Bevölkerung, der die Alterssicherung gewährleistet, nämlich einerseits eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und andererseits Zuwanderung, muß um eine Dimension erweitert werden.

Unter bestimmten Voraussetzungen, die im wesentlichen in den Jahren 1990/91 der Wirklichkeit entsprachen — und die auch modelltheoretisch durchgespielt wurden — bremsen Umfang und Struktur des Angebotszuwachses das Produktivitätswachstum, sodaß zusätzlicher Arbeitskräftebedarf entsteht.

Andererseits hielte eine Anpassung über rascher steigende Produktivität zwar nicht den Anteil Aktiver aufrecht, würde aber den Arbeitskräftebedarf senken bzw den finanziellen Rahmen der Alterssicherung unmittelbar schaffen. Es erscheint plausibel anzunehmen, daß die tatsächliche Entwicklung sich aus Zuwanderung, Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und Produktivitätszuwachs ergeben wird. Letzterer als Komponente erfordert allerdings zur Vermeidung kontraproduktiver Effekte qualitative Einschränkungen bei der Zuwanderung.

Dies soll im folgenden durch die beispielhafte Darstellung zweier extremer Entwicklungspfade verdeutlicht werden, wobei klar sein sollte, daß die tatsächliche Entwicklung nur dazwischen liegen kann.

Die beiden extremen Entwicklungspfade sind die folgenden:

Die Reformländer kommen — nicht zuletzt mit Hilfe von westeuropäischen Direktinvestitionen — relativ rasch voran und entwickeln sich zu leistungsfähigen Anbietern im Bereich verschiedener Grundstoffe und technologisch einfacher Fertigwaren. In lohnintensiven Fertigungen ist ihre Wettbewerbsfähigkeit somit besonders groß. Verlängerte Werkbänke werden mehr und mehr über die Grenze verlagert, was diesseits der Grenze strukturpolitische Anstrengungen notwendig macht. Es entwickeln sich Komponenten-Zulieferverflechtungen, wofür Österreich für den komplementären Standort der dispositiven und technologieintensiven Funktionen besonders günstig liegt. Ansatzweise kommt es zwischen der Ostregion und den nördlichen und östlichen Nachbarn zu ähnlichen Verflechtungen wie sie zwischen Süddeutschland und Westösterreich bestehen, nur mit umgekehrter Richtung der Zulieferungen. Dies würde am ostösterreichischen Arbeitsmarkt ein hohes Qualifikationsprofil, hohe Pro-Kopf-Einkommen, aber ein allmähliches Abwandern von Niedriglohnindustrien bedeuten, deren Produkte vorwiegend importiert würden. Die Anstrengungen, die zur Erreichung des erforderlichen Qualifikationsprofils erforderlich sind, bewirken als Nebeneffekt die Steigerung der Erwerbsbeteiligung.

Der Gegensatz dazu wäre eine tarifarische und nichttarifarische Abschottung gegenüber osteuropäischer Konkurrenz, verbunden mit großzügigem Arbeitskräfteimport und der Errichtung einer „Brückenfunktion“ in dem Sinn, daß in Österreich der Zugriff auf billige Arbeitskräfte via Zulieferungen für die übrigen Länder des Binnenmarktes organisiert wird, indem der Niedriglohnbereich expandiert. Entwicklungen der obigen Alternative würden dann an anderer Stelle stattfinden, gute Startbedingungen gibt es vor allem in Berlin, aber auch in den neuen Bundesländern Deutschlands. Im Endeffekt würde Österreich diese „Brückenfunktion“ rasch wieder einbüßen. Vorkehrungen im institutionellen Bereich wären auf Dauer nicht haltbar, das westeuropäische Interesse an einer raschen Entwicklung der Reformländer zu interessanten Handelspartnern würde sich über räumliche Standortvorteile bald hinwegsetzen. Obgleich diese Alternative also mit hoher Wahrscheinlichkeit die Grundlage zukünftiger Strukturprobleme ist, darf sie nicht als grundsätzlich unmöglich betrachtet werden.

Ein Phänomen der Arbeitskräftewanderung aus den Reformstaaten könnte sowohl für das Entsendeland als auch für Österreich länger-

fristig positive Effekte haben: die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte, insbesondere aus den östlichen und nördlichen Nachbarstaaten, in Österreich führt zu einem unmittelbaren Wissenserwerb für den Umgang mit modernen Produktionstechniken und Verfahren und einem Kennenlernen westlicher Produktionsstandards. Bei einer Verbesserung der Lebensbedingungen in den Heimatregionen dieser Arbeitskräfte kann angenommen werden, daß ein Teil, ua wegen der geringen räumlichen Distanzen, wieder in das Entsendeland zurückkehrt und dort auf dem Arbeitsmarkt auf Grund der in Österreich erworbenen zusätzlichen Qualifikationen besonders attraktiv für Arbeitgeber ist. Für österreichische Unternehmen, die die Absicht haben, sich an Standorten in Reformstaaten niederzulassen (Joint Ventures oder eigene Unternehmensgründungen), besteht damit ein Vorteil, auf entsprechend qualifizierte, mit verbesserten Fremdsprachenkenntnissen versehene inländische Arbeitskräfte zurückgreifen zu können.

Diese Art des „Know-how-Transfers durch Qualifikation“ erscheint auch volkswirtschaftlich bei den Überlegungen, den Reformstaaten Hilfestellung anzubieten, interessant, weil die Kosten für die Wissensvermittlung während der Tätigkeit in österreichischen Unternehmen praktisch von den Arbeitgebern getragen werden.

Ein besonderes Problem ergibt sich aus der regionalen Konzentration von einerseits den Ungleichgewichten am Arbeitsmarkt und andererseits allfälligen Wanderungsgewinnen. Für die Gemeinden ist eine quantitative Wirtschaftspolitik mittels Bevölkerungsexpansion eine durchaus rationale Entscheidung, weil durch den derzeitigen Finanzausgleich die Einnahmen vorwiegend von quantitativen Entwicklungen abhängen. Eine qualitative, auf Produktivitätszuwachs orientierte Wachstumspolitik würde ein Zurücknehmen regionaler Interessen hinter gesamtstaatliche voraussetzen. Eine bundespolitische Entscheidung für einen „qualitativen Entwicklungspfad“ wird also möglicherweise einer finanzpolitischen Absicherung bedürfen.

3. 2. Aktuelle Entwicklung in Österreich

Rahmenbedingungen der Arbeitsmigration

Wenn auch die Öffnung der Grenzen im Osten Österreichs bislang Einstellung und Erwartung veränderte, so ist dennoch gemessen am Gesamtvolumen vor allem die Zuwanderung aus den traditionellen Herkunftsländern der ausländischen Wohn- und Arbeitsbevölkerung in Österreich in den letzten Jahren verstärkt angestiegen. Ungünstige ökonomische Entwicklungen, ein Überangebot an Arbeitskräften in diesen Ländern sowie eine aufgrund bestehender Familiennetzwerke bedingte Kettenwanderung sind dafür verantwortlich.

Die geopolitische Lage Österreichs hat zum einen die besondere Attraktivität als Erstasylant mit sich gebracht. Zum anderen haben die politischen und ökonomischen Umwälzungen in den angrenzenden ost- und mitteleuropäischen Ländern eine beträchtliche Migrationsbewegung ausgelöst, die insbesondere durch die triste Arbeitsmarktsituation und die im Vergleich zum österreichischen Niveau weit darunterliegenden Lohn- und Arbeitsbedingungen in diesen Ländern induziert ist. Schließlich ist in diesem Zusammenhang auf die gute Konjunktursituation zu verweisen, die einen Nachfragesog nach Arbeitskräften bewirkt hat.

Dies hat zusammengenommen eine enorme Steigerung der Ausländerbeschäftigung in den Jahren 1990/91 ausgelöst und Entwicklungen in Gang gesetzt, die nach legislativen Maßnahmen verlangten. Diese wurden zunächst im Kompetenzbereich der Arbeitsmarktverwaltung gesetzt, schon bald wurde aber die Notwendigkeit einer kompetenzübergreifenden Wanderungspolitik gesehen.

Die Beschäftigung unselbständiger Ausländer

Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer ist in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen, phasenweise stärker als die Gesamtbeschäftigung. Die Entwicklung der als Differenz errechenbaren Beschäftigung von Österreichern ließ allerdings eine Übererfassung von Ausländern vermuten.

Im Juni 1991 überprüfte die Arbeitsmarktverwaltung, ob den erteilten Bewilligungen zur Beschäftigung von Ausländern auch Krankenkassenmeldungen entsprechen. In rund 21.000 Fällen wurde festgestellt, daß dies nicht der Fall war. In der Zahl der Ausländer entsteht dadurch ein Bruch der Reihe in dieser Größe.

Da die Zahl der beschäftigten Inländer durch Subtraktion der Aus-

länder von der Gesamtbeschäftigung ermittelt wird, ist es jedenfalls notwendig, nur solche Bewilligungen zu erfassen, denen tatsächlich ein Sozialversicherungsverhältnis entspricht. Es wurde angenommen, daß angesichts der Einführung einer Höchstgrenze zulässiger Ausländerbeschäftigung einzelne Firmen vorsorglich Bewilligungen auf Vorrat erworben haben, und daß diese beginnend mit August 1990 langsam auf ein Niveau von etwa 27.000 anstiegen, um nach dem April 1991 — auf 21.000 (Juni 1991) — wieder im Saisonaufbau durch Verbrauch abgebaut zu werden. Gewonnen wurden diese Werte dadurch, daß einerseits eine möglichst stetige Entwicklung des inländischen Angebots und andererseits ein ungebrochener Anstieg der Ausländerbeschäftigung auf die ab Juni 1991 tatsächlich gemessenen Werte unterstellt wurde.

Diese Schätzung ergibt, daß die Zahl beschäftigter Ausländer in Wien im März 1991 ein Niveau von knapp 100.000 erreichte und dies bis August in etwa beibehielt (unkorrigiert wäre ihre Zahl von 115.000 im April auf 100.000 im Juni gesunken). In den übrigen Bundesländern stieg die Zahl der Ausländer von März 1991 (rund 150.000) bis August (rund 170.000) noch weiter an. Die absoluten Veränderungen gegenüber dem Vorjahr blieben von November 1990 bis März 1991 auf einem Niveau von +60.000 (Österreich) und flachten dann ab, in Wien zunächst nur ganz langsam (März +21.000, Juli +19.000) dann relativ rasch (September +12.000).

Das Angebot unselbständiger inländischer Arbeitskräfte expandierte als Ergebnis dieser Schätzung zwischen dem I. Quartal 1990 (+29.000) und dem I. Quartal 1991 (+33.000) ziemlich gleichmäßig, ab Mai kam es zu einer Beschleunigung (ab Juni liegen dazu die neu erhobenen Daten vor), die bis September in etwa anhielt. In Wien kommt es auch nach der Neuschätzung der Entwicklung zu einer Dämpfung des Zuwachses (aber nicht mehr zu einem Rückgang). Im wesentlichen ergibt sich für 1990/91 aber ein mit 1986/87 vergleichbarer Zuwachs.

Die folgende Darstellung orientiert sich an den korrigierten Daten. Zwischen Februar 1989 (153.000 unselbständig beschäftigte Ausländer) und Februar 1992 (259.000) haben 106.000 Ausländer in Österreich zusätzlich Beschäftigung gefunden.

Ebensogroß war der Zuwachs im Jahresdurchschnitt 1991 gegenüber 1988 (+106.000), relativ 70%. Der Anteil der Ausländer erreichte im Sommer 1991 8,8% der Gesamtbeschäftigung.

Der Zuwachs der Inländer blieb im gleichen Zeitraum (88/91) mit

81.000 deutlich geringer, 57% der neuen Arbeitsplätze wurden von Ausländern besetzt.

Betrachtet man die Nationalitäten der ausländischen Beschäftigten, so dominieren nach wie vor die traditionellen Gastarbeiterländer: September 1991 kamen 75% aller ausländischen Arbeitskräfte aus Jugoslawien, der Türkei und der BRD. Dennoch hat sich die Ostöffnung auch in der Ausländerstruktur nach Herkunftsländern niedergeschlagen. Der Anteil der osteuropäischen Beschäftigten an allen ausländischen Beschäftigten ist von ca 10% im Jahre 1988 auf 15% im September 1991 angestiegen (41.000 Polen, Ungarn, Rumänen, Tschechen, Slowaken und Bulgaren).

In regionaler Hinsicht konzentrierten sich die ausländischen Arbeitskräfte zu 64% auf die Bundesländer Wien (III. Quartal: 1991 100.500 oder 37,4%), Niederösterreich (36.900 oder 13,7%), und Oberösterreich (35.300 oder 13,1%). Die höchsten Ausländeranteile an allen Beschäftigten verzeichneten die Bundesländer Vorarlberg (17,3%), Wien (12,7%), Salzburg (9,7%) und Tirol (8,9%). Im Winter stiegen die Anteile Salzburgs und Tirols (Fremdenverkehr) auf über 10% an. Gemessen an den unselbständig Berufstätigen der Wohnbevölkerung reduziert sich der Anteil Vorarlbergs auf etwa 16% und steigt in Wien auf etwa 15% an.

Schon im Juli 1990 konzentrierten sich mehr als die Hälfte aller ausländischen Arbeitskräfte allein auf die Branchen Bauwesen, Fremdenverkehr, Erzeugung und Verarbeitung von Metallen sowie den Handel. Bis zum September 1991 stieg die Zahl ausländischer Arbeitnehmer in diesen Branchen auf 142.000, ds 53% aller ausländischer Beschäftigten. Zu den Bereichen mit den höchsten Ausländeranteilen zählten dabei die Textilerzeugung (26%), die Körperpflege- und Reinigungsdienste (29%), der Fremdenverkehr (29%) und die Land- und Forstwirtschaft (25%) (September 1991).

Analog zur Branchenkonzentration verteilten sich auch die Zunahmen der ausländischen Beschäftigten: Gegenüber Juli 1989 (ein Vergleich mit September ist nicht möglich, da zu diesem Termin keine Sondererhebung der Wirtschaftsklassen durchgeführt wurde) traten im Bauwesen (+ 24.700), im Fremdenverkehr (+ 13.700), in der Erzeugung und Verarbeitung von Metallen (+ 8.600) und im Handel (+ 8.400) die größten Zuwächse auf.

Ein Vergleich der Ausbildungsabschlüsse, dem wegen der unvollständigen EDV-mäßigen Erfassung der ausländischen Arbeitskräfte allerdings nur eine bedingte Aussagekraft zukommt, zeigt, daß die

ausländischen Arbeitskräfte im Gegensatz zur Gesamtheit der unselbstständig Beschäftigten ein deutlich geringeres Qualifikationsniveau aufwiesen. Rund 86% der ausländischen Arbeitskräfte verfügten Ende April 1991 maximal über einen Pflichtschulabschluß (Gesamtbeschäftigte: 27%), 11% hatten eine Lehre absolviert (Gesamtbeschäftigte: 43%) und lediglich 3% wiesen eine darüber hinausgehende Ausbildung auf (Gesamtbeschäftigte: 30%). Allerdings kann selbst der Teil der formal qualifizierten ausländischen Arbeitskräfte nicht im vollen Umfang dieser Qualifikation entsprechend eingesetzt werden, weil diese den österreichischen Standards nicht entspricht.

Differenziert nach Antragsarten entfielen 1990 zwei Drittel des Bestandes an ausländischen Arbeitskräften auf Beschäftigungsbewilligungen und ein Drittel auf Befreiungsscheine. Insgesamt wurden im Bewilligungsverfahren 1990 rund 320.000 Geschäftsfälle positiv erledigt: davon waren fast 90% Anträge auf Beschäftigungsbewilligungen und über 9% Anträge auf Befreiungsscheine.

Arbeitslosigkeit von ausländischen Arbeitskräften

Der sprunghafte Anstieg des Angebots an ausländischen Arbeitskräften hatte im Jahr 1990 auch eine markante Zunahme der Ausländerarbeitslosigkeit zur Folge. Im Jahresdurchschnitt waren insgesamt 18.400 Ausländer arbeitslos vorgemerkt, um 7.800 oder ca 74% (der Gesamtanstieg betrug 11%) mehr als im Jahre 1989. Darin sind allerdings auch neu erfaßte Asylwerber enthalten. Somit lag die Arbeitslosenquote der Ausländer mit 7,8% deutlich über jener der Inländer (5,2%). 1991 stieg die Arbeitslosigkeit der Ausländer auf 20.500 (+2.100, +11,6%, Inländer gleichfalls +11,6%), die Quote ging auf 7,1% zurück, da das Angebot (+21%) deutlich rascher stieg (Inländer 5,7%).

Während bei den Inländern vor allem die Altersgruppe der über 50jährigen vermehrt von Arbeitslosigkeit betroffen war, stieg bei den Ausländern die Arbeitslosigkeit der unter 30jährigen am stärksten an. Diese gegenläufige Tendenz dürfte insbesondere in der Altersstruktur des ausländischen Arbeitskräfteangebots begründet sein.

Analog zu den beschäftigten Ausländern wiesen die ausländischen Arbeitslosen im Jahre 1990 deutliche Qualifikationsdefizite auf, denn mehr als vier Fünftel verfügten maximal über einen Pflichtschulabschluß (Inländer: 44%).

Betrachtet man die Wirtschaftsbereiche, in denen die ausländischen Arbeitslosen vorher tätig waren, spiegelt sich ebenfalls die Branchen-

konzentration bei den ausländischen Beschäftigten wider. Die meisten arbeitslosen Ausländer kamen demnach aus der Bauwirtschaft (3.200), dem Fremdenverkehr (2.400) und der Erzeugung und Verarbeitung von Metallen (1.300).

Sowohl Inländer- als auch die Ausländerarbeitslosigkeit nahm 1990 in allen Bundesländern zu, wobei der Anstieg der Ausländer (+ 7.800 oder 74%) in jenen Bundesländern überdurchschnittlich war, die eher geringe Ausländerbeschäftigungsanteile aufwiesen: Burgenland (330 oder 315%), Niederösterreich (2.060 oder 186%), Steiermark (1.290 oder 169%) und Oberösterreich (1.440 oder 114%). Insgesamt konzentrierten sich die ausländischen Arbeitslosen im Jahr 1990 zu fast vier Fünftel auf die Bundesländer Wien (36%), Niederösterreich (17%), Oberösterreich (15%) und die Steiermark (11%).

Was die Dauer der Arbeitslosigkeit (Verweildauer) betrifft, zeigt sich, daß im Jahre 1990 die Ausländer im Durchschnitt mit 73 Tagen wesentlich kürzere Arbeitslosigkeitsepisoden verzeichneten als die Inländer mit 108 Tagen.

Gemäß der Leistungsbezieherstatistik erhielten im Jahre 1990 rund 8.800 Ausländer Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe. Somit lag die Leistungsbezieherquote (Anteil der Leistungsbezieher an allen Arbeitslosen) bei 48%. Wegen des starken Anstiegs der nicht leistungsbeziehenden Ausländer, der zu einem gewissen Teil auf Asylwerber zurückgeht, ist diese Quote 1990 um ca 14%-Punkte zurückgegangen, während sie bei den Inländern um 2%-Punkte zunahm. Unter anderem ist die niedrige Leistungsbezieherquote der Ausländer (Inländer: 90%) auf den Umstand zurückzuführen, daß von den ausländischen Arbeitslosen nur Befreiungsscheininhaber den Anspruch auf Notstandshilfe erwerben.

Im I. Quartal 1991 ist die Ausländerarbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr um rund 10.700 oder 59% (insgesamt: + 32.800 oder 17%) weiter stark angestiegen. Fast ein Drittel des Gesamtzuwachses entfiel somit auf ausländische Arbeitslose.

Im Mai ist hingegen eine Trendumkehr eingetreten. Während die Gesamtarbeitslosigkeit um 15% gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres zunahm, erhöhte sich die Ausländerarbeitslosigkeit nur um 4%. Im Juni war bei weiterhin zunehmender Inländerarbeitslosigkeit (+ 16% gegenüber dem Vorjahr) bereits ein Rückgang der Ausländerarbeitslosigkeit zu verzeichnen (-8%). Das Erreichen der Bundeshöchstzahl und damit eine Verknappung des Zugangs an ausländischen Arbeitskräften dürfte einer der Gründe dafür sein.

3.3. *Auswirkungen der Ausländerbeschäftigung — Substitution, negative Lohndrift, Strukturentwicklung*

Das gleichzeitige Ansteigen der Ausländerbeschäftigung wie auch der Arbeitslosigkeit wird in der arbeitsmarktpolitischen Diskussion zu einem Gutteil auf Substitutionsprozesse zurückgeführt. Demnach werden insbesondere ältere und wenig qualifizierte Inländer als auch integrierte ausländische Arbeitskräfte von neu eingereisten, „billigen“ und zumeist jungen Ausländern verdrängt (vgl dazu Abschnitt 3. 1. 2.). Die Strukturierungseffekte von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, insbesondere die Niveaueffekte nach Personengruppen und Wirtschaftsklassen, bestätigen diese Annahme.

Ein exakter Nachweis solcher Entwicklungen hinsichtlich der mikroökonomischen Dynamik müßte allerdings auf Betriebsebene ansetzen, ergänzt um einen branchenspezifischen Vergleich von Ausländerbeschäftigung und Arbeitslosigkeit auf Arbeitsamtsebene. In Ermangelung eines solchen Datenmaterials wie auch aus Gründen der vorhandenen Ressourcen und der zur Verfügung stehenden Zeit war von seiten des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales eine derartige tiefgehende Analyse jedoch nicht zu bewerkstelligen.

Daher wurde mittels hochaggregierter Daten als auch über Erfahrungsberichte von Arbeitsamtsvertretern aus verschiedenen Bundesländern versucht, einige Indizien für das Phänomen des Verdrängungswettbewerbs herauszuarbeiten.

Ein Indiz für das Stattfinden von Austauschprozessen liefern beispielsweise die Globaldaten des I. Quartals 1991. Wie bereits erwähnt, war der höhere Durchschnittsbestand der Ausländerbeschäftigung gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres (+ 80.900) von einem niedrigeren Durchschnittsbestand der Inländerbeschäftigung (11.300) als auch einer höheren Arbeitslosigkeit der Inländer (+ 22.100) und Ausländer (+ 10.700) begleitet. Dieses Bild wird dadurch ergänzt, daß die Gesamtbeschäftigung bei den 19bis 29jährigen überproportional anstieg, bei den über 55jährigen aber überproportional zurückging und mit einem gleichzeitigen Anstieg der Arbeitslosigkeit bei den 50jährigen verbunden war.

Entsprechend den Daten vom Juli 1990 scheint die Inländersubstitution (im Sinne der Kombination von stark steigender Ausländerbeschäftigung und stark steigender Inländerarbeitslosigkeit gegenüber Juli 1989) vor allem in den Bereichen Erzeugung und Verarbeitung von Metallen, Fremdenverkehr, Nahrungsmittel/Getränke/Tabak,

Chemikalien/Gummi/Erdöl, Bekleidung/Bettwaren/Schuhe, Körperpflege/Reinigung/Bestattung, Verkehr/Nachrichtenübermittlung und Handel/Lagerung eine Rolle zu spielen. Die aus Makrodaten ableitbaren Hinweise dafür, daß auch Ausländer ersetzt werden, sind weniger dicht als bei der Inländersubstitution. Der Rückgang der Leistungsbezieherquote bei den ausländischen Arbeitslosen im Jahr 1990 deutet darauf hin, daß der Austausch von länger beschäftigten ausländischen Arbeitskräften durch neu eingereiste Ausländer keine markanten Ausmaße angenommen hat, und daß der Zugang in die Ausländerarbeitslosigkeit auch aus anderen Segmenten des Arbeitskräftepotentials erfolgte.

Disaggregiert man die Daten über die Ausländerbeschäftigung und die Arbeitslosigkeit nach Branchen und Bundesländern, so ergeben sich keine Hinweise dafür, daß regionale Ungleichgewichte als wesentlicher Grund für den Zuwachs der Ausländerbeschäftigung und der Arbeitslosigkeit von Relevanz sind. Eine quantitativ bedeutsame Zunahme der Ausländerbeschäftigung bei gleichzeitig spürbarer Steigerung der Gesamtarbeitslosigkeit war vom Juli 1989 bis zum Juli 1990 in folgenden Wirtschaftsbereichen und Bundesländern zu beobachten: Erzeugung und Verarbeitung von Metallen (Oberösterreich, Steiermark, Wien, Niederösterreich), Handel/Lagerung (Niederösterreich, Wien, Oberösterreich, Steiermark), Beherbergungs- und Gaststättenwesen (Oberösterreich, Niederösterreich, Tirol), Bauwesen (Niederösterreich, Wien, Oberösterreich), Körperpflege/Reinigung/Bestattung (Wien), Nahrungsmittel/Getränke/Tabak (Niederösterreich), Verkehr/Nachrichtenübermittlung (Wien) und Chemikalien/Gummi/Erdöl (Niederösterreich).

In Ergänzung zu der auf makroökonomische Daten bezogenen Betrachtungsweise sollten die Erfahrungen der Arbeitsmarktverwaltung ein schärferes Licht auf die Substitutionsprozesse werfen. Ohne eine empirisch abgesicherte Einschätzung zu liefern, ergeben sich Hinweise darauf, daß die Ausländer- und Inländerbeschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit in einem komplexen Zusammenhang stehen und Substitutionsprozesse nicht ohne weiteres so interpretiert werden können, daß eine bewußte Verknappung des ausländischen Arbeitskräfteangebots auch zu einer exakt entsprechenden Abnahme der inländischen Arbeitslosigkeit bzw. der Zunahme der inländischen Erwerbstätigkeit führen würde. Die beobachtbaren Entwicklungen werden nicht ausschließlich durch das erhöhte Angebot an ausländischen Arbeitskräften bewirkt; sowohl die Struktur der Produktion als auch des inländi-

schen Arbeitskraftangebotes tragen ebenfalls in einem gewissen Maße dazu bei. Dies zeigt sich insbesondere auch an den Schwierigkeiten, inländische oder länger anwesende ausländische Arbeitslose, so wie das Gesetz dies vor Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung vorsieht, auf für Ausländer beantragte Arbeitsplätze zu vermitteln. Beschäftigung auf solchen Arbeitsplätzen wäre für viele Personen aus dem im Inland wohnhaften Arbeitskräftepotential mit einer deutlichen beruflichen Abwärtsmobilität verbunden.

Eine Lokalisierung bzw Quantifizierung der strukturellen Probleme kann hier ebenso wenig wie eine mögliche, durch Substitution erfolgende Erhöhung der Unternehmensgewinne und der damit bewirkten Einkommensumverteilung gegeben werden; begrenzte Kenntnis von der Elastizität der Arbeitskraftnachfrage bzw der Alternativoptionen betreffend die eingesetzte Technologie für den Fall eines „Entzugs“ ausländischer Arbeitskräfte könnte allenfalls durch Spezialstudien erlangt werden.

Generell scheinen sehr unterschiedliche Verhaltensweisen von Arbeitskraftnachfragern Relevanz zu haben; beispielhaft können skizziert werden:

- Die Beschäftigung von zumeist jüngeren ausländischen Arbeitskräften in un- bzw angelernten Tätigkeitsbereichen, die hinsichtlich der Qualifikation, sonstigen Arbeitsanforderungen und Kontraktbedingungen nicht wesentlich von vergleichbaren Inländern abweichen. Diese Beschäftigten bieten für die Unternehmen im Kontext ihrer Marktposition und verwendeten Technologie größere Arbeitsintensität und somit höhere Produktivität und verdrängen dadurch beispielsweise ältere inländische Arbeitskräfte.
- Eine weitere Form der Ausländerbeschäftigung, eher im Bereich des verarbeitenden Gewerbes, ist durch Arbeitsplätze gekennzeichnet, die wegen der Verwendung veralteter Technologien lediglich unqualifizierte Routinearbeiten erfordern und bei gegebenen Marktstrukturen kaum mit inländischen Arbeitskräften zu besetzen sind. Dabei handelt es sich möglicherweise um Produktionen, deren Rentabilität nur über die Verfügung billiger Arbeitskräfte erhaltbar ist. Die Vorenthaltung ausländischer Arbeitskräfte hätte deswegen nicht notwendigerweise die Schaffung von Arbeitsplätzen für Inländer und bereits integrierte Ausländer zur Folge. Als Reaktion wäre in solchen Fällen eine grundlegende Verbesserung der Kapitalausstattung bzw der Technologie, mög-

licherweise auch eine Schließung bzw Verlagerung der Betriebsstätten in Billiglohnländer zu erwarten.

- In denjenigen Gewerbe- und Dienstleistungsbranchen, wo die Kontraktbedingungen hinsichtlich Arbeitszeit, Bezahlung und Arbeitsbedingungen deutlich unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt liegen, könnte eine Verknappung des Ausländerangebotes zu unterschiedlichen Reaktionen führen: Einerseits sind bestimmte Betriebe durchaus ertragsstark, bzw könnten aufgrund der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen über eine entsprechende Verteuerung ihrer Produkte auch bessere Kontraktbedingungen anbieten, sodaß mittelfristig auch eine vermehrte Inanspruchnahme dieser Arbeitsplätze durch Inländer und länger in Österreich beschäftigte Ausländer erfolgen könnte. Bei anderen Betrieben wieder ist die Produktivität für eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht ausreichend. Diese müßten ihr Angebot teilweise oder zur Gänze reduzieren, eine Einstellung inländischer bzw länger anwesender ausländischer Arbeitskräfte wäre eher nicht zu erwarten.

Feststellbar ist neben den Substitutionserscheinungen durch die starke Zunahme ausländischer Arbeitskräfte auch eine negative Lohndrift in bestimmten Branchen. In der Industrie sind die Effektivlöhne insbesondere seit dem 2. Halbjahr 1990 weniger stark angestiegen als die Tariflöhne. Dies trifft vor allem auf die Bauindustrie zu. Aber auch im Fremdenverkehr dürfte der Durchschnittslohn nur geringfügig zugenommen haben. Der Sozialbericht 1990 zeigt, daß dies vor allem durch eine ungleiche Lohnentwicklung für Inländer und Ausländer geschieht.

Auch die Struktureffekte der Ausländerbeschäftigung für die österreichische Wirtschaft sind teils evident. Durch die enorme Ausweitung des Angebots an billigen und mehrheitlich unqualifizierten ausländischen Arbeitskräften sind jedenfalls arbeitsintensive Branchen mit niedrigem Lohnniveau ausgeweitet worden. Prozesse der Strukturverbesserung der österreichischen Wirtschaft im Sinne hochproduktiver und gut bezahlter Arbeitsplätze werden dabei nicht gefördert.

3.4. *Infrastrukturbedarf bei Zuwanderung*

„Eine durch Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum begründete intensive und teils expansive Nutzung von Boden und der erhöhte Verbrauch von Konsumgütern belasten die Tragfähigkeit infrastruktureller Dienstleistungen, wie Energie- und Wasserversorgung bzw. Abwasser- und Müllentsorgung.

Die in Einzelbereichen bereits heute erreichten Kapazitätsauslastungen forcieren unter der Entwicklungsdynamik einer wachsenden Stadt den Sanierungs- und Erweiterungsinvestitionsbedarf.

Bei den an potentieller, zukünftiger Nachfrage orientierten raum- und leitungsgebundenen Erweiterungsinvestitionen ist zu bedenken, daß sie durch ihre Dauerhaftigkeit und Kapitalintensität spezifische langfristige Sogeffekte erzielen und damit Stadtentwicklungsmöglichkeiten großräumig prägen und präjudizieren.“¹⁾

In diesem Abschnitt werden die Anforderungen an die Infrastruktur in den Bereichen Schule und Wohnen näher beschrieben. Auf Fragen betreffend die Verkehrsinfrastruktur wird in Abschnitt II.2. 4. dieser Studie näher eingegangen.

Nicht behandelt wird die unterschiedliche Inanspruchnahme von Leistungen der sozialen Sicherheit durch Ausländer, wobei der Alterseffekt eine gewisse Rolle spielt, da Zuwanderer in der Regel jünger sind als schon beschäftigte In- und Ausländer.

3.4.1. Schulwesen

Es gibt keine Globalprognose der Auswirkungen der wachsenden Zahl von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache im österreichischen Schulsystem. Hier sollen nicht die pädagogischen Probleme angesprochen werden, die dabei zu lösen sind, sondern der Kosten- und Kapazitätseffekt. Kosten entstehen sowohl durch die wachsende Schülerzahl, als auch durch die kostspieligeren Unterrichtsmethoden, die zur Sicherung des Schulerfolges angewendet werden müssen. Adäquate Unterrichtsmethoden erfordern mehr Lehrer und zusätzlichen Raum. Beides verursacht Kosten, die allerdings in die Kompetenz unterschiedlicher Gebietskörperschaften fallen. Das erklärt auch das Fehlen von Gesamtübersichten. Desgleichen stellt sich das Problem regional in unterschiedlicher Schärfe, je nach der Konzentration der ausländischen Wohnbevölkerung. Weiters fällt die Integrationsaufgabe ausschließlich der Pflichtschule zu, während AHS oder BHS mit diesem Problem kaum konfrontiert sind.

*Schüler im Schuljahr 1989/90 nach Staatsangehörigkeit
und Bundesländern*

	Schüler insgesamt	Österreicher	Ausländer	Ausländer- anteil in %
Österreich	1.135.371	1.087.709	47.662	4'2
Burgenland	38.672	38.295	377	1'0
Kärnten	87.427	86.643	784	0'9
Niederösterreich	201.735	195.932	5.803	2'9
Oberösterreich	205.389	201.093	4.296	2'1
Salzburg	77.993	75.001	2.992	3'8
Steiermark	182.179	181.061	1.118	0'6
Tirol	101.417	97.733	3.684	3'6
Vorarlberg	55.227	48.188	7.039	12'7
Wien	185.332	163.763	21.569	11'6

Quelle: ÖSTAT

Ausländeranteil nach Schularten 1989/90

	Österreich in Prozent	Wien
Volksschule	5'0	14'5
Hauptschule	5'7	25'3
Sonderschule	15'1	30'7
Polytechnische Lehrgänge	5'3	5'4
AHS	2'6	5'4
Berufsbildende Pflichtschule	3'0	8'9
Berufsbildende mittlere Schule	2'5	6'9
BHS	1'3	3'3
Berufsbildende Akademien	0'3	0'3
Lehrerbildende mittlere und höhere Schulen	0'3	0'1

Quelle: ÖSTAT

Im Sinne einer reibungsfreien Integration sowie der Akzeptanz durch österreichische Eltern werden somit neben den finanziellen Aspekten auch Schulorganisation und pädagogische Konzepte den neuen Herausforderungen anzupassen sein.

Für Wien werden Entwicklungstendenzen bei wachsender Bevölkerung und offenen Grenzen in der Broschüre „Wien 2010“ aufgezeigt. Das Kapitel „Lernchancen im urbanen Feld“ untersucht die Situation in Kindergärten, Schulen und auf Universitäten.

Nach einer 1988 in Wiener Kindergärten durchgeführten Umfrage waren etwa 15 Prozent der betreuten Kinder Ausländer. Hier wird in

*Ausländeranteil an allgemeinbildenden Schulen nach
Wiener Gemeindebezirken 1989/90*

	Volksschule	Hauptschule in Prozent	AHS
Innere Stadt	19'1	29'2	7'1
Leopoldstadt	20'1	32'1	5'9
Landstraße	20'0	34'9	6'7
Wieden	13'1	25'9	7'2
Margareten	33'8	55'4	8'1
Mariahilf	19'5	44'9	8'6
Neubau	18'3	35'9	7'8
Josefstadt	13'1	50'9	5'7
Alsergrund	23'1	55'0	7'1
Favoriten	13'5	26'3	3'5
Simmering	8'7	14'3	1'5
Meidling	15'6	26'5	6'2
Hietzing	7'2	2'3	4'9
Penzing	12'5	25'0	5'2
Rudolfsheim-Fünfhaus	26'3	33'6	6'4
Ottakring	30'1	43'5	6'3
Hernals	31'6	56'5	6'2
Währing	12'8	24'2	4'3
Döbling	8'0	16'7	5'7
Brigittenau	22'2	42'7	9'2
Floridsdorf	6'6	7'2	2'2
Donaustadt	4'8	4'3	2'4
Liesing	4'7	9'9	3'5
Wien	14'5	25'3	5'4

Quelle: ÖSTAT

Zukunft mit einer Zunahme gerechnet und eine mehrsprachige Betreuung als integrative Maßnahme gesehen, die auch entsprechende Kosten verursachen würde.

In Tabelle 31 wird die Situation in allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1989/90 dargestellt.

In den achtziger Jahren kam es zu einem deutlichen Anstieg des Ausländerkinderanteils an den Wiener Pflichtschulen, in einigen Bereichen bis auf mehr als 25%. Die meisten dieser Kinder sind türkischer oder jugoslawischer Herkunft. Ausschlaggebend für diese Entwicklung, die aller Voraussicht nach noch weiter anhalten wird, sind neben der noch wesentlich höheren Fertilitätsrate bei Gastarbeitern vor allem Familienzusammenführungen und der sich Ende der achtziger Jahre wieder verstärkende Zuzug von Migranten.

Die räumliche Segregation der Ausländerpopulation in Wien führte dabei zu völlig unterschiedlicher Belastung der einzelnen Schulen: während der Ausländerkinderanteil in „Nobel-“ und Neubaubezirken

Entwicklung des Ausländerkinderanteils an Wiener Pflichtschulen²⁾

a) Prognose bei Fortschreibung des Status quo-Trends (Absolutzahlen und Prozent gerundet)

Jahr	Gesamt	Österreicher	Ausländer	%
1990/91	75.000	54.600	20.400	27
1995/96	78.500	52.600	25.905	33
2000/01	80.000	52.000	28.000	35
2005/06	72.000	50.000	22.000	31
2010/11	66.000	50.000	16.000	24

b) Schätzungen des Ausländerkinderanteils an Wiener Pflichtschulen bei Ausländerzu-
zug über die Status quo-Fortschreibung hinaus (Absolutzahlen und Prozent gerun-
det)

Variante 1 (6.000 Ausländer jährlich)

Jahr	Gesamt	Österr.	Ausl.	%	dav. neue Ausländer	%
1990/91	75.400	54.600	20.800	28	400	1
1995/96	81.100	52.600	28.500	35	2.600	3
2000/01	85.700	52.000	33.700	39	5.700	7
2005/06	81.300	50.000	31.300	38	9.300	11
2010/11	78.900	50.000	28.900	37	12.900	16

Variante 2 (12.000 Ausländer jährlich)

Jahr	Gesamt	Österr.	Ausl.	%	dav. neue Ausländer	%
1990/91	75.600	54.600	21.000	28	600	1
1995/96	82.700	52.600	30.100	36	4.200	5
2000/01	89.900	52.000	37.900	42	9.900	11
2005/06	88.800	50.000	38.800	44	16.800	19
2010/11	89.600	50.000	39.600	44	23.600	26

gering blieb, überschreitet er in den Gründerzeitvierteln die 50-Prozent-Marke bisweilen beträchtlich; ohne große Zäsuren in der Wohn(bau)politik wird dieser Trend aller Voraussicht nach anhalten. Entsprechend den Szenarien ist mit einer Zunahme von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache zwischen 13.000 und 23.000 bis zum Jahr 2010 zu rechnen, was einem Ausländerkinderanteil von rund 40% an Wiens Pflichtschulen schon im Jahre 2000 gleichkommt.

Die starke Zuwanderung von Ausländern in den beiden letzten Jahren bedeutete etwa im Jahre 1991 1000 zusätzliche Pflichtschüler, änderte aber nichts an den mittelfristigen Entwicklungstendenzen. Insgesamt gab es im Schuljahr 1991/92 23.690 Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache an Wiens Pflichtschulen. 23.690 Schüler bedeu-

ten rein rechnerisch 940 zusätzliche Klassen und einen Mehrbedarf von 800 Lehrern in Schulversuchen.

Derzeit wird mit einem Stagnieren der Zahl der österreichischen Schüler und einem jährlichen Zuwachs von 2.500 ausländischen Schülern in den kommenden Jahren gerechnet.

3.4.2. Wohnungsmarkt

Die Aufnahmefähigkeit des österreichischen Wohnungsmarktes wird in einer ÖROK-Studie beschrieben (Faßmann et al 1991).

Bei einer durchschnittlichen jährlichen Wohnungsleistung von

Tabelle 33

Durchschnittliche jährliche Wohnbauleistung 1986 – 1989

Österreich	8.627
Ostregion	5.363
Südregion	7.794
Oberösterreich	6.939
Westregion	8.531

Quelle: Faßmann et al (1991).

Je nach Zuwanderungsvariante (50.000 bis 5.000) ergibt sich ein zusätzlicher Bedarf an Wohnungen.

Tabelle 34

Veränderung des Wohnungsbestands (1991-2011) aufgrund der Szenarien I-IV (vgl Abschnitt 3. 1. 1.)

	1991-2001 Wohnungen			
	I	II	III	IV
Österreich	663.100	549.500	505.400	460.100
Ostregion	261.000	193.200	170.500	141.100
Südregion	123.800	117.400	115.600	112.700
Oberösterreich	124.000	108.100	100.700	95.200
Westregion	154.400	130.800	118.400	111.100
	2001-2011 Wohnungen			
	I	II	III	IV
Österreich	518.400	384.700	334.900	280.500
Ostregion	222.000	145.300	121.200	87.000
Südregion	76.300	68.000	65.700	61.800
Oberösterreich	93.300	73.600	64.800	57.800
Westregion	126.800	97.800	83.200	73.800

Quelle: Faßmann et al (1991).

38.627 Wohnungen besteht schon derzeit ein starker Nachfrageüberhang am Wohnungsmarkt. Der Fehlbestand wird auf 130.000 — 170.000 Wohnungen geschätzt.

Der gegenwärtig bestehende Nachfrageüberhang entsteht durch:

- die Verkleinerung der Haushalte;
- die Zunahme von Zweitwohnsitzen und Ferienwohnungen;
- die rückläufige Neubautätigkeit, insbesondere bei Miet- und Geschloßwohnungen;
- die Reduktion des Bestandes billiger Altwohnungen;
- das durch längere Lebenserwartung verzögerter Freiwerden von Wohnungen;
- schließlich durch eine verstärkte Zuwanderung (1989-91), steigende Scheidungsziffern und geburtenstarke Jahrgänge der 60er Jahre deutlich belebte Nachfrage nach Häusern und Wohnungen.

Fast alle hier genannten Trends werden sich in Zukunft eher verstärken. Denn es wird in Zukunft voraussichtlich mehr Single-Haushalte, mehr Geschiedene und Alleinerziehende, mehr Zweitwohnungs-Besitzer, noch weniger billige Altwohnungen, aber voraussichtlich mehr Zuwanderer geben. Es ist somit klar, daß die schon jetzt unter 40.000 Wohnungen pro Jahr liegende Wohnbauleistung zu klein sein dürfte.

Bei einer jährlichen Netto-Zuwanderung von 50.000 Personen (Szenario I) und der von uns angenommenen Dynamik der Haushaltsentwicklung müßten zur Abdeckung der Wohnversorgung im Verlauf der 90er Jahre jährlich rund 66.000 Wohnungen errichtet werden. Bis 2011 wären weitere 52.000 Wohnungen pro Jahr notwendig. Dies erfordert eine Wohnbauleistung, die um fast zwei Drittel über jener der 80er Jahre liegt.

Bei jährlicher Netto-Zuwanderung von 25.000 Personen (Szenario II) beträgt die jährlich erforderliche Zahl neuer Wohnungen immerhin 55.000 bis 2001 und 38.000 zwischen 2001 und 2011. Gegenüber den 80er Jahren wäre bis 2001 eine Steigerung der Wohnbauleistung um gut ein Drittel erforderlich.

Selbst bei fast ausbleibender Zuwanderung aus dem Ausland (Szenario IV: + 5.000 pa) würde die Dynamik der Haushaltsentwicklung bis 2001 pro Jahr 46.000 neue Wohnungen erfordern (+ 12% gegenüber den 80er Jahren). Erst im Jahrzehnt zwischen 2001 und 2011 könnte die Wohnbauleistung wieder auf das gegenwärtige Niveau absinken (2001-2011: + 28.000 pro Jahr).

In Westösterreich und in Oberösterreich werden bis 2001 auf jeden Fall mehr Wohnungen gebaut werden müssen als während der 80er Jahre (+30% bis +90%, je nach Szenario). Danach benötigt der Westen nur bei stärkerer Zuwanderung mehr Wohnungen als bisher. Nur während der 90er Jahre benötigen auch die südlichen Bundesländer eine um 30-40% höhere Wohnbauleistung. Internationale Zuwanderung spielt dabei kaum eine Rolle. Im Osten ist bei sehr starker Zuwanderung eine über die Hälfte höhere Neubauleistung erforderlich. Nur im wenig wahrscheinlichen Fall fast ausbleibender Zuwanderung könnte die Wohnbauleistung im Osten Österreichs hingegen schon ab 1991 unter das Niveau der 80er Jahre sinken.

Insgesamt addiert sich die rein rechnerisch notwendige Bauleistung in den Jahren 1991 bis 2011 bei starker Zuwanderung auf 1'18 Mio. Wohnungen (Szenario I) bzw 0'93 Mio. Wohnungen (Szenario II). Bei schwacher Zuwanderung (Szenario III) wären im selben Zeitraum insgesamt 840.000 Wohnungen, bei fast ausbleibender Wanderung immerhin 740.000 neue Wohnungen erforderlich. Will man das zu Beginn der 90er Jahre schon bestehende Versorgungsdefizit abbauen, dann wären (in allen Szenarien) noch etwas höhere Wohnbauleistungen erforderlich.

Die Studie „Wien 2010“ geht in Abschnitt 4 „Privater und öffentlicher Raum“ der Frage nach, ob die aktuelle Wohnungspolitik geeignet wäre, einen deutlich höheren Wohnungsbedarf zu decken. Weiters werden Bedingungen erörtert, unter denen ein größerer Zuwanderstrom in Wien auf dem Wohnungssektor eventuell bewältigt werden könnte.

Auf dem Wiener Wohnungsmarkt wird es für einkommensschwache Gruppen immer schwieriger, sich mit Wohnraum zu versorgen. Ein verstärkte Zuwanderung wird diese Situation weiter verschärfen.

1988 wurde vom Institut für Stadtforschung eine Wohnungsbedarfsprognose für Wien bis zum Jahr 2007 erstellt. Hier wird je nach Bevölkerungszahl der jährliche Neubaubedarf geschätzt.

Tabelle 35

Bevölkerungszahl 2007 in Mio	jährlicher Neubau in Wohneinheiten
1'36	4.400
1'56	6.600
1'6	7.600
1'7	9.800

Die starke Zuwanderung der letzten Jahre wird in einer Neuformulierung der Wiener Wohnbaupolitik systematisch zu berücksichtigen sein. Die bisherige Entwicklung hat dazu geführt, daß laut Mikrozensusserhebung vom März 1990 40% der türkischen und 51% der jugoslawischen Familien in Substandardwohnungen wohnen (Österreicher 6%). Die Wohnungen dieser Ausländer sind nicht nur schlecht ausgestattet, sondern auch überbelegt und für Ausländer teurer als für Inländer. Jugoslawen zahlen in einer Substandardwohnung pro Quadratmeter durchschnittlich S 37'40, Türken S 33'20, Österreicher S 23'0.

Schon der bisherige Zuzug von ausländischen Arbeitskräften hat im Bereich des Wohnens eine unerwünschte Entwicklung in Richtung Slumbildung in Gang gesetzt. Der Engpaß durch ein unzureichendes Angebot an preiswerten Wohnungen macht diesen Bereich zu einer wichtigen Bestimmungsgröße für die jährlich mögliche Zuwanderung.

Für eine Beurteilung des zusätzlichen Wohnungsbedarfs bei Zuwanderung reicht eine rein quantitative Betrachtung nicht aus. Es müssen ebenso das gegenwärtige System der Wohnbaufinanzierung und -förderung, die Mietrechtsregelung und die qualitativen Veränderungen des Wohnungsbestandes in betracht gezogen werden. Von den 1986 bis 1989 38.627 im Jahresdurchschnitt erbauten Wohnungen sind 34.165 neu erbaute Wohnung, der Rest sind umgebaute Altwohnungen, in der Mehrzahl der Fälle aus Substandardwohnungen, deren Bestand auf diese Weise laufend verringert wird. Da Ausländer, teils durch gesetzliche Vorschriften, teils durch die Vergabepaxis gemeinnützigter Wohnbauträger, keinen Zugang zu geförderten Neubauwohnungen haben, sind sie auf den privaten Wohnungsmarkt, insbesondere auf Substandardwohnungen angewiesen. Daher treffen sie auf deren schrumpfendes Angebot und die dadurch überproportional steigenden Mieten, was auch durch die Mikrozensusserhebung vom März 1990 belegt wird.

Mietzinsbeihilfe kann für renovierte Altbauwohnungen auch an Ausländer gewährt werden, die Gewährung der Wohnbeihilfe ist nach Bundesländern unterschiedlich restriktiv geregelt, bzw nicht vorgesehen.

Für eine erfolgreiche Integration von Einwanderern werden die institutionellen Rahmenbedingungen im Wohnungsbereich so verändert werden müssen, daß einer Slumbildung vorgebeugt wird.

Anmerkungen zu Abschnitt II.3.

¹⁾ Wien 2010, Seite 108/109

²⁾ Wien 2010, Seite 95

Literatur zu Abschnitt II.3.

Arbeitsgemeinschaft „Wien 2010“; „Wien 2010, Entwicklungstendenzen bei wachsender Bevölkerung und offenen Grenzen“, Wien 1990

Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen (Hrsg): „Soziale Sicherung im Alter“, Wien 1991

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg): „Bericht über die soziale Lage 1990“, Wien 1991

Faßmann, H, Findl, P, Münz, R; „Die Auswirkungen der internationalen Wanderungen auf Österreich“, Schriftenreihe Nr 89 der Österreichischen Raumordnungskonferenz, Wien 1991



III. STATISTISCHER ANHANG ZU ABSCHNITT II.1.

Szenarien des Übergangs zur Marktwirtschaft in ehemaligen
RGW-Ländern Europas

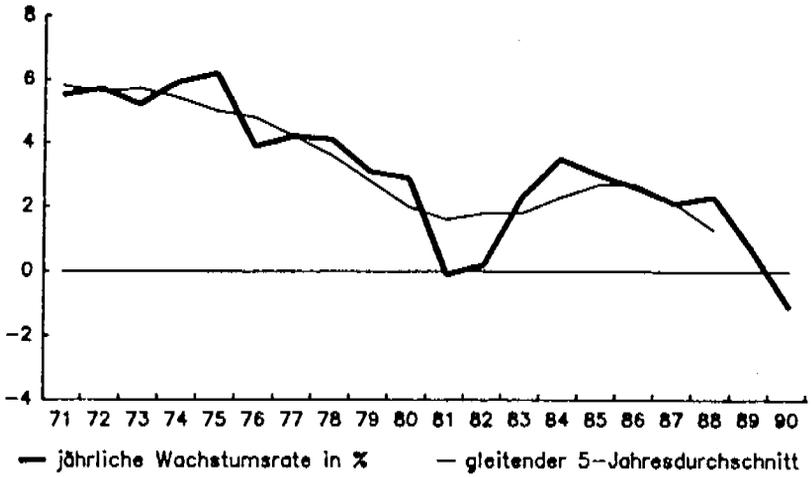
(Stand 1. 3. 1992)

Inhalt des Statistischen Anhangs

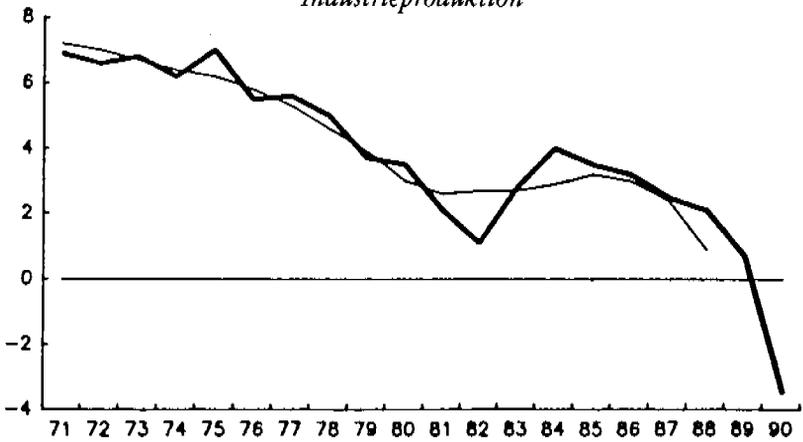
- Abb. 1: Produziertes Nationaleinkommen und Industrieproduktion in der ČSFR
- Abb. 2: Produziertes Nationaleinkommen und Industrieproduktion in Polen
- Abb. 3: Bruttoinlandsprodukt und Industrieproduktion in Ungarn
- Abb. 4: Produziertes Nationaleinkommen und Industrieproduktion in der UdSSR
- Tabelle 1: Bruttoindustrieproduktion ausgewählter Zweige in der ČSFR
- Tabelle 2: Bruttoindustrieproduktion ausgewählter Zweige in Polen
- Tabelle 3: Bruttoindustrieproduktion ausgewählter Zweige in Ungarn
- Tabelle 4: Bruttoindustrieproduktion ausgewählter Zweige in der UdSSR
- Tabelle 5: Bruttoinvestitionen nach Wirtschaftssektoren in der ČSFR
- Tabelle 6: Bruttoinvestitionen nach Wirtschaftssektoren in Polen
- Tabelle 7: Bruttoinvestitionen nach Wirtschaftssektoren in Ungarn
- Tabelle 8: Bruttoinvestitionen nach Wirtschaftssektoren in der UdSSR
- Tabelle 9: Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in der ČSFR
- Tabelle 10: Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Polen
- Tabelle 11: Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Ungarn
- Tabelle 12: Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in der UdSSR
- Tabelle 13: Durchschnittliche Löhne und Gehälter in der ČSFR
- Tabelle 14: Durchschnittliche Löhne und Gehälter in Polen
- Tabelle 15: Durchschnittliche Löhne und Gehälter in Ungarn
- Tabelle 16: Durchschnittliche Löhne und Gehälter in der UdSSR
- Abb. 5: Exporte nach Warengruppen — ČSFR
- Abb. 6: Importe nach Warengruppen — ČSFR
- Abb. 7: Exporte nach Warengruppen — Polen
- Abb. 8: Importe nach Warengruppen — Polen
- Abb. 9: Exporte nach Warengruppen — Ungarn
- Abb. 10: Importe nach Warengruppen — Ungarn
- Abb. 11: Exporte, Importe nach Warengruppen — UdSSR

- Abb. 12: Außenhandel nach Regionen — ČSFR
Abb. 13: Außenhandel nach Regionen — Polen
Abb. 14: Außenhandel nach Regionen — Ungarn
Abb. 15: Außenhandel nach Regionen — UdSSR
Tabelle 17: ČSFR: Anteile an Exporten und Importen des industrialisierten Westens
Tabelle 18: Polen: Anteile an Exporten und Importen des industrialisierten Westens
Tabelle 19: Ungarn: Anteile an Exporten und Importen des industrialisierten Westens
Tabelle 20: UdSSR: Anteile an Exporten und Importen des industrialisierten Westens
Tabelle 21: ČSFR: Zahlungsbilanz in konvertiblen Währungen
Tabelle 22: Polen: Zahlungsbilanz in konvertiblen Währungen
Tabelle 23: Ungarn: Zahlungsbilanz in konvertiblen Währungen
Tabelle 24: UdSSR: Zahlungsbilanz in konvertiblen Währungen

ČSFR: Produziertes Nationaleinkommen 1971—1990

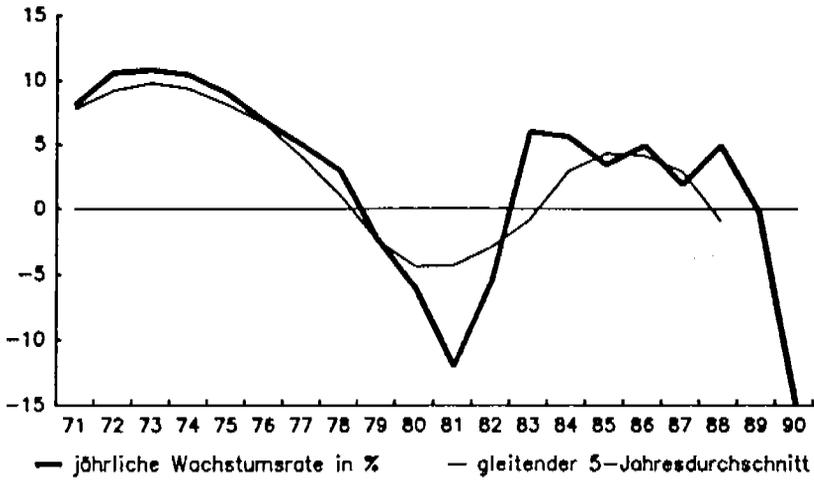


Industrieproduktion

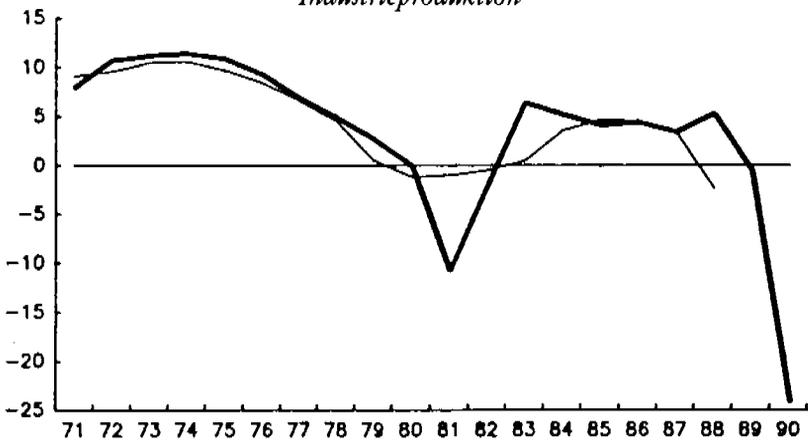


Quelle: WIIW

Polen: Produziertes Nationaleinkommen 1971—1990

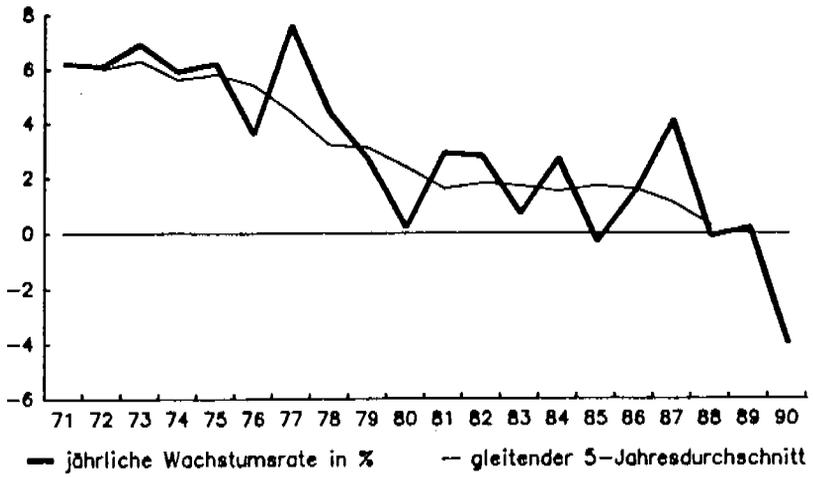


Industrieproduktion

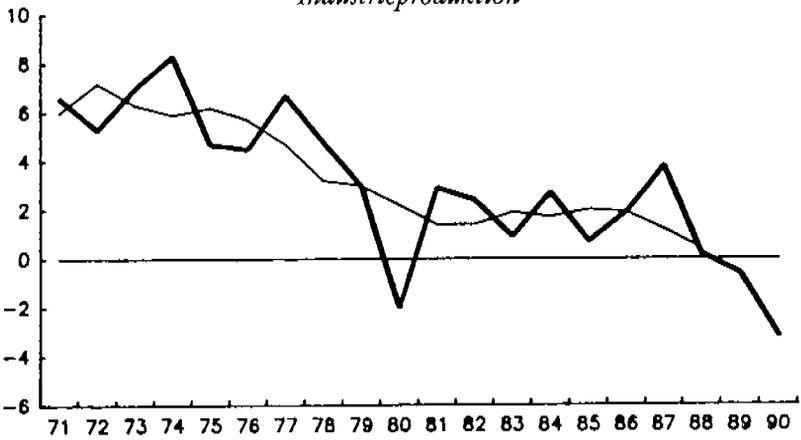


Quelle: WIIW

Ungarn: Bruttoinlandsprodukt 1971—1990

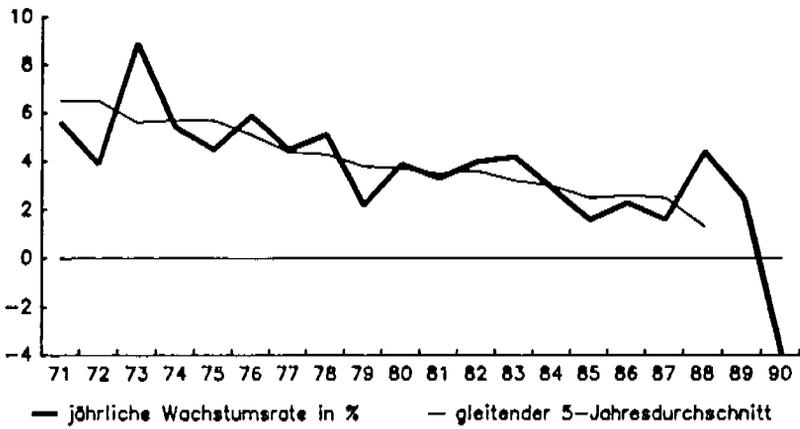


Industrieproduktion

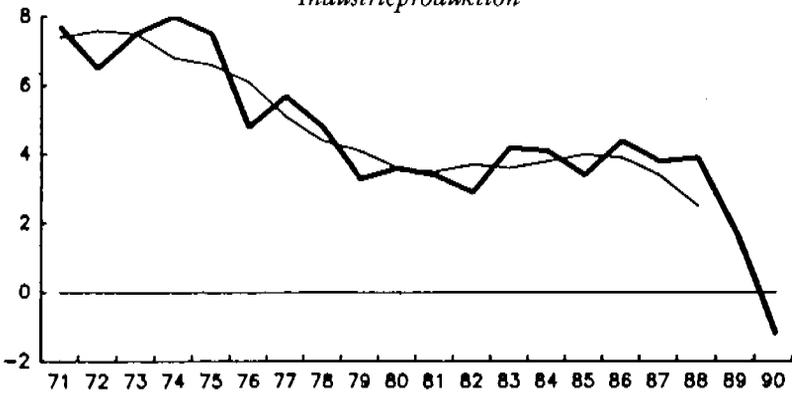


Quelle: WIIW

UdSSR: Produziertes Nationaleinkommen 1971—1990



Industrieproduktion



Quelle: WIIW

Tabelle 1

*Bruttoproduktion in der Industrie nach ausgewählten Zweigen in der
ČSFR in Mrd. Kčs, zu Preisen von 1984*

Jahr	Industrie insgesamt ¹⁾	Elektro- u. Wärme- energie	Eisenmetall- urgie	Maschinen- bau u. Me- tallverarbei- tung	Chemische Industrie ²⁾	Textil- industrie	Nahrungs- mittel- industrie
1970	475'1	19'1	59'1	102'6	39'6	22'9	85'1
1975	653'3	25'7	77'1	153'4	63'4	30'6	107'1
1978	765'9	30'4	76'3	201'3	77'1	33'7	118'2
1979	794'6	30'1	77'5	214'3	79'7	35'0	120'6
1980	827'0	32'3	78'8	226'8	83'7	36'5	122'7
1981	843'5	32'7	79'6	236'7	85'1	36'7	124'3
1982	852'0	33'1	79'0	243'9	86'2	37'2	123'5
1983	875'9	33'8	79'4	256'4	88'7	37'9	127'1
1984	908'9	34'9	85'5	267'9	92'6	38'7	131'0
1985	938'7	36'3	86'3	283'1	97'2	39'6	132'5
1986	956'4	38'0	87'6	297'0	128'9	40'6	134'9
1987	980'8	39'0	89'0	309'7	132'9	41'3	135'8
1988	999'5	39'4	89'8	319'4	135'6	42'2	136'4
1989	1.002'1	40'2	90'1	321'6	136'6	42'8	139'6
1990	967'1	39'4	89'4	310'7	124'8	43'0	136'9

¹⁾ Ab 1986 ohne Wasserwirtschaft. — ²⁾ Ab 1986 inklusive Rohölverarbeitung.
Quelle: WIIW-Datenbank.

Tabelle 2

*Bruttoproduktion in der Industrie¹⁾ nach ausgewählten Zweigen in
Polen in Mrd. Zloty, zu Preisen von 1984*

Jahr	Industrie insgesamt	Elektro- u. Wärme- energie	Eisenmetall- urgie	Maschinen- bau u. Me- tallverarbei- tung	Chemische Industrie	Textil- industrie	Nahrungs- mittel- industrie
1970	4.604'5	131'8	439'5	811'7	354'4	347'3	1.187'0
1975	7.600'1	203'7	612'6	1.593'0	633'2	504'5	1.764'2
1978	9.290'6	246'5	717'2	2.109'6	760'9	597'9	2.000'8
1979	9.518'4	251'6	714'6	2.229'4	778'0	591'1	2.041'1
1980	9.498'3	265'1	716'5	2.235'6	781'4	585'1	1.984'2
1981	8.420'0	248'9	590'1	1.967'1	692'3	510'7	1.814'0
1982	8.218'8	250'3	559'7	1.950'3	693'2	454'4	1.713'2
1983	8.718'8	271'3	595'8	2.084'9	749'0	462'1	1.813'2
1984	9.150'1	295'7	610'1	2.232'8	786'5	494'5	1.871'2
1985 ²⁾	10.046'1	307'0	570'4	2.526'7	831'1	614'5	2.148'8
1986 ²⁾	10.487'8	318'9	589'5	2.715'5	863'9	619'7	2.227'6
1987 ²⁾	10.841'1	333'6	578'2	2.915'0	907'3	628'5	2.255'8
1988 ²⁾	11.410'3	333'9	574'9	3.161'6	969'4	680'8	2.301'7
1989 ²⁾	11.353'4	342'9	532'1	3.182'4	994'3	710'4	2.166'2
1990 ²⁾	8.608'5	309'8	440'9	2.481'8	750'1	428'9	1.652'7

¹⁾ In staatlichen und genossenschaftlichen Unternehmen. — ²⁾ Verkaufte Produktion in der gesamten Industrie.
Quelle: WIIW-Datenbank.

Tabelle 3

Bruttoproduktion in der Industrie¹⁾ nach ausgewählten Zweigen in Ungarn zu konstanten Preisen, Index 1970 = 100

Jahr	Industrie insgesamt	Elektroenergie	Metallurgie	Maschinenbau u. Metallverarbeitung	Chemische Industrie	Textilindustrie	Nahrungsmittelindustrie
1970	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0
1975	136'6	144'2	127'5	145'4	164'8	121'7	125'7
1978	159'6	183'8	142'1	173'8	216'1	130'7	140'7
1979	164'4	186'2	144'1	180'4	229'4	129'9	144'4
1980	161'0	192'3	137'7	170'1	224'2	134'0	147'9
1981	165'5	198'8	135'5	179'8	231'2	136'9	152'4
1982	169'6	202'7	137'6	187'8	235'7	133'0	158'9
1983	170'9	208'5	135'5	190'0	239'0	134'0	161'2
1984	175'5	217'9	137'3	194'2	248'7	136'9	166'3
1985	176'8	222'3	137'5	200'9	251'1	138'3	163'3
1986	180'2	226'9	141'3	208'3	254'7	137'1	165'4
1987	187'1	237'1	142'6	218'2	270'2	140'9	170'7
1988	187'1	237'3	148'8	218'2	237'8	142'6	166'4
1989	185'2	242'5	155'4	218'7	263'0	136'2	168'0
1990	167'5	249'6	133'2	181'8	246'9	115'1	162'6

¹⁾ In staatlichen und genossenschaftlichen Unternehmen.
Quelle: WIIW-Datenbank.

Tabelle 4

Bruttoproduktion in der Industrie nach ausgewählten Zweigen in der UdSSR in Mrd. Rubel, zu Preisen von 1980

Jahr	Industrie insgesamt	Elektro- u. Wärmeenergie	Metallurgie	Maschinenbau u. Metallverarbeitung	Chemische Industrie	Leichtindustrie ¹⁾	Nahrungsmittelindustrie
1970	346'2	46'2	67'2	58'5	17'5	67'4	67'8
1975	495'8	62'5	88'1	101'2	28'9	84'3	88'1
1978	575'8	70'9	.	131'1	35'0	94'4	92'2
1979	594'7	72'4	.	141'0	36'3	96'3	94'0
1980	616'3	74'5	96'8	149'8	38'2	99'8	94'9
1981	637'3	75'5	97'2	158'8	40'5	102'8	96'8
1982	655'7	77'5	97'7	166'3	41'6	102'8	100'6
1983	683'5	79'2	101'6	176'8	43'9	103'8	106'3
1984	711'2	81'4	104'5	188'7	46'2	104'8	110'1
1985	735'2	82'3	107'4	202'2	48'5	107'8	108'2
1986	767'9	85'0	111'3	217'2	51'6	108'8	110'1
1987	796'9	87'5	113'2	229'2	53'9	110'8	114'8
1988	828'3	89'2	117'1	241'2	56'5	114'8	118'6
1989	842'4	88'3	117'6	248'4	57'0	117'1	123'3
1990	832'3	86'3	114'1	250'9	55'9	117'1	122'4

¹⁾ Leichtindustrie: Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie.
Quelle: WIIW-Datenbank.

Tabelle 5

*Bruttoanlageinvestitionen nach Wirtschaftssektoren in der ČSFR
in Mrd. Kčs, zu Preisen von 1984*

Jahr	Insgesamt	Indu- strie ¹⁾	Bauwirt- schaft	Land- u. Forst- wirt- schaft	Trans- port- u. Nachrich- tenwesen	Handel	Wohnbau u. Ge- meinde- verwal- tung	Wissen- schaft u. For- schung	Bildung, Kultur	Gesund- heits- u. Sozial- wesen	Staatli- che Ver- waltung, Finanz- wesen
1970	100'550	36'744	3'599	10'710		4'174	22'220	1'195	4'205	2'147	
1975	149'251	51'880	6'094	18'311		5'958	29'106	1'651	7'432	3'106	
1978	171'424	62'273	8'480	20'927	22'612	6'503	27'727	1'768	7'240	3'956	5'353
1979	174'488	66'370	10'002	19'554	23'867	5'575	28'351	1'585	6'535	3'602	3'760
1980	176'977	68'745	12'198	18'921	22'037	5'386	28'591	1'686	5'612	3'862	4'290
1981	168'754	67'806	10'714	19'864	18'965	5'557	28'245	1'651	5'227	2'863	3'176
1982	164'932	64'795	11'099	20'770	18'531	5'185	27'187	1'809	5'046	3'428	3'132
1983	165'840	62'861	11'245	23'399	19'589	4'863	26'747	1'787	4'851	3'548	2'832
1984	158'874	59'828	10'076	23'769	19'789	4'347	25'024	1'811	4'119	3'692	2'390
1985	167'482	63'728	10'375	25'631	20'216	4'437	25'590	2'284	4'072	3'547	2'528
1986	169'891	59'333	8'899	26'394	20'470	5'447	26'201	2'299	4'055	3'460	2'451
1987	177'418	65'322	8'914	25'995	20'374	5'602	26'110	2'472	4'103	3'331	2'671
1988	184'640	69'703	8'650	26'101	20'320	5'553	26'895	2'375	4'229	3'999	2'760
1989	187'638	70'695	8'136	25'076	21'145	5'809	28'769	2'158	4'416	4'055	3'119
1990	202'127	81'681	6'862	23'111	20'754	6'862	31'190	2'867	4'903	6'252	4'030

¹⁾ Ab 1986 ohne Wasserwirtschaft.
Quelle: WIIW-Datenbank.

Tabelle 6

*Bruttoanlageinvestitionen nach Wirtschaftssektoren in Polen
in Mrd. Zloty, zu Preisen von 1984*

Jahr	Insgesamt	Industrie	Bauwirt- schaft	Land- u. Forstwirt- schaft	Transport- u. Nach- richten- wesen	Handel	Wohnbau u. Ge- meinde- verwaltung	Wissen- schaft, Kultur, Bildung	Gesund- heits- u. Sozial- wesen, Tourismus
1970	1.010'8	335'2	31'2	198'4	92'7	22'1	257'9	34'2	22'4
1975	2.397'2	917'4	105'3	388'4	222'8	49'5	497'5	57'2	59'8
1978	2.548'6	873'5	113'1	473'2	193'3	44'4	690'2	50'8	55'7
1979	2.347'8	738'8	94'6	456'4	173'8	39'2	701'5	47'2	65'0
1980	2.059'0	635'8	79'5	378'1	179'6	34'6	619'2	42'4	59'4
1981	1.598'8	463'1	45'5	330'9	112'6	33'2	506'7	37'2	49'3
1982	1.404'9	403'3	23'7	280'3	80'3	31'3	481'0	38'3	47'9
1983	1.536'4	428'1	28'3	295'8	89'2	38'4	535'2	45'7	56'5
1984	1.712'2	486'7	36'8	309'4	122'4	42'3	564'2	53'6	66'7
1985	1.814'3	526'3	40'2	303'4	139'4	50'7	584'5	63'4	75'8
1986	1.906'2	561'9	44'8	304'5	152'6	58'0	597'2	68'6	82'5
1987	1.987'0	589'1	47'0	315'4	161'8	61'4	609'0	73'9	86'8
1988	2.094'9	615'6	52'4	326'5	179'2	63'7	637'0	79'7	88'7
1989	2.044'4	670'9	40'6	295'4	128'2	74'7	622'0	75'0	83'1
1990	1.837'3	621'7	29'5	200'4	143'4	73'0	562'5	72'1	65'5

Quelle: WIIW-Datenbank.

Tabelle 7

*Bruttoanlageinvestitionen nach Wirtschaftssektoren in Ungarn
in Mrd. Forint, zu Preisen von 1981*

Jahr	Insgesamt	Industrie	Bauwirtschaft	Land- u. Forstwirtschaft ¹⁾	Transport- u. Nachrichtenwesen	Handel	Produzierende Bereiche	Nichtproduzierende Bereiche
1970	139'718	44'308	3'599	33'552	17'824	4'144	103'429	36'288
1975	196'351	59'962	3'966	38'295	26'920	8'812	137'957	58'394
1978	231'899	82'483	7'496	43'747	26'846	8'494	169'958	61'940
1979	234'218	80'998	6'215	44'080	29'020	8'936	169'884	64'333
1980	220'633	71'683	5'364	40'471	27'860	10'419	156'571	64'062
1981	209'381	65'877	4'066	42'732	24'573	10'753	148'677	60'704
1982	204'774	66'074	3'269	41'968	23'418	9'064	144'764	60'010
1983	198'631	64'488	3'069	37'224	22'294	8'566	136'843	61'788
1984	192'871	63'070	2'652	35'220	19'841	8'292	130'276	62'594
1985	188'435	62'943	2'082	33'214	19'603	8'093	127'126	61'308
1986	192'769	58'978	2'152	37'144	21'093	7'138	127'803	64'965
1987	207'419	62'163	2'594	43'168	23'519	8'094	140'861	66'558
1988	191'448	57'749	2'594	36'433	23'613	7'519	129'578	61'869
1989	199'872	63'062	3'253	35'822	22'527	10'227	136'318	63'553
1990	180'284	58'459	3'451	26'904	21'017	10'779	123'113	57'171

¹⁾ Einschließlich Wasserwirtschaft.
Quelle: WIIW-Datenbank.

Tabelle 8

*Bruttoanlageinvestitionen nach Wirtschaftssektoren in der UdSSR
in Mrd. Rubel, zu Preisen von 1984*

Jahr	Insgesamt	Industrie	Bauwirtschaft	Landwirtschaft	Transport- u. Nachrichtenwesen	Handel	Wohnbau	Wissenschaft, Kultur, Bildung
1970	92'200	32'500	3'300	16'000	9'000	2'526	15'800	5'073
1975	128'500	44'900	4'800	26'100	14'400	3'144	19'200	6'701
1978	146'900	51'465	5'414	28'866	18'198	3'709	20'701	7'512
1979	147'900	51'601	5'835	29'489	18'209	3'915	20'477	7'242
1980	150'853	53'300	6'000	29'800	18'100	3'836	21'100	7'400
1981	156'500	55'400	6'000	30'600	18'800	4'272	22'400	7'400
1982	161'939	57'000	6'500	31'000	19'800	4'390	24'000	7'400
1983	170'987	60'100	6'500	32'100	21'300	4'437	25'900	8'200
1984	174'278	61'900	6'000	31'000	22'600	4'362	26'900	8'000
1985	179'464	65'500	6'100	31'500	21'900	4'555	28'100	8'500
1986	194'400	71'000	6'800	33'500	22'800	5'084	30'900	9'600
1987	205'400	75'000	6'900	34'400	24'000	4'559	33'500	11'300
1988	218'200	79'500	8'300	36'500	25'100	4'537	35'600	12'100
1989	228'500	85'700	10'600	38'400	21'600	4'450	37'700	11'100
1990	229'800	78'800	9'900	41'000	24'200	.	39'100	11'600

Quelle: WIIW-Datenbank.

*Beschäftigte in der sozialistischen Wirtschaft¹⁾ nach Wirtschaftssektoren
in der ČSFR
in Tausend, Jahresdurchschnitt*

Jahr	Insgesamt	Industrie ²⁾	Bauwirtschaft	Land- u. Forstwirtschaft	Transport- u. Nachrichtenwesen	Handel	Wohnbau, Gemeindeverwaltung	Wissenschaft und Forschung	Kunst, Bildung, Kultur	Gesundheits- u. Sozialwesen	Staatl. Verwaltung, Justiz, Finanzwesen
1970	5.902	2.588	534	418	469	613	228	163	383	255	166
1975	6.253	2.687	607	388	469	702	222	170	418	302	167
1977	6.393	2.719	618	397	478	733	232	159	441	312	164
1978	6.474	2.741	621	398	480	749	233	162	452	318	172
1979	6.546	2.758	628	395	484	760	234	165	468	326	175
1980	6.601	2.771	629	394	486	770	239	168	479	334	174
1981	6.648	2.788	619	397	490	776	239	165	492	346	182
1982	6.724	2.798	612	398	491	783	259	167	526	352	181
1983	6.768	2.813	611	397	490	798	263	168	529	359	180
1984	6.828	2.823	615	402	494	807	268	171	542	365	179
1985	6.892	2.836	615	404	498	816	276	175	553	374	179
1986	6.962	2.818	624	400	500	814	277	177	568	382	178
1987	7.001	2.830	628	399	499	818	278	179	571	390	181
1988	7.035	2.831	620	396	500	820	284	181	587	397	185
1989	7.033	2.816	605	389	504	824	294	182	594	406	181
1989 ³⁾	7.104	2.859	611	398	504	824	294	182	594	406	194
1990 ³⁾	6.862	2.670	563	418	525	791	272	163	585	412	226

¹⁾ Ohne landwirtschaftliche Genossenschaften und Lehrlinge. — ²⁾ Ab 1986 ohne Wasserwirtschaft. —
³⁾ Neu berechnet, inklusive Uranindustrie sowie Staatsapparat, Kommunistische Partei und andere Organisationen.
Quelle: WIIW-Datenbank.

*Beschäftigte in der sozialistischen Wirtschaft¹⁾ nach Wirtschaftssektoren
in Polen
in Tausend, Jahresdurchschnitt*

Jahr	Insgesamt	Industrie	Bauwirtschaft	Land- u. Forstwirtschaft	Transport- u. Nachrichtenwesen	Handel	Wohnbau, Gemeindeverwaltung	Wissenschaft und Forschung	Kunst, Bildung, Kultur	Gesundheits- u. Sozialwesen	Staatl. Verwaltung, Justiz, Finanzwesen
1970	9.817	4.126	976	917	932	877	350	73	661	466	284
1975	11.632	4.730	1.320	1.012	1.049	1.062	447	151	776	598	283
1977	11.910	4.792	1.290	1.093	1.078	1.083	476	150	787	647	293
1978	11.982	4.784	1.299	1.093	1.093	1.089	491	151	796	662	298
1979	11.995	4.774	1.274	1.088	1.099	1.073	509	152	809	682	304
1980	12.000	4.760	1.234	1.082	1.108	1.071	525	148	823	698	304
1981	12.027	4.738	1.187	1.090	1.096	1.122	539	144	859	728	305
1982	11.574	4.488	1.108	1.027	1.049	1.101	533	118	897	748	302
1983	11.563	4.442	1.088	1.004	1.045	1.114	536	112	938	771	310
1984	11.608	4.418	1.092	983	1.043	1.118	542	109	966	791	336
1985	11.674	4.391	1.107	968	1.039	1.128	547	111	988	822	356
1986	11.769	4.277	1.111	963	1.031	1.266	557	113	995	867	363
1987	11.756	4.254	1.098	951	1.020	1.272	560	115	1.001	884	361
1988	11.632	4.182	1.071	929	997	1.251	556	111	1.010	890	361
1989	11.196	4.053	961	894	930	1.189	528	103	1.020	884	362
1989 ²⁾	12.154	4.443	1.155	894	933	1.213	533	112	1.187	984	362
1990 ²⁾	11.375	4.182	1.069	791	866	1.037	511	96	1.204	981	369

¹⁾ Ohne landwirtschaftliche Genossenschaften und Lehrlinge. — ²⁾ Gesamte Wirtschaft.
Quelle: WIIW-Datenbank.

Tabelle 11

*Beschäftigte in der Gesamtwirtschaft¹⁾ nach Wirtschaftssektoren
in Ungarn
in Tausend, per 1. Jänner*

Jahr	Insgesamt	Industrie	Bauwirtschaft	Land- u. Forstwirtschaft ²⁾	Transport- u. Nachrichtenwesen	Handel	Produzierende Bereiche	Nichtproduzierende Bereiche
1970	3.752	1.576	306	409	333	390	3.014	739
1975	4.008	1.588	352	431	383	445	3.199	809
1977	4.058	1.535	356	435	397	462	3.187	871
1978	4.056	1.521	352	435	400	467	3.176	880
1979	4.058	1.501	351	431	402	472	3.158	901
1980	4.051	1.469	340	442	400	474	3.126	925
1981	4.009	1.433	329	451	393	469	3.076	933
1982	4.014	1.401	319	485	388	470	3.063	951
1983	3.986	1.365	306	529	384	466	3.098	888
1984	3.966	1.340	299	534	385	462	3.067	899
1985	3.938	1.336	290	511	382	458	3.024	914
1986	3.939	1.337	277	493	383	450	2.989	950
1987	3.963	1.331	271	490	385	450	2.974	990
1988	3.931	1.309	269	482	376	449	2.933	998
1989	3.940	1.306	272	460	372	445	2.898	1.042
1990	3.825	1.276	260	408	355	430	2.765	1.060

¹⁾ Ohne landwirtschaftliche Genossenschaften. — ²⁾ Inklusive Wasserwirtschaft.
Quelle: WIIW-Datenbank.

Tabelle 12

*Beschäftigte in der sozialistischen Wirtschaft¹⁾ nach Wirtschaftssektoren
in der UdSSR
in Tausend, Jahresdurchschnitt*

Jahr	Insgesamt	Industrie	Bauwirtschaft	Land- u. Forstwirtschaft	Transport- u. Nachrichtenwesen	Handel	Wohnbau, Gemeindeverwaltung	Wissenschaft und Forschung	Kunst, Bildung, Kultur	Gesundheits- u. Sozialwesen	Staatl. Verwaltung, Justiz, Finanzwesen
1970	106.786	31.593	9.052	26.425	9.315	7.537	3.052	2.999	8.482	5.080	2.226
1975	.	34.054	10.574	.	10.743	8.857	3.805	3.790	9.637	5.769	2.706
1977	.	35.417	10.880	.	11.184	9.204	4.046	3.969	10.071	5.962	2.864
1978	.	36.014	11.034	.	11.462	9.361	4.218	4.069	10.366	6.033	2.952
1979	.	36.496	11.156	.	11.723	9.526	4.354	4.264	10.584	6.197	3.043
1980	125.598	36.891	11.240	25.208	11.958	9.694	4.512	4.379	10.913	6.223	3.144
1981	.	37.236	11.298	.	12.172	9.828	4.575	4.477	11.102	6.330	3.218
1982	.	37.610	11.299	.	12.337	9.863	4.612	4.475	11.279	6.448	3.267
1983	.	37.830	11.315	.	12.438	9.889	4.695	4.471	11.379	6.568	3.307
1984	129.500	37.957	11.349	25.334	12.487	9.954	4.785	4.508	11.523	6.672	3.342
1985	130.298	38.103	11.492	25.196	12.549	10.031	4.894	4.554	11.731	6.784	3.342
1986	130.903	38.223	11.659	24.940	12.513	10.108	4.995	4.546	11.988	6.885	3.400
1987	130.772	38.139	11.955	24.660	12.048	10.334	5.057	4.369	12.354	7.089	3.059
1988	128.936	37.376	12.746	23.806	11.066	10.088	5.029	4.196	12.744	7.285	2.858
1989	127.033	36.414	13.184	23.159	10.223	9'877	5.049	4.105	13.083	7.497	2.638
1990	124.536	35.286	12.149	22.920	10.155	9.812	4.948	4.031	13.237	7.594	2.656

¹⁾ Inklusive Kolchosbauern.
Quelle: WIIW-Datenbank.

Tabelle 13

*Durchschnittliche Monatslöhne je Beschäftigten¹⁾ nach Wirtschaftssektoren in der ČSFR
Bruttolöhne und -gehälter in Kčs*

Jahr	Insgesamt	Industrie	Bauwirtschaft	Land- u. Forstwirtschaft	Transport- u. Nachrichtenwesen	Handel	Wohnbau, Gemeindeverwaltung	Wissenschaft und Forschung	Kunst, Bildung, Kultur	Gesundheits- u. Sozialwesen	Staatl. Verwaltung, Justiz, Finanzwesen
1970	1.937	1.967	2.160	1.827	2.182	1.653	1.424	2.244	1.831	1.782	2.079
1975	2.304	2.338	2.557	2.246	2.543	1.947	1.705	2.602	2.189	2.231	2.446
1977	2.444	2.500	2.696	2.399	2.724	2.061	1.836	2.791	2.256	2.283	2.566
1978	2.517	2.580	2.776	2.464	2.833	2.109	1.885	2.861	2.311	2.344	2.645
1979	2.579	2.653	2.835	2.523	2.924	2.160	1.929	2.917	2.336	2.399	2.709
1980	2.637	2.723	2.889	2.597	2.993	2.204	1.981	2.987	2.402	2.469	2.775
1981	2.677	2.772	2.925	2.650	3.039	2.235	2.004	3.073	2.393	2.525	2.678
1982	2.738	2.854	3.004	2.709	3.118	2.256	2.033	3.122	2.418	2.549	2.737
1983	2.789	2.921	3.064	2.805	3.170	2.279	2.083	3.178	2.440	2.546	2.789
1984	2.837	2.985	3.119	2.881	3.197	2.298	2.127	3.227	2.455	2.575	2.844
1985	2.883	3.037	3.200	2.950	3.187	2.310	2.149	3.272	2.520	2.654	2.890
1986	2.927	3.086	3.258	2.997	3.268	2.354	2.171	3.303	2.534	2.679	2.951
1987	2.985	3.139	3.332	3.055	3.312	2.419	2.222	3.366	2.620	2.722	3.009
1988	3.054	3.204	3.395	3.139	3.393	2.526	2.286	3.425	2.697	2.765	3.068
1989	3.123	3.277	3.478	3.240	3.433	2.588	2.382	3.497	2.752	2.520	3.130
1990	3.239	3.379	3.569	3.373	3.444 ²⁾	2.770	2.454	3.608	2.841	3.024	3.308

¹⁾ Arbeiter und Angestellte in Staatsunternehmen und Genossenschaften. — ²⁾ Nach neuer Methodologie (vergleichbare Angabe für 1989: 3.367).

Quelle: WIIW-Datenbank.

Tabelle 14

*Durchschnittliche Monatslöhne je Beschäftigten¹⁾ nach Wirtschaftssektoren in Polen
Nettolöhne und -gehälter in Zloty*

Jahr	Insgesamt	Industrie	Bauwirtschaft	Land- u. Forstwirtschaft	Transport- u. Nachrichtenwesen	Handel	Wohnbau, Gemeindeverwaltung	Wissenschaft und Forschung	Kunst, Bildung, Kultur	Gesundheits- u. Sozialwesen	Staatl. Verwaltung, Justiz, Finanzwesen
1970	2.374	2.551	2.841	2.114	2.364	1.979	2.209	2.853	1.995	1.842	2.307
1975	3.783	3.981	4.511	3.667	3.844	3.173	3.503	4.198	3.069	3.107	3.615
1977	4.415	4.679	5.063	4.400	4.516	3.669	4.292	5.175	3.556	3.456	4.357
1978	4.686	4.942	5.296	4.838	4.837	3.851	4.525	5.384	3.902	3.661	4.517
1979	5.100	5.393	5.678	5.150	5.297	4.148	4.867	5.649	4.418	4.234	4.925
1980	5.786	6.181	6.469	5.837	6.123	4.717	5.623	6.185	4.862	4.746	5.364
1981	7.375	7.886	8.124	8.025	7.687	6.430	6.998	7.390	6.077	5.873	6.742
1982	11.138	12.334	11.625	11.933	10.686	9.708	10.067	9.887	9.082	9.391	9.727
1983	13.966	15.942	15.061	13.717	13.687	11.824	12.773	13.103	10.913	10.321	12.179
1984	16.838	18.818	18.550	16.808	16.282	13.937	15.671	17.106	14.185	13.382	15.878
1985	20.005	22.566	22.205	19.779	19.003	16.426	18.537	21.697	16.615	15.779	19.192
1986	24.095	27.514	26.881	23.523	22.664	20.280	22.259	29.253	19.197	18.790	23.284
1987	29.184	33.397	32.360	27.518	27.896	24.559	27.425	35.352	23.269	22.938	28.886
1988	53.090	61.424	57.405	51.076	52.923	46.810	47.764	65.093	38.552	41.571	49.977
1989	206.758	253.352	201.577	201.817	188.085	175.747	185.946	207.178	189.108	187.714	236.248
1990	1,029.600	1,095.900	1,028.300	957.294	955.118	868.700	912.553	1,070.000	1,049.887	1,029.870	1,330.716

¹⁾ Arbeiter und Angestellte in Staatsunternehmen und Genossenschaften, ohne Lehrlinge.

Quelle: WIIW-Datenbank.

*Durchschnittliche Monatslöhne je Beschäftigten¹⁾ nach Wirtschaftssektoren in Ungarn
Bruttolöhne und -gehälter in Forint*

Jahr	Insgesamt	Industrie	Bauwirtschaft	Land- u. Forstwirtschaft	Transport- u. Nachrichtenwesen	Handel
1970	2.129	2.093	2.352	2.089	2.237	1.987
1975	2.817	2.817	3.095	2.698	3.004	2.529
1978	3.512	3.526	3.832	3.335	3.676	3.075
1979	3.672	3.727	4.031	3.365	3.941	3.239
1980	3.892	3.963	4.228	3.581	4.167	3.439
1981	4.141	4.248	4.482	3.834	4.465	3.666
1982	4.407	4.515	4.807	4.088	4.765	3.920
1983	4.609	4.743	5.079	4.250	4.944	4.097
1984	5.189	5.369	5.680	4.780	5.438	4.724
1985	5.667	5.945	6.123	5.094	5.917	5.159
1986	6.093	6.389	6.636	5.480	6.295	5.556
1987	6.608	6.964	7.369	5.873	6.806	6.122
1988 ²⁾	.	6.904	7.170	6.061	6.573	5.996
1989	7.723	8.134	8.581	7.104	7.818	7.156
1990	9.645	9.967	10.266	8.421	9.789	9.668

¹⁾ Arbeiter und Angestellte in Staatsunternehmen und Genossenschaften. — ²⁾ Ab 1988 Nettolöhne und -gehälter.

Quelle: WIIW-Datenbank.

Tabelle 16

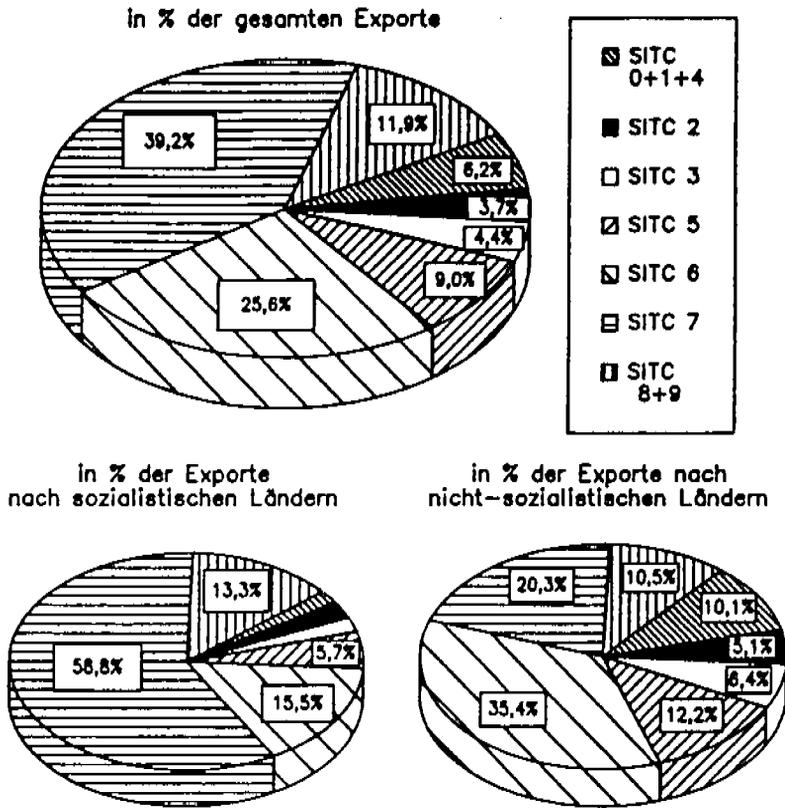
*Durchschnittliche Monatslöhne je Beschäftigten¹⁾ nach Wirtschaftssektoren in der UdSSR
Bruttolöhne und -gehälter in Rubel*

Jahr	Insgesamt	Industrie ²⁾	Bauwirtschaft	Land- u. Forstwirtschaft	Transport- u. Nachrichtenwesen	Handel	Wohnbau, Gemeindeverwaltung	Wissenschaft und Forschung	Kunst, Bildung, Kultur	Gesundheits- u. Sozialwesen	Staatl. Verwaltung, Justiz, Finanzwesen
1970	122	133	150	101	131	95	94	139	105	92	121
1975	146	163	177	127	166	109	109	157	122	102	132
1977	155	173	185	139	179	117	117	165	125	109	137
1978	160	177	191	143	183	124	123	170	129	116	145
1979	163	180	197	146	186	129	127	174	130	119	149
1980	169	185	202	149	193	138	133	179	133	127	158
1981	172	190	209	153	197	141	136	183	134	128	160
1982	177	196	217	159	202	142	139	191	135	130	162
1983	180	199	222	168	205	143	141	194	135	130	162
1984	185	205	229	176	207	146	143	198	139	131	164
1985	190	211	237	182	212	149	147	202	146	133	169
1986	196	216	245	192	220	153	149	208	151	135	179
1987	203	222	257	198	231	156	154	217	160	143	190
1988	220	241	289	211	251	165	168	248	166	152	204
1989	240	264	317	233	269	187	181	303	171	163	235
1990	275	296	351	276	303	237	209	338	188	185	346

¹⁾ Nur Arbeiter und Angestellte in der Produktion. — ²⁾ Einschließlich Hotel- und Gaststättengewerbe.

Quelle: WIIW-Datenbank.

ČSFR: Anteile der SITC-Warengruppen an Exporten in %
Jahr 1990



Quelle: WIIW

Die Warengruppen sind gemäß der Standard International Trade Classification (S.I.T.C.) Revised 2 definiert.

SITC 0 Ernährung und Lebendvieh

SITC 1 Getränke und Tabak

SITC 2 Rohstoffe

SITC 3 Brennstoffe, Energie

SITC 4 Tierische und pflanzliche Öle, Fette

SITC 5 Chemische Erzeugnisse

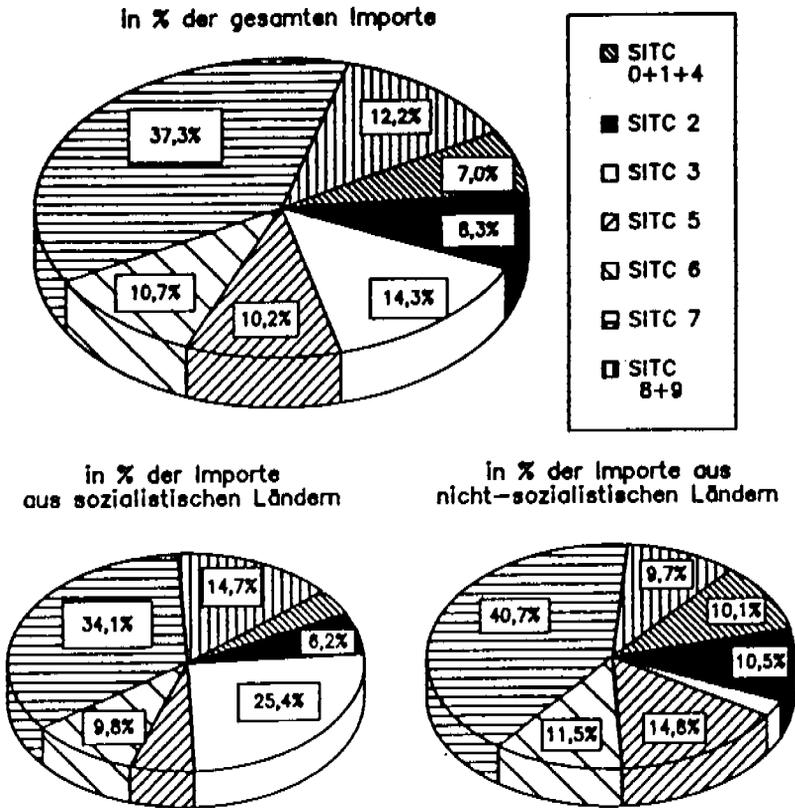
SITC 6 Bearbeitete Waren

SITC 7 Maschinen und Fahrzeuge

SITC 8 Sonstige Fertigwaren

SITC 9 Waren a. n. g.

ÖSFR: Anteile der SITC-Warengruppen an Importen in %
Jahr 1990



Quelle: WTIW

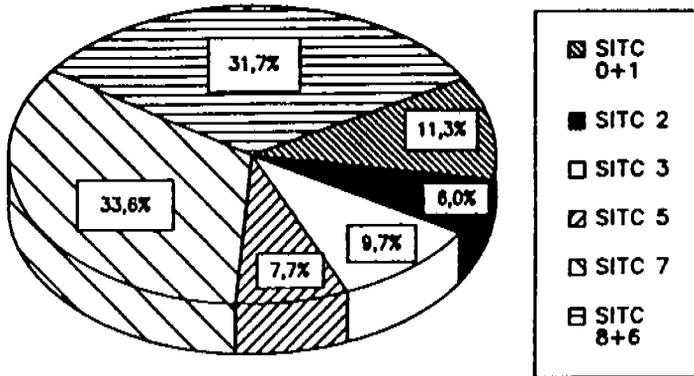
Die Warengruppen sind gemäß der Standard International Trade Classification (S.I.T.C.) Revised 2 definiert.

SITC 0 Ernährung und Lebendvieh
SITC 1 Getränke und Tabak
SITC 2 Rohstoffe
SITC 3 Brennstoffe, Energie
SITC 4 Tierische und pflanzliche Öle, Fette

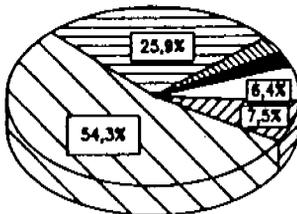
SITC 5 Chemische Erzeugnisse
SITC 6 Bearbeitete Waren
SITC 7 Maschinen und Fahrzeuge
SITC 8 Sonstige Fertigwaren
SITC 9 Waren a. n. g.

Polen: Anteile der SITC-Warengruppen an Exporten in %
Jahr 1989

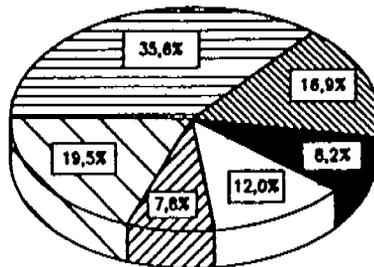
in % der gesamten Exporte



in % der Exporte
nach sozialistischen Ländern



in % der Exporte nach
nicht-sozialistischen Ländern



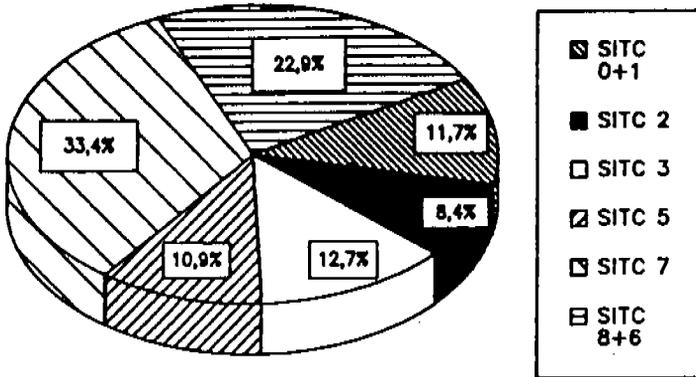
Quelle: WITW

Die Warengruppen sind gemäß der Standard International Trade Classification (S.I.T.C.) Revised 2 definiert.

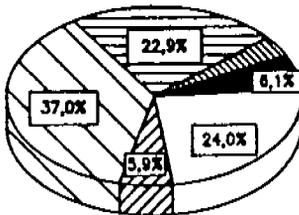
SITC 0 Ernährung und Lebendvieh	SITC 5 Chemische Erzeugnisse
SITC 1 Getränke und Tabak	SITC 6 Bearbeitete Waren
SITC 2 Rohstoffe	SITC 7 Maschinen und Fahrzeuge
SITC 3 Brennstoffe, Energie	SITC 8 Sonstige Fertigwaren
SITC 4 Tierische und pflanzliche Öle, Fette	SITC 9 Waren a. n. g.

Polen: Anteile der SITC-Warengruppen an Importen in %
Jahr 1989

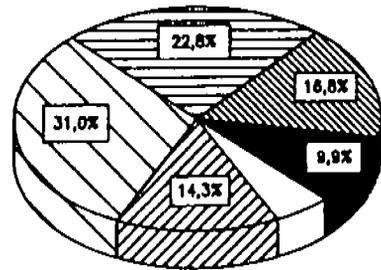
in % der gesamten Importe



in % der Importe
aus sozialistischen Ländern



in % der Importe aus
nicht-sozialistischen Ländern



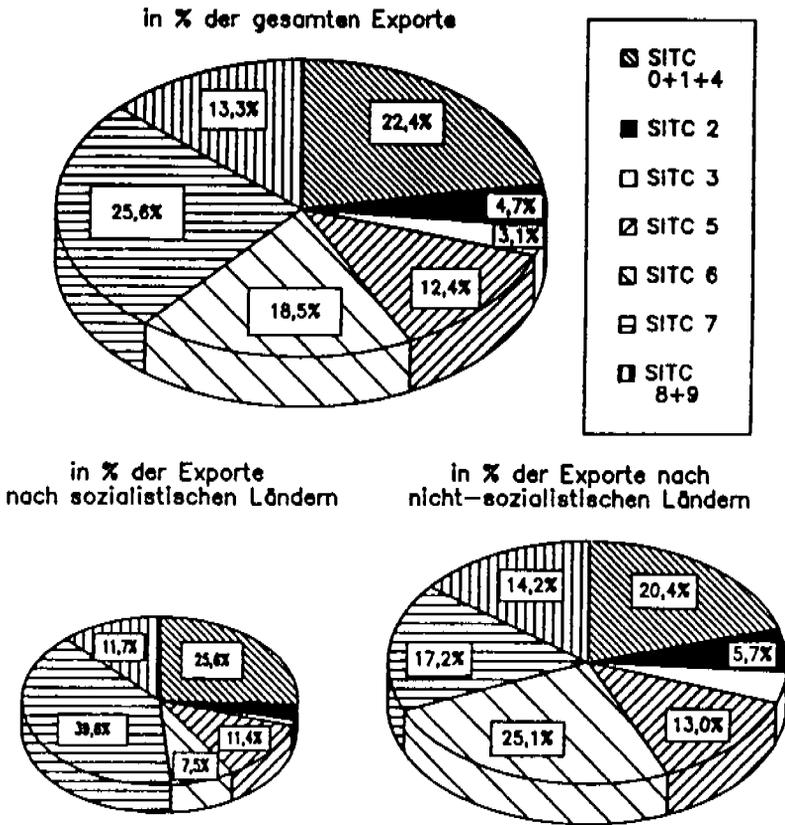
Quelle: WIIW

Die Warengruppen sind gemäß der Standard International Trade Classification (S.I.T.C.) Revised 2 definiert.

SITC 0 Ernährung und Lebendvieh
SITC 1 Getränke und Tabak
SITC 2 Rohstoffe
SITC 3 Brennstoffe, Energie
SITC 4 Tierische und pflanzliche Öle, Fette

SITC 5 Chemische Erzeugnisse
SITC 6 Bearbeitete Waren
SITC 7 Maschinen und Fahrzeuge
SITC 8 Sonstige Fertigwaren
SITC 9 Waren a. n. g.

Ungarn: Anteile der SITC-Warengruppen an Exporten in %
Jahr 1990



Quelle: WIIW

Die Warengruppen sind gemäß der Standard International Trade Classification (S.I.T.C.) Revised 2 definiert.

SITC 0 Ernährung und Lebendvieh

SITC 1 Getränke und Tabak

SITC 2 Rohstoffe

SITC 3 Brennstoffe, Energie

SITC 4 Tierische und pflanzliche Öle, Fette

SITC 5 Chemische Erzeugnisse

SITC 6 Bearbeitete Waren

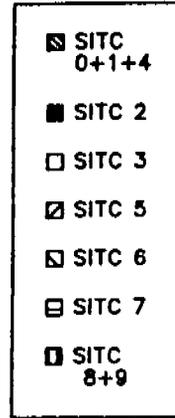
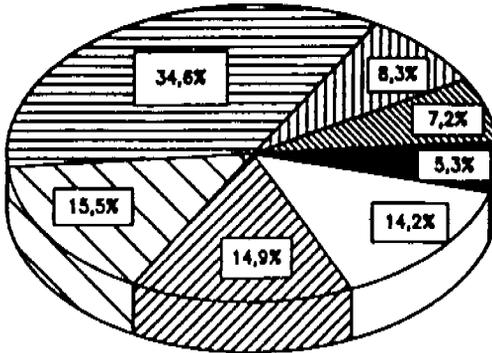
SITC 7 Maschinen und Fahrzeuge

SITC 8 Sonstige Fertigwaren

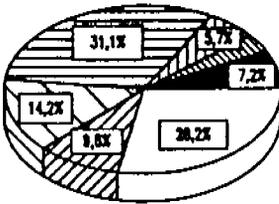
SITC 9 Waren a. n. g.

Ungarn: Anteile der SITC-Warengruppen an Importen in %
Jahr 1990

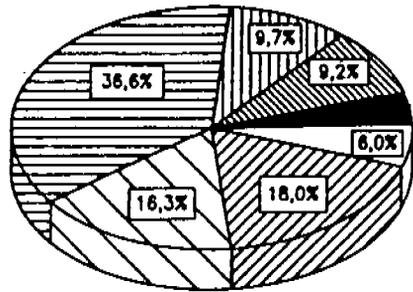
in % der gesamten Importe



in % der Importe
aus sozialistischen Ländern



in % der Importe aus
nicht-sozialistischen Ländern



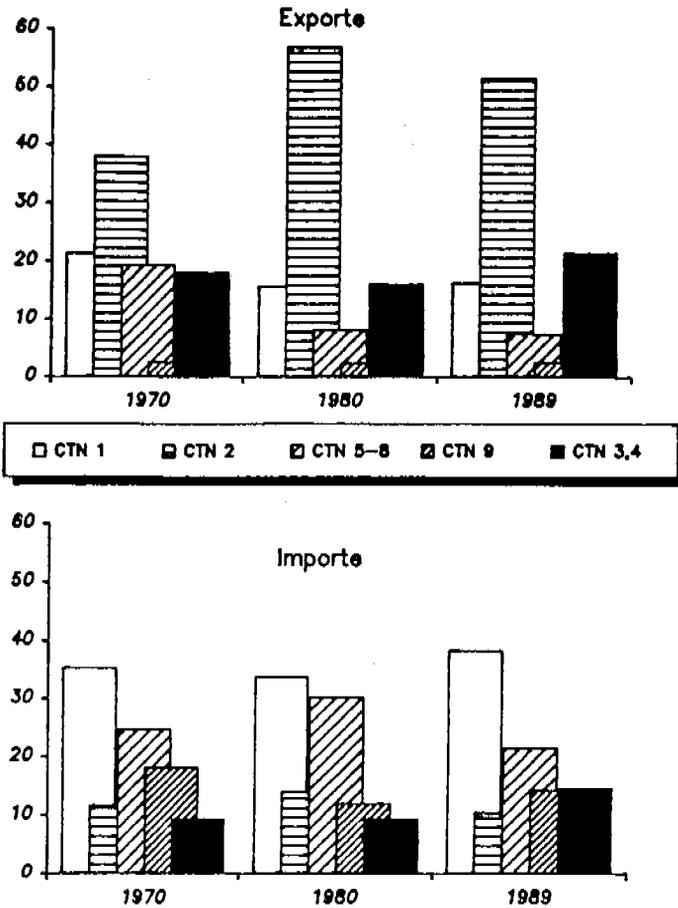
Quelle: WIIW

Die Warengruppen sind gemäß der Standard International Trade Classification (S.I.T.C.) Revised 2 definiert.

SITC 0 Ernährung und Lebendvieh
SITC 1 Getränke und Tabak
SITC 2 Rohstoffe
SITC 3 Brennstoffe, Energie
SITC 4 Tierische und pflanzliche Öle, Fette

SITC 5 Chemische Erzeugnisse
SITC 6 Bearbeitete Waren
SITC 7 Maschinen und Fahrzeuge
SITC 8 Sonstige Fertigwaren
SITC 9 Waren a. n. g.

UdSSR: Anteile der CTN-Warengruppen an Exporten und Importen in %



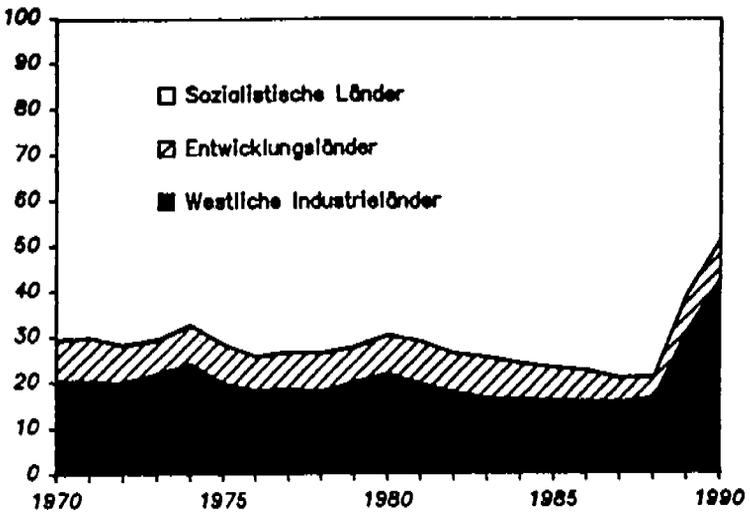
Quelle: WIIW

Die Warengruppen sind gemäß der RGW-Klassifikation — der CMEA Trade Nomenclature (CTN) — definiert.

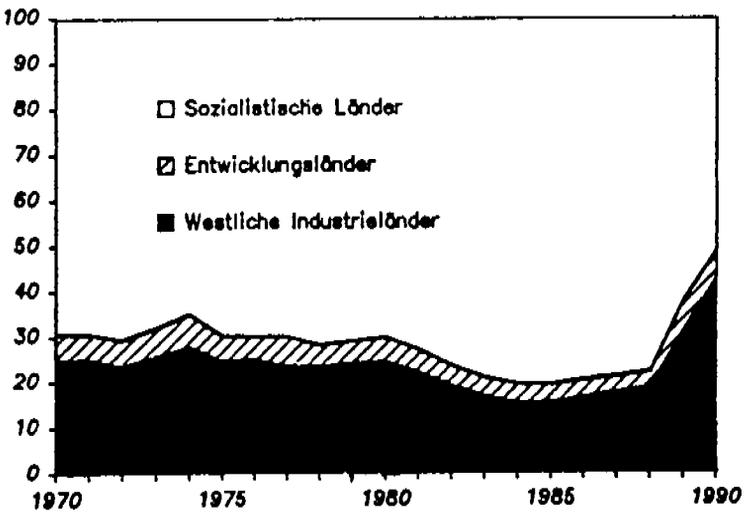
- CTN1 = Industriemaschinen und -ausrüstungen (inkl. Transportmaschinen)
- CTN2 = Brennstoffe, mineralische Rohstoffe, Metalle
- CTN3 = Chemische Produkte, Düngemittel, Kautschuk
- CTN4 = Baumaterialien und Konstruktionsteile
- CTN5 = Rohstoffe pflanzlichen und tierischen Ursprungs (exkl. Nahrungsmittel)
- CTN6 = Lebendvieh (nicht zur Schlachtung bestimmt)
- CTN7 = Rohstoffe für die Nahrungsmittelproduktion
- CTN8 = Nahrungsmittel
- CTN9 = Industrielle Konsumgüter (exkl. Nahrungsmittel)

ČSFR: Anteile der Regionen an Exporten und Importen in %

Exporte

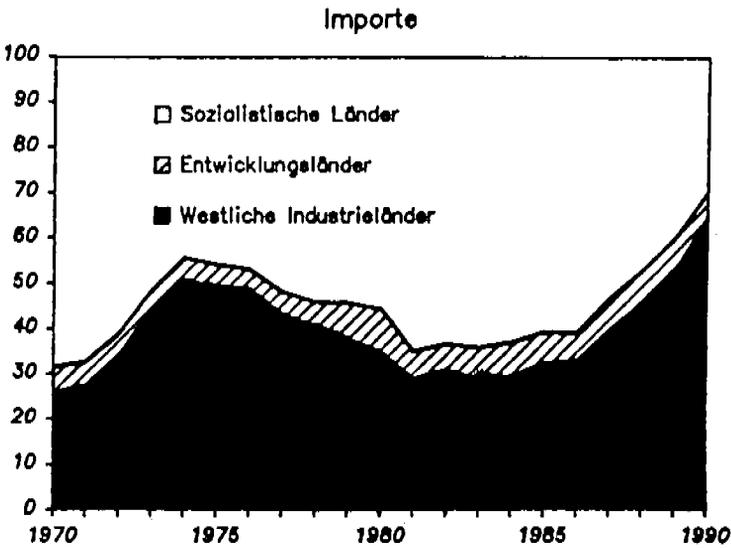
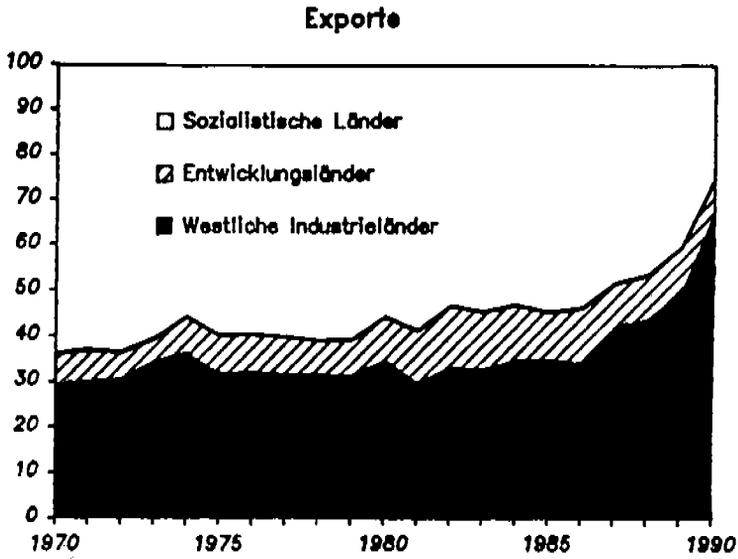


Importe



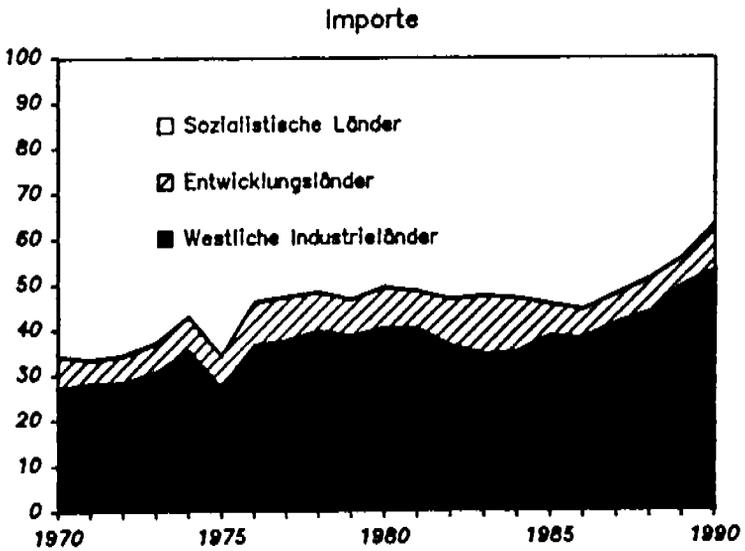
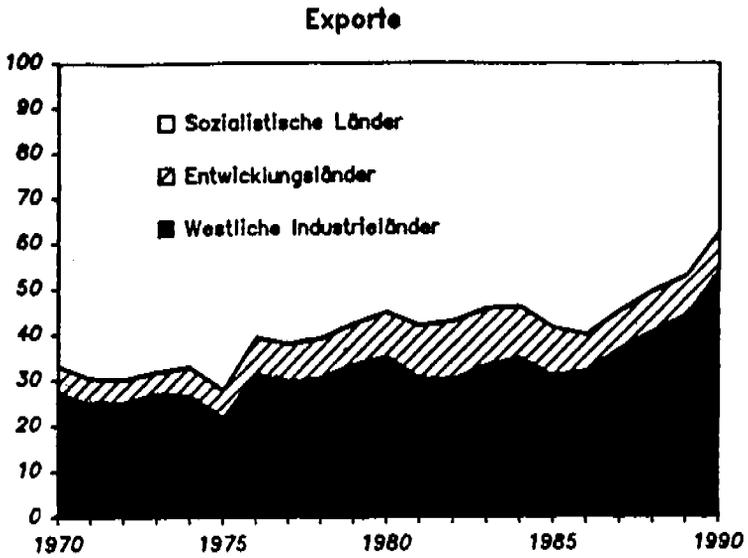
Quelle: WIIW

Polen: Anteile der Regionen an Exporten und Importen in %



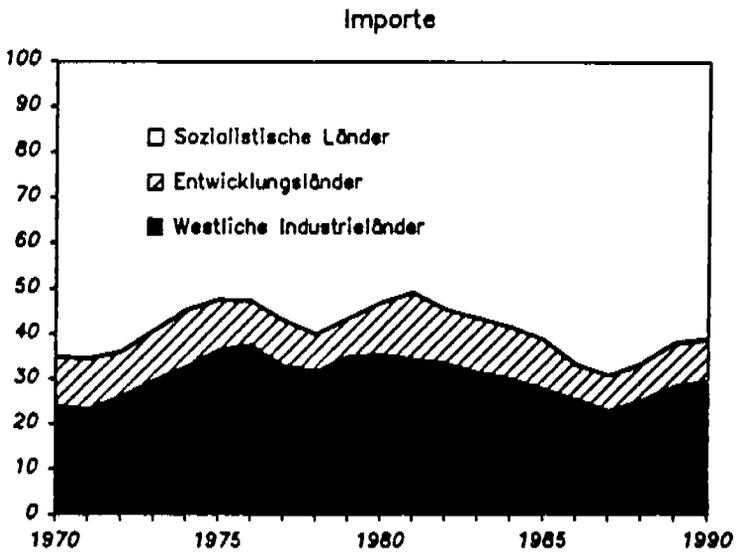
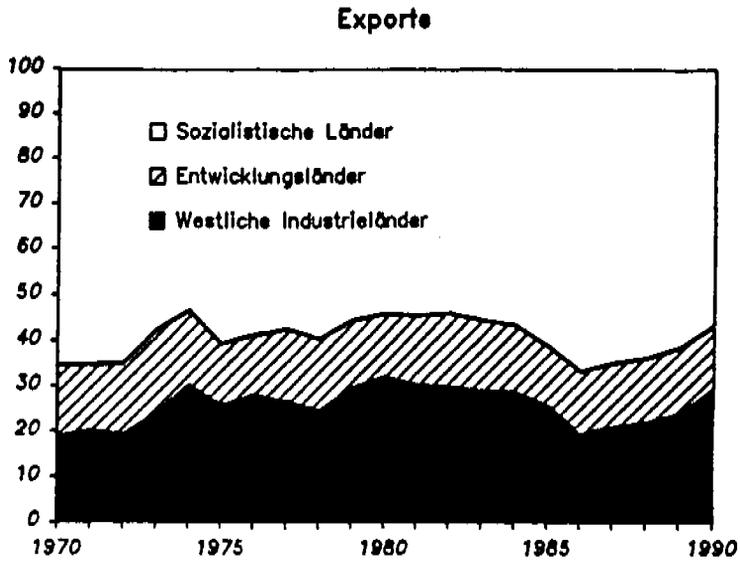
Quelle: WIIW

Ungarn: Anteile der Regionen an Exporten und Importen in %



Quelle: WIIW

UdSSR: Anteile der Regionen an Exporten und Importen in %



Quelle: WIIW

*CSFR: Anteil am Industriegüterexport und am Gesamtexport ausgewählter Industrieländer und des industrialisierten Westens
in Prozent*

	SITC 5		SITC 6		SITC 7		SITC 8		SITC 9		SITC 0-9	
	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990
Österreich	3'79	3'48	0'59	0'76	1'54	3'05	0'98	1'57	0'01	0'08	1'25	2'10
Finnland	0'72	0'64	0'45	0'40	0'44	0'58	0'43	0'45	0'32	0'46	0'48	0'53
Frankreich	0'31	0'25	0'13	0'16	0'15	0'19	0'09	0'07	0'11	0'00	0'14	0'15
BRD	0'27	0'22	0'32	0'19	0'19	0'40	0'23	0'28	0'00	0'01	0'34	0'33
Italien	0'60	0'44	0'27	0'14	0'23	0'34	0'08	0'11	0'02	0'73	0'24	0'24
Japan	0'13	0'08	0'04	0'01	0'03	0'01	0'03	0'02	0'05	0'01	0'04	0'02
Vereinigtes Königreich	0'33	0'28	0'16	0'10	0'12	0'12	0'22	0'16	0'06	0'04	0'13	0'14
USA	0'11	0'02	0'02	0'02	0'01	0'01	0'03	0'03	0'01	0'01	0'03	0'02
Industrialisierter Westen	0'40	0'33	0'18	0'16	0'16	0'24	0'17	0'19	0'10	0'10	0'18	0'22

*CSFR: Anteil am Industriegüterimport und am Gesamtimport ausgewählter Industrieländer und des industrialisierten Westens
in Prozent*

	SITC 5		SITC 6		SITC 7		SITC 8		SITC 9		SITC 0-9	
	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990
Österreich	2'22	1'65	0'87	0'85	0'22	0'38	0'36	0'31	0'33	0'89	2'11	1'24
Finnland	0'66	0'64	1'02	0'97	0'16	0'19	0'66	0'57	0'43	0'38	0'58	0'54
Frankreich	0'20	0'19	0'32	0'31	0'10	0'08	0'30	0'25	0'37	0'16	0'16	0'16
BRD	0'35	0'48	1'52	1'44	0'34	0'37	1'28	1'09	0'01	0'12	0'48	0'56
Italien	0'41	0'38	0'65	0'60	0'12	0'12	0'27	0'16	0'07	0'30	0'26	0'27
Japan	0'01	0'03	0'27	0'16	0'03	0'02	0'04	0'04	0'00	0'00	0'04	0'06
Vereinigtes Königreich	0'11	0'11	0'23	0'20	0'09	0'04	0'30	0'22	0'03	0'02	0'15	0'11
USA	0'01	0'01	0'08	0'05	0'01	0'01	0'05	0'04	0'02	0'01	0'02	0'02
Industrialisierter Westen	0'29	0'28	0'38	0'38	0'07	0'08	0'24	0'21	0'08	0'11	0'20	0'20

Quelle: SITC-Datenbank und Reuters.

*Polen: Anteil am Industriegüterexport und am Gesamtexport ausgewählter Industrieländer und des industrialisierten Westens
in Prozent*

	SITC 5		SITC 6		SITC 7		SITC 8		SITC 9		SITC 0-9	
	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990
Österreich	2'65	1'47	1'10	0'62	1'17	1'06	0'38	1'02	0'01	0'02	1'38	1'06
Finnland	0'92	0'69	0'70	1'02	0'40	0'61	0'31	0'76	0'74	1'25	0'57	0'81
Frankreich	0'43	0'35	0'26	0'22	0'20	0'19	0'10	0'13	0'08	0'01	0'22	0'21
BRD	0'43	0'31	0'19	0'24	0'54	0'56	0'17	0'18	0'00	0'01	0'41	0'37
Italien	0'79	0'50	0'40	0'45	0'45	0'82	0'08	0'21	0'02	0'33	0'33	0'54
Japan	0'15	0'07	0'07	0'06	0'03	0'13	0'02	0'09	0'02	0'03	0'05	0'11
Vereinigtes Königreich	0'42	0'30	0'31	0'14	0'23	0'23	0'20	0'27	0'20	0'08	0'25	0'23
USA	0'15	0'02	0'07	0'05	0'03	0'10	0'03	0'09	0'41	0'29	0'12	0'11
Industrialisierter Westen	0'52	0'35	0'32	0'36	0'18	0'30	0'13	0'30	0'39	0'29	0'26	0'34

*Polen: Anteil am Industriegüterimport und am Gesamtimport ausgewählter Industrieländer und des industrialisierten Westens
in Prozent*

	SITC 5		SITC 6		SITC 7		SITC 8		SITC 9		SITC 0-9	
	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990
Österreich	1'02	1'10	0'19	0'42	0'14	0'15	0'13	0'26	0'01	0'03	1'21	0'97
Finnland	0'33	0'77	1'07	1'60	0'21	0'30	1'10	1'69	0'29	0'55	0'71	1'03
Frankreich	0'15	0'51	0'25	0'24	0'17	0'10	0'26	0'33	0'17	0'15	0'30	0'29
BRD	0'46	0'81	0'75	0'91	0'49	0'12	0'42	0'64	0'00	0'03	1'56	1'04
Italien	0'10	0'21	0'16	0'36	0'32	0'21	0'11	0'20	0'10	0'05	0'36	0'40
Japan	0'08	0'12	0'05	0'18	0'00	0'01	0'02	0'02	0'01	0'00	0'06	0'08
Vereinigtes Königreich	0'20	0'32	0'38	0'49	0'09	0'11	0'39	0'32	0'08	0'03	0'40	0'30
USA	0'04	0'09	0'11	0'16	0'02	0'04	0'07	0'12	0'01	0'03	0'07	0'09
Industrialisierter Westen	0'20	0'41	0'34	0'52	0'08	0'11	0'27	0'43	0'09	0'13	0'29	0'37

Quelle: SITC-Datenbank und Reuters.

*Ungarn: Anteil am Industriegüterexport und am Gesamtexport ausgewählter Industrieländer und des industrialisierten Westens
in Prozent*

	SITC 5		SITC 6		SITC 7		SITC 8		SITC 9		SITC 0-9	
	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990
Österreich	5'52	3'85	2'65	1'92	2'13	2'73	1'72	2'59	0'03	0'15	2'95	2'54
Finnland	0'90	0'63	0'89	0'83	0'48	0'50	0'51	0'60	0'40	0'39	0'61	0'57
Frankreich	0'42	0'28	0'25	0'24	0'16	0'15	0'13	0'12	0'08	0'01	0'18	0'16
BRD	0'49	0'30	0'38	0'26	0'19	0'17	0'10	0'33	0'00	0'00	0'33	0'23
Italien	0'66	0'42	0'50	0'49	0'25	0'37	0'13	0'21	0'01	0'31	0'32	0'34
Japan	0'26	0'16	0'04	0'03	0'04	0'05	0'06	0'06	0'03	0'01	0'05	0'05
Vereinigtes Königreich	0'38	0'29	0'19	0'12	0'16	0'09	0'12	0'17	0'05	0'04	0'14	0'13
USA	0'06	0'03	0'05	0'05	0'03	0'03	0'04	0'06	0'01	0'03	0'05	0'04
Industrialisierter Westen	0'52	0'39	0'38	0'35	0'17	0'22	0'20	0'27	0'14	0'08	0'24	0'25

*Ungarn: Anteil am Industriegüterimport und am Gesamtimport ausgewählter Industrieländer und des industrialisierten Westens
in Prozent*

	SITC 5		SITC 6		SITC 7		SITC 8		SITC 9		SITC 0-9	
	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990
Österreich	2'34	2'09	1'47	1'99	0'21	0'42	0'34	0'95	0'03	0'38	2'16	1'70
Finnland	0'57	0'40	1'51	0'86	0'24	0'36	1'13	1'16	0'36	0'40	0'52	0'65
Frankreich	0'19	0'26	0'12	0'12	0'10	0'10	0'27	0'30	0'72	0'15	0'15	0'19
BRD	0'94	0'48	1'00	1'16	0'10	0'11	0'30	0'52	0'00	0'04	0'37	0'41
Italien	0'53	0'54	0'31	0'56	0'06	0'07	0'15	0'23	0'17	0'11	0'36	0'41
Japan	0'36	0'30	0'08	0'19	0'02	0'02	0'04	0'04	0'00	0'00	0'04	0'07
Vereinigtes Königreich	0'26	0'17	0'11	0'12	0'05	0'03	0'21	0'15	0'06	0'03	0'10	0'09
USA	0'16	0'16	0'08	0'12	0'05	0'04	0'09	0'11	0'02	0'02	0'07	0'08
Industrialisierter Westen	0'35	0'31	0'21	0'34	0'07	0'10	0'27	0'32	0'09	0'09	0'20	0'25

Quelle: SITC-Datenbank und Reuters.

*UdSSR: Anteil am Industriegüterexport und am Gesamtexport ausgewählter Industrieländer und des industrialisierten Westens
in Prozent*

	SITC 5		SITC 6		SITC 7		SITC 8		SITC 9		SITC 0-9	
	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990
Österreich	2'97	4'11	6'01	2'97	3'35	2'03	4'22	1'77	0'05	0'01	4'32	2'44
Finnland	2'41	1'60	4'16	1'51	1'62	1'87	1'35	1'34	1'24	3'16	2'10	1'75
Frankreich	2'23	1'44	2'07	0'51	1'04	0'50	1'01	0'62	0'58	7'96	2'08	0'79
BRD	22'42	14'77	14'16	8'33	40'18	19'70	32'27	20'84	0'24	0'09	22'26	13'21
Italien	2'42	2'38	4'22	1'51	1'87	2'87	0'80	0'69	0'00	1'61	2'08	1'74
Japan	3'83	1'83	4'65	1'92	0'90	0'64	0'69	0'77	10'41	3'32	1'70	0'93
Vereinigtes Königreich	1'09	0'96	1'25	0'28	0'38	0'55	0'79	0'45	0'10	0'05	0'72	0'62
USA	1'38	0'76	0'07	0'14	0'12	0'20	0'48	0'18	0'02	0'10	1'22	0'85
Industrialisier- ter Westen	1'97	1'36	2'87	1'11	1'12	1'11	1'22	0'81	1'38	0'97	1'74	1'18

*UdSSR: Anteil am Industriegüterimport und am Gesamtimport ausgewählter Industrieländer und des industrialisierten Westens
in Prozent*

	SITC 5		SITC 6		SITC 7		SITC 8		SITC 9		SITC 0-9	
	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990	1985	1990
Österreich	1'29	0'50	0'66	0'38	0'10	0'10	0'05	0'04	0'48	0'07	4'86	1'99
Finnland	1'23	0'84	0'86	1'26	0'11	0'19	0'08	0'13	2'97	3'83	3'15	1'81
Frankreich	1'01	0'89	0'33	0'81	0'17	0'14	0'08	0'09	0'03	0'00	2'45	1'57
BRD	6'42	3'52	3'97	3'22	2'97	2'08	0'64	0'45	0'09	0'01	21'68	10'05
Italien	0'57	0'48	0'31	1'26	0'12	0'10	0'04	0'10	2'54	13'42	3'51	2'45
Japan	0'74	0'43	2'76	4'87	0'11	0'03	0'10	0'07	4'53	4'38	1'17	1'52
Vereinigtes Königreich	0'85	0'25	0'27	0'41	0'12	0'12	0'14	0'17	0'02	0'02	0'89	0'76
USA	1'50	0'90	0'14	0'67	0'00	0'02	0'01	0'03	0'03	0'21	0'13	0'24
Industrialisier- ter Westen	1'05	0'66	0'66	1'21	0'10	0'11	0'05	0'08	1'30	3'01	1'78	1'24

Quelle: SITC-Datenbank und Reuters.

Tabelle 21

CSFR: Zahlungsbilanz in konvertiblen Währungen
Mill. \$

	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Handelsbilanz	820	900	675	228	121	116	417	650
Warenexporte (fob)	4.032	4.014	3.852	4.293	4.545	5.014	5.445	5.873
Warenimporte (fob)	-3.212	-3.114	-3.177	-4.065	-4.666	-5.130	-5.028	-6.523
Dienstleistungsbilanz	72	204	107	226	225	258	68	211
Dienstleistungseinnahmen	1.491	1.639	1.470	1.587	1.614	1.696	1.783	2.057
Dienstleistungsausgaben	-1.419	-1.435	-1.363	-1.361	-1.389	-1.438	-1.715	-2.268
Private Transfers, netto	3	2	3	5	5	9	5	5
Öffentliche Transfers, netto	34	27	37	32	42	42	30	34
Leistungsbilanz	855	1.075	742	417	57	91	451	900
Lang- und kurzfristiger Kapitalverkehr, netto	-613	-615	-743	105	524	359	101	500
Direktinvestitionen	0	0	0	0	0	0	257	188
Statistische Differenz, netto	-129	-302	-98	-266	-326	-241	-241	-920
Andere Positionen inkl. Anderung der Währungs- reserven	-113	-158	99	-256	-255	-209	-568	1.132
Kapitalbilanz	-855	-1.075	-742	-417	-57	-91	-451	900

Quelle: IWF

Tabelle 22

Polen: Zahlungsbilanz in konvertiblen Währungen
Mill. \$

	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Handelsbilanz	744	1.200	573	902	1.021	847	114	1.410
Warenexporte (fob)	5.236	5.528	5.164	5.589	6.444	7.722	8.297	11.873
Warenimporte (fob)	-4.492	-4.328	-4.591	-4.687	-5.423	-6.875	-8.411	-9.919
Dienstleistungsbilanz	-2.672	-2.436	-2.316	-2.674	-2.703	-2.806	-3.075	-3.076
Dienstleistungseinnahmen	1.579	1.692	1.700	1.621	1.871	2.110	2.981	3.383
Dienstleistungsausgaben	-4.251	-4.128	-4.016	-4.295	-4.574	-4.916	-6.056	-6.459
Private Transfers, netto	669	675	897	1.022	1.550	1.684	1.515	2.196
Öffentliche Transfers, netto	0	0	0	0	0	0	88	305
Leistungsbilanz	-1.259	-561	-846	-750	-132	-275	-1.586	835
Lang- und kurzfristiger Kapitalverkehr, netto	-4.159	-3.365	-1.680	-3.843	-2.364	-2.868	-1.552	5.457
Direktinvestitionen	2	2	1	9	2	18	12	88
Statistische Differenz, netto	498	426	185	457	79	-141	-165	63
Andere Positionen inkl. Anderung der Währungs- reserven	4.918	3.498	2.340	4.145	2.415	3.302	3.315	-6.317
Kapitalbilanz	1.259	561	846	750	132	275	1.586	-835

Quelle: IWF

Tabelle 23

Ungarn: Zahlungsbilanz in konvertiblen Währungen
Mill. \$

	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Handelsbilanz	773	891	128	— 482	37	489	536	348
Warenexporte (fob)	4.832	4.916	4.188	4.186	5.051	5.505	6.445	6.346
Warenimporte (fob)	— 4.059	— 4.025	— 4.060	— 4.668	— 5.014	— 5.016	— 5.909	— 5.998
Dienstleistungsbilanz	— 746	— 878	— 1.020	— 1.093	— 1.025	— 1.416	— 2.144	— 942
Dienstleistungseinnahmen	435	465	542	668	832	945	1.023	2.483
Dienstleistungsausgaben	— 1.181	— 1.343	— 1.562	— 1.761	— 1.857	— 2.361	— 3.167	— 3.425
Private Transfers, netto	53	67	61	74	102	115	127	865
Öffentliche Transfers, netto	0	0	0	0	0	0	0	— 7
Leistungsbilanz	71	65	— 846	— 1.495	— 879	— 804	— 1.439	127
Lang- und kurzfristiger Kapitalverkehr, netto	415	136	1.491	2.138	384	1.065	1.498	— 1.198
Statistische Differenz, netto	— 764	— 737	— 564	— 588	858	— 120	136	530
Andere Positionen inkl. Änderung der Währungs- reserven	269	521	— 96	— 49	— 356	— 132	— 157	413
Kapitalbilanz	— 80	— 80	831	1.501	886	813	1.477	— 255

Quelle: IWF

Tabelle 24

UdSSR: Zahlungsbilanz¹⁾ in konvertiblen Währungen
Mill. \$

	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Leistungsbilanz (exkl. Gold)	— 538	1.800	6.601	1.552	— 3.868	— 7.800
Leistungsbilanz (inkl. Gold)	1.263	5.800	10.101	5.355	— 203	— 5.100
Handelsbilanz	1.288	3.579	8.237	4.752	— 146	— 1.600
Exporte	27.541	26.809	31.348	33.449	35.234	33.500
Importe	— 26.253	— 23.230	— 23.112	— 28.696	— 35.380	— 35.100
Dienstleistungsbilanz	— 1.841	— 1.827	— 1.680	— 3.307	— 3.839	— 6.200
Zinsen, netto	— 661	— 1.373	— 1.846	— 2.049	— 2.916	— 4.000
Private Transfers, netto	16	47	44	107	117	0
Goldexporte ²⁾	1.800	4.000	3.500	3.802	3.665	2.700
Kapitalbilanz	— 2.784	— 5.163	— 12.412	— 6.076	— 3.540	2.300
Mittel- und langfristiger Kapitalverkehr	654	— 1.593	— 3.461	— 1.677	— 2.545	2.700
Ausländische Direktinvestitionen	— 31	— 210	— 196	502	— 262	0
Kurzfristiger Kapitalverkehr, netto	1.314	569	947	2.634	5.870	— 1.700
Handelskredite	— 4.751	— 4.138	— 8.004	— 7.042	— 6.865	1.300
Gesamtbilanz	— 1.521	637	— 2.311	— 721	— 3.743	— 2.800

¹⁾ Auf Transaktionsbasis: Schätzungen berücksichtigen grundsätzlich alle Handelstransaktionen (inkl. Gold) in dem Jahr, in dem sie stattfinden, sowie Handelskredite und Handel auf Bartergrundlage. — ²⁾ Schätzung.

Quelle: A Study of the Soviet Economy, Volume 1, hg. von IWF, Weltbank, OECD und EBRD; Ekonomika i zhizn, Nr. 6, 1992.

AUTOREN VON TEILENTWÜRFEN

Szenarien des Übergangs zur Marktwirtschaft in europäischen RGW-Ländern

Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche
(WIIW)

Wirtschaftsstruktur und regionale wirtschaftliche Dynamik

Thomas Delapina

Außenwirtschaft

Michael Reiterer

Finanzplatz Wien

Peter Mooslechner

Verkehrsinfrastruktur

Wilfried Puwein

Förderungsinstrumente für österreichische Unternehmen

Elisabeth Beer
Miron Paßweg
Georg Sobotka

Umwelt

Alfred Duschanek
Johannes Mayer

Energie

Werner Teufelsbauer

Arbeitsmarktpolitische Konsequenzen

Peter Findl

Irene Geldner

Norbert Geldner

Helmut Höpflinger

PUBLIKATIONEN DES BEIRATES FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALFRAGEN

1	Untersuchung über die Preis- und Einkommensentwicklung (vergriffen) (1964)	S 12'—
2	Stabilisierungsprogramm (1964)	S 2'—
3	Vorschläge zur Neugestaltung der Budgetpolitik (1964)	S 12'—
4	Vorschläge zur Kapitalmarktpolitik, 1. Teil (1964)	S 3'—
5	Vorausschätzung des österreichischen Arbeitskräftepotentials bis 1980 (1965)	S 12'—
6	Vorschau auf die österreichische Wirtschaft im Jahre 1966 (1965) ..	S 12'—
7	Empfehlungen zur Budgetpolitik (1965)	S 12'—
8	Vorschläge zur Koordinierung und Stabilisierung in der Bauwirtschaft (vergriffen) (1966)	S 12'—
9	Die Erscheinungen des grauen Marktes und ihr Zusammenhang mit den Formen der Preisbildung (1966)	S 12'—
10	Vorschläge zur Kapitalmarktpolitik, 2. und 3. Teil (1966)	S 25'—
11	Zweite Vorausschätzung des österreichischen Arbeitskräftepotentials bis 1980 (1968)	S 12'—
12	Vorschläge zur Kapitalmarktpolitik, 4. Teil (1968)	S 12'—
13	Untersuchung des Preis- und Kostenauftriebes in Österreich (1968)	S 35'—
14	Bericht über Teilzeitbeschäftigung (1968)	S 12'—
15	Untersuchung über die Probleme der Arbeitszeitverkürzung (1969)	S 20'—
16	Budgetvorschau 1970—1974 (1970)	S 12'—
17	Vorschläge zur Industriepolitik (1970)	S 20'—
18	Empfehlungen zur Verbesserung der Konjunkturdiagnose (1971) ..	S 12'—
19	Budgetvorschau 1971—1975 (1971)	S 12'—
20	Untersuchung über die Abwanderung von Arbeitskräften aus Österreich nach Süddeutschland und in die Schweiz (1972)	S 29'—
21	Gutachten über den Preis- und Kostenauftrieb (1972)	S 26'—
22	Vorschläge zur regionalen Strukturpolitik (1972)	S 26'—
23	Die Verträge mit den Europäischen Gemeinschaften (1972)	S 26'—
24	Klein- und Mittelbetriebe im Wachstumsprozeß (1973)	S 26'—
25	Frauenbeschäftigung in Österreich (1974)	S 36'—
26	Budgetvorschau 1974—1978 (1974)	S 22'—
27	Probleme der Umweltpolitik in Österreich (1976)	S 22'—
28	Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte (1976)	S 38'—
29	Qualitative Aspekte der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung (1976)	S 38'—
30	Budgetvorschau 1976—1980 (1977)	S 38'—
31	Empfehlungen zur Verbesserung der Statistiken zur Einkommensverteilung (1977)	S 20'—
32	Vorschläge zur Industriepolitik II (1978)	S 50'—
33	Budgetvorschau 1978—1982 (1978)	S 38'—
34	Kurz- und mittelfristige Fragen der Zahlungsbilanzentwicklung (1978)	S 80'—

35	Die statistische Differenz in der österreichischen Zahlungsbilanz (1979)	S 40'—
36	Längerfristige Arbeitsmarktentwicklung (1980)	S 65'—
37	Budgetvorschau 1980—1984 (1980)	S 40'—
38	Bericht zur Zahlungsbilanz (1980)	S 40'—
39	Mittelfristige Finanzplanung (1981)	S 57'—
40	Wohnbau (1981)	S 68'—
41	Längerfristige Aspekte der Energieversorgung (1982)	S 80'—
42	Untersuchung ausgewählter Ausgabenbereiche des Bundeshaushalts (1982)	S 67'—
43	Budgetvorschau 1982—1986 (1982)	S 45'—
44	Methoden der Politikberatung im wirtschaftspolitischen Bereich (1984)	S 68'—
45	Budgetvorschau 1984—1988 (1984)	S 49'—
46	Regionale Strukturpolitik (1984)	S 252'—
47	Arbeitszeitentwicklung und Arbeitszeitpolitik (vergriffen) (1984) ..	S 84'—
48	Schattenwirtschaft (vergriffen) (1985)	S 39'—
49	Landwirtschaftliche Produktionsalternativen am Beispiel Ethanol, Ölsaaten und Eiweißfutterpflanzen (1985)	S 90'—
50	Finanzmärkte (1986)	S 105'—
51	Umweltpolitik (1986)	S 132'—
52	Öffnungszeiten (1986)	S 66'—
53	Budgetvorschau 1986—1990 (1986)	S 41'—
54	Flächenstillegung als agrarpolitisches Instrument (1987)	S 28'—
55	Wachstumsorientierte Strukturpolitik (1988)	S 36'—
56	Empfehlungen aus Studien und Kurzgutachten 1984—1988 (1988)	S 67'—
57	Entwicklungspolitik (1988)	S 68'—
58	Qualifikation 2000 (1989)	S 79'—
59	Internationalisierung (1989)	S 26'—
60	Überlegungen zum statistischen System der 90er Jahre (1990)	S 24'—
61	Industriepolitik III (1991)	S 29'—
62	Vorschläge zur Reform des Hochschulwesens und der Forschungs- politik (vergriffen) (1991)	S 19'—
63	Strukturelle Budgetsalden des Bundes 1986—1990 (1991)	S 24'—
64	Soziale Sicherheit im Alter (1991)	S 137'—
65	Finanzverfassung und Finanzausgleich — Herausforderungen und Anpassungserfordernisse (1992)	S 93'—
66	Abfallwirtschaft (1992)	S 90'—
67	Ostöffnung (1992)	S 106'—

Preise inkl. 10% MwSt.

